

Prokla

Zeitschrift für politische Ökonomie
und sozialistische Politik

62

März '86

Experimentierfeld Arbeit

»Transformation der Demokratie«

Methodologischer Individualismus

Johannes Agnoli, Zwanzig Jahre danach:

Die Transformation der Demokratie

Charles Sabel, Struktureller Wandel der Produktion

und neue gewerkschaftliche Strategien

Benjamin Coriat/Philippe Zarifian,

Tendenzen der Automatisierung und

Neuzusammensetzung

der Lohnarbeit

Knuth Dohse, Überlegungen zum Verhältnis von

Konzernzentralen und Konzernbetrieben

Stephen Wood, Die britische Labor-Process-Debatte

Kurt Hübner/Michael Stanger,

Funktionalismus, methodischer Individualismus

und marxistische Theorie

Adam Przeworski, Methodologischer Individualismus

als Herausforderung der marxistischen Theorie



Einzelheft
DM 16.-

im Abo
DM 13.-

Rotbuch
Verlag

Probleme des Klassenkampfes

Zeitschrift für politische Ökonomie und sozialistische Politik

Redaktion	1
Johannes Agnoli, Zwanzig Jahre danach: Die Transformation der Demokratie	7
Charles Sabel, Struktureller Wandel der Produktion und neue gewerkschaftliche Strategien	41
Benjamin Coriat/Philippe Zarifian, Tendenzen der Automatisierung und Neuzusammensetzung der Lohnarbeit	61
Stephen Wood, Neue Technologien, Arbeitsorganisation und Qualifikation: die britische Labor-Process-Debatte	74
Knuth Dohse, Konzern, Kontrolle, Arbeitsprozeß. Überlegungen zum Verhältnis von Konzernzentralen und Konzernbetrieben	105
Adam Przeworski, Methodologischer Individualismus als Herausforderung der marxistischen Theorie	120
Kurt Hübner/Michael Stanger, Funktionalismus, methodologischer Individualismus und marxistische Theorie. Bemerkungen zum Beitrag von Przeworski	144

Redaktion: Elmar Altvater, Thomas Hahn, Siegfried Heimann, Kurt Hübner, Thomas Hurttienne, Lothar Lappe, Birgit Mahnkopf, Willfried Spohn, Michael Stanger, Christof Watkinson (geschäftsführend).

Die Prokla erscheint regelmäßig mit vier Nummern im Jahr, Gesamtumfang 640 Seiten jährlich. Jedes Heft kostet im Jahresabonnement 13.—, im Einzelverkauf 16.—. Abonnement über eine Buchhandlung oder über den Verlag. Wenn Sie über den Verlag abonnieren, erhalten sie von einer Versandbuchhandlung, die mit dem Verlag kooperiert, eine Vorausrechnung für die nächsten Hefte (52.— DM plus Porto). Nach Bezahlung erhalten Sie die Hefte jeweils sofort nach Erscheinen zugesandt.

Verlagsadresse: Rotbuch Verlag GmbH, Potsdamer Str. 98, 1000 Berlin 30, Telefon 030 / 261 11 96 (den Verlag und Vertrieb für alle früheren Hefte, Prokla 1-21, hat der Verlag Olle & Wolter, Postfach 4310, 1000 Berlin 30 übernommen.)

Redaktionsadresse: Postfach 100 529, 1000 Berlin 10, Telefon 030 / 834 55 22, 323 50 58 (Dienstag 14-16 Uhr)

Die Redaktion lädt zur Einsendung von Manuskripten ein: Sie leitet sie zur Behandlung in eins der zuständigen Redaktionskollektive der Prokla weiter. Bitte Rückporto beilegen. Eine Haftung kann nicht übernommen werden.

Prokla

- erscheint einmal vierteljährlich
- wird herausgegeben von der »Vereinigung zur Kritik der politischen Ökonomie e.V.«, die jährlich in ihrer Vollversammlung die Redaktion der Zeitschrift wählt
- presserechtlich verantwortlich für diese Nummer: Chr. Watkinson, K. Hübner

© 1986 Rotbuch Verlag Berlin. Alle Rechte, auch das der Übersetzung vorbehalten
Satz: Fotosetzerei Hoheisel, Dortmund. — Druck: DRUCKHAUS Neue PRESSE, Coburg
ISBN: 3 88022 562 1

Beilagenhinweis: Dieser Ausgabe liegen Prospekte des Rotbuch Verlages und des Kirschkern-Buchverandes bei.

Editorial
Experimentierfeld: Arbeit

Seit etlichen Jahren analysieren linke Intellektuelle ökonomische und soziale Entwicklungen mit Konzepten, in denen der Begriff der Krise einen zentralen Stellenwert hat. Das hat seinen guten Grund unter anderem darin gehabt, daß es in der ökonomischen Aufschwungsperiode der 50er und 60er Jahre nur einen geringen praktischen Erklärungsbedarf an der Krisenhaftigkeit ökonomischer Akkumulationsprozesse gab und die Krise in den 70er Jahren vielen zunächst als eine vorübergehende Betriebsstörung erschien. Gegen das gedankliche Fortschrittskartell derer, die weiterhin auf ökonomisch ungebrochenes Wachstum, den Segen von Technik und Automation, den Pioniergeist freier Unternehmer, gesicherter Facharbeiter und somit auf Umverteilung des produzierten Reichtums in Richtung auf eine gleichere Gesellschaft setzten, all denen mußte ins Gedächtnis gerufen werden, daß ökonomische Krisen zur »Normalität« kapitalistischer Entwicklung gehören und daß die lange Aufschwungsperiode die zu erklärende Ausnahme war. Und so geschah es (mit einigem Erfolg) ein knappes Dutzend Jahre lang.

Doch der Erfolg war relativ und zweischneidig. Relativ, weil die Suche nach den erklärenden Faktoren der Krise zwar einige alte Wahrheiten überholte und genauere Fragen zuließ, aber letztlich das Ungenügen der Krisentheorie selbst offenbarte (vgl. Prokla 57). Zweischneidig, weil die Krise andauerte und mit ihrem Andauern zur »Normalität« in der Wahrnehmung derer wurde, die von der Krise profitierten, verschont wurden oder doch zumindest glaubten, daß dem so sei.

Denn die Analyse der Krisen selber bot nur wenig Ansatzpunkte für theoretische Entwürfe, wie aus ihnen zu entkommen sei, ohne dies auf Kosten größerer Teile der Bevölkerung zu tun. So wie gesellschaftlicher Fortschritt von vielen auf ein technisch-ökonomisches Maß reduziert wurde, drohte umgekehrt die Kritik dieser Entwicklung zur negativen Utopie zu gerinnen, welche nicht in der Lage war, ihre Widersprüchlichkeit zu begreifen. Im Ergebnis etablierte sich eine politische Arbeitsteilung: die Linken warnten vor einer gesellschaftlichen Entwicklung, während die Konservativen sie gestalteten: die modernisierte Zwei-Drittel-Gesellschaft. Eine derartige politische Arbeitsteilung (unabhängig von den parlamentarischen Mehrheiten) ist fatal — legt sie doch die Anlehnung an das jeweils herrschende Gestaltungskonzept der »Modernisierung« (sei es explizit mangels Alternativen, sei es implizit in der Form der Negation) nahe.

Für Parteistrategen auf der Suche nach Mehrheiten von morgen ein untragbarer Zustand, zumal die Optimismus-Wahlkampagnen der Vergangenheit erfolgreicher waren als die permanente Krisenwarnung. »Die Linke muß sich aufraffen«, schreibt Peter Glotz (im 'Manifest für eine Neue Europäische Linke', Berlin 1985) »sie braucht Zukunftsorientierung — eine realistische Utopie, die ihre Anhänger aus den Schützengräben des Relativierens holt. Die Linke muß die ansteckende Mutlosigkeit gegenüber dem einundzwanzigsten Jahrhundert ablegen«. Wir sollen uns keinen Illusionen hingeben, die Rechte habe die kulturelle Hegemonie errungen, und die Linke wird nur dann die Verhältnisse verändern können, wenn sie mit

ihrem Programm »eine neue Stufe der Bündnisfähigkeit zustande bringt«. Eine Kräftekoalition sollen wir bauen, die »möglichst viele Starke mit den Schwachen solidarisiert — gegen deren eigene Interessen«. Das sei zwar eine paradoxe Aufgabe, aber »auch das leidenschaftlichste Festhalten an der Klassenanalyse von vorgestern und die schönste Beschwörung der gemeinsamen Interessen aller Lohnabhängigen können nicht darüber hinwegtäuschen: Der Weg der modernen Industriegesellschaft geht in die Segmentierung ... Noch nie waren die Lageunterschiede innerhalb der Arbeiterschaft so groß wie jetzt. Der wahrscheinliche Entwicklungspfad der industriellen Kernsektoren ... führt zur höheren Qualifizierung der Arbeiter und zu ganzheitlicherem Aufgabenzuschnitt ... Wer aber in den Krisensektoren arbeitet, ... der lebt im Risiko.« Das Szenario beginnt sich zu entfalten. Wo kommt es her?

Gehen wir für einen Moment zurück zur Wissenschaft. Unbestritten ist, daß ein wesentliches Element der ökonomischen Krise in der Entwicklung der Kapitalrentabilität zu suchen ist und daß die unternehmerischen Maßnahmen zur Neuordnung des industriellen Produktionsapparates eine Antwort darauf sind. Sozialwissenschaftliche Untersuchungen dieses ökonomischen Umstrukturierungsprozesses haben in erster Linie die sozialen Auswirkungen betrieblicher Rationalisierungen und ökonomischer (regionaler und branchenspezifischer) Modernisierung analysiert. Dabei gab es bis vor kurzem und weitgehend unabhängig vom theoretischen Gerüst (vom betriebspolitischen Ansatz über die Zeitökonomie bis hin zur Entdeckung der Politik in der Arbeit) ein nur wenig angefochtenes Paradigma: Rationalisierungs-/Umstrukturierungsprozesse haben es darauf abgesehen, menschliche Arbeit tendenziell zu vereinfachen, um sie dann von Maschinen übernehmen zu lassen. Der Einsatz neuer Techniken und Formen der Arbeitsorganisation verschont in seinen negativen sozialen Auswirkungen weder die Facharbeiter und erst recht nicht die Massenarbeiter: die betriebliche Arbeitsteilung, die Dequalifikation von Kopf- und Handarbeit und vor allem die Arbeitslosigkeit schreiten voran. Gestritten wurde um anderes: um quantitative Zahlen, um verbliebene Handlungsspielräume, um Möglichkeiten des Überwinterns/Absicherns von Besitzständen. Das Szenario der Zukunft war düster: technischer Fortschritt in der Produktion wurde weitgehend zum Synonym für sozialen Rückschritt durch Rationalisierung.

»Das Ende der Arbeitsteilung?« betitelten Kern/Schumann ihre neue Rationalisierungsstudie und stellten das Paradigma in Frage. Die neuen (elektronischen) Technologien produzieren in ihrer immanenten Logik »neue Produktionskonzepte«, die auf ein geändertes Mensch-Maschine-System hindeuten: die Nutzung der Arbeitskraft ändere sich in Richtung einer breiteren Verwendung von Qualifikationen und eines ganzheitlicheren Aufgabenzuschnitts. Diese Potentiale seien in der Technologie verankert, leider führe ihre »privatistische Verengung« (ihre Anwendung innerhalb einzelwirtschaftlicher Kalküle) zu wachsender gesellschaftlicher Ungleichheit. Deshalb bedürfe es einer sozial gesteuerten Innovation. Dieser 'arbeitspolitische' Paradigmenwechsel der Kapitaleseite ermögliche Anknüpfungspunkte für gewerkschaftliche Strategien der Gestaltung industrieller Arbeit und Arbeitsbeziehungen in den Sektoren modernisierter Produktion.

Diesen Ball haben Teile der Gewerkschaften und der Sozialdemokratie dankbar aufgegriffen. »Erstmals in der Geschichte des Industrialismus ist es mit Hilfe der Technik möglich, statt die Zerteilung der Industriearbeit auf wenige Handgriffe weiterzutreiben, diesen 'Taylorismus', diese Überspezialisierung auf breiter Front zurückzudrängen und die Chancen für ein selbstbewußtes Verhalten der Arbeiter im Arbeitsprozeß entscheidend zu verbessern.« (P. Glotz) Da haben wir sie endlich, die »realistische Utopie«, denn: »höhere Produktivität ist unter den gegenwärtigen Umständen ohne pfleglicheren, 'aufgeklärteren' Umgang mit der lebendigen

Arbeit nicht zu bekommen" (Kern/Schumann, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 1 '85). Vor soviel »Neubesinnung« und gefragten Visionen wird denn auch schon mal die gegenwärtige Krise eine Nummer kleiner von Glotz als »Zwischenkrise« definiert.

Aber wir sollten es uns nicht zu leicht machen: weder in der behaglichen Fortschreibung der Taylorismus-/Neo-Taylorismusdebatte, noch beim modisch gewordenen Paradigmenwechsel. Der Zwang zur Überprüfung eigener Annahmen gilt gerade in den Phasen, in denen eine Veränderung gesellschaftlicher Strukturen noch im Gange und nicht verfestigt ist. Und soviel erscheint bei allen Kontroversen klar zu sein: nicht nur in der Bundesrepublik, sondern in allen vergleichbaren kapitalistischen Industriegesellschaften findet ein Umbruch der industriellen Produktion statt, der die bisherigen Strukturen und Politiken innerhalb und außerhalb der Arbeit modifiziert. Das betrifft den Einsatz neuer Produkt- und Produktionstechniken, die Arbeits- und Produktionsorganisation, die Beziehungen zwischen Unternehmerverbänden, Gewerkschaften und Staat (es fragt sich, inwieweit die Verschärfung von § 116 des AFG nicht der »Modernisierungslogik« widerspricht?) und die Formen politischer Regulierung gesellschaftlicher Verhältnisse und ihrer Krisen.

Ob wir diesen Zustand als »Krise des Fordismus« (vgl. Lipietz in Prokla 58) oder als »gesellschaftlichen Strukturbruch« (Prokla 57) oder anders nennen: noch lassen sich eine einheitliche Tendenz, generalisierbare Strukturen der »Modernisierung« nur mit Zwang konstruieren. Viele Beobachtungen sprechen dafür, daß die Arbeit ein Experimentierfeld unterschiedlicher Modernisierungsstrategien geworden ist, daß die Arbeitsbeziehungen »flexibilisiert« werden sollen, ausgerichtet auf sich schneller wandelnde betriebliche »Erfordernisse«. Die Wege dorthin sind verschieden, die Gefahren für eine solidarische (Gewerkschafts-)Politik groß.

Wir wollen in dieser Prokla einige andere Zugänge zum strukturellen Wandel von Arbeit und Produktion dokumentieren, wie sie in der amerikanischen, englischen und französischen Diskussion zu finden sind. Die Konfrontation mit diesen Ansätzen unterstreicht die Notwendigkeit, Ambivalenz und Widersprüchlichkeit der Zukunft industrieller Arbeit (und mit ihr der Gewerkschaften) genauer zu bearbeiten. In Prokla 64 werden wir die Konsequenzen dieser Entwicklungen für die Gewerkschaftsbewegung in den Mittelpunkt stellen. Charles Sabel entwickelt in seinem Beitrag eine Modernisierungsperspektive industrieller Arbeit und gewerkschaftlicher Interessenvertretung, welche die Möglichkeiten einer flexiblen Spezialisierung in der Ablösung des fordistischen Massenproduktionsmodells hervorhebt. Seine Überlegungen mögen die Bedeutung flexibler Spezialisierung überschätzen (und insofern einer vergleichbaren Kritik wie die »neuen Produktionskonzepte« von Kern/Schumann ausgesetzt sein) — sie haben den Vorteil, das Flexibilisierungskonzept der unternehmerischen Modernisierung auf die gewerkschaftliche Strategiebildung bezogen positiv durchdacht zu haben. Das macht (unfreiwillig) auch die Gefahren deutlicher.

Benjamin Coriat/Philippe Zarifian skizzieren die neuen Organisationsprinzipien der Produktion und fragen nach den neuen Differenzierungsprozessen innerhalb der Lohnarbeit. »Während einer ganzen Ära schien es legitim«, schreiben sie, »sich auf die unmittelbare Arbeit und deren Organisation zu konzentrieren. Der Taylorismus hatte sie zum zentralen Konfliktfeld gemacht. Heutzutage kann dagegen die Rationalisierung der Arbeit nicht mehr unabhängig von der umfassenderen Bewegung einer Rationalisierung der Produktion gedacht werden. Damit verlagern sich die Konfliktfelder grundsätzlich.«

Stephen Wood analysiert die Konturen der britischen 'Labor-Process-Debatte', die durch Braverman's »Arbeit im modernen Produktionsprozeß« ausgelöst wurde. Ihm kommt es darauf an, die Diskussion um gewerkschaftliche Spielräume für positive Ansätze bei den Manage-

ment-Initiativen zur Veränderung der Arbeitsorganisation auszuloten, d.h. die möglichen Alternativen zum Taylorismus. Dabei liegt ein Schwerpunkt in der Analyse von Kontrollstrukturen in den Beziehungen zwischen Kapital und Arbeit.

Knuth Dobse geht der Frage nach, »in welcher Form und mit welchen Mitteln Konzerne den industriellen Arbeits- und Produktionsprozeß beeinflussen«. Er weitet damit die bisher eindeutig betriebsbezogene Argumentation aus und zeigt, wie auf Konzernebene ein Angleichungsdruck auf die Gestaltung des betrieblichen Arbeitsprozesses ausgeht, der über direkte Kontrollstrukturen und die eher vorsichtige Organisation von Managementlernprozessen versucht, globale Rationalisierungsziele betrieblich umzusetzen. Seine am Beispiel der multinationalen Automobilkonzerne entwickelten Thesen machen nochmals deutlich, daß es bei der Organisation von Arbeit und Produktion auch von Managementseite keine eindeutigen Strategien gibt, vielmehr unterschiedliche Tastversuche zur Neuorganisation der Arbeit. Aus den hier vorgestellten Beiträgen sei eine vorsichtige Schlußfolgerung gezogen: die neuen Vergesellschaftungsformen der Arbeit sind noch nicht fest definiert, das Kapital experimentiert mit unterschiedlichen Formen (von der Entgewerkschaftlichung, vgl. Prokla 54, bis zum geplanten Einbezug von Gewerkschaften in diesen Prozeß, vgl. Sabel in diesem Heft), die von der Gestaltung des Arbeitsprozesses bis zur Gestaltung rechtlicher Rahmenregelungen reichen. Es scheint sich eine Tendenz zur »*Verbetrieblichung*« der Konflikte und Regelungsbereiche von seiten des Kapitals durchzusetzen. Eine nur betriebsbezogene, gewerkschaftliche Antwort auf die Veränderung industrieller Arbeit kann dem allein nicht begegnen, eine einheitliche Interessendefinition aller Lohnabhängigen scheint nur unter weitgehender Abstraktion der konkreten Lebens- und Arbeitsumstände möglich. Es stimmt: Utopien sind notwendig, wenn wir das »Projekt der Moderne« nicht der konservativen Gesellschaftsspaltung überlassen wollen. Aber niemand sollte die Tücke der »Visionen« unterschlagen, die darin besteht, die Anpassung an eine modernisierte Zwei-Drittel-Gesellschaft im Ergebnis zu fördern.

»Maulwurfarbeit also und mühsame Aufklärung: die übliche Minderheitsposition gegen die sprechende Mehrheit« schreibt *Johannes Agnoli* über die Aufgaben der Linken und ihr Verhältnis zur Demokratie. Zwanzig Jahre nach seinem mit Peter Brückner verfaßten Buch »Die Transformation der Demokratie« überprüft Agnoli seine Überlegungen zum Verhältnis der Linken zum Verfassungsstaat, zu den Klassen und den Massen. Nicht das religiöse Bekenntnis der Linken zum demokratischen Staat, zum besten aller Staaten überhaupt ist das zentrale Problem, sondern »ob und wie Emanzipation möglich wird, ob und wie die Massen zum emanzipatorischen Bewußtsein kommen: ob sie es auch wollen. ... Denn der alte Weg von Plato über Fichte bis zu Lenin: man müsse die Massen zu ihrem Glück und zur Freiheit zwingen, ist nicht nur theoretisch brüchig und intellektuell eine Legitimationsideologie der Macht. Viel schlimmer: er läßt alles bei den alten Verhältnissen (mit ausgewechseltem politischen oder gesellschaftlichen Personal), involutiert auf jeweils andere Weise lustig weiter.« Während die Autoren der Demokratie-Diskussion (Prokla 61) eher auf den historischen Prozeß der Auseinandersetzung um demokratische Verfahren/Institutionen verweisen, um — in Kenntnis der Grenzen und Mängel — an ihnen normativ festzuhalten, antwortet Agnoli: »Die Geschichte kennt ihre eigene Ironie — auch Dialektik genannt. Und so kommt es, daß gerade diejenigen, die in der Geschichtsschreibung als die Schlimmen erscheinen: die Extremen, die Radikalen, die linke Radikalität so etwas darstellen wie die Existenzbedingung — des reformerischen Strebens.«

Mit dem Beitrag von *Przeworski* und den kommentierenden Bemerkungen von *Hübner/Stanger* wollen wir eine theoretisch-methodische Diskussion vorstellen, die im angelsächsischen Sprachraum seit einigen Jahren geführt wird und zunehmend an Einfluß in der hiesigen Auseinandersetzung gewinnt: die Fundamentierung sozialwissenschaftlicher Analysen durch den methodologischen Individualismus. Das allein wäre wohlmöglich kein hinreichender Grund, den Prokla-Lesern eine derartige 'Zumutung' zu empfehlen, zumal der »Public-choice«-Ansatz der amerikanischen Politikwissenschaft und seine Ausprägungen auf demokratietheoretische Konzeptionen der Konservativen gerade in der letzten Prokla von Müller-Plantenberg kritisiert wurde. Aber die Zumutung erscheint notwendig, und sei es auch nur aus dem Grunde, die Tragfähigkeit grundlegender Kategorien marxistischer Theoriebildung erneut zu überprüfen. Bereits in Prokla 58 haben Wright und Elster versucht, den Ausbeutungsbegriff spieltheoretisch zu erfassen. Przeworski seinerseits versucht, sich den Problemen marxistischer Handlungstheorie und der Analyse von Strukturen gesellschaftlicher Beziehungen mit Hilfe des methodologischen Individualismus zu nähern. Bei aller begründeten Skepsis ob des Erfolgs eines solchen Vorgehens soll nicht verschwiegen werden, daß der Beitrag die Diskussion der Redaktion spürbar angeregt hat. Ein Zeichen für erneuten Nachholbedarf theoretisch-methodologischer Grundlagendiskussion in den Sozialwissenschaften?

Die Redaktion

In eigener Sache ...

1. Geld.

Uns geht es gut! haben wir sinngemäß in Prokla 59 geschrieben. Und damit gemeint, daß sich die Resonanz auf die Zeitschrift in letzter Zeit positiv entwickelt hat. *Das stimmt auch.* Wir haben von gestiegenen Abonnentenzahlen geschrieben. Auch das stimmt weiterhin. Was wir nicht wußten (aber jetzt): der Buchhandelsverkauf der Prokla in Westdeutschland ist zurückgegangen — in erster Linie eine Folge veränderter Geschäftspolitik der Buchhandlungen: um Lagerkosten zu sparen und um die Umschlagszeit des Kapitals zu verkürzen, haben die meisten Buchläden ein reduziertes Warenlager. Für die Zeitschriften heißt dies: bestenfalls wenige Exemplare der allerletzten Nummer sind vorrätig. Für eine linke Theoriezeitschrift wie die Prokla, deren Beiträge über einen bedeutend längeren Zeitraum aktuell sind, hat diese geänderte Verkaufspolitik unmittelbare Konsequenzen: die Zeitschrift liegt nur noch in wenigen Buchhandlungen aus, sie muß einzeln von den Kunden bestellt werden. Und wer die Prokla nicht schon anderweitig kennt, hat wenig Gelegenheit, dies in Buchläden nachzuholen. Für West-Berlin deuten die vorhandenen Daten allerdings auf einen leicht gestiegenen Buchhandelsverkauf hin.

Summa summarum: der Gesamtverkauf stagniert und die Kosten steigen.

Was tun? Prinzipiell gibt es nur zwei Möglichkeiten: entweder die Produktions- und Vertriebskosten zu senken oder die Einnahmen zu erhöhen, sofern kein Dauerdefizit erzielt werden soll (wir befinden uns ja nicht in einer Abschreibungsbranche, trotz der diesbezüglich bekanntlich idealen Voraussetzungen in Berlin). Auf der Kostenseite haben wir nur einen eng begrenzten Spielraum. Bleibt die Einnahmeseite.

Editorial

Der Rotbuch-Verlag hat beschlossen, den Preis der Prokla ab Heft 62 um 1,— DM zu erhöhen, so daß das Einzelheft DM 16,— und im Abo DM 13,— kostet.

Wir sehen darin die Gefahr, daß die Anzahl der Kopien steigt, die der Käufer jedoch sinkt. Da wir weiterhin am bisherigen inhaltlichen Konzept einer theoretischen Zeitschrift für sozialistische Politik festhalten wollen, — auch wenn dies ein permanenter Suchprozeß ist, der nur begrenzte Sicherheiten bietet — müssen wir uns etwas Neues im Bereich von Werbung und Vertrieb einfallen lassen.

2. Konsequenzen — Mitarbeit

- *Abonniert die Prokla in Eurem Buchladen!* Ihr spart nicht nur DM 3,— pro Heft, sondern verbessert die Chance, daß somit überhaupt eine Prokla in den Buchladen kommt. Außerdem kann es nicht schaden, mindestens alle 3 Monate einmal in einen Buchladen zu gehen.
- Insbesondere in den Universitätsstädten spricht mit den Buchhändlern über die Prokla, damit sie zumindest mit den letzten Nummern vorrätig ist. Wir schicken Euch gerne Plakate oder Werbematerial.
- Die Buchhandlungen, die die Prokla regelmäßig führen, werden namentlich in der Prokla genannt. Wir werden im Laufe des Jahres eine derartige Rubrik einrichten. *Schickt uns bitte die Adressen dieser Buchläden.*
- Prüft, ob die Prokla in den jeweiligen Bibliotheken vorhanden ist. Wenn nicht, regt Bestellungen an.

Wir wollen keinen eigenen Vertrieb aufbauen. Aber wir brauchen Eure Mitarbeit, um dafür zu sorgen, daß die Prokla zumindest in den wichtigsten Buchhandlungen und Bibliotheken der Universitätsstädte vorrätig ist.

Nach dem Erfolg unseres »Aufrufes zur Mitarbeit« (in Heft 59 — der Aufruf gilt noch immer) bitten wir Euch auch um Anregungen und Mitarbeit zur Verbesserung des Vertriebs.

Wenn wir in dieser Prokla im Themenschwerpunkt u.a. drei ausländische Beiträge anbieten können und darüber hinaus außerhalb des Schwerpunktes einen eigenen Beitrag zur Methoden-/Theoriediskussion sowie einen langen Artikel von Agnoli zur »Transformation der Demokratie«, dann freuen wir uns nicht nur über dieses Heft, sondern wir wissen auch, daß dies ein Ergebnis derer ist, die die Prokla ideell und materiell unterstützen. Nur so ist es möglich, daß die Prokla in diesem Herbst ihren 15. Geburtstag feiern kann.

Johannes Agnoli Zwanzig Jahre danach Kommemorativabhandlung zur »Transformation der Demokratie«

»Ich habe das alte Haus inzwischen liebgewonnen.«

(Eine grüne Abgeordnete über den Bundestag)

»Die Institutionen sind mächtiger als die einzelnen Menschen.«

(Marx)

Einleitend

Zwanzig Jahre sind eine lange Zeit. Der jetzige Zeitpunkt: die Tendenzwende nach den sozialliberalen — sagen wir Reformversuchen, bietet sich als überaus günstige Gelegenheit, das Verhältnis der Linken zur Demokratie, zum Verfassungsstaat, zu den Klassen und den Massen neu zu bedenken. Es gilt, all das zu überprüfen, zu korrigieren — oder zu bestätigen, was wir hierzulande gedacht, gemacht, vorgeschlagen und perspektivisch geöffnet haben oder öffnen wollten. Sofern die allgemeine Thematik freilich sich auf das Verhältnis der Linken zur Demokratie bezieht und dabei unter Demokratie die in Westdeutschland herrschenden Zustände meint, scheint sie mir der Änderung bedürftig. Denn sie unterstellt eine in Wahrheit vorhandene Volksherrschaft; sie hält also für wahr, was in jedem Sozialkundebuch steht und im Grundgesetz festgelegt ist: daß das Wahlvolk zumindest in seiner Vertretung das wirkliche Zentrum, das Subjekt der politischen Macht sei. Die Fragestellung verwandelt sich derart unversehens in die Gretchenfrage der Linken. Die »Demokratie« als unschuldiges Gretchen fragt uns böse linke Heinriche, wie es denn um unser politisches Glaubensbekenntnis stünde. Die Rationalität des Problems stellt sich aber erst in der Umkehrung her: was von den demokratisch genannten Eigenschaften des bürgerlichen Verfassungsstaats und seiner Institutionen zu halten sei. Wie weiland bei Aristoteles in dem Verhältnis zwischen Koch und Gast: *Wir* haben das Fragerecht, nicht die konstituierte Ordnung. Darum geht es also nach wie vor. Es geht aber auch — wie es sich gleich zeigen wird — um Persönliches. Ich bitte die sonst streng objektiv-wissenschaftlich eingestellten Leser der Prokla um Nachsicht, wenn in diesem Beitrag — zumal am Anfang — Persönliches auftaucht. Nicht, daß ich von der berühmten Parole viel hielte: das Persönliche sei politisch, da ich das Politische eher negativ besetze und auf die Rückgewinnung der gesellschaftlichen und persönlichen Autonomie gegenüber der Form Staat und aller staatlich-politischen Gewaltförmigkeit durchaus Wert lege. Darin sehe ich überhaupt das Geschäft, auf das ich mich schon seit längerer Zeit einließ, und mit dem die ganze Linke sich befassen sollte: Die Politik theoretisch und so weit wie möglich auch praktisch zu kritisieren. Gerade in diesem Punkt vermischten sich Sache und Person, Projekt und Subjekt, anlässlich einer denkwürdigen Veranstaltung, in der über die »Transformation der Demokratie« (1967; im folgenden zitiert nach der 2. Auflage 1968, akademischem Brauch gemäß TdD genannt) und über meine Positionen verhandelt wurde — in meiner, durch alltägliche Umstände erzwungenen Abwesenheit.¹ Nun soll dies alles eher Gelegenheit

sein, einige Begriffe und selbst einige geschichtliche Daten zu klären, zum Behufe einer besseren, stichhaltigeren Überprüfung der vor zwanzig Jahren vorgeschlagenen Analysen unserer politischen Zustände.

Die denkwürdige Veranstaltung

Sie fand in einem größeren Rahmen statt, als Teil und Sitzung eines beachtenswerten und beachteten Gedenkkongresses, der ohne erkennbares Jubiläumsdatum, vielmehr zufällig und aus Gründen akademischer Betriebsamkeit zustandekam, vorläufig folgenlos zwar, aber zumindest publizistisch erfolgreich zu sein schien — und an dem des SDS und der Revolteeпоche der 60er und 70er Jahre gedacht wurde. Genauer ging es um das Jahr 1968. In der Öffentlichkeit fehlte es ebensowenig an einer Ironisierung der Veteranen, die sich gegenseitig Irrtümer vorwarfen, zugleich aber sich der »Taten erinnerten, welche geschahen« (Hölderlin); wie an dem Hinweis auf die »Nostalgie« — beides belanglose Anwürfe für diejenigen, die dabei waren und darüber denken wie über die Kanonade von Valmy. Ich vermute ohnehin, daß eines Tages das Jahr 1968 ebenso in die geschichtliche Erinnerung eingehen wird wie das Jahr 1848 — auch Datum eines gescheiterten Schritts zur Emanzipation. »E' tutto un quarantotto«, sagt man noch heute in Norditalien, um Rebellion, Chaos und Befreiung aus verhaßter Herrschaft zu bezeichnen. Keine Nostalgie, sondern Neudenken eines nach vorne gerichteten Anspruchs.

In diesem Zusammenhang konnte es nicht ausbleiben, daß — ebenso folgelos wie erfolgreich — auch über die Parlamentarismus-Diskussion der APO (mir wäre der Ausdruck AIO lieber, sprachlich andere Assoziationen hervorrufend und korrekter die außerinstitutionelle Perspektive anzeigend, um die es uns anfänglich ging) Altes, Neues und Originelles mitgeteilt wurde. In freundlicher Erinnerung rückte also die von mir und Peter Brückner gemeinsam vorgelegte Studie über die Transformationen in den Mittelpunkt, die der westliche Staat (stellvertretend: die Bundesrepublik) und das Bewußtsein der in ihm lebenden Individuen nach der Zerschlagung des Faschismus erfahren hatten. Die Gelegenheit wäre günstig, und die intellektuelle Potenz der Kongressteilnehmer durchaus in der Lage gewesen, Aktualität, Gültigkeit, Brüchigkeit einer nunmehr 20 Jahre zurückliegenden Analyse zu überprüfen, meine — wie sie richtigerweise genannt wurde — »Involutionstheorie« des Verfassungsstaats an den Veränderungen zu messen, die inzwischen eingetreten sind. Um einige Punkte und Fragen zu nennen, die von mir gewiß nicht absichtslos oder zufällig herausgegriffen, sondern in eindeutiger Absicht ausgewählt worden sind: ist die Verlagerung des Klassenkonflikts auf den horizontalen Verteilungskonflikt gescheitert, gar umgekippt? Ist die institutionelle Strategie des Pluralismus ad absurdum geführt oder ohnmächtig geworden? Ist das Parlament, der grün angereicherte Bundestag doch noch zum Zentrum der politischen Form geworden, verkörpert er inzwischen die Präsenz und verwirklicht er die Verfügungs- und Entscheidungsgewalt des Volkes? Wer hat nun das Richtigere getroffen: Carl Schmitt mit seiner These von der parlamentarisch bedingten Destabilisierung und Partikularisierung der Staatsmacht oder meine Mutmaßung, daß gerade das parlamentarische System ein Verfahren zur Herbeiführung friedlich-integrativer Reproduktionsformen sei. Man möge mir die grobe Ironie nachsehen: haben wir 20 Jahre danach »mehr Demokratie«, eine größere Eingriffsmöglichkeit der Bevölkerung in die politischen Entscheidungsprozesse?

* »Es ist wie in der 48er Revolution...«

Was hat sich geändert, daß die ganze Theorie der TdD als obsolet zu betrachten wäre? Ich räume ein, daß es der Möglichkeiten der Falsifizierung viele gibt. Wir erleben zur Zeit — und nicht nur in der Bundesrepublik — eine Tendenzwende. Zumindest hören wir davon. Das könnte bedeuten, daß in der Tat der Involutionenprozess sich umgekehrt und sich umtransformiert hat in einen Evolutionsprozess, der uns zu neuen Ufern der Emanzipation führt. Es wäre nachzusehen, inwieweit der westdeutsche Staat, der Verfassungsstaat überhaupt wenn nicht vor der Selbstauflösung, so doch zumindest vor der Humboldtschen Selbstbescheidung stünde; und ob die Gesellschaft sich die öffentliche Verfügung über sich selbst zurückholte, die sie vor langer Zeit der Politik und der Form Staat übereignet hatte. Weder Involution, noch die von Wolf-Dieter Narr so sehr gefürchtete »Landnahme« behielten Aktualität. Vielmehr: »Weniger Staat, mehr Markt« — es klingt beinahe wie die Erfüllung eines anarchistischen Blüentraums. Es bedeutet in Wirklichkeit genau das Gegenteil. Offensichtlich hatte sich der sozial genannte Staat, wenn auch nur geringfügig, von seinem Zweck entfernt, Garant der Reproduktion einer kapitalistisch produzierenden Gesellschaft zu sein. Das heißt: von Entfernung kann gar keine Rede sein. Er hatte in löblicher Weise versucht, wie weiland Giolitti anfangs der 20er Jahre in Italien, die in den 60er Jahren in ganz (West-)Europa aus den Fugen geratene Gesellschaft durch eine Erhöhung der Integrationskosten (Lohnpolitik, Bildungsurlaub, Stipendienvergabe, Betriebsverfassungen) wieder fügsam zu machen — ökonomisch unvermeidlicherweise auf Kosten der Akkumulationsrate und der unternehmerischen Verfügungsgewalt — und überdies zu einem Zeitpunkt, als die endemische Krise einsetzte und das Kapital an anderen Formen der Integration sich interessiert zeigte. »Mehr Markt«: kein Flug ins Autonome also, sondern Rückbesinnung der politischen Klasse (eine Gesinnungsinvolution) auf das eigene Geschäft, für die Identität von bonum comune und Gewinnspanne zuständig zu sein und nicht für die Identifikation des bonum comune mit der salus populi.

Es hätte in der Tat genügend aktuelle Fälle gegeben, die Involutionstheorie, jenseits der im Grunde banalen Thematik der Wahlbeteiligung dissidenter Bewegungen, zu falsifizieren und zu Fall zu bringen. Ich schlage zur Überprüfung eine Einrichtung vor, die in der TdD gewiß nur eine Randrolle spielt, ohnehin nicht zum harten Kern des Verfassungsstaats gehört, im Zusammenhang von Herrschaft und Öffentlichkeit aber eine durchaus originelle Funktion ausübt: das Institut des parlamentarischen Untersuchungsausschusses. Der Untersuchungsausschuß des Bundestags, der sich mit allerlei dunklen Geldtransaktionen und mit der Tätigkeit einiger Dunkelmänner befaßte, erlangte in der Öffentlichkeit eine noch nie dagewesene Bedeutung. »Nur Fundamentalopposition ist daran interessiert, politische und gesellschaftliche Mißstände schonungslos aufzudecken« (TdD 1968, 81). Aufdeckung fand in der Tat statt, Schonungslosigkeit machte sich breit. Das Volk konnte zufrieden sein und zufriedengestellt werden — das Volk, das ist wir alle, die mit großem Vergnügen und großem Gewinn den Verlauf der Untersuchung in der Presse verfolgten, um dann überrascht festzustellen, daß trotz Schilys tapferen Verhaltens am Ende das Institut doch so funktionierte, wie in der TdD analysiert: »Zentrum einer gesellschaftlichen Machtfunktion, das sich auch zum Subjekt unmittelbarer Bedürfnisse entwickeln kann, unter Umständen aber eine Fiktion darstellt oder durch einen fiktiven Stellenwert charakterisiert ist ... (Es geht um) symbolische Einrichtungen, die über keine effektive Macht verfügen, im Machtsystem jedoch spezifische Aufgaben erfüllen — ohne die also ein Machtsystem brüchig werden könnte« (TdD 1968, 56). Freilich könnte darauf hingewiesen werden, daß ein mutmaßlicher Dunkelmann, obzwar Minister, gehen und sich einem Gerichtsverfahren unterziehen mußte. Nur scheint mir der Weggang

eines Ministers, des Verdachts wegen, unbefugterweise silberne Löffel geschenkt erhalten zu haben, zwar erfreuliche Aspekte zu haben. Als Beweis einer fundamentalen Tendenzänderung von der Involution zur Evolution, von der Verstaatung der Gesellschaft zur gesellschaftlichen Autonomie, von der Transmissionsrolle des Parlaments zu einer neuen, emanzipatorischen Aufgabe — kurz: als Falsifizierung der Involutionstheorie sind all diese Ereignisse ziemlich dürftig.

Darüber hätte ich also gerne mit den alten Genossen und mit der so oft genannten, neuen Studentengeneration diskutiert und gestritten. Wie gesagt: es ging nicht. Ich wurde sehr häufig direkt ad personam angesprochen, in prima persona zu reden war mir leider nicht vergönnt. Ein betrüblicher Umstand, fürwahr. Indessen: einigen Diskutanten erschien der Umstand so betrüblich wiederum nicht, vielmehr der Rede- und Gedankenfreiheit durchaus dienlich. Von mir aus fraglos sehr subjektbezogen und, wie erwähnt, persönlich gesehen: da der Missetäter fehlte, konnte um so freizügiger über seine Positionen hergezogen werden. Wieder bäte ich die Leser gerne um Nachsicht. Wie gesagt, zwanzig Jahre sind eine lange Zeit und Korrekturen sind denkbar, vielleicht notwendig. Damals gab es die Grünen noch nicht, die Alternative verstand sich als klassen- und nicht als umweltbedingt; die Kanzler waren intelligent und redeten keinen Kohl. Verfassungsstaat oder was sonst — so lautete die Parole; und nicht, ob Abgeordnete rotieren sollten oder sich permanent etablieren. Die sachliche Auseinandersetzung über Gültigkeit und Zeitbedingtheit des »Involutionsansatzes« ging unter in einer eigentümlichen Art von Quellen- und Motivationsforschung. Man gefiel sich sehr in der Suche nach Vorbildern und Absichten der TdD, nach Vergangenheit und vormaliger Orientierung — wohl der mittelalterlichen (oder auch linken) scholastischen Methode gemäß, das Kriterium (*critrium veritatis* — so wurde es genannt) für Sinn, Wert und Richtigkeit einer Theorie nicht in der Sache selbst und in der *adaequatio ad rem* zu suchen, sondern in der *reconductio ad auctoritatem*. Woher also die TdD: Schmitt, Kirchheimer, Pareto, Spirito, Plato; oder aus junglichem Erlebnis, Gymnasialzeit, Krieg, Studentenzeit und entsprechenden Theorievorbildern? Erweist sich nun die vermeintliche Quelle als famos oder als dubios; die entdeckte, autoritativ gegründete ursprüngliche Motivation als erkennbar oder bestreitbar, so kann danach auch das Urteil über die diskutierte Theorie ausfallen. Die Beschäftigung mit der Sache selbst erübrigt sich. Zu dieser Art, sich mit Autoren statt mit Problemen zu beschäftigen, gleich eine zwar nicht notwendige, aber doch nützliche Bemerkung. Sie soll den Diskutanten zum Begriff verhelfen, deren Denken offensichtlich und bequem nur in Vorstellungen verharrt (vgl. Hegel, Phänomenologie des Geistes, Schlußsatz der Schädellehre).²

Zunächst aber eine geschichtliche Erinnerung, ganz im Sinne einer Gedenkveranstaltung, die auch zur begrifflichen Klärung gehört und Mißverständnisse über die TdD ausräumen könnte.

Zur Vorgeschichte der »Transformation«

Geschichtliche Erinnerungen, die unvermeidlicherweise zuweilen sich mit Lebenserinnerungen vermischen, dienen auch der Richtigstellung mystologischer Neu- oder Spätdeutungen, die mit Daten und Fakten willkürlich verfahren und zum Beispiel aus dem Zusammentreffen von Schrift und Ereignis ein Mysterium besonderer Art machen: die »Bibel der APO«. Dies zurecht zu rücken ist um so interessanter, als Rezensenten, Historiographen und sonstige Autoren offensichtlich mit der zeitlichen Reihenfolge der Weltgeschichte nicht ganz zurecht kommen. Teils aus banalen, zufälligen Gründen: so schrieb das »Argument« 1970 in

einer, übrigens sehr wohlwollenden und lobenden Besprechung, die TdD sei »ein wichtiges Produkt der Studentenbewegung«, welche bekanntlich vor 1970 begann. Und ein bedeutsamer Leviathan-Autor, der den Einfluß Kirchheimers (1967) namentlich auf meinen Teil der schmalen Schrift nicht ohne Erfolg zu beweisen sich bemühte, verlegte zum Behufe der Richtigkeit seiner Beweisführung das Erscheinungsdatum der TdD um zwei ganze Jahre nach hinten, also auf das Jahr 1969. Es menschtelt halt allenthalben, wie die Schwaben zu sagen pflegen. Also komme ich zur Sache, eine Sache, die sich mit einer der aufrichtigsten Persönlichkeiten der deutschen Linken und mit einem der klarsten Kritiker der westdeutschen Mißstände verbindet.

Als Brückner und ich den Plan faßten, nach dem Scheitern eines verlegerischen Projektes gemeinsam über Politik, Gegenwart und Staat etwas zu veröffentlichen, stand die später so genannte Studentenbewegung, (also: die Protest- und Revoltebewegung der 60er Jahre) noch nicht auf der Tagesordnung. Man stand eher unter dem Eindruck der glücklicherweise sich als falsch erwiesenen Habermasschen Untersuchung über Student und Politik. Die damals noch junge Bundesrepublik galt als Modell eines friedenspolitischen, stabilen und westdemokratischen Staats: ohne Klassenkämpfe, ohne institutionelle Krisen mit kontinuierlicher Wachstumsrate. Das Schlagwort »Modell Deutschland« gab es schon in der Adenauerzeit und tauchte, nach meinem Wissen, erstmalig 1960 auf, anlässlich eines von mir gehaltenen, mißglückten Referats an der Universität Florenz. Mißglückt insofern, als ich naiv über die westdeutschen Zustände kritisch zu referieren glaubte, während der einladende Professor, Giuseppe Maranini, der große alte Herr der italienischen politischen Wissenschaft, aus meinen Ausführungen nur Erfreuliches heraushörte und also beschloß: »Dobbiamo prendere la repubblica federale come modello di stato democratico moderno*«. In die Gültigkeit dieses Modells schlug zunächst Peter Brückner ein. Als wir uns erstmalig trafen (bei einer Tagung der Friedrich-Ebert-Stiftung), war er mir schon bekannt, ich ihm ein Unbekannter. Meine, wenn man so sagen kann, Urfassung der Transformation, »Demokratie und Neue Obrigkeit« eine kurze Analyse der Vermählung von parlamentarischem System und obrigkeitsstaatlicher Politik im sogenannten CDU-Staat) blieb unbeachtet oder ungelesen. Brückners Vorschlag aber: »Erziehung zum Ungehorsam«, hatte Signalwirkung für die immer noch verunsicherte Linke. Ich selber erkannte in Brückners Ausführungen die Übersetzung meiner politischen Kritik ins Psychologisch-pädagogische und die Geburtsstunde der späteren antiautoritären Erziehung.

Die Anregung, mich näher mit dem politischen System der BRD zu beschäftigen, ging von Ossip K. Flechtheim aus — zunächst zwecks Herstellung einer Habilitationsarbeit. So begab ich mich Ende Februar 1965 zusammen mit Steffani nach Bonn, um vor Ort Informationen, empirisches Material und arcana über Vor- und Hintergründe einer parlamentarisch verfaßten Republik zu sammeln. Ein erstes, synthetisierendes Ergebnis dieser Forschungsarbeit erschien im gleichen Jahr in Lelio Bassos Zeitschrift »Problemi del socialismo« mit dem Titel: »Il regime parlamentare nella repubblica federale**« — sozusagen, und wenn die vergleichende Anmaßung erlaubt ist, mein Rohentwurf der späteren TdD und zugleich die Enthüllung des Geheimnisses im Titel dieses Beitrags: eben 20 Jahre danach. Noch wichtiger freilich, daß Ende 1965 Peter Brückner sich beim Kölner SDS meinen Vortrag über »Verfassung und Herrschaft« anhörte — eine weitergehende Fassung des ersten Entwurfs. Brückner hatte

* »Wir müssen die Bundesrepublik als das Modell eines modernen demokratischen Staates ansehen.«

** »Das parlamentarische Regime in der BRD«

kurz zuvor vom Fischer-Verlag den Auftrag erhalten, einen Sammelband über die Bundesrepublik, ihre Politik und ihre gesellschaftlichen Probleme zu besorgen. Seinem Vorschlag folgend schrieb ich für den Sammelband — eben die »Transformation der Demokratie« —, allerdings mit dem Arbeitstitel »Verfassung und Herrschaft«. Dabei spielte das politische System der Bundesrepublik für mich nur eine exemplarische und exemplifizierende Rolle. Auch Brückner war mehr an einer generalisierbaren Analyse des modernen bürgerlichen Staats und dessen institutioneller Strategie interessiert. Die geschichtliche Funktion des bürgerlichen Staats vorausgesetzt (und nicht erst »abgeleitet«), die Reproduktion einer kapitalistisch produzierenden, bürgerlich bestimmten Gesellschaft zu garantieren, galt es zu untersuchen, wie diese allgemeine Funktion im Einzelnen, in ihren Einrichtungen und durch ihre Organe funktionierte: wie werden staatliche Institutionen benutzt und transformiert, um als Instrumente der Friedensstiftung in einer konfliktual strukturierten Gesellschaft zu dienen; um mögliche Einbrüche unbotmäßiger (akkumulationswidriger) Impulse oder Bewegungen einzudämmen. Instrumente einer gewaltförmigen, aber unblutigen und rechtlich friedlichen Konterrevolution. Das war und ist gewiß nichts Neues: der Staat eliminiert die Bedingungen eines latenten Bürgerkrieges. Das Neue lag höchstens darin, daß dies offen und offensichtlich überzeugend dargestellt wurde. Der Fischer-Verlag lehnte meinen Beitrag ab — übrigens aus Gründen, die mit den Quellen und Motiven der Berliner Kongreß-Diskutanten nichts zu tun hatten. Die Kritik an den bundesrepublikanischen Zuständen hielt sich damals noch in den Grenzen der Frankfurter Schule und der Marburger Perspektive einer Diskrepanz zwischen Verfassungsnorm und Verfassungswirklichkeit. Peter Brückner gab seinen Auftrag zurück und schlug mir einen Einzelgang vor: eine gemeinsame Schrift über die Politik des Verfassungsstaats (Agnoli) und über das politische Bewußtsein, das dieser Politik die Zustimmung gibt (Brückner). Der Titel meines Beitrags hieß nach wie vor »Verfassung und Herrschaft«. Es ist dem glücklichen Einfall des jungen Berliner Verlegers Neumann zu verdanken, aus dem Titel des ersten Abschnitts meines Textes den Gesamttitel der Schrift gemacht zu haben. Also: Transformation der Demokratie. Die ursprüngliche Fassung traf das Richtigere, hätte vielleicht auch interessierte Fehldeutungen verhindert, aber dem schmalen Bändchen weit weniger Erfolg beschert. Brückners Beitrag über die subjektive Seite des politischen Konsenses fiel bekanntlich anders aus als geplant, als am 2. Juni 1967 ein »jeder rationalen Kontrolle entglittener Polizist« (TdD 1968, 91) in Erfüllung seines Amtsauftrags und durch Gebrauch seiner Dienstwaffe Benno Ohnesorg irrtümlich exekutierte und mit seinem Irrtum die Grenzen der subjektiven Rechte im objektiven Staatsrecht anzeigte.

Da kurz darauf aus der TdD eine linke »Parlamentarismus-Kritik« und die »Bibel der APO« wurde, bot sich beim Berliner Gedenkkongreß 1985 die Aktualisierung von selbst an. In der BRD gibt es heute eine Fundamentalopposition mit teilweise außerinstitutionellen, strategischen Vorschlägen, die sich nicht nur etwa anschickt, ins Institutionelle einzukehren, sondern schon längst darin wirkt und sich dabei — Vernünftiges, Massenfreundliches und, obzwar ideologisch widerwillig sogar Fortschrittliches veröffentlichend (und das ist gewiß nicht geringwertig) — sehr wohl fühlt. In der TdD steht aber — *horribile dictu* — Kritisches darüber: daß die Herrschaft sich stabilisiert, »wenn die Opposition ihren fundamentalen Charakter ablegt und sich konstitutionalisiert«; und dabei die »formale Seite — die Einhaltung der Spielregeln — ergänzt ... durch die materiale Verkürzung der gesellschaftlichen Opposition zu einem nur staatlich, nämlich parlamentarisch wirkenden Aktionszentrum«. Und noch schlimmer: »In den westlichen Ländern ist die Parlamentarisierung der Linken zu einer Lebensfrage des Kapitalismus geworden« (TdD 1986, 74 f.). Daraus droht nun die Lebensfra-

ge der oppositionellen Linken zu werden. »Wir werden zermalmt zwischen unserer radikalen Absage an das System und der Mitwirkung am Funktionieren des Systems« — so ein italienischer Radikaler auf dem letzten Kongreß seiner Partei (vgl. Il Tirreno, 3.11.85, 2). Wohlgemerkt, das sind andere Probleme der fundamentalen Opposition als die von den so genannten Fundamentalisten, Antiaufklärern und Bahro-Mystologen aufgeworfenen, die mit ihrem Meister um Gott, den uralten Turm, kreisen und immer noch nicht wissen, was sie sind: »ein Falke, ein Sturm, oder ein großer Gesang« (Rilke, Stundenbuch, nach Bahros Aussage eine seiner wesentlichen Lektüren und Inspirationen — *beato lui!*^{*}). Nein. Auf dem Kongreß mußte vielmehr gegen eine aufklärerische Position Stellung bezogen, vor ihr gewarnt werden.

Nützliche metakritische Bemerkung

»Agnoli wird sich noch äußern müssen«

Johannes Wendt in der Frankfurter Rundschau vom 4.7.85, S. 13

Goethe schrieb irgendwo, es ließe sich geschichtlich nichts mehr Neues denken: alles Vortreffliche und alles Verwerfliche sei schon einmal gedacht worden. Daran ändert weder die Computerisierung der Gesellschaft noch die informatische Gesamtkontrolle des Lebens etwas. Darüber läßt sich — wenn auch in der Ausdrucksweise einer anderen Epoche — bei Campanella schon etwas nachlesen oder auch bei den Saint-Simonisten. Da also kein Mensch mehr ab ovo denken kann, können die Quellen aufgespürt werden, aus denen er seine Gedanken entnimmt; und ohne Motive kommt man auch nicht aus, die zu solchen Gedanken zwingen: förmlich, beinahe nach einem »Naturgesetz« im Vicoschen oder Marxschen Sinn. Was nun: Vico selbst, Kant, oder die jüngeren Sophisten; das Jakobinertum, Rousseau, Marat; oder Pareto, die Anarchie, antikapitalistische Sehnsucht?

Auf die Suche begaben sich vornehmlich Jakob Taubes und »Wolfgang Kraushaar aus Frankfurt«. Kraushaar setzte auf Pareto, da ich Pareto sehr oft zitierte und mir seine kritischen Bemerkungen zur (liberalen) Demokratie zueigen machte: ich schlosse mich also der Parlamentarismus-Kritik des (notorisch faschistenfreundlichen) Pareto an. Diese Deutung war aber ein ziemlich grober Fehler. Pareto, nicht ganz zu Unrecht der intellektuellen Größe wegen der »Marx der Bourgeoise« genannt, ohnehin ein rechtsgerichteter Altliberaler, war alles andere als ein Gegner des Verfassungsstaats. Vielmehr trat er für eine starke politische Klasse ein: für die Herrschaft der Eliten, im übrigen für eine ungehemmte kapitalistische Wirtschaft und die Beibehaltung des Parlaments (vgl. TdD 1968, 57 ff.). Er interessierte sich nur für Führungsgruppen, erhoffte sich von den Führern der 2. Internationale die Verwirklichung seines »starken Staats« und verlegte seine Hoffnungen am Ende auf die Faschisten und auf Mussolini — ohne mit deren Projekten völlig einverstanden zu sein. Kraushaars Hinweis auf Pareto entbehrt nicht der Komik, denn ich ziehe Pareto, teilweise gewaltsam, herbei, nicht um mich seiner Kritik am bürgerlichen Verfassungsstaat anzuschließen, sondern um zu zeigen, daß der Verfassungsstaat eher seinen Vorstellungen entspricht und deshalb zu kritisieren sei. Ich vermutete hinter Kraushaars Einfall nicht Verfälschung oder Mangel an Offenheit, sondern schlechte Ignoranz, die allerdings mit der Ignoranz der Zuhörer rechnen konnte. Wer kennt hierzulande schon Pareto. Von seinem Gesamtwerk samt Briefwechsel mit Panta-

* — der Glückliche!

leone (dem italienischen Nationalökonom, extremen Liberisten und Verbindungsmann zwischen Pareto und Mussolini), einige tausend Seiten umfassend, sind meines Wissens bisher nur einige hundert dem deutschen Lesepublikum dargeboten worden.

Kraushaar konnte sich auf zahlreiche Pareto-Hinweise in der TdD berufen. Jakob Taubes zog den größeren Zusammenhang vor und setzte auf den von mir eher beiläufig und — im Gegensatz zu Pareto — geringschätzig erwähnten, hierzulande aber bekannteren Carl Schmitt. Taubes Anwurf (als Kritik und Warnung zugleich ausgesprochen) fiel origineller aus als Kraushaars Fehlleistung. Taubes Originalität fand sich allerdings nicht in der von ihm entdeckten, übrigens schon seit 1968 von rechten Politologen behaupteten, parlamentarismuskritischen Wahlverwandschaft zwischen dem von vielen so genannten juristischen Theoretiker des Nationalsozialismus und der TdD. Dazu brauche ich mich nicht zu äußern, da zu diesem Thema schon Kluges von Klügeren mitgeteilt wurde, die auf die Absurdität der Berührungsthese rechts- und linksextremer Staatskritik hingewiesen und gerade die Wahlverwandschaft Schmitt-Agnoli ins Reich des ideologischen Trugs verwiesen haben. Ich bedaure nur, daß Jakob Taubes der Gelehrtenrepublik der Fraenkel, Fetscher und Grebing den Rücken gekehrt und sich den Dunkelmännern angeschlossen hat — zu haben scheint. Anders ist es mit meiner Einschätzung der Schmittschen Theoreme und seiner politischen Bedeutung bestellt. In diesen Punkten weiche ich von den gängigen Vorstellungen ziemlich ab (vgl. dazu Agnoli 1979, 289 ff.) — was übrigens die Schwäche des Taubesschen Anwurfs nur bestätigt. Seine Stellung als »Kronjuristen des Dritten Reichs« mag vielleicht seinen eigenen Ambitionen entsprochen haben — in Wirklichkeit gab es sie nicht. Es kann sein, daß in der akademischen Welt der damaligen Zeit, namentlich bei den ohnehin ideologisch anfälligen Rechtsgelehrten, Schmitt zur Durchsetzung und zur Legitimation des Nationalsozialismus beigetragen hat. Den Nazi-Führern war er aber unbedeutend, wahrscheinlich sogar unbekannt. Ein Vergleich mit Alfredo Rocco (den E. Nolte den »Carl Schmitt des italienischen Faschismus« nennt) verdeutlicht das Mißverhältnis zwischen wirklicher Bedeutung und nachträglich rekonstruierter Rolle: Rocco war auch ein Rechtstheoretiker, ein Faschist, ein Schriftsteller — ein Schmitt also. Zugleich aber schuf er als Minister die neue faschistische Verfassung, den, wie er sagte, »Modernen Staat«; und seine »codici« stehen in Italien immer noch im Mittelpunkt der Diskussion — zum Beispiel in der Frage der Staatsmaßnahmen gegen subversive Vereinigungen.

Zu Carl Schmitt aber scheinen mir einige Klärungen nötig zu sein. Die von Jakob Taubes verkündete Nähe der TdD zu Schmitts Parlamentarismus-Schrift träfe mich in der Tat empfindlich — aber nicht, weil die Schmittsche Arbeit nazistisch wäre oder dem Nazismus geholfen hätte, sondern weil sie in der Methode falsch liegt und im Ergebnis entsprechend irrtümlich ausfällt. Schmitt konnte als romantisch-idealistischer Rechtstheoretiker ohne gesellschaftskritische Kategorien — sehr im Gegensatz zu Pareto — das parlamentarische System, seine Funktion und seine Lebenskraft gar nicht begreifen. Er blieb in seinen Vorstellungen den Besonderheiten der Weimarer Republik verfangen. Daher halte ich diese immer wieder erwähnte Arbeit von Schmitt nicht für das Wichtigste, was wir ihm zu »verdanken« haben. Das gleiche gilt aber auch für das Freund-Feind-Schema, das sonst allerorten als der Kerngedanke des Schmittschen Begriffs des Politischen gilt und als Zentrum seines Denkens und seiner faschistischen Orientierung sozusagen gefeiert wird. Die Aufteilung der Welt, der äußeren wie der inneren, in Freund und Feind findet sich schon im Alten Testament, wiederholt sich im Neuen und wird später von Augustin zur philosophischen Würde erhoben. Das hat also mit Faschismus nichts zu tun — noch brauchte Schmitt sich dabei an einer Art Säkulari-

sierung, will sagen Verbürgerlichung des Marxschen Klassenkampfes zu orientieren. Er brachte zum Ausdruck, was Politik sei. Freund-Feind-Manichäismen sind zum Beispiel heutzutage aus dem Munde Reagans zu hören — der sich bekanntlich an der Bibel, und gewiß nicht an Schmitt orientiert. Selbst dort, wo Schmitt nazistisch argumentiert, genauer gesagt den Anforderungen der Naziherrschaft sich anpaßt und dadurch zum Nazisten wird, spielt das berühmte Schema nur eine zweitrangige Rolle: daß »der Führer der Herr des Rechtes« sei, findet seine Begründung nicht in der Fähigkeit, Freund und Feind zu unterscheiden, vielmehr in der geschichtlichen Legitimität und in der politischen Notwendigkeit einer durchgängig autonomen Entscheidungsgewalt der Exekutive: im »Dezisionismus«. Und wer meine, in der TdD bis zum Überdruß analysierte und kritisierte und verdammende Auffassung von der Entscheidungsbefugnis der Exekutive kennt, dem brauche ich nicht mitzuteilen, was ich von Taubes Argumenten halte. Der Mitteilung wert ist aber doch, warum ich Taubes' Anwurf für originell halte: er fand eine Wendung, die aller akademischen Gepflogenheit zum Trotz tatsächlich zu innovatorischen Maßstäben führte, zu einem unerwarteten, gastrologischen Schluß: »Agnoli hat Carl Schmitt mit Löffeln gegessen«.

Damit waren also zwei Quellen ausgemacht: Pareto und Schmitt, rechts- oder altliberal der eine, rechtskonservativ der andere — beide allemal mit der rechtesten Form des historischen Faschismus verbunden. »Rot gleich braun« in vergrößelter Form meldete sich wieder an. Im Verlauf der Diskussion aber, und im Übergang von der Quellen- zur Motivforschung vollzog Wolfgang Kraushaar nicht ohne Eleganz einen salto, ich will nicht sagen mortale, aber immerhin mortificante und landete beim Linksfaschismus. Hatte der Gastrologe meine vermeintliche Quelle in eine Suppe verwandelt (denn mit Löffeln kann man bekanntlich nur eine Suppe essen), so verwandelt der Motivforscher meine »Parlamentarismus-Kritik« in die Folge jugendlicher Irrungen und Wirrungen.

Irgendwann muß Kraushaar gehört oder gelesen haben, daß ich im hohen Alter von 17 Jahren Linksfaschist gewesen oder — wie Krippendorff freundlicherweise in der TAZ schrieb — ein revolutionärer Faschist. Ich wußte nicht, warum ich dies leugnen sollte — auch wenn die Verbindung zur TdD mir sehr geheimnisvoll bleibt. Es geht hier ohnehin nicht um meine Analyse des Verfassungsstaats, sondern um eine — in dieser Form direkt angesprochene — persönliche Kontinuität, die mich selber verblüfft und verunsichert, die mich also vor gewisse Probleme stellt, ohne daß ich mich deren zu grämen bräuchte. »Der gegenwärtige Krieg ist der Krieg zwischen dem Prinzip Arbeit und dem Prinzip Kapital«, und weiter: »Nach dem Krieg wird es unsere Aufgabe sein, die von den Bolschewiki mit der Neuen Ökonomischen Politik verratene Oktoberrevolution fortzuführen« (Originalton — wie man heute zu sagen pflegt — Agnoli 1942 und 1943). Linksfaschismus? Aber ganz gewiß, denn er verstand sich als solcher und wurde im übrigen nur zu Propagandazwecken geduldet. Daher durfte der erste linksfaschistische Satz erscheinen (in der Gymnasialzeitschrift »Il Tiziano«), weil er sich mühelos in den faschistischen Versuch einfügte, die damals schon rebellisch werdende italienische Arbeiterklasse ideologisch bei der Stange zu halten und zu betrügen (eine Klasse allerdings, die bestimmt den »Tiziano« nicht las). Der zweite Satz: die Fortführung der Oktoberrevolution betreffend, fiel hingegen der Zensur zum Opfer. Wie ein Jahrzehnt früher gegen den größeren Ugo Spirito wurde mir amtlicher Weise bescheinigt, ich stelle mich »außerhalb des Faschismus«. Der Schulleiter Pellegrini, aktiver Katholik und militanter Faschist zugleich, bezichtigte mich öffentlich des »Marxismus«. Was mich damals, der Leser möge staunen, erheblich belastete und beleidigte.

Nun entdeckte Kraushaar in meiner TdD eine »linksfaschistische Parlamentarismus-Kritik«,

ohne Näheres über Form und Inhalt einer solchen etwas sagen zu können. Wie hätte er's auch. Eine solche Kritik hat der Linksfaschismus nirgends hervorgebracht, veröffentlicht, überhaupt zur Kenntnis genommen. Bei seiner deutschen Art (in der ihm eigenen Sprache ausgedrückt), etwa bei Gregor Strasser und den Seinen, ging es nie über die rechtskonservativ-rechtsextremistische Ablehnung der Weimarer Republik als »marxistischer Staat« hinaus — höchstens zur Banalität der »Quasselbude« hinüber. Dort wo Linksfaschismus zu Hause war und sich auch so nannte: in dem Kreis um die Korporativisten Spirito, Fontanelli, Rigola gab es andere Probleme und andere Sorgen. Der liberale Staat wurde kritisiert, hegelianisch als mißglückte Verbindung von Individuum und Gemeinschaft, nicht aber in der spezifischen Form des repräsentativen Systems, das vielmehr »modernisiert« werden sollte: »Camera delle corporazioni« anstelle der »Camera dei deputati« und »Consigli di competenza«* als Organe der Gesetzgebungsvorschläge — beides stark dem Wirtschaftsrat der Weimarer Verfassung nachempfunden.³ Die Thematik des Linksfaschismus lag auf der Ebene des Verhältnisses von Ökonomie und Politik, befaßte sich mit der staatlichen Reorganisation der Gesellschaft, mit Produktionsweise und Eigentumsverhältnissen (»corporazione proprietaria« als dritter Weg zwischen Kapitalismus und Kommunismus). Für den Linksfaschismus existierte das parlamentarische System als Problem oder als Gegenstand einer Kritik gar nicht. Emblematisch gesprochen: »westliche Demokratie«, ohnehin eher westliche Plutokratie genannt, bedeutete Wall Street und nicht Westminster; »Moskau« bedeutete Staatskapitalismus und nicht die Verließe des Kremls.

Und doch hat Kraushaar aus Frankfurt so unrecht nicht. Nur ist er einer Metalepsis zum Opfer gefallen. Was er »linksfaschistische Parlamentarismus-Kritik« nennt, meint etwas ganz anderes, geschichtlich Verbürgtes, das ohne Zweifel Eingang in den italienischen Faschismus fand (und zum Teil bewußt suchte): die bekannte »Entrismustaktik«, gegen deren Positionen und Perspektiven sich schon Lenin mit seiner verunglückten Antiradikalismus-Schrift wandte. Linkskommunismus, Anarchosyndikalismus, vor allem aber revolutionärer Syndikalismus: das sind die Quellen der linken Parlamentarismus-Kritik; in ihren Vorschlägen, Hoffnungen und (meinetwegen!) Utopien, Irrungen und Wirrungen finden sich Motive wieder, die in der TdD auftauchen. Was soll nun das ganze Gemisch aus Pareto, Schmitt und Linksfaschismus? Auf der einen Seite befürchte ich sehr, das Ganze sei veranstaltet worden zu dem legitimatorischen Zweck, das theoretische Umdenken ehemaliger Linker nicht als Ergebnis eines Umfalls, sondern eines reifen Nachdenkens erscheinen zu lassen. Auf der anderen Seite aber darf man nicht vergessen, daß alles Tun auch eine redliche Seele hat! Ich vermute also eben so sehr, daß die Anwürfe, Warnungen und Zweckverbindungen der Gastro- und sonstigen -logen aus brennender Sorge stammten und sich um den edlen Zweck bemühten, die im auditorium maximum der FU versammelten Generationen und die breite Öffentlichkeit vor den Gefahren eines gleichwie gearteten autonomen Denkens, einer emanzipatorisch zu weit gehenden Kritik der Politik und des Verfassungsstaats zu warnen. Meine Verlegenheit aber bleibt. Pareto, Schmitt, revolutionärer Syndikalismus, Spirito und Hegel und Leibholz und Abendroth, von Vico und Marx gar zu schweigen: hier reicht die Suppe als Emblem der Sache nicht mehr aus. Die italienischen Küche muß erhalten. Die »Transformation der Demokratie« scheint ein echter minestrone zu sein: chi piú ne ha, piú ne metta**. Vielleicht liegt darin der Grund, warum sie immer noch schmeckt — zwanzig Jahre danach.

* Ständekammer, Abgeordnetenhaus; Sachverständigenräte

** Wer mehr (Gemüse, Zutaten etc.) davon hat, wirft mehr in den Kessel.

Womit ich, Wendts Aufforderung sorgfältig Folge leistend, mich zu der an mir geübten Kritik hinlänglich geäußert hätte.

Verfassung, Herrschaft und Faszination

Es wäre nicht nur töricht, es käme einer Selbstverleugnung gleich, zu behaupten, es hätte sich in den letzten zwanzig Jahren nichts geändert. Lassen wir vorläufig das Sein beiseite. Im Bewußtsein der Leute sieht vieles anders aus als vor zwei Jahrzehnten. Der Protest hat sich gewissermaßen verallgemeinert: Einspruch gegen politische Entscheidungen anzumelden, Verwahrung gegen Maßnahmen einzulegen, nimmt zuweilen sogar modische, dennoch erfreuliche Formen an. Nicht, daß dies alles immer und überall auch politisch Bedeutsames erreichen würde. Es ist aber immer von Bedeutung, sich nicht alles gefallen zu lassen. Und wir, die Linke insgesamt: die extreme, die radikale, die parteikommunistische und die antiparteikommunistische, selbst die reformerische Linke und ganz am Rande auch die Linksliberalen (und in einem geringen, ihr aber zustehenden Teil die TdD) haben viel in Bewegung gebracht, emanzipatorische Kräfte wachgerufen, überhaupt eine Kraft entfaltet, die in den fünfziger Jahren undenkbar gewesen und bestenfalls in den Bereich des Prinzips Hoffnung verlegt worden wäre. Obzwar der Durchbruch nicht gelang, wurde so viel geändert, daß seit einiger Zeit in der westlichen Gesellschaft allenthalben versucht wird, das brüchig gemachte Haus zu reparieren, vom Einsturz bedrohte Wertsysteme zu befestigen oder gar eingestürzte wieder aufzurichten, »Erkenntnisparadigmen« zu wechseln — mit einem Wort, und beinahe wie zu Metternichs Zeiten: zu restaurieren. Und anscheinend mit Erfolg. Dies will heißen: die europäische Gesellschaft ist 1985 anders als 1965. Doch liegt die Macht nirgends auf der Straße. In der BRD liegt sie — die politische Macht, versteht sich; nicht die Herrschaft — formell in den Händen eines notorisch genialen Kanzlers; in Großbritannien bei einer eiseren Frau. Mitterand zeigt, was Sozialismus ohne Revolution und also innerhalb der Grenzen des bürgerlichen Staats bedeutet; und Craxi wird nicht nur in Bar-Gesprächen (Bar im italienischen Verstande des Wortes) längst Benito, statt Bettino genannt: nur an der Macht interessiert. Banal wäre es beinahe, hinzuzufügen, daß der Sozialstaat im gleichen Schritt abgebaut wird, wie der Machtstaat sich weiter ausbreitet.

Die Frage, die wir uns zu stellen haben, lautet daher und angesichts der tatsächlich eingetretenen Erschütterungen der 60er und der 70er Jahre nicht triumphalistisch, was die Linke denn alles erreicht habe; vielmehr umgekehrt: warum konnte und kann überhaupt restauriert werden. Anders gesagt: was hat sich in der allgemeinen Verschiebung (im Sein und Bewußtsein) dieser zwanzig Jahre gar nicht verschoben, nicht verschieben lassen; was hat sich *nicht* verändert. Und zwar derart, daß aus der Revolte das Gegenteil dessen entstehen konnte, was sie sich erhofft hatte: eine autonome, befreite Gesellschaft, Sturz der Herrschaft, als Mindestprogramm der Abbau (nicht der staatlichen Sozialzuwendungen, sondern) der staatlichen Macht. Demgegenüber zogen die Konservativen mit ihrer Strategie Vorteile aus dem Drang zur Verschiebung — dank ihrer klugen Politik, soviel Äußerungen zuzulassen oder einzuführen, daß alles bei den alten Zuständen blieb, bzw. soviel zu verändern, daß eine günstige Ausgangslage für die Wiederherstellung und die Reproduzierbarkeit des bewährten »Ordnungsgefüges« gewonnen wurde. Ich will keineswegs behaupten, daß alle Kinder der Revolte in der Restauration baden gegangen wären. Auch Metternich gelang die totale Rückgängigmachung nicht. Abtreibung auf Krankenschein oder nicht; aber eine Rückkehr zur alten straf-

rechtlichen Verfolgung streben kluge konservative Politiker nicht an, auch wenn sie es für richtig fänden. Für die Frauen, die davon betroffen sind, ein wichtiger Fortschritt, der zugleich anzeigt, in welcher Richtung es hätte weiter gehen können. Aber etwas Wesentliches? Abgesehen von Moralaposteln und päpstlichen Äußerungen und politischen Pflichtübungen (wg. der nächsten Wahlen): was kümmert es das Herrschaftssystem, in dem wir leben, ob weniger Kinder gezeugt werden? Im Zeichen des allgemeinen Rückgangs des variablen Kapitals und der Möglichkeit, durch massenhaften Raketeneinsatz auf den Einsatz massenhafter Heereshaufen zu verzichten. Intakt geblieben sind: die *Produktionsweise*, oder will jemand behaupten, der Kapitalismus sei inzwischen durch eine postindustrielle, friedliche Revolution in aller Stille abgeschafft worden; die *gesellschaftliche Struktur*, für die Kenner oder Kennerinnen der alten Melodie: die gesellschaftlichen Produktions- und Reproduktionsverhältnisse, oder haben wir keine Klassen mehr, bloß weil das Bewußtsein davon abgebaut wurde; kein Oben und Unten; keinen Menschen mehr, der vom Verkauf der eigenen Arbeitskraft leben muß; keine Ungleichheit in der Befriedigung der Bedürfnisse; oder haben wir inzwischen »paritätische« Verhältnisse der Geschlechter?; und schließlich die *politische Form*. Es sind also genau die drei Grundelemente geblieben, die die Gründe der kritischen Analyse der »Transformation der Demokratie« lieferten.

Mittlerweile kam allerdings ein weiteres Element hinzu, das sich auch zunächst als Grundelement verstand und ankündigte — eine Art Spätfolge, zum Teil uneingestandene Fortsetzung der 68er Revolte; oder, anders betrachtet und wenn man die Berliner Hausbesetzer-Bewegung dazu rechnet, die deutsche Fassung der italienischen »77er Bewegung«, wenn auch konsistenter und erfolgreicher. So erfolgreich, daß nunmehr eine erstaunliche Gegenströmung einsetzte. Hatte 1968/69 die deutsche Linke sich an Italien orientiert, theoretisch wie praktisch, so fing die italienische radikale Linke an, von deutschen Zuständen zu reden als der Verwirklichung möglicher Emanzipation. Die Grünen, die Buntten, die Alternativen traten auf den Plan: Systemveränderer, Element des Bruchs, der radikalen Äußerung und der durchgängigen Kampfansage gegen alle Herrschaft, Ausbeutung, Zerstörung der Menschen und der Natur — auch gegen die politische Form und die durch sie zementierten, zubetonierten Zustände. Und dann begaben sie sich — in seltsamer Wiederholung der Engelsschen Euphorie über die Wahlerfolge der Sozialdemokraten — genau in die Verfassung der Zustände, die sie abschaffen wollten. Dieses Ereignis und seine Folgen verifiziert, allen Vorwürfen und Ungültigkeitserklärungen zum Trotz, die Involutionstheorie. Ein Umfallen war es nicht, sondern das Ergebnis langer Diskussionen (die heute noch andauern) und strategischer Beschlüsse. Gründe dafür gab es und gibt es genug — teils einsehbare, teils vernünftige, meist kurzgedachte. Ich will nicht politisch-psychologische Erklärungsversuche für das Scheitern des derzeitigen Anlaufs zur Fundamentalopposition unternehmen. Dafür bin ich nicht zuständig. Uns fehlt hier Peter Brückner sehr — bekanntlich ein Opfer der genannten Zustände. Das Scheitern kann aber objektiv festgestellt werden. Es ist also dienlich, von der Objektseite auszugehen und auszumachen, welche Vorzüge der Verfassungsstaat bietet und worin seine Faszination für Gruppen besteht, die anfänglich gegen ihn antraten — gegen seine Anmaßung, Staat des Volks und Demokratie zu sein.

Joachim Hirsch hat in einem lezenswerten und (wie immer bei ihm) lehrreichen Aufsatz sich mit dieser »Faszination des Staats« beschäftigt (1985, 8 ff.). Seine Reflexionen über das Thema sind des Nachdenkens wert: »Die Erkenntnis, daß das Ziel emanzipatorischer Gesellschaftsveränderung, von Befreiung und Menschlichkeit verfehlt wird, wenn man dabei auf irgendwelche Formen der 'Machteroberung' im Staatsapparat setzt, bleibt bestehen.«⁴ Dieser Satz

könnte von mir stammen (ich bitte Hirsch um sein Wohlwollen wegen dieser Eitelkeit) — ich werde ihn später beinahe wörtlich deckungsgleich wieder aufnehmen. Nur einige Ergänzungen scheinen mir angebracht zu sein. Es geht dabei nicht so sehr um den Inhalt des Hirschschen Aufsatzes, als vielmehr schlicht um seinen Titel, zu dem mir einige gewissermaßen gelehrte Überlegungen einfallen.

Daß der »Staat« fasziniert, also verblendet, ist sehr deutsch, auf mitteleuropäische Staatsgesinnung angelegt, in der der Staat nicht als Form der bürgerlich-kapitalistischen Zweckrationalität erscheint, sondern als »Wesen«, als »Gemeinschaft«, als »Boot«, in dem wir alle gemeinsam sitzen. »Der Staat, das sind wir doch alle«, soll Otto Schily einmal geäußert haben. Dabei kam das Problem der Macht und der Herrschaft »der Menschen über Menschen« gar nicht begriffen werden. Den emblematischen Beweis lieferte Lenin, als er die Deutsche Reichspost als Modell einer sozialistischen Gesellschaft anpries. Dahinter steht übrigens nicht Hegel, wie zumeist leichtfertig angenommen wird, sondern ein besonderer Typus des irrational-politischen Denkens, gegen den Hegel nicht gerade freundschaftlich verfuhr: die politische Romantik, oder die Politik der deutschen Romantik. Ich rede nicht von den Gedichten der ersten, zweiten oder späten Romantik (die ich sehr gerne lese); auch nicht von Heinrich von Öfterdingen und seiner blauen Blume — obzwar die blaue Blume schon viel mit Reaktion zu tun hatte. Die politische Romantik gefiel sich in der antiaufklärerischen Vorstellung, den modernen politischen Zweck- und Reproduktionsverband (Staat) mit der mittelalterlichen Durchgängigkeit des Korporationszwangs zu vermählen. Und wie im Mittelalter irgendjemand nur dann zum Menschen wurde, wenn er Mitglied einer Korporation war, so auch in der romantischen Fassung. Irgendjemand war ein bestimmter Jemand nicht etwa als Staatsbürger. Das war der französischen *Revolutions-citoyen*, der der deutschen Romantik zu wenig, zu oberflächlich war. Novalis brachte erst die Sache auf den Begriff: jeder Mensch solle vielmehr, als Tätiger, Staatsbeamter sein. Die Faszination aber, von der Hirsch spricht, findet sich auch in Gesellschaften, politischen Kulturen und Bewegungen, die sehr staatsfremd und staatsfeindlich sind. Selbst die italienischen Anarchiker stritten sich um die Jahrhundertwende um Beteiligung oder Nichtbeteiligung an Parlamentswahlen. An der Eroberung der Macht lag es ihnen gewiß nicht, sondern an deren Destabilisierung. Selbst wenn der bürgerliche Staat als Feind betrachtet wird, sind es dessen *Institutionen*, überhaupt die Einrichtung der *Form* Staat: die Formalisierung der politischen Macht und Machtausübung, die zugleich die Einbringung von Gegenmacht ermöglicht, die Faszination ausüben. Schon viel früher begründete man die Teilnahme am parlamentarischen Leben, also an der sonst bekämpften Politik mit dem Argument, aus dem Reichstag eine »Tribüne des Klassenkampfes« zu machen. Bekanntlich fiel der Versuch ungünstig aus, und aus der Tribüne wurde die normale bürgerliche Bühne. Da aber offensichtlich die Erfahrung nicht ausreicht, müssen die Gründe der Faszination bürgerlich-staatlicher Einrichtung noch näher betrachtet werden. Dabei handelt es sich teilweise durchaus um gute Gründe: sie sind einsichtig, einsehbar und können wohl überzeugen und selbst auf eingefleischte, sozusagen anerkannte Gegner des Staats ihre Einwirkung nicht verfehlen. In erster Linie zu nennen wäre die den Institutionen eigene Zweckrationalität, zu der es auch gehört, daß der Zweck (ökonomisch: die Akkumulation, politisch: die Erhaltung vorhandener Herrschaftsstrukturen) ins Allgemeine übersetzt wird (das Gemeinwohl). Das ist keine bloß ideologische Verblendung, hat vielmehr realen Charakter: die Irrationalität der Herrschaft zwecks Akkumulation wird dabei in die Logik einer institutionellen Strategie eingebracht, die mit rationalen Mitteln arbeitet.

Und das ist wirklich ein guter Grund. So viel wir auch reden und träumen von einer aller Zwänge entledigten Reproduktion, so wenig können wir die Organisation einer emanzipierten Gesellschaft dem Zufall, dem mystischen Gefühl, das Richtige zu tun — oder Gott überlassen. Es liefe sonst auf das Gleiche hinaus: auf Irrationalität, seit jeher beste Begründung für die Wiederherstellung der abzuschaffenden Zwänge und Herrschaftsverhältnisse. Exemplarisch dafür sind die Äußerungen westdeutscher »Fundamentalisten«, die sich ausdrücklich auf die Revolution genannte, islamische Konterrevolution berufen. Vom rationalen Verfahren des modernen bürgerlichen Staats (oder, wissenschaftsgeschichtlich gesprochen: von der Max Weberschen Erkenntnis, daß rationales Verfahren Legitimität bedeuten) geht also für uns alle eine Lehre aus — nicht nur Faszination allein. Rational sind die institutionellen Regelungen in einem doppelten Sinn: zweckdienlich in der Formalisierung der Macht, denn alle wissen, mit welchen rechtlichen Formen Machtbildung und Machtwechsel vor sich gehen; zweckdienlich in der angeblichen, aber für wahr gehaltenen Überschaubarkeit politischer Entscheidungsprozesse: die bürgerliche Öffentlichkeit. Als beispielhaft kann die Weise gelten, mit der im bürgerlichen Staat das Problem des Macht- und Regierungswechsels gelöst wird: durch ein formell transparentes Verfahren, hinter dem die ganze Irrationalität der wirklichen Machtkämpfe, der Beeinflussungs- und Korruptionsversuche seitens herrschender Gruppen, der gegenseitigen Konzessionen auf Kosten der Bevölkerung schlichtweg verschwinden. Vergleicht man damit einen Machtwechsel in Moskau oder in Peking, so schneiden die bürgerlichen Staaten so schlecht nicht ab. Auch dort spielen sich Machtkämpfe ab, die ins Institutionelle münden. Die Art aber, wie sie ausgetragen werden, bleibt institutionell ungeklärt: man wähnt sich in die Serenissima bei der Dogenwahl zurückversetzt oder in die Sixtinische Kapelle, wo die Papstwahl stattfindet. Fraglos hat das eine wie das andere eine eigene Logik und eine eigene Rationalität. Sie bleiben aber unerkannt: ein *arcanum imperii*. Mögen mir die Übergangsgesellschaften diese Bemerkung verzeihen: ein »Regierungswechsel« in Bonn oder London oder Paris entspricht immer noch den Erwartungen einer aufgeklärten Gesellschaft; wer in Moskau und Peking auf Titus folgt, weiß nur Caius oder Sempronius. Die Bevölkerung weiß es nicht. Bei uns weiß man genau, wer nach einer Wahl Kanzler wird. Der Schein trügt nicht, ist vielmehr ein ehrlicher Schein. Freilich gibt es auch in der Bundesrepublik einige Unsicherheiten: die Parteien, die »nach allen Seiten offen« sind und also auf einen genauen Wählerauftrag förmlich pfeifen. (Und ein gütiges Schicksal möge die Grünen davor bewahren, sich nach allen Seiten zu öffnen). Von den italienischen Zuständen will ich gar nicht reden: dort wissen die Wähler überhaupt nicht, was aus ihrer Wahlentscheidung gemacht wird.

Zu der Faszination, die von der Zweckrationalität bürgerlicher Staatseinrichtungen ausgeht, kommt noch ein Aspekt hinzu, den als Beteiligung an der Macht zu bezeichnen mir sehr verfehlt erscheint. Gewiß spielt die Nähe zur Macht bei einigen Abgeordneten subjektiv eine Rolle. »Es ist schon so ein Ding, neben dem Kanzler zu sitzen«, soll, meines Erinnerns, ein Grüner irgendwann gesagt haben. Aber nicht darum geht es. Die grüne Fraktion hat nach dem heutigen Stand (und abgesehen von Hessen) keine eigentliche Machtposition zu verwalten und auszunutzen. Aber bei jeder Abstimmung verstärkt sich das Bewußtsein, eine *entscheidende* Person zu sein — zwar negativ-oppositionell, aber immerhin an der Entscheidung beteiligt. Im Grunde verwirklicht sich derart der Traum der bürgerlichen Individualität, aus der Anonymität hervorzutreten und — zu herrschen: die Ungleichheit als Voraussetzung der Möglichkeit, sich selbst zu verwirklichen. Wer durch den Einzug in die staatlich entscheidenden Institutionen erst *jemand* geworden ist, und nicht mehr als *irgendjemand* gegen die Insti-

tutionen allgemein und abstrakt kämpft; wer durch die Politik und nicht durch die Kritik der Politik jemand geworden ist, verliert das Interesse, die Institutionen zu verändern und abzuschaffen — es sei denn, er wolle sie ausnützen, um wieder irgendjemand zu werden. Der ganze Rotationsstreit kreiste und kreist um dieses subjektive Problem. Das theoretisch-revolutionäre Erkenntnisinteresse (Kritik der Politik) muß dem materiellen Interesse (Politik als Beruf) den Platz räumen. Von da aus ist es nur — für alle Politiker — ein kleiner Schritt, seine Funktionalität umzuinterpretieren und zur politischen »Autonomie« werden zu lassen: Autonomie des Politikers gegenüber der Gesellschaft und der Gruppen, die ihn in die Institution hineingeschickt haben. »Die Arbeiterpartei ist gegenüber der Arbeiterklasse autonom« — so Tronti, nicht der heutige noch der frühere, sondern der mittlere. Ich warte nicht ohne Spannung auf den Zeitpunkt, an dem irgendeine grüne Fraktion diese spezifische Autonomie entdecken und sie über alle Basis-Rückbindung stellen wird. Wer sich in die Institutionen begibt, kommt also darin keineswegs um; verliert seine Identität nicht, sondern gewinnt eine neue, in der er sich prächtig gefällt und mächtig gedeiht — wenn es möglich ist, bis zur Ministerialität. Er stabilisiert das politische Leben: sein eigenes und im Sinne des Verfassungseides auch das Leben der Nation. Nicht, daß damit der ursprüngliche Auftrag restlos verloren ginge. Der alte sozialdemokratische Traum wiederholt sich vielmehr, gewinnt neue Formen und Inhalte; kehrt aber in die bürgerliche Fassung des Prinzips Hoffnung zurück: die Institutionen von innen her zu reformieren. Die Hoffnung verdiente Anerkennung, sogar Zustimmung, gäbe es den geschichtlich bestätigten Verdacht nicht, daß es sich dabei nur um die hoffnungslose Perspektive handelt, Reformen in die Strategie der Aufrechterhaltung des Bestehenden einzubringen. Die Rechte freut sich immer, wenn die Linke die Aufgabe übernimmt — wie oben gesagt —, Zustände so zu ändern, daß das Gute, Alte, Wahre dabei nicht gefährdet wird.

Die Hoffnung klemmt sich ein zwischen die Absicht und den guten Willen, verfassungskonforme Einbindung und Eindämmung alternativ-emanzipatorisch zu gebrauchen und die Funktion der Institutionen, alles Emanzipatorische einzubinden und einzudämmen. Derart versucht die neue Fassung der gesellschaftlich-politischen Opposition, um bei ihrem Sprachgebrauch zu bleiben, Entlaubungsmittel zur Rettung des deutschen Waldes einzusetzen. Dazu gehörte die Neuentdeckung der »wahren« Volksvertretung und des verfassungsmäßigen Auftrags des Parlaments. Über die sogenannte Zentralität des Parlaments braucht man sich nicht noch einmal zu äußern. Beachtenswerter sind die Probleme, die sich daraus für eine alternative Opposition ergeben — Alltagsprobleme, die allerdings alle Strategie und Hoffnung zuweilen verschlucken. Zunächst läßt sich beobachten, daß der größte Teil der politischen Energie der neuen Opposition verwendet und verschwendet wird, nicht um Fragen der Entscheidungen und der Veränderungen in der Politik, sondern um das jeweilige parlamentarische Verhalten zu klären. In Bonn wie auch in Wiesbaden. Dabei verstrickt sich die neue Opposition in einen eigentümlichen, das heißt ihr eigenen Widerspruch, der klar zeigt, daß sie die Logik der Institutionen nicht begriffen und daher sich ihr unterworfen hat — und zwar bewußtlos. Im Zusammenhang mit der Friedensbewegung wurde von ihr häufig und zu Recht das Argument angeführt, eine in einer anders gearteten Situation, daher zufällig zustandegekommene Bundestagsmehrheit könne nicht über Schicksalsfragen des ganzen Volkes entscheiden. Das Argument ist richtig. Es läuft auf's Plebiszit hinaus und erkennt durchaus die Perversität der bekannten Parole: »lieber tot als rot«. Außerhalb des Plebiszits möge dies eine jede Person für sich selbst klären — und dann eben Selbstmord begehen, doch nicht Millionen zum Tode zwingen. Zugleich aber möchten die Grünen parlamentarische Entschei-

dungen über solche Fragen herbeiführen. Sie verfahren also regelmäßig und streben die Bildung von Mehrheiten an (Hessen); sie beteiligen sich an Mehrheitsentscheidungen (zum Beispiel in der läppischen Frage der Vergabe eines Fußball-Europaspiels nach Berlin) und freuen sich ehrlich, wenn irgendein CDU-Minister ihnen bestätigt, in dieser oder jener Frage »mit der Mehrheit abgestimmt«, sich also gemeinwohl- und verfassungskonform verhalten zu haben.

Dies alles hat aber mit der von Hirsch angedeuteten »Machteroberung« mindestens zur Zeit sehr wenig zu tun. Die Faszination, die die staatlichen Institutionen auf die neue Opposition ausübt, fällt nicht mit einem, gleichwie gearteten Machttrieb zusammen — Machttrieb, dies sei vorsichtshalber erwähnt, im engen politischen, nicht im präzisen psychoanalytischen Sinn verstanden. Zumindest kollektiv: in der Partei und in der Fraktion der Grünen, fällt dergleichen nicht auf. Eher pflegen sie mit der Ohnmacht, genauer mit der *institutionellen* Ohnmacht zu kokettieren und aus der moralischen Kraft, die sich aus solcher Ohnmacht ergibt: sie vertreten zwar die Interessen des ganzen Volks; institutionell habe sich dies aber noch nicht in Parlamentsmehrheit oder in Koalitionsnotwendigkeit umschlagen lassen. Individuell läßt sich die Lage kaum klären. Die Grünen im Bundestag sind jederzeit für eine scharfe Debatte, für Denunziationen von Machtmißbrauch, gelegentlich — wenn auch mit Bauchschmerzen — für eine Regelverletzung zu haben. Sie entwickeln darin sogar eine gewisse Meisterschaft, die sich günstig in die Aufwertung der Institution einbringen läßt. Wer von uns freut sich nicht über grüne Ein- und Ausfälle im Bundestag. Nur sind einige Autoren von dem Schauspiel so fasziniert (das ist die Wahlbürger-Seite der Faszination), daß sie schon von einer, durch solche Ein- und Ausfälle bewirkten »Politisierung« des Parlaments, genauer: des Bundestags sprechen — eine törichte Vorstellung, daß ausgerechnet das normativ als Zentrum der Politik gefeierte Organ »politisiert« werden müsse oder könne.

Vom Kern des Politischen, von seiner subjektiven Übersetzung ins »Streben nach Macht« oder »Machteroberung« ist bei der grünen Opposition *kollektiv* (und vorläufig) wenig zu spüren. Keine Grünen und kein Grüner tragen deutlich den inhaltlosen »Willen zur Macht« so zur Schau, wie etwa der jetzige Bundeskanzler. Fällt zuweilen einem Journalisten Petra Kelly ein, so gerät der Einfall schief. Petra Kelly ist die deutsche Fassung des italienischen Radikalen Pannella: Pannella will weder Macht erobern noch Macht in die Knie zwingen. Er will Schlagzeilen machen oder — freundlich gewendet — die Öffentlichkeit mobilisieren. Ruhmsucht deckt sich aber nicht immer und nicht überall mit Machtsucht oder Machtwille. »Cantici di gloria son cantici d'amore«, sang man früher in goliardischen Zirkeln.* Freilich ist Liebe auch eine Macht. Das Problem liegt auf einer anderen Ebene, ist — wie man heute wissenschaftlich zu sagen pflegt — komplexer und komplizierter. Die grüne Opposition hat die Verfassung, von der sie annahm, sie sei nur das Grundgesetz einer verfestigten Gesellschaft, als Mittel der Emanzipation entdeckt. Damit ist schon ein Teil des alternativen Anspruchs aufgegeben, doch eine andere Gesellschaft anzustreben, die konsequenterweise auch sich anders verfassen lassen muß: sich eine andere, nicht mehr politische Organisation geben soll. Die Herrschaftsfunktion der bürgerlichen Verfassung gerät aus den Augen, da gerade die Verfassungsinstitutionen den Grünen die Möglichkeit geben, Nonkonformismus und Alternative — wenn auch nur formal — auszusprechen und ein Stück Protest und Regelverletzung in eine polizeilich nicht verfolgbare Artikulation zu übersetzen. Die Grünen, zum Teil ohnehin emotiv gestimmt, übersehen, daß sie dadurch Gefahr laufen, sich selber zu

* »Ruhmesgesänge sind Gesänge der Liebe« (Goliardische Zirkel sind studentische Verbindungen).

transformieren: in einen unbewußten Stabilitäts- und Herrschaftsfaktor — bewußtlose Macht, die ihre Freude an der friedlichen, dennoch harten Form parlamentarisch-gouvernementaler Auseinandersetzungen hat und deren Eigenschaft nicht begreift, »Schattenboxen«⁵ zu sein. Und resultiert einmal aus dem Schattenboxen gar die Schließung eines Atomkraftwerks, so erfahren sie unvermittelt, daß sich die Verfassung als Instrument *einer am Guten orientierbaren Herrschaft* gebrauchen läßt — eine späte Variante des »alternativen Gebrauchs des Rechts«, der Anfang der 70er Jahre die italienischen Kommunisten zum Schwärmen brachte. Bei dieser unvermittelten Erfahrung bleiben sie stehen, erwärmen sich daran wie an einer südländischen Frühlingssonne. Sie vergessen dabei, daß sie in Mitteleuropa leben, in einer weitaus kälteren, aber auch effizienteren politischen Kultur und fragen weder sich noch die anderen, ob der erreichte Erfolg sich auf ganz anders geartete Gründe zurückführen ließe als auf ihren Kraft- und Oppositionsakt: auf ökonomische Erwägungen, auf gesellschaftsplanerische Erfordernisse, auf eine nicht durchschaute politische Strategie. Immerhin: mancher meint, der Eintritt einer Handvoll unbotmäßiger Gestalten in die Politik könne den Involutionsprozeß des bürgerlichen Staats mit den institutionellen Mitteln eben dieses Staats unterbrechen oder gar umkehren.

Unerfreulich war dieser Eintritt keineswegs. Wer von uns hat sich nicht über die erste grüne Periode des Bundestags gefreut — auch wenn dabei die Bauchschmerzen nicht ausblieben, da ganz offensichtlich ein Institut aufgewertet wurde und eine Bedeutung bekam, die ihm politisch gar nicht zustand. Die Illusion der »Zentralität des Parlaments« bekam neue Nahrung. Als dann mit Hilfe der grünen Fraktion und einer wach gewordenen, zum Teil aber erst durch die grünen und sonstigen alternativen Bewegungen wach gerüttelten bürgerlichen Öffentlichkeit der oben erwähnte Untersuchungsausschuß mit seiner Arbeit begann, der Deckel hochging und die unangenehmen Gerüche aus dem Geldtopf der westdeutschen politischen Klasse aufstiegen, fand das demokratische Frohlocken kein Ende. Schien kein Ende nehmen zu müssen. Es steht — auch für mich — außer Zweifel, daß ohne die Grünen und ohne Otto Schily die lange Reihe der Bonner Finanzierungsskandale zumindest im Halbdunkel eines parlamentarischen Abschlußbericht geblieben wäre. Otto Schily, ein homo humanus von seltener Intelligenz und Geradheit, riß das Feigenblatt vor der Schamlosigkeit der politischen Klasse herunter und trug erheblich dazu bei, daß ein so genannter »Mächtiger« (in Wirklichkeit eine Null) gestürzt wurde. Damit war aber auch alles zuende. Barzel wurde zum Waschmittel: durch seinen quälenden Abgang machte er alle anderen wieder sauber, ebenso wie die Art und Weise, wie der Untersuchungsausschuß arbeitete, dem Staat die verloren gegangene Glaubwürdigkeit zurückgab. Die Politik hatte den Nachweis erbracht, daß sie sich selbst kontrollieren und beschränken kann. Und Otto Schily wurde derart — und sicherlich ungerechterweise — zum Symbol der doch im Grunde gesunden Verfassung. Das System der Herrschaft versuchte, sich ein neues Feigenblatt zuzulegen. Exemplarisch wurde in diesem Fall vorgeführt, daß die Institutionen mächtiger sind als der Wille der Grünen, sie alternativ zu gebrauchen. Sie gingen aus der Krise gestärkt hervor. Einige Vertreter der Grünen haben wahrscheinlich genau dies intendiert. Für die anderen zeigt das Beispiel, was es heißt, in der Beurteilung der Institutionen und in dem Verhalten innerhalb einer politischen Klasse, in die man sich kraft Wahl eingeschlichen hat, bei der unmittelbaren und beglückenden Erfahrung zu bleiben, man sei da und habe Erfolg und werde beachtet; und die bloße Präsenz in der Politik für das Wesentliche zu halten.

Kein Machtstreben also. Verblendet werden die Neuentdecker der Vorzüge eines parlamen-

tarischen Systems (die übrigens von niemandem bestritten werden, nur die Frage des cui bono wird jeweils anders beantwortet) nicht durch die Faszination der Staatsmacht, sondern durch deren Konstitutionalisierung. Dies mag auch gnoseologische Gründe haben. Da sie theoretisch aufs Gefühl, praktisch auf die Emotion, auf die »unmittelbare Betroffenheit«, setzen, ziehen sie aus dem Umstand, daß sie sich in den Institutionen wohl fühlen, die Schlußfolgerung, erstens, daß letztere gut seien und zweitens, daß man mit ihnen nach Belieben umgehen könne. Sie erfüllen förmlich die Institutionen als wohltuend — im wörtlichen Sinne: als Mittel, das Wohl zu tun. Die Logik der Verfassung, zweckrational zur Herrschaft zu sein, läßt sich aber nicht erfüllen, sondern nur rational begreifen. Daher auch ihre Widersprüchlichkeit. Einerseits verhalten sie sich als der radikalere, aber in die Institutionalität eingefügte Stachel der Opposition; oder als der Stachel-Partner einer sozialdemokratischen Mehrheit; oder — wie einige von ihnen vorschlagen — einer konservativen Mehrheit, genau so, wie eine konforme, akkumulationsadäquate und staatsstabilisierende oppositionelle Gruppe sich jeher verhält. Sie richten sich — wenn die Selbstironisierung gestattet wird — nach den Maßgaben der TdD, denn sie tun genau das, was in der TdD der »Opposition seiner Majestät«, als einem Bestandteil der politischen Klasse vorbehalten wird. Insofern machen sie aus der ehemaligen »Bibel der APO« den Knigge des innenparlamentarischen Benehmens und der Präsenz in der großen Staatspolitik. Habent suam fortunam libelli.⁶

Auf der anderen, hoffnungsvolleren Seite unterscheiden sich die Grünen im Parlament wesentlich von der systemkonformen Opposition, entsprechen dem Projekt einer fundamentalen Opposition und richten sich also auch nach der negativen Seite der TdD: zur »Repräsentation der Herrschaft« gehören sie — zumindest in Bonn, anderswo ist es anders — auf keinen Fall, auch wenn sie sich auf das Spiel der wechselnden Mehrheitsentscheidungen eingelassen haben. Das gilt zumindest für einen, immer noch beträchtlichen Teil der Fraktion und der Partei — wobei ich nicht an die Bahro-Fundamentalisten denke, die eher auf eine Gegen-Elite aus sind (im Sinne von Pareto, mit Kraushaars Erlaubnis) und deren Maßstäbe von jeder Art Rationalität frei gehalten werden. Wer zur negativen Seite des institutionellen Lebens gehört, befindet sich (bei den Grünen) in der widersprüchlichen Position, sich der Repräsentation der Herrschaft zu entziehen, zugleich aber die Beherrschten, die »Regierten« keineswegs allesamt zu vertreten. Andererseits treten sie bewußt für die Rechte der Minderheiten auf und verstehen sich — wenn schon — als Repräsentation der Minderheiten, der unterdrückten, verachteten, mißhandelten Randgruppen der Gesellschaft. Übersehen wird dabei das *inhaltliche* Problem, das in einer klassenmäßigen Perspektive gar keine Schwierigkeiten bereiten würde: die jetzt Herrschenden sind nämlich eine Minderheit, von der die Mehrheit wünschen könnte oder sollte, sie möge sich endlich wenn nicht zum Teufel, so doch in die Machtlosigkeit scheren. Wenn die von den Grünen vertretenen Minderheiten das Sagen erobern (die Macht, von der Joachim Hirsch spricht), werden die anderen zu Minderheiten — die wieder von den Grünen vertreten werden? Das institutionelle Leben kennt eben einige Tücken, die alle ihren strategischen Sinn haben. Sagen die Grünen aber über sich und von sich, sie vertreten doch die Beherrschten, so wäre dies die Anmaßung, substitutiv für die »wahren«, von den Massen nicht richtig verstandenen Interessen der Massen zu sein.⁷ Von der erwähnten Anmaßung bis zum Avantgarde-Anspruch ist der Weg nicht weit und von da aus bis zurück in die Repräsentation der Herrschaft fehlen nur noch wenige Schritte: die Vertreter einer Avantgarde in einem bürgerlichen Parlament melden bald den anderen Anspruch an, an der Macht beteiligt zu werden oder sie zu erobern. Darin mag Hirsch durchaus Recht haben — vorausgesetzt, die Grünen verstünden sich tatsächlich als Avantgarde einer die ganze Nation

über alle Klassen hinweg rettenden Bewegung — oder Organisation: also doch als Elite, die die jeweils richtigere Entscheidung zu treffen weiß.

Die politische Bedeutung, der Sinn (und damit das Wichtigste für ihre eigene Strategie) kann aber — so will es mir scheinen — nur darin liegen, als *disfunktionaler* Stachel zu handeln, der bewußt destabilisieren und — poetisch gesprochen — ganz eindeutig neue Ufer ansteuern will; wie etwa die Radikale Partei (bis vor kurzem) und Democrazia proletaria (vorläufig immer noch) in Italien. Freilich lockt die Ministeriabilität auch in diesen Gruppen sehr dazu, die Disfunktionalität zu leugnen und sich als Einbringer des Dissenses in den allgemeinen Konsens zu betätigen. Die westdeutsche Ideologie hat einen besonderen und besonders attraktiven, für die mitteleuropäische Kultur beinahe unwiderstehlichen Lockvogel entdeckt, um die Grünen — wie es auch entsprechend heißt — in die Pflicht zu nehmen: die »politische Verantwortung«. Diese zeigt ein doppeltes Gesicht: ein moralisches und ein im richtigen Sinn politisches. Moralisch werden die Grünen aufgefordert, sich verantwortlich, das heißt schlicht: regelkonform und verfahrensfunktional zu verhalten. So werden sie jeweils belohnt, wenn ihr »Abstimmungsverhalten« oder ihr allgemeines parlamentarisches Benehmen sich in dem vorgesehen Rahmen hält: sie hätten sich »verantwortlich« verhalten. Politisch hingegen bedeutet politische Verantwortung die Willigkeit, sie auch zu übernehmen, also bereit sein, zu regieren und sich in die Repräsentation der Herrschaft einzufügen. Mögen sich die Grünen entscheiden. Sie stehen — wiederum — vor dem gleichen Problem wie die Sozialdemokraten am Ende des vorigen Jahrhunderts: dürfen sie in eine herzogliche Regierung eintreten, oder verraten sie damit die Klassentreue und den geschichtlichen Auftrag? Sie traten ein — mit den bekannten Folgen. Die Grünen verlören aber ihre geschichtliche und gesellschaftliche Bedeutung, auch wenn sie an Macht gewöhnen, stellten sie sich auf die Seite der »Regierenden« gegenüber den »Regierten«. Der Lockvogel der »politischen Verantwortung« kommt übrigens nicht von irgendwo her; entspricht und entspringt vielmehr der Logik des bürgerlichen Denkens, dem es unbegreiflich bleibt, daß jemand sich aktiv mit der Politik beschäftigt, aber nicht »regieren« will.

Was wollen und sollen also die Grünen, was sollen sie wollen: politikfähig, koalitionsfähig, regierungsfähig werden; oder Orientierungspunkt, Organisationsmöglichkeit einer fundamentalen »Welle« bleiben. Sie haben diese zwei Möglichkeiten deutlich vor sich — mit all den Widersprüchen, Unsicherheiten, möglichen Enttäuschungen (und Täuschungen), die in jeder Möglichkeit stecken: entweder durchgängige Alternative, oder Koalitionspartner einer verfassungskonformen, herrschaftsbestimmten Alternanz werden, eines bloßen Regierungswechsels. Immerhin: das gleiche Dilemma, vor dem Italiens kommunistische Partei steht. Einem kann am Ende doch Versöhnliches einfallen: nicht, daß ein Regierungswechsel als wirkliche Alternanz abzulehnen wäre. Es gibt in der Tat auch das geringere Übel, das zugleich Vorteile, die Möglichkeit eines freieren Atems — und die Illusion des sozialen Staats mit sich bringt. Nur: die Alternanz kehrt den Prozeß der Involution nicht um; gibt ihr nur das berühmte menschlichere Gesicht. Ist dies die einzige Aussicht, der einzige Ausweg: die Herrschaft mit menschlichem Gesicht? Ich komme am Ende noch einmal darauf zurück.

Nachtrag zur institutionellen Strategie

Eine Vorbemerkung: wenn ich von institutioneller Strategie oder von einem bewußt eingeleiteten Involutionsprozeß rede, also von staatlicherseits vorgenommener Gesellschaftspla-

nung und einer bewußten Steuerung der Reproduktion, zum Beispiel von dem *institutionell* vorgenommenen Versuch, die Konfliktualität von der Produktionsebene auf die Distributionsebene zu verlagern, so findet sich schnell der einschlägige Einwand: »Verschwörungstheorie«. Der Gegeneinwand ist nicht schwer. Erstens bedeutet bewußtes Handeln nicht willkürliches Handeln — keine Schmittsche Velleität also; aber auch nicht politisch gewolltes, autonomes Handeln. Es ergibt sich vielmehr aus der Einsicht in die Notwendigkeit bestimmter politischer Maßnahmen um bestimmter gesellschaftlicher Ziele wegen — wenn man so will: aus einer Zweck-Mittel-Relation. Der ganze, groß angelegte und jämmerlich gescheiterte korporativistische Versuch der 30er Jahre in Italien ging genau darauf zurück, durch entsprechende institutionelle Reformen, Gesetze, Regeln, die Permanenz des Klassenkampfes in Italien zu brechen. Nicht das Scheitern ist dabei wichtig, sondern der Versuch einer Planung und Steuerung gesellschaftlicher Prozesse (Cassese nennt daher den italienischen Korporationsminister Giuseppe Bottai den »ersten großen Gesellschaftsplaner« der Gegenwart). Zweitens, und abgesehen davon, daß die Verschwörungstheorie-Kritiker sich mindestens dem Anschein nach an die »Protokolle der Weisen von Zion«, also an eine Fälschung zu halten scheinen: »Verschwörung« und Planung meinen zwei sehr verschiedene Dinge. Die Verschwörung — von Catilina über die Pazzi und Babeufs Gleiche bis zum 20. Juni — will bestehende Herrschaftsformen niederreißen, gerade herrschende Gruppen ablösen, ist auf Destruktion aus: wobei die Frage der Beurteilung eine Frage der Zielsetzung sein dürfte. Planung will bewahren und konstruieren oder rekonstruieren; sie geht von der Unvermeidlichkeit kontrollierter Prozesse aus: staatlich vorgenommene, versuchte oder herbeigewünschte Gesellschaftsplanung dient der Reproduktion gegebener Strukturen, nicht der Destruktion. Mit dem Ausdruck »Verschwörung« wird — mit anderen Worten — nichts begriffen, sondern salopp daneben gegriffen. Und schließlich geht es bei den »Verschwörungsvorwürfen um Seltsameres: um den naiven Glauben, den man auch Orthodoxie nennt, es ließe sich in der gesellschaftlichen Entwicklung des Kapitalverhältnisses, der Klassenbewegung, der abhängigen Massen und der politischen Form gar nicht planen, da alles blind »nach dem Gesetz des Wertes« (an dem ich im anderen Zusammenhang durchaus festhalte) vor sich ginge, ohne daß Subjekte sich verändernd, bestimmend, bedringend dazwischen schalteten (oder schlicht — um Marx zu zitieren — »der Zufall«). Hinter diesem »Ökonomismus«, der sich für historischen Materialismus hält, steht die Fassungslosigkeit des Denkens vor der Wirklichkeit. Irgendwo bemerkt Bernhard Blanke, die von mir festgestellte und von ihm als Darstellung der Zustände akzeptierte Verlagerung von der Produktion auf die Distribution sei nicht »das Ergebnis bewußter Strategie, sondern Ergebnis der Verkehrung des Klassenverhältnisses in der Produktion von Wert und Mehrwert durch die entwickelte Oberfläche der Konkurrenz«⁸. Abgesehen von der seltenen Unfreiwilligkeit der Komik in diesem Satz und von der doch tiefen Einsicht, daß auch eine Oberfläche sich entwickelt: sind Allendes Sturz, die Politik Reagans, »Kohls« Tendenzwende, die englische Wirtschaftspolitik, Italiens periodische Stangate gegen die abhängigen Klassen zwecks Sanierung der Wirtschaft und der Staatsbilanz alle über die Entwicklung der Oberfläche der Konkurrenz und damit über den Markt gelaufen? Wenn dem so ist: wozu braucht die kapitalistische Produktionsweise einen eigenen Staat?

Daß Gesellschaftsplanung und institutionelle Strategie in den westlichen Gesellschaften, und nicht nur in diesen, ein erfreuliches Durcheinander bieten und nicht immer durchschlagen, bedeutet noch lange nicht, sie fänden nicht statt und alles ginge »naturwüchsig« vor sich hin. Der »Sozialpakt« (in England und Italien) entsteht nicht naturwüchsig aus den Marktgeset-

zen, stellt vielmehr den Versuch dar, den aus den Fugen geratenen Markt wieder in die eigene Gesetzlichkeit zurückzuführen: bewußter Eingriff in das Verhältnis Arbeit-Kapital, um dessen (kapitalistisch verstandene) »Naturwüchsigkeit« und Normalität wiederherzustellen und den Arbeitsmarkt wieder akkumulationsgerecht zu regeln. Und den Textilunternehmern von Prato fiel die Wiedereinführung der massenhaften Heimarbeit auch nicht bewußtlos ein. Sie suchten und fanden einen, übrigens erfolgreichen, Ausweg, mit den Problemen der Konkurrenz und zugleich des Klassenkampfes fertig zu werden: seit der Verlagerung der Produktion in die »fabbrica diffusa«⁹ finden in Prato kaum noch Streiks statt; und der Export der Pratotextilien mit den geringen Produktionskosten ist gesichert.

Übersetzt sich diese Strategie ins Politische und wird sie also institutionell, so bedeutet dies keineswegs, daß die Wirklichkeit anders wird und sie sich sozusagen wesentlich ins Staatliche ergibt. Der Sozialpakt stammt nicht aus den Köpfen des Regierungspersonals, sondern aus den Vorschlägen der Unternehmer; und die »fabbrica diffusa« wurde nicht in Roms Wirtschaftsministerium ausgedacht. Das Kapital kam selber dahinter. Die Bedingungen der institutionellen Strategie und die Bedingungen aller Änderung und Verschiebung in der politischen Form (also die Bedingungen der Transformation der Demokratie, id est des Verfassungsstaates) »liegen außerhalb des unmittelbar staatlich-politischen Bereichs, werden uns aber bei dessen Analyse vermittelt und versteckt immer wieder begegnen: ... die Weiterbildung des Kapitalismus und der bürgerlichen Gesellschaft« (TdD, 1968, 17). *Innerhalb* des staatlich-politischen Bereichs wird aber auch gedacht, geplant und gehandelt im Sinne und zum Nutzen der *außerhalb* sich entwickelnden Bedingungen.⁹

Doch der Vorbemerkung genug. Inhalt, Zweck und Legitimität der institutionellen Strategie decken sich mit dem »Zweck des Staates«, fallen aus dessen konstitutioneller Formalisierung nicht heraus: die Garantie der Reproduktion. Andersorts habe ich zur Genüge darauf hingewiesen und insistiert, daß die Probleme, vor denen die heutige Gesellschaft ihren Staat stellt, keine der so genannten »Unregierbarkeit« sind. Die Unregierbarkeit stellt vielmehr die bequeme politische Formel einer jeder Partei oder Parteigruppierung dar, die aus der Opposition in die Regierung hinüberwechseln möchte. In die Krise geraten ist die Reproduzierbarkeit der Gesellschaft — eine im Kern eben doch ökonomische Krise. Daher auch der oben erwähnte Abbau des Sozialstaats. Keine Strategie? Oder die Erfüllung einer schlichten geschichtlichen Aufgabe, eines sozialen Auftrages? Nur wer diese spezifische Aufgabe vergißt und sich in den Träumen eines geistersehenden Linken verliert, wundert sich über seine Ohnmacht gegen diese bestimmte Form der (sozialstaatlichen) Involution. Er begreift nicht, daß selbst das Wohlergehen der Bürger, das Gemeinwohl, nicht Zweck ist, sondern Mittel: zum Behufe der Reproduktion der Produktionsweise, der Herrschaftsstrukturen und der Verteilungsmodalitäten und -quantitäten. Kein schlechter Zweck fürwahr, wenn in der Tat das Gemeinwohl dabei herauskäme. Aber, wie schon oben gesagt: Gemeinwohl, Sozialstaat und »paritätische Verhältnisse« hören auf, wenn ihre Kosten die Akkumulationsrate gefährden. Da reißt der Geduldssaden des Kapitals; da sind die Toleranzgrenzen gegenüber der Autonomie sozialstaatlicher Entscheidungen überschritten. Daß derartige Einsichten, eine solche Analyse über Funktion und Funktionieren des bürgerlichen Verfassungsstaats als »Parlamentarismus- und Pluralismuskritik« bezeichnet werden; daß das Problem der institutionellen Strategie derart verkürzt wird, bleibt mir unverständlich.¹⁰

* Wörtlich: »zerstreute Fabrik«. Gemeint ist die Dezentralisierung und Verlagerung der Produktionseinheiten in Klein-, Mittel- und Heimproduktion.

Ich sprach soeben von einer Deckung zwischen »Zweck des Staats« und institutioneller Strategie. Dagegen kann eingewendet werden, daß gerade eine solche gewollte, weil akkumulationsnotwendige Strategie in Konflikt gerät mit einer Verfassung, die nicht die Reproduktion des Kapitals garantiert, sondern die Grundrechte der Bürger. In dieser, aus guten liberalen Traditionen stammenden Sicht würde die Strategie sich außerhalb der Verfassung stellen — mit dem doppelten Ergebnis: daß auf der theoretischen Ebene die These von einer durch die ökonomisch-gesellschaftliche Lage bedingten Involution des Verfassungsstaats hinfällig wäre (da nicht der parlamentarische Staat *als solcher*, vielmehr die in seinem Rahmen betriebene Politik ein autoritäres Regime impliziert); und daß auf der praktischen Ebene eine Aktion gegen die (Involutions-) Strategie der betriebenen Politik geradezu die Würde einer Verteidigung der verfassungsmäßigen Ordnung gegen ihren Mißbrauch erhielt. Dieses Arguments bedienen sich nicht nur die Grünen. Es tauchte auch im Zusammenhang mit der Friedensbewegung häufig auf.

Es geht dabei um das bekannte, immer wieder hergeholt Auseinanderklaffen zwischen der Verfassungsnorm und der wirklichen Politik. Bezieht man die Verfassung und ihre Grundsätze in die Kritik der wirklichen Politik ein, so will man offensichtlich, »daß eine gute Idee anhand ihrer schlechten Realität denunziert wird« — wie Thomas Schmid es einmal mit einem, aus der Sicht des oben erwähnten Einwands durchaus gegläckten Ausdruck schrieb. Bei dieser Rückkehr zum Schillerschen Unterschied zwischen dem Ideal und dem Leben (ich will die Sache nicht bis Platons Ideenlehre zurückverfolgen) wird der »Zweck des Staates« abermals idealisiert, um erst aus der Idealisierung eine mögliche Ablehnung der mit den Institutionen mißbräuchlich umgehenden Machtgruppe abzuleiten. Fürwahr, eine günstige Ausgangslage für eine jede Opposition, die nicht gleich verboten werden möchte: die Verfassungsfeinde sind die anderen, und nicht wir; die CDU und nicht die DKP; Kohl und nicht Grass; Lummer und nicht irgendwelche linke Demonstranten. Damit tut man dem Staat schlicht Unrecht. Der Verfassungsstaat hat viele Vorzüge, die nicht in Abrede gestellt zu werden brauchen. Er will aber eindeutig dem vorgeblichen Souverän die politische Macht entziehen, ihm die Ausübung tatsächlicher »Gewalt« institutionell versperren — durchaus in der Logik der liberal-bürgerlichen Politik. In der Tat stellt er eine präventive Konterrevolution in Permanenz dar: der wirkliche Inhalt der Verfassungspolitik — und für viele eine wirklich gute und gut ausgeführte Aufgabe. Aber genau in diesem Zusammenhang gewinnt die Veränderung, die Verschiebung im Stellenwert der einzelnen staatlichen Einrichtungen ihre geschichtliche, das heißt: durch die jeweilige ökonomisch-gesellschaftliche Lage bestimmte Bedeutung. Dies kann ersichtlich gemacht werden an einem der Kernelemente der Demokratie: am allgemeinen, freien Wahlrecht — einer Errungenschaft, auf die zu verzichten hinrissig wäre, deren institutionell-funktionale Veränderungen aber begriffen werden müssen, damit die Errungenschaft wirklich eine solche bleibt und sich nicht in Fiktion auflöst. Das allgemeine, freie Wahlrecht erweckte bei den Konservativen zunächst den Anschein, es handle sich um »die behördliche Genehmigung zur permanenten Revolution«. Man richtete sich doch sehr nach den Hoffnungen des späten Engels. Heute sind wir alle klüger geworden: daraus wurde das sicherste Mittel, Revolutionen behördlich-rechtlich eher als zwecklos und überflüssig erscheinen zu lassen. »Revolution by consent« (Harold Laski) — und der Wahlzettel verdrängt die Gewehrkuugel.

In der TdD habe ich einiges dazu geäußert. Aber: die Schillersche Scheidung von Ideal und Leben schwingt als basso continuo im Titel der Transformation mit und wurde zuweilen auch von einigen als der Kern der Sache interpretiert — wohlwollend übrigens, und als Bescheini-

gung der am Ende doch verfassungskonformen, botmäßigen Gesinnung. Es ginge also auch in der TdD um eine gute Idee, den parlamentarischen Verfassungsstaat, deren Verwirklichung durch widrige Umstände schief gelaufen sei. Ich halte indessen nicht viel von dieser — sagen wir — »Marburger« Kritik an der politischen Wirklichkeit, von dem bekannten Bruch zwischen Verfassungsnorm und Verfassungswirklichkeit, von dem vorhin die Rede war. Dieser Kritik liegt eben doch das Mißverständnis zugrunde, die Norm sei »an sich« gut, werde jedoch aus Gründen des Kapitalinteresses, der Macht und der mißratenen Natur mancher Politiker verfälscht und mißbraucht. Es gerät in Vergessenheit, daß die Verfassungsnorm handfest *normiert*, und keinen bloß »normativen«, ideellen Charakter hat: sie ist *lex posita*, keine *lex naturalis*, dem DIN-System eher verwandt als einem Wertsystem. Daher fällt sie in die Zuständigkeit eines Gerichts, und keiner Werte-Kommission. Eine derartige Norm schert aus einem gemeinten oder vermeintlichen Ideal heraus und schert sich nur um die Rückführung möglicher ideeller Vorstellungen auf das wirkliche Leben; setzt dem Ideal oder der Ideologie die Schranken, die von einer gesellschaftlichen Formation gefordert werden — um ihrer eigenen Reproduzierbarkeit willen. Derart hebt die Verfassungsnorm das unterstellte Ideal der Volkssouveränität auf (GG, Art. 20). Insofern ist es müßig, oder einfach idealistisch, verfassungsgerichtliche Entscheidungen gegen die Rüstungspolitik einer Regierung einzufordern, weil eine solche Politik gegen den Willen und die Interessen einer großen Mehrheit der Bevölkerung verstoße. Das Verfassungsgericht muß ein solches Ansinnen abweisen, da die *Norm* (und nicht erst deren Wirklichkeit) vorschreibt und *festschreibt* (Art. 20 GG darf bekanntlich nicht geändert werden), daß besondere Organe des Staates, und nicht das Volk die Politik zu bestimmen und die Gewalt auszuüben haben (über die Logik dieser Normierung siehe oben; und auch über ihren durchaus rationalen Charakter). Aber gerade die »Staatsgewalt«, die *Machtausübung*, deren Normierung, auch deren Schranken (Grundrechte-Garantie) sind Gegenstand der Verfassung — und dieser Gegenstand wird ganz und gar wirklichkeitskonform und wirklichkeitsgemäß verfaßt. Verfassungsmäßig drängt das Volk nie in den »Palast« der staatlichen Macht, ins Zimmer, wo sich die Schalthebel befinden (also in die berühmte »camera dei bottoni«). Das Volk hört sich an, was der Palast verkündet und führt das Verkündete aus: Krieg, Frieden, Aufrüstung, Steuerzahlung, Entwicklungshilfe, Sozialstaat, dessen Abbau und einiges mehr. Hierin hat sich in den letzten zwei Jahrzehnten nicht viel geändert. Und es ist auch nicht so, als ob diese Zustände im geschichtlichen Widerspruch zum Grundgesetz stünden. Die »Väter des GG« waren alles andere als demosorientierte Idealisten, denen dann später normenbrechende Politiker gefolgt wären. Sie wußten vielmehr, was sie taten und was sie wollten (und zum Teil nur wollen durften): eine demokratische Verfassung durchaus, eine echte und wirkliche Demokratie — mit dem demos vor der Tür und in der Wahlkabine, das kratein fest im Palast.

Zuweilen erfolgt auch ein Sturm auf den Palast. Diese Möglichkeit ist aber nicht Gegenstand dieser kommemorativen Erörterung. Seit 1949 funktioniert die Verbindung von Norm und Wirklichkeit vorzüglich, in effizienter Form, auch wenn es ab und zu Pannen und Peinlichkeiten gab; funktioniert übrigens auch hinsichtlich der Grundrechte-Garantie, in den bekannten Grenzen, die nicht von der Willkür der politischen Klasse (oder: nicht immer), sondern von den Zwängen der Aufrechterhaltung der bestehenden Ordnung diktiert werden. Mehr Sicherheit und Stabilität oder mehr Freiheit und subversives Treiben?

Die Entscheidung für die Sicherheit schlägt an einer anderen Stelle des Grundgesetzes durch, die konsequent der Souveränitätssperre des Artikel 20 entspricht; in anderen westlichen, bürgerlichen Verfassungen aber undenkbar wäre. Die Souveränitätssperre wird in der grundge-

setzlichen Regelung der parteipolitischen Freiheit auf die innenpolitische Organisationsebene übertragen: das »Ideal« der uneingeschränkten Parteibildung findet seine eingeschränkte Wirklichkeit in der *Norm*, die Parteien hätten verfassungskonform zu sein. Verbindet man Artikel 21 des GG mit dem berühmten Artikel 18 (der die am Anfang stehende, »die Gesetzgebung bindende« Verpflichtung auf die Menschenrechte einfach außer Kraft setzt), so kommt man zu dem erstaunlichen Schluß, daß in der BRD der grundsätzliche Verfassungsdissens einfach unter Verbot steht — und nicht nur für Angehörige des öffentlichen Dienstes. Nirgendwo, formell nicht einmal in den sich realsozialistisch nennenden Ländern, wird so klar als Norm festgelegt, daß die Kritik an den Normen verfassungswidrig und als solche polizeilich verfolgungswürdig seien — es versteht sich: sofern die Kritik sich organisiert und praktisch wird. Beschränkt sie sich auf wissenschaftlich-akademische Erörterungen, so bleibt sie unbehelligt. Denn — heute wie vor zwanzig Jahren, heute vermutlich etwas schärfer — wird die Grenze einer zugelassenen Kritik »weder von der Schärfe noch von der Richtigkeit bestimmt, sondern von deren politischer Zielsetzung ... und von dem Ausmaß der öffentlichen Wirksamkeit ... Die Grenze wird also von der Schwelle der Sozialwirksamkeit bestimmt« (TdD 1968, 85 f.). »Keine Freiheit für die Feinde der Freiheit.« Haben auch solche Sprüche — wie die libelli — ihre fortunam? Mit diesem Prinzip spielte schon Mussolini bei der Einbringung des Parteienverbots im italienischen Parlament 1925. Ursprünglich aber stellte der Satz das Motto des jakobinischen Wohlfahrtausschusses dar. Transformationen allenthalben also, auch im Ideologischen: anfangs gegen jeglichen Feind der Revolution gerichtet, kehrt sich das Prinzip heute gegen jeden revolutionären Versuch. Bruch zwischen Verfassungsnorm und Verfassungswirklichkeit, zwischen idealer parlamentarischer Demokratie und institutioneller Strategie? Es kommt mir so vor, als hätten die Bruch-Verfechter nur einige Artikel des GG zur Kenntnis genommen und nicht bemerkt, daß *die Verfassungsnorm die in eine Regel gegossene Wirklichkeit* ist — eben die Formalisierung der wirklichen Herrschaftsverhältnisse. (Entspringt die Verfassungsnorm hingegen Bedürfnissen und Erwartungen der Emanzipation und widerspricht sie zugleich den Forderungen der Herrschaft und derjenigen, die die Macht in den Händen haben, so wird sie suspendiert. Aus diesem Grund trat die jakobinische Verfassung von 1793 nicht in Kraft, wurde vielmehr von ihren eigenen Vätern außer Kraft gesetzt.)

Aber zurück zur institutionellen Strategie und zum (normgemäßen) Funktionieren der Funktion, die der Form Staat zusteht. Und zwar mit einer Erinnerung, die zunächst nicht am Platze zu sein scheint, jedoch zur Sache gehört, da eine solche Strategie sehr mit dem Versuch zusammenhängt, gesellschaftliche Prozesse zu planen oder planbar zu machen; und sie staatlich-politisch (also nicht nur informell) zu steuern: mit einer Erinnerung an das korporative Modell. In der letzten Zeit hat sich die Diskussion darüber etwas gelegt, ohne daß das Thema selbst oder die Perspektive gegenstandslos geworden wären. Der Korporativismus, mit dem in Italien das faschistische Regime den permanenten Konflikt von Arbeit und Kapital formalisierte und akkumulationsdienlich einfangen wollte, übt immer noch seine Faszination aus. (»Ohne soziale Konflikte gibt es keinen Fortschritt; nur müssen sie in eine rechtliche Form eingebunden werden« — so sinngemäß Giuseppe Bottai, Korporationsminister der 30er Jahre.) Die »Technik des sozialen Friedens« — in der TdD als Kernpunkt der bürgerlichen Politik betrachtet — kann ideologisch viele Gestalten annehmen. Das korporative Modell stellt eine Gestalt unter vielen dar — freilich die am meisten überzeugende, um die es nur deshalb still geworden ist, weil in aller Klammheimlichkeit die Strategie des »sozialen Paktes« fast überall sich durchsetzen konnte, dank der bekannten, aktuellen Schwächung der arbei-

tenden Klassen und deren Organisationen. Wie dem auch sei: die am besten korporativistisch verfaßbare Technik des sozialen Friedens bleibt nach wie vor das allgemeine Wunschziel kapitalistischer Gesellschaften und die besondere Aufgabe ihres Staats. Sodann ist daran zu erinnern, daß von Großbritannien über die BRD bis Italien versucht wird, die politische »Normallage« wiederherzustellen, in die die Revolten, Rebellionen und Proteste (und zum Teil auch die Reformen) 1967-1977 eingebrochen waren. Von der Ökonomie bis zur Kulturpolitik ist man allenthalben fleißig am Werk: die »unabhängige Variable« der Turiner Arbeiter fiel der Restauration ebenso zum Opfer wie die deutsche Bildungsreform. Um einen förmlichen Einbruch hatte es sich in der Tat gehandelt, durch den »die Straße«, also die außerinstitutionelle Bewegung, ohne in der Lage zu sein, den Palast zu erstürmen, einiges erreichte, was die Institutionen von sich aus nicht geben wollten. Und wer zum Beispiel meint, die sogenannte »Liberalisierung der Abtreibung« — eine furchtbare sprachliche Wendung, um das Recht der Frau auf freie Mutterschaft systemgemäß zu formulieren — sei der Einsicht des »Bundestags und der in ihm vertretenen Parteien« (so die bekannte Formel) zu verdanken, und nicht dem zunehmenden Druck der Frauenstraße, wenn auch gestärkt durch das Desinteresse des Kapitals an der Sache, der korrigiert ganz entschieden die fortune (Lessing, Minna von Barnhelm). Die unmittelbare Konfrontation zwischen der Straße, also einer autonom gewordenen Teil-Gesellschaft und den »legitimen« Staatsorganen löste sich leider auf oder übernahm die irrationalen Formen der bürgerlichen politischen Rationalität, als während der 70er Jahre die Rebellion (oder die APO — ein Wort steht stellvertretend für viele andere) in die gedoppelte Erscheinungsweise des Staats einmündete und selbst zur Institutionalisierung verkam: »Marsch durch die Institutionen« einerseits; auf der anderen Seite Kaderpartei-Bildung. Anstelle der Kampfansage an die Politik trat die Anpassung an die Politik: Mitmachen an der Macht oder abstraktes Sieben nach der »Eroberung der Staatsmacht« durch die stärkste der Parteien.

Die Macht der Institutionen und die Wiederherstellung des sozialen Friedens, also der Normallage der Reproduktion zeigte sich am deutlichsten am Scheitern der Bewegung, die anfänglich von allen als Neubeginn, als Wiedergeburt oder als Rebellion gefürchtet, gefeiert — und wissenschaftlich-positivistisch operationalisiert wurde. Die Friedensbewegung trat an, nicht als harmloser Osterspaziergang zum Behufe der Mahnung und Ermahnung der Mächtigen; noch wollte sie bloß den Friedenswillen des Volkes bekunden und der Weltöffentlichkeit vorweisen, auf welcher Seite die höhere Moralität stand. Dies zwar auch. Ihr Ziel aber lag im Politischen: in der Ablösung der vernunftwidrig, im Wortsinne verrückt gewordenen Rüstungspolitik von oben durch eine von unten bestimmte Massenrationalität. Sie wollte keineswegs nur demonstrieren, sondern konkret die Aufstellung der Raketen verhindern, die ins Taumeln geratene Spirale der Kriegsvorbereitung kappen — und dem Palast die Antipolitik aufzwingen: die Macht zur raison, zum raisonnement bringen. Was dabei zerbrach, war mehr als nur ein Thema oder ein Ereignis der tagespolitischen Geschäftsordnung — so etwa nach der üblichen Art, daß demonstriert wurde wie gehabt, und wie gehabt alles wieder nach Hause ging. Es scheiterte vielmehr die Hoffnung, das Parlament (die Bundestagsmehrheit) und der Palast ließen sich durch Millionen friedlicher Bürger beeindrucken oder sogar beeinflussen; die Straße könne der Opposition zur Radikalität verhelfen und die Verschiebung vom Sozialstaat zum Macht- und Rüstungsstaat (also doch: den Involutionsprozeß) stoppen, die Tendenz umkehren, »mehr Demokratie« verwirklichen — und dabei strikt im Institutionellen bleiben. Aus der friedlich-friedfertigen Konfrontation ging der Verfassungsstaat als Machtstaat gestärkt hervor, gerade weil der Protest auf die »Belehrbarkeit« gesetzt hatte (viele

Politiker sprachen in der Tat von »Lernprozessen«, die bei ihnen stattgefunden hätten) und eine gesellschaftliche Autonomie gegen den Staat gar nicht haben wollte noch konnte. Eine Ausnahme bildeten einige Dichter, Denker und Rechtsgelehrte, die auf den Begriff der Sache (sozusagen berufsmäßig) kamen und zum aktiven Widerstand aufriefen. Sie selbst blieben freilich auf halbem Wege stehen und beim bloßen Aufruf oder bei Blockaden mit geringer polizeilich-gerichtlicher Gefährdung. Exemplarisch: ein berühmter Berliner Professor der Rechte verkündete mit großem Mut im auditorium maximum der Freien Universität zu Berlin, der *Begriff* des Staatsfeinds müsse nach dem Raketenbeschluß des Bundestags »positiv besetzt« werden, klärte aber die Zuhörer nicht darüber auf, ob sie nunmehr auch staatsfeindlich handeln sollten. Als Sieger ging der Verfassungsstaat hervor: er bestätigte seine Liberalität (unvergeßlich für mich die aufrichtige Unredlichkeit, mit der Kanzler Kohl am Abend der berühmten »Menschenkette« dem moralischen Ernst der Friedensbewegung seine Reverenz brachte, um gleich kalt und wie immer lächelnd hinzuzufügen, die Regierung bleibe »unbeirrt« auf ihrem Rüstungskurs); er führte der gleichen, vom Protest angesprochenen Weltöffentlichkeit das Schauspiel seines demokratisch-rechtsstaatlichen Charakter vor und erhärtete, was und wo Herrschaft sei und wie ihre Übersetzung in politische Macht erfolge.

Ich sehe darin eine Verifizierung der Transformation, die in den staatlichen Einrichtungen bürgerlich verfaßter Gesellschaften erfolgt ist — ohne in Abrede zu stellen, daß die Übersetzung der außerinstitutionellen Friedensbewegung ins Parlamentarische sehr eindrucksvoll, obzwar erfolglos verlief. Aber an diesem Punkt melden sich die Zweifel wieder, denn im Grund fand die Kritik an der Funktion der Institute wieder eine Bestätigung. Es steht außer Frage, daß durch die Tätigkeit und das Treiben der Grünen, der Neuen Opposition also, im Bundestag das parlamentarische Leben anders geworden ist — zumindest streckenweise, mit einem, von der ursprünglichen Bewegung gar nicht bezweckten Ergebnis: mit der sogenannten Aufwertung des Parlaments und des parlamentarischen Systems. Nicht nur die grünen Abgeordneten haben inzwischen das Haus lieb gewonnen. Die Vehemenz, der Einsatz und die Beharrlichkeit, mit denen die Grünen versuchten, der Friedensbewegung gewissermaßen das berühmte parlamentarische Bein zu liefern, verdient Anerkennung und Zustimmung, führte aber wieder zu einer Legitimierung der bestehenden Zustände. Der Bundestag erstrahlte in einem gänzlich unverdienten, neuen Glanz, ohne daß sich an seiner Transmissionsaufgabe das geringste geändert hätte. Selbst die »rebellische Jugend« erkennt sich in den Debatten wieder. Das Interesse am bunten Treiben wächst — und zwar so sehr, daß die Unkenrufe der Konservativen über die von den Grünen gewollte »andere« Republik ungläubig geworden sind: die Präsenz der Grünen im Parlament wirkt nicht destabilisierend, bringt umgekehrt etliche dissidente Gruppen der Gesellschaft wieder heim ins Verfassungssystem. Wie weiland die Sozialdemokraten am angeblich kranken Bett des Kapitalismus, betätigen sich die Grünen heute — obzwar ungewollt — als Stützen der sonst kritisierten Ordnung. Die gesellschaftliche Opposition (mich übrigens eingeschlossen) freut sich sehr, daß in der Bundesrepublik und ihren Einrichtungen wieder *Fraktur* geredet wird. Die Macht freilich: der Palast setzt *weiterhin antiqua*.

Darin liegt eine zweite Verifizierung der fortschreitenden Transformation. Aus Unkenntnis, aber auch aus Hoffnung und Illusion akzeptiert die Neue Opposition die strategische Linie der Macht. Die Entscheidung, sich staatspolitisch zu betätigen: als Partei und als Parlamentsfraktion, durchaus von vielen erwartet und erhofft und herbeigeschworen, nährte von Neuem ein falsches Verständnis von Politik und Staat — ein Verständnis allerdings, das für die Einbindung möglicher fundamentaloppositioneller Bewegungen viel beiträgt. Beides: Poli-

tik und Staat, werden als beliebig verfügbare Größen betrachtet, bei denen nur eines wichtig zu sein scheint, wer nämlich sie bestimmt und in der Hand hält. (Da hat die »Machteroberung« von Joachim Hirsch sozusagen ihren richtigen Platz.) In dieser, von aller geschichtlichen Erfahrung und von aller theoretischen Erkenntnis baren Sicht wird schlichtweg vergessen, daß auch politische Formen nur Formen eines bestimmten gesellschaftlichen Inhalts sind; daß die häufig erwähnte Interdependenz von Ökonomie und Politik keineswegs bedeutet, daß Politiker (der jeweils anderen Richtung) eingekauft werden können. In der Interdependenz vermählt sich eine Produktionsweise mit einer Staatsform — korrekter gesprochen: die kapitalistische Produktionsweise mit der Form Staat. Ausstieg aus der Industriegesellschaft? Auch Piero Ingrao spricht inzwischen wieder vom Ausstieg aus dem Kapitalismus, di Stato oder privato. Aber der kluge Ingrao weiß, was dies politisch bedeutet. Daher ist er (wieder) zum »Movimentista« geworden. Denn Ausstieg aus dem Kapitalismus (bürgerlich gesprochen: aus der Industriegesellschaft) und Eintritt in den Parlamentarismus — das ist ein schwarzer Schimmel. Wer für eine bestimmte politische Form eintritt, soll den Mut haben, auch deren ökonomische Basis zu akzeptieren. Joseph Huber verdient durchaus Respekt, wenn er — ein sehr konsequenter Verfechter der parlamentarischen Strategie — meint, er habe gegen den Kapitalismus nichts einzuwenden. Derart begibt sich die gesellschaftliche Organisation des Dissenses in aller Breite: von der Friedensbewegung bis zur alternativen Wirtschaft, nicht ohne Stolz und fröhlichen oppositionellen Geist in den Staat, unterwirft sich den vorgesehenen Spielregeln und verwandelt sich, also transformiert sich zu einem unverzichtbaren Bestandteil der institutionellen Strategie. So vollzieht sich, sicherlich von den Grünen ungewollt, die Rückkehr zur puren Herrschaft des eigentlichen Subjekts des bürgerlichen Staats. »Weniger Staat, mehr Markt.« Es ist nicht einmal eine Interpretationsfrage, ob in den letzten zwanzig Jahren die institutionelle Strategie des Verfassungsstaats Früchte getragen habe. Stärker als die Gutwilligen war sie allemal. Nur in den Ansätzen und für eine kurze Zeit konnte bei der Berliner Alternativen Liste sich so etwas wie die parlamentarische Verlängerung der Hausbesetzer-Bewegung herausbilden: die Übersetzung einer praktischen Kritik der Politik in die negativ-kritische Präsenz auf der vormaligen »Tribüne des Klassenkampfes«. Ansonsten scheint mir die strategische Rechnung voll aufzugehen: statt eine Fundamentalopposition zu sein, erfüllen die Grünen die Aufgabe aller institutionskonformen Opposition: die mögliche Rebellion zur Ordnung zu rufen und in die Ordnung zurückzuholen. Wie vormalis die Sozialdemokratie. Nur ist der Lauf der Welt, durch die technologische Entwicklung bedingt und zur Reduktion von Komplexitäten, also zur Vereinfachung neigend, schneller geworden. Die politischen Organisationen der Arbeiterbewegung in der II. Internationale brauchten im vorigen Jahrhundert einige Jahrzehnte, um die Frage zu klären, ob ein Sozialdemokrat (oder in Frankreich ein Sozialist) Minister in einem bürgerlichen (oder in Deutschland herzoglichen) Kabinett werden dürfe. Einige sprachen vom Verrat an der proletarischen Revolution, andere vom Possibilismus — schon damals also vom möglichen alternativen Gebrauch der verfassungsmäßigen Institutionen. Bei den Grünen stellte sich die Frage der Ministerialität schon nach zwei Jahren. Wiederholt sich die Geschichte abermals als Komödie?

Das Ganze will heißen: eine Kommemorationsfeier kann nicht stattfinden. Der »Transformation der Demokratie« (TdD) kann nicht bloß gedacht werden, weil die Transformation der Demokratie immer noch weiter geht. So weit zur Aktualität.

Zwei Schlußbemerkungen nebst zusätzlichen Überlegungen

Erstens: Während der Wirtschaftskrise der 30er Jahre wurde darüber diskutiert, ob es sich um eine Krise *des* Systems oder *im* System handle. Die damalige Krise zeigte am Ende ihren sozusagen ordnungsgemäßen zyklischen Charakter. Das Kapital konnte sich regenerieren, die Akkumulation auf der bekannten »höheren Stufenleiter« wieder anlaufen, die Arbeitslosigkeit durch die höheren Anforderungen an die Warenproduktion absorbiert werden. Bei der heutigen Krise stellt sich nach meiner Mutmaßung die Frage anders. Die Ankurbelung der Akkumulation (bürgerlich gesprochen: die gebesserte Konjunkturlage) und die Erhöhung der Masse produzierter Güter läßt die Massenarbeitslosigkeit nicht verschwinden. Die Lösung der Krise gerät einseitig: das Kapital erholt sich, die Arbeit bleibt auf der Straße. Das »magische Viereck« ist endgültig gesprengt. *Die Krise ist nicht mehr zyklisch, sondern endemisch* und hat sich von einer möglichen Wachstumsrate losgemacht. Das will heißen: selbst die (lang ersehnte) Erhöhung der Wachstumsrate löst die Probleme nicht. Die kapitalistisch produzierenden Gesellschaften müssen sich mit der permanenten Arbeitslosigkeit, mit der Marginalisierung großer Bevölkerungsgruppen, mit der Weiterbildung von Armutszonen abfinden. Bei allen Änderungen scheint am Kern der kapitalistischen Produktionsweise sich nichts verändert zu haben. »Es kommt hierin zum Vorschein, daß bei dem *Übermaße des Reichtums* die bürgerliche Gesellschaft *nicht reich genug* ist, d.h. an dem ihr eigentümlichen Vermögen nicht genug besitzt, dem Übermaße der Armut und der Erzeugung des Pöbels zu steuern« (Hegel, Grundlinien der Philosophie des Rechts, § 245). Hegel fügte bekanntlich hinzu, nur der Staat könne die bürgerliche Gesellschaft aus diesem Widerspruch hinüberholen in eine, ihre Existenz garantierende Ordnung.

Daß es heute so weit kommen würde, hatte der italienische (bürgerliche) Nationalökonom De Cecco schon in der Zeit vermutet, als die erste große Weltwährungskrise kam und die schöne Welt von Bretton Woods in die Brüche ging: der Kapitalismus würde sich nicht mehr erholen, würde vielmehr von Krise zu Krise weiter existieren — dank einer besonderen Politik des Staates. Die endemische Krise hat für die politische Form der bürgerlichen Gesellschaft Folgen, die die Tendenz der 50er und 60er Jahre verstärken, und die eingeleiteten Veränderungen erhärten.

Gerät die Gesellschaft an ihrer Basis, der *Ökonomie* (wozu nach meiner Erkenntnis auch die ordnungsgemäße Klassenstruktur gehört), aus den Fugen, so muß sie *politisch* wieder zusammengefügt werden. Die jetzige Lage der kapitalistischen Wirtschaft fordert in noch stärkerem Maße als vor zwanzig Jahren die Transformation des Verfassungsstaats. Das Problem der Symbiose von Ökonomie und Politik, das tiefer greifen dürfte als bis zur Bonner Herrenausstattung, gewann inzwischen neue Dimensionen und entwickelte auch neue Methoden. Ein bekanntes Beispiel: was harmlos als Informatik in die Diskussion und in die Wirklichkeit eingeführt wurde und vor dessen Ausuferung alle Moralisten warnen, hat in der Tat Innovatorisches geschaffen. Die Informatik und deren Ausdehnung höhlt die letzten Reste und — sofern diese sich in die Institutionen begeben — die letzten Hoffnungen der konkreten Präsenz der Massen in der Politik aus; verschärft andererseits die Forderung des ökonomischen Systems (der Produktionsweise) nach der Geschlossenheit der Machtzentren, so wie sie praktisch die Machtzentralisierung fördert. Darin ähnelt die Informatik der Akkumulation: sie ist Mittel und Zweck zugleich. Hannah Arendt hat in ihrer letzten Schrift¹² sich mit diesem, politisch wie technologisch bedingten Ausschluß der Bevölkerung aus den Zentren wichtiger Entscheidungen, also: aus dem Palast befaßt. Ihr Urteil fällt dabei noch schärfer aus als das meinei-

ge. Dort, wo ich lediglich Involution zum autoritärem Staat feststelle, in der die bürgerlichen Einrichtungen der Macht funktional verändert, in ihrer konstitutionellen Form aber mehr oder weniger intakt bleiben, wittert Hannah Arendt das Aufkommen eines neuen Totalitarismus. Sie geht in ihrer Darstellung allerdings nicht aus von einer Analyse der Reproduktionsprobleme und der ständigen Anpassung des Staates an die Erfordernisse der Gesellschaft und an die neuen Forderungen der Ökonomie: Sie argumentiert nach guter bürgerlicher Methode auf der anthropologisch-moralischen Ebene, auf der in der Tat die von ihr gesehene Gefahren als düstere Zukunft erscheinen: den immer stärkeren Mangel an Einflußmöglichkeit der Bevölkerung auf die Politik — bis hin zur totalen Aussperrung — führt sie auf einen Degenerationsprozess des politischen Systems und der Politiker zurück. Daß es Degenerationserscheinungen gibt, läßt sich nicht abstreiten. Sie treffen aber nicht die ganze Wirklichkeit der Veränderungen in der politischen Form. Selbst ohne degenerierte Politiker und degenerierte Institutionen kommt die heutige Gesellschaft aus strukturellen Gründen um die autoritäre Involution nicht herum — wenn die fundamentale Opposition sich damit abfindet. (In diesem besonderen Sinn und als Versuch des Einbruchs in die Tendenz ist es durchaus richtig, die 60er Bewegung als antiautoritär zu bezeichnen. Sie zeigte freilich selbst zu wenig libertäre Züge.¹³)

Zweitens und klassisch ausgedrückt: der bürgerliche Verfassungsstaat, das heißt: die politische Form der kapitalistischen Produktions- und Reproduktionsverhältnisse hat alles Emanzipatorische abgestreift und entwickelt von sich aus und innerhalb ihrer Einrichtungen nichts mehr Innovatorisch-Humanes. Sie zeigt zunehmend die gleiche zerstörerische Wirkung, die an ihrer Basis die Produktionsweise und ihre Zielsetzung kennzeichnen. Emanzipation, gesellschaftliche Autonomie können nur noch — auf der Suche nach neuen Organisationsformen der Reproduktion ohne politischen Charakter (ohne Herrschaft und Macht, ohne Palast) — außerhalb der staatlichen Instanzen, Organe und Einrichtungen gefunden werden. Die Utopie der »Gesellschaft der Freien und Gleichen« (Marx) kann nicht als Gesetzesvorlage weder oppositioneller noch regierender Fraktionen in den Bundestag eingebracht werden. Marx hat uns freilich und leider nur die Aufgabe und das Problem, nicht die Lösung hinterlassen. Die Aufgabe mag zugleich als Anleitung dienen — Genaueres müssen wir selbst finden. Der kategorische Imperativ (oder Marx als Kantianer) gilt nach wie vor: es sind »alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist« (Marx, Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie. Einleitung). Marx geht aber über die Kantsche Moralkategorie der subjektiven Befreiung hinaus, holt Hegel herein und überholt ihn — und zielt auf die objektive Befreiung hin: Die Massen (»die Proletarier«) ... »befinden sich ... auch im direkten Gegensatz zu der Form, in der die Individuen der Gesellschaft sich bisher einen Gesamtausdruck gaben, zum Staat, und müssen den Staat stürzen, um ihre Persönlichkeit durchzusetzen« (Deutsche Ideologie, I. Band, Kommunismus. Produktion der Verkehrsform selbst; Schlußsatz). Diese Verlotung von kategorischem Imperativ und Negation des Staats macht die zwei geschichtlichen Formen der Befreiung zu einer Einheit: die Freiheit eines Jeden wird erst dann Wirklichkeit, wenn der Zwangscharakter der Gesellschaft, in der Form Staat kodifiziert (der »Form der Zusammenfassung der bürgerlichen Gesellschaft« — Marx, Grundrisse. Einleitung) überwunden, abgeschafft wird. Welchen Staat nun, der der Lockeschen Fiktion, der Burkeschen Realität oder den Staat, auf den wir uns technologisch-politisch zubewegen, ist gleichgültig. Die *politische* Frage der Linken (eine politökonomische gibt es längst nicht mehr: der Kapitalismus, in der privaten wie in der staatlichen Fassung, gesund oder ungesund, verfault oder

blühend, ist ohnehin entlarvt) also betrifft den »guten« oder den »besseren«, mit mehr Demokratie ausgestatteten Staat nicht: die Frage nach dem erträglichen oder geringeren Übel. Niemandem wird das Recht abgestritten, ihn immer noch als Mittel der Emanzipation zu sehen, ihn »von innen heraus« verbessern zu wollen. Das ist fraglos historische linke Position, nur nicht mehr unser aktuelles Problem. Rhodus, oder der Punkt, bei dem es zu tanzen gilt, um die Verhältnisse zum Tanzen zu bringen, ist für uns woanders. Die Frage der Linken sieht das religiöse Bekenntnis zum demokratischen Staat, zum Rechtsstaat, zum besten aller Staaten überhaupt, nicht vor. Sie ist vielmehr die theoretische der Erkenntnis, ob und wie Emanzipation möglich wird, ob und wie die Massen zum emanzipatorischen Bewußtsein kommen: das Bedürfnis nach Freiheit zum Bewußtsein bringen. Und vor allem: ob sie es auch wollen. Aus der Erkenntnis, daß der Kapitalismus das Leben zerstört und sein Staat die Zerstörung institutionalisiert, kann der Schritt ins Emanzipatorische nicht unmittelbar vollzogen, noch die politische Zwangsanstalt negiert werden. Es muß allerhand mit materiellen Interessen und mit Bedürfnissen vermittelt werden, bis die Massen von sich aus das rationale Ziel der eigenen Befreiung von der Irrationalität einer blinden, teils auch bequemen Bevormundung und Ausbeutung vorziehen.

Dazu gehört auch Aufklärung, als Teil der Maulwurfs-Arbeit. Wir müssen uns dem schwierigen Geschäft zuwenden, dem Volk Mitteilung zu machen über das wirkliche Wesen der Verfassung (Kant); und neue Wege suchen. Denn der alte Weg, von Plato über Fichte bis zu Lenin: man müsse die Massen zu ihrem Glück und zur Freiheit zwingen, ist nicht nur theoretisch brüchig und intellektuell eine Legitimationsideologie der Macht. Viel schlimmer: er läßt alles bei den alten Verhältnissen (mit ausgewechseltem politischem oder gesellschaftlichem Personal), involviert auf jeweils andere Weise lustig weiter.

Im Übrigen steht es außer Frage, daß die »Transformation der Demokratie« heute anders geschrieben werden müßte — genau so wie die Bibel, Aristoteles Ethik, Hegels Phänomenologie des Geistes, selbstredend Marxens Kapital, Courths-Mahlers Romane und Salgaris »Sando can alla riscossa«. Ich nehme nicht einmal Collodis »Pinochio«, also einen zeitlosen Klassiker aus; und mache offensichtlich »di tutta l'erba un fascio«* (wobei ich Wolfgang Kraushaar daran erinnern möchte, daß dieser italienische Spruch nichts mit Faschismus zu tun hat). Die Terminologie der TdD wäre anders, auch der Inhalt könnte hie und da anders aussehen. Man wird älter und weiser — also wäre die Argumentation stellenweise schärfer, die Kritik der Politik fiele kompromißloser und erbarmungsloser aus.

Vorläufiger Beschluß

Maulwurf-Arbeit also und mühsame Aufklärung: die übliche Minderheitsposition gegen die sprechende Mehrheit; ob auch gegen die schweigende, sei dahingestellt: da sie schweigt, bleibt es durchaus fraglich, was sie wirklich meint. Befreiung ist ein unmittelbares Bedürfnis, das sich zum Beispiel in dem stillen Wunsch eines jeden Untergebenen (Angestellten, Arbeiter, Studenten, Assistenten, Bundestagshinterbänkler und der übrigen Masse der Abhängigen) konkretisiert, dem jeweiligen Vorgesetzten einmal einen Fußtritt zu verpassen (ich bäte um Nachsicht ob der unwissenschaftlichen Ausdrucksweise); oder in der klammheimlichen

* ital. Redensart: Kraut und Rüben zusammenwerfen. Agnoli meint hier gegen Kraushaar: Das Kräuterbündel (fascio) hat nichts mit dem Likförbündel des italienischen fascismo zu tun.

Freude des sogenannten kleinen Mannes und der nie erwähnten kleinen Frau, wenn großen Frauen und Männern gesellschaftlich Unerfreuliches widerfährt: Machtverlust, Prestige-Einbuße, Sturz vom Thron. Konservative Gemüter, ohnehin durch Verhaltenszwang daran gebunden, edel zu denken, werden von der Niedertracht des Pöbels sprechen. In diesem Zusammenhang halte ich es eher für angebracht, an die Mescalero-Botschaft zu erinnern, die 1977 durch allerlei unglückliche polizeiliche und staatsanwaltliche Maßnahmen glücklicherweise allgemein bekannt wurde — die List der Vernunft (Hegel). »Eine Gesellschaft ohne Terror und Gewalt (wenn auch nicht ohne Aggression und Militanz), eine Gesellschaft ohne Zwangsarbeit (wenn auch nicht ohne Plackerei)«. Dies wäre die Reproduktion ohne objektiven Zwang, die bekannte Abschaffung des »politischen Charakters« der öffentlichen Gewalt (Marx) — das Verschwinden des Staats, dessen Funktionen von der Gesellschaft wieder eingeholt würden. Utopie und Sinnlosigkeit und Verrückung ins menschlich nicht Erreichbare? Wem dies alles Utopie bleibt, oder nicht einmal als Orientierungspunkt gesellschaftliche Praxis bleibt, soll schon aus Gründen der Denkdisziplin den Weg des Robert Michel gehen und für einen offen autoritär verfaßten Staat eintreten.

Viele Linken gehen indessen einen anderen, kompromißreichen und beschwerlichen Weg. Ohne den totalen Frieden mit dem Verfassungsstaat zu schließen (daher der Vorwurf, sie wollten schließlich doch »eine andere Republik), finden sie sich mit dessen Politik ab und versuchen, aus ihr Menschliches, Emanzipatorisches herauszuholen; genau so wie sie versuchen, die zugrunde liegende Produktionsweise menschlicher, sozialer und umweltfreundlicher zu machen. Ein verständliches Verhalten, welches zu schelten unangebracht wäre. Denn: sollte die radikale Umwälzung weder gemacht werden noch sich ereignen (und viele sind davon überzeugt), was bliebe denn anders übrig, als zu reformieren, zu reparieren, zu humanisieren? Ist die Lohnarbeit ein ewiges Gesetz, so gehört es zur linken Pflicht, den Arbeitsplatz zu humanisieren. Das Irrationale an dieser Perspektive liegt in ihrem Widerspruch zu den wirklichen Verhältnissen: alle Humanisierung setzt das Ende des inhumanen Zustands voraus; wirkliche Reformen setzen sich erst durch die erfolgreiche Revolution durch: »la nostra riforma è la rivoluzione«. Dies waren aber Parolen und Positionen der 60er Jahre. Zwanzig Jahre danach will ich also an den Reformern keine Schelte üben, ihre Illusionen vielmehr loben, sofern sie nicht richtig übergelaufen sind und dabei die zwar nicht richtige, aber doch bittere Erkenntnis des geringeren Übels zu einem freudigen Bekenntnis umstilisieren.

Nur dürfen die linken Reformen eine Eigentümlichkeit der gesellschaftlichen Entwicklung nicht vergessen. Verbesserungen kommen nicht von selbst, sie müssen den Herrschenden immer abgetrotzt werden. Und häufig lassen sie sich verwirklichen, nur wenn mit der Möglichkeit des »Schlimmeren« gewunken wird: das linksradikale Gespenst als Stachel eines möglichen Fortschritts. Fehlte der Hinweis auf die mögliche Gefährdung durch »Schlimmeres«, sähe keine Macht der Welt ein, warum etwas geändert, humanisiert werden sollte. Verbesserungen liegen hingegen nahe: sie sind systemfunktional. In der Tat eigentümlich: wenn links von den Linken, die man traditionell zu nennen pflegt, nichts ist, sinkt die traditionelle Linke zur Kraftlosigkeit herab und in die Systemgrenze der nützlichen Opposition — oder wird selbst zum »Extremen« erklärt. Als in Italien Autonomia operaia zerschlagen wurde, hörte in Turin Agnelli auf, nach einem kommunistischen Bürgermeister zu rufen; das Interesse der bürgerlichen Parteien an einer Zusammenarbeit mit der KPI erlosch; die scala mobile kam dem Stillstand nahe. Hätte es die Gefährdung der konstituierten Ordnung oder deren

* »Unsere Reform ist die Revolution.«

Zerstörung durch die Rebellion (gegen Götter und Helden und Herren) nicht gegeben, wären die Menschen nicht zu dem Begriff gekommen, daß die Herren »non esse coelo demissi*« (Vico), kröchen wir immer noch auf allen Vieren. Die Geschichte kennt ihre eigene Ironie — auch Dialektik genannt. Und so kommt es, daß gerade diejenigen, die in der Geschichtsschreibung als die Schlimmen erscheinen — die Extremen, die Radikalen, die linke Radikalität — so etwas darstellen wie die Existenzbedingung — des reformerischen Strebens. Aber noch mehr: genau besehen haben die stets als »gescheitert« bezeichneten Rebellen, Häretiker und sonstigen subversiven Elemente mehr für die Humanisierung der Gesellschaft beigetragen als die »Sieger«: die jeweils konstituierte Macht, die jeweils herrschende Klasse, die jeweils geltende Ideologie — oder die erfolgreichen Reformer. Franz von Assisi leistete da Besseres als der Aquinate, Münzer und Bruno nutzten uns allen mehr als ihre Henker, Peter Brückner mehr als seine verfassungstreuen Verfolger.

Emblem der Humanisierung, nicht nur der Natur, sondern vor allem des Menschen bleibt der »gescheiterte« Prometheus. Seine Blütenräume reiften nicht — er sah aber darin keinen Grund, sich zu unterwerfen und der Götter und ihrer Macht zu achten.

Besser wäre es indessen, sich der Götter und der Macht zu entledigen: die Negation als Element der Befreiung.¹⁴

* ... »nicht vom Himmel gesandt wurden.«

Anmerkungen

Die mit * gekennzeichneten Anmerkungen im Text sind Erläuterungen durch die Redaktion.

- 1 »Der SDA in der Nachkriegsgeschichte 1946-69 — Linksintellektueller Aufbruch zwischen 'Kulturrevolution' und 'kultureller Zerstörung'« vom 25.-27. Juni 1985, organisiert vom Zentralinstitut für sozialwissenschaftliche Forschung der FU Berlin.
- 2 »Das unendliche Urteil als unendliches wäre die Vollendung des sich selbst erfassenden Lebens, das in der Vorstellung bleibende Bewußtsein desselben aber verhält sich als Pissen«.
- 3 Als Information, Kuriosität und zum Behufe der politischen Bildung sei noch erwähnt, daß das erste faschistische Programm von 1919 die Einführung der »Wirtschaftsdemokratie« vorschlug.
- 4 Im gleichen Heft von »links« finden sich, nach Hirschs Reflexionen, einige Elukubrationen des Autors Dan Diner: »Politisierung des Parlaments« (S. 13 f.). »Denn der Antiparlamentarismus stellt notwendig die Frage nach dem Bürgerkrieg — oder der Antiparlamentarismus ist falsch«. Hobbes als Denkanstoß also. Hätte Diner geschrieben: wer gegen den Bürgerkrieg ist, hat sich zu entscheiden für Parlamentarismus, oder für Faschismus, oder für den realen Sozialismus, für die Dogenverfassung, für die römische Papstwahl, für die Pariser Kommune, oder gar für die Magnifica Comunità Cadorina (die bekanntlich ohne Staatseinrichtungen auskam), dann hätte es einen Sinn gehabt. Sonst handelt es sich wiederum um eine Vogelscheuche, um Jugendliche von einer außerinstitutionellen Opposition und von jeder gesellschaftlichen Autonomie fernzuhalten. Und was heißt denn »Bürgerkrieg«. Diner suggeriert dem Leser, Bürgerkrieg sei ein und allemal Brand und Mord und Totschlag; während die bürgerlich-kapitalistische Gesellschaft sich seit jeher in einem permanenten, wenngleich unauffälligen und zum Teil geregelten Bürgerkrieg befindet. Was sind denn Streiks und Aussperrungen anders als Erscheinungen dieses Permanenz-Zustands (bei Marx übrigens nachzulesen). Und überdies: man lese bei Machiavelli in den »Discorsi«, also beim republikanischen Machiavelli nach, was er auf der Suche nach den Gründen und der Grundlage der römischen republikanischen Freiheit entdeckte: den permanenten Bürgerkrieg zwischen Patriziern und Plebejern.

- 5 Der unfreundliche Ausdruck »Schattenboxen« stammt nicht von mir, sondern von einem unverdächtigen Vertreter des parlamentarisch-demokratischen Verfassungsstaats: Fritz René Alemann. Vgl. dazu TdD 1968, 58.
- 6 Den »Überlegungen zum bürgerlichen Staat« von 1975 erging es auch nicht viel besser. Einige Seiten aus diesem Wagenbach-Buch fanden Eingang in ein RAF-Papier, und einige andere Seiten, in denen ich Überlegungen über die Strategien des kapitalistischen Staates im Umgang mit etwaigen Unbotmäßigkeiten der abhängigen Klassen angestellt habe, wurden in einem köstlich zu lesenden Rotbuch veröffentlicht — als internes Instruktionspapier des Bonner Innenministeriums (Agnoli meint den unter dem Titel »Die Unschuld von Bonn« im Rotbuch-Verlag veröffentlichten Comic, Berlin 1976; d. Redaktion.)
- 7 Nebenbei bemerkt, obwohl es sich keineswegs um eine Nebensache handelt: die Schwierigkeit liegt darin, als wahr erkannte Interessen zu verbinden mit unmittelbar wirklichen Interessen. Die Grünen müßten eigentlich einen besonderen Sinn für den Widerspruch von höherer Wahrheit und unmittelbarem Bedürfnis besitzen. Wer nach einer Aspirin-Tablette greift, um seine Kopfschmerzen loszuwerden, hilft »in Wahrheit nicht sich selber, sondern dem Gewinnstreben eines multinationalen Konzerns. In Wirklichkeit aber will er seine Kopfschmerzen los werden. Da hilft ihm die Erkenntnis der Wahrheit seines Tuns ziemlich wenig.
- 8 Blankes Satz steht in dem von R. Ebbinghausen besorgten Band »Bürgerlicher Staat und politische Legitimation«, Frankfurt 1976, S. 210. Vgl. dazu auch Mandel-Agnoli (1980, 9): Mandels Reaktion auf das Blanke-Zitat: »Was heißt das?«. Meine Antwort: »Das weiß ich auch nicht, aber: ungeheuer theoretisch und durchdacht klingt es allemal«.
- 9 Weiteres zu dieser Thematik ist nachzulesen in Agnoli (1974); deutsch in: Narr (Hrsg.) (1977); und auch Agnoli (1983, 27-28).
- 10 Ich stelle vielmehr ausdrücklich fest, daß im Zusammenhang mit der Reproduktion kapitalistischer Gesellschaften das Parlament als Institut, der Pluralismus als Ideologie sehr zweckdienlich sind. Was ich kritisiere, sind die illusionären Vorstellungen über die Zentralität des Parlaments und über seine Vertretungsfunktionen. Und am Pluralismus kritisiere ich doch nicht die Wirklichkeit, daß es eine durchaus erfreuliche Pluralität gesellschaftlicher Gruppen, Erscheinungen, Interessen und Meinungen gibt; sondern daß diese Pluralität als Fundament der Politik ausgegeben wird und zur Rechtfertigung nicht pluraler, sondern einseitiger Klassenperspektiven herhalten muß. Nur ergab sich aus der Feststellung des frommen Charakters der Pluralismusedeologie auch die Notwendigkeit, Mitteilung zu machen über deren königlichen Lügencharakter (vgl. Platon): warum sie teils als nützlich, teils gar nicht als Lüge betrachtet wird.
- 11 So Th. Schmid in einem Verlagsbrief an einen Autor, dessen Manuskript abgelehnt wurde. Der Brief liegt mir vor. Auf diese Weise läßt sich allerdings vieles rechtfertigen. Es gibt Vieles, was »an sich« und als Idee gut ist, in der Ausführung aber und »für uns« ungünstig ausfällt.
- 12 Vgl. Hannah Arendt, *Politica e menzogna*, Sugar-Co ed. 1985. Mir ist dieses Buch nur in der italienischen Übersetzung zugänglich. Hannah Arendt meint gewiß nicht die oben erwähnte, platonische Königslüge. Aber auch diese war nichts weiteres als zweckdienliches Herrschaftsmittel (dtsch. Ausgabe erschien unter dem Titel »Wahrheit und Lüge in der Politik« im Jahr 1972).
- 13 Bei dem Ausdruck »libertär« fällt einem sofort die Bezeichnung »Ökolibertäre« ein: ein seltenes Beispiel sprachlicher Verkommenheit — oder eines bewußten ideologischen Betrugs. Denn »libertär« steht in den romanischen Sprachen für »anarchisch«. Die Ökolibertären hingegen treten für den Staat und in dessen Parlament ein; und sie möchten am liebsten das ganze Land mit einem dichten Netz staatlich-rechtlich durchsetzbarer (also gewaltförmiger) Gebote und Verbote überziehen. Im Namen des Wohls des ganzen Volkes, versteht sich. Eigentlich sollten sie sich Ökokonservative nennen. Wenn ich richtig sehe, gehören sie zu einer diffusen Gruppierung innerhalb der Grünen, die sich auf dem Weg zu einer Volkspartei neuen (diesmal richtigen) Typus befinden. Oder sie möchten den geschichtlich schon zweimal gescheiterten Versuch (bei den Jakobinern und mit dem Faschismus) wieder aufnehmen, die konfusen Zwischenschichten zu einer politisch machtfähigen (»politikfähigen«) Klasse zu konstituieren, um die gesellschaftlichen Sehnsüchte der Kleinbürger

endlich in Machtpolitik umzusetzen: den Reichen die Machtfülle einzuschränken, die Armen in der Ohnmacht zu lassen. Zu den Problemen des neuen Verhältnisses vom Machtstaat (wie gesagt: Rückzug aus dem sozialen Bereich) und bürgerlicher Gesellschaft vgl. meinen Aufsatz: *La statizzazione del sociale*, in der — *horribile dictu* — jesuitischen Zeitschrift *Fenomenologia e società*, 18, 1982, S. 203 ff. Die Mitwirkung der »Ökolibertären« an dem Verstaatungsprozeß habe ich darin nicht erwähnt.

14 Als Schlußanmerkung: eine mögliche »Falsifizierung« der TdD ginge für sie gut aus. Ich bin noch des Lernens fähig und lasse mich jederzeit eines Besseren belehren. Da müßte aber nachgewiesen werden, daß im Gegensatz zur Analyse der TdD und zu den hier vorgebrachten Perspektiven:

1. wir »mehr Demokratie« haben als vor zwanzig Jahren, das ist: daß in unserer Gesellschaft die Emanzipation so weit gediehen ist, daß der Abbau des Sozialstaats begleitet wird vom Abbau des Machtstaats und von der Zulassung fälschungsfähiger Ausweise;

2. die Delegation von sekundären Entscheidungen an die »Basis« (zum Beispiel in der wichtigen Frage nach einer Straßenumbenennung oder nach dem Bau einer Umgehungsstraße) gleichbedeutend ist mit der Verschiebung der Macht vom Palast zum Volk;

3. heute, nach dem Einzug der Grünen ins Parlament und nach dem oppositionellen, institutionskonformen Zugzwang der SPD der Bundestag sich dazu bequemt hat, etwas mehr zu sein als die »Fiktion« der Volksvertretung (Kelsen — vgl. dazu TdD 1968, 56); meine These von der Repräsentation der Herrschaft also hinfällig geworden ist;

4. der Bundestag in seiner Gesamtheit (und nicht in der, in der TdD analysierten Strukturierung in Machtzentren) das Haupt und das Herz der Staatsmacht bildet und die westdeutsche Politik bestimmt, was unter anderem grundgesetzwidrig wäre, da nach dem Grundgesetz die Exekutive: der Kanzler die Richtlinien der Politik bestimmt. (Daß Kanzler Kohl sich grundgesetzwidrig verhält und nichts bestimmt — »ich tue doch nicht; ich rede bloß« — gehört nicht hierher).

5. emanzipatorische Gesetze z.B. Recht der Frauen betreffend, nicht als Folge des »Drucks von außen« zustande kamen, sondern genuin »aus der Mitte des Bundestags« vorgeschlagen und nur der tieferen Einsicht der Institutionen zu verdanken sind;

6. und schließlich die Symbiose von Ökonomie und Politik, das enge Zusammenwirken von den »Führungsgruppen der Ökonomie und der Politik« (Sprache der TdD) sich aufgelöst hat zugunsten einer größeren Einflußmöglichkeit der abhängigen Massen und einer größeren Autonomie der Gesellschaft gegenüber dem Staat des Kapitals.

Hier ist immer vom Bundestag die Rede, von der Bundesrepublik und ihrem Zustande. Die Kritik gilt aber auch für andere Länder, ist verallgemeinerbar und bezieht sich auf die westliche Gesellschaft und ihre Produktionsweise, auf die daraus entstehende politische Form. Die Involution ist weder eine Erfindung der TdD noch eine westdeutsche Erscheinung.

Literatur

- R. Ebbinghaus (Hrsg.) (1976): *Bürgerlicher Staat und politische Legitimation*, Frankfurt
J. Agnoli/P. Brückner (1967): *Transformation der Demokratie*, Frankfurt, 2. Auflage 1967
J. Agnoli (1974): *Competizione elettorale e conflitto sociale*, in: *Critica del Diritto*, 3, 1974
ders. (1977): *Wahlkampf und sozialer Konflikt*, in: W.-D. Narr (Hrsg.): *Auf dem Weg in den Einparteiensstaat*, Opladen 1977
ders. (1979): *Crisi e coscienza della crisi*, in: AAVV, *Correnti ideali e forze politiche in Europa*, Bologna
ders. (1983): *Stato di diritto: tardo capitalismo ed esperienza tedesca*, in: *Critica del Diritto*, 27-28, 1983
Hannah Arendt (1972): *Wahrheit und Lüge in der Politik*, München
D. Diner (1985): *Politisierung oder neue Biederkeit?*, in: »links«, März 1985
J. Hirsch (1985): *Von der Faszination des Staates*, in: »links«, März 1985
O. Kirchheimer (1967): *Politische Herrschaft*, Frankfurt
E. Mandel/J. Agnoli (1980): *Offener Marxismus*, Frankfurt

Charles Sabel Struktureller Wandel der Produktion und neue Gewerkschaftsstrategien*

Die nationalen Industriegewerkschaften, die das Rückgrat der Arbeiterbewegung in Westeuropa und in den Vereinigten Staaten bilden, stehen vor drei eng miteinander verknüpften Problemen. Erstens sind sie nicht mehr in der Lage, die tagtäglichen Verhandlungen ihrer eigenen lokalen Vertreter am Arbeitsplatz und im Betrieb zu kontrollieren. In immer mehr Ländern, Firmen und sogar Betrieben versuchen die Arbeiter verzweifelt, ihre Arbeitsplätze zu halten oder ihre noch vorhandene Arbeitsmarktposition auszuschöpfen, indem sie Verträge über Lohnhöhe, Arbeitszeit und Arbeitsbedingungen unterschreiben, die den Prinzipien und oft sogar den ausdrücklichen Bestimmungen der landesweiten Tarifverträge zuwiderlaufen. Das einzige moderne kapitalistische Land, in dem die nationalen Gewerkschaften die Ausbreitung eines solchen Syndikalismus auf Firmen- oder Betriebsebene nicht befürchten müssen, ist Japan — ein Land, in dem die nationalen Gewerkschaften ohnehin nichts anderes sind als lockere Zusammenschlüsse einzelner Firmengewerkschaften.

Zweitens wird der Verlust der gewerkschaftlichen Kontrolle auf der Betriebsebene noch verschärft durch den weitgehenden Verlust des Einflusses der Gewerkschaften auf die nationale Wirtschaftspolitik, den sie Mitte der 70er Jahre gewonnen hatten. Das wiederholte Scheitern nationaler makroökonomischer Programme zur Wiederbelebung der Industrie in den letzten zehn Jahren führte dazu, daß viele rechts-orientierte Regierungen den Gewerkschaften und den von ihnen vertretenen Lohnsystemen die Schuld an der Krise anlasteten und sie deshalb angriffen, während links-orientierte Regierungen die Gewerkschaften als Apologeten und Vollstrecker bedauerlicher, aber unvermeidbarer Austeritäts-Politiken eingespannt haben.

In beiden Fällen jedoch machen es die institutionelle Unbeweglichkeit und der tägliche Überlebenskampf der Arbeiterbewegung fast unmöglich, Programme zu formulieren, die für die Zukunft mehr anstreben als die bloße Wiederholung der strategischen Erfolge der Vergangenheit.

Und drittens wird es für die Gewerkschaften immer schwieriger — zum Teil als Ursache, zum Teil auch als Folge dieses Kontrollverlustes auf lokaler und nationaler Ebene —, die Interessen ihrer Mitglieder mit den Interessen der Gesellschaft als ganzer zu vereinbaren. Vielfach wird der Kampf der Gewerkschaften für ihre Rechte im Betrieb oder für das System des Wohlfahrtsstaates, den sie mit aufgebaut haben, eher als Hemmschuh und nicht als Voraussetzung für wirtschaftlichen Aufschwung betrachtet, und der gewerkschaftliche Ruf nach Solidarität angesichts der ökonomischen Krise wird oft als Deckmantel für den Schutz privilegierter Minderheiten verstanden und nicht, wie noch in der jüngsten Vergangenheit, als Erinnerung an einen Grundwert des gesellschaftlichen Lebens und eine Vorbedingung für ökonomische Neustrukturierung. Und was vielleicht das schlimmste ist: immer häufiger müssen

* Vortrag auf der Konferenz »State, Economic Policy and Industrial Relations in Europe. Which Future in Sight?« Brescia, Sept. 1985, organisiert vom »Centro di Studi sociali e sindacali« und der »Associazione italiano per lo Studio delle Relazione Industriali«, leicht gekürzt.

die Gewerkschaften feststellen, daß sie gegen Pläne zur Neuorganisierung der Arbeit kämpfen, die sich weitgehend überschneiden mit den Programmen erweiterter Autonomie der Arbeiter am Arbeitsplatz, die sie selbst nur zehn Jahre vorher gefordert hatten. So findet die taktische und strategische Orientierungslosigkeit der Gewerkschaftspolitik auf betrieblicher und nationaler Ebene Ausdruck und wird zugleich verstärkt durch die Identitätskrise der Gewerkschaften als Garanten eines sozial gerechten, ökonomischen Fortschritts.

Dieses Dilemma ist, das sei noch einmal wiederholt, charakteristisch für alle hochentwickelten kapitalistischen Länder mit einer auf nationale Industriegewerkschaften gestützten Arbeiterbewegung. Dabei spielt es keine Rolle, ob die Gewerkschaften sich als revolutionär, reformistisch oder, nach amerikanischem Vorbild, als »pragmatisch« verstehen, ob sie zentralistisch organisiert sind oder nicht, ob sie für genau abgegrenzte Berufsklassifikationen eintreten oder für flexible Qualifikation, ob die mit ihnen verbündeten politischen Parteien an der Regierung oder in der Opposition sind — die Probleme in den einzelnen Ländern sind überraschend gleich. Ein führender Vertreter der IG-Metall weist im SPIEGEL warnend darauf hin, daß die zukünftigen Alternativen von den Konservativen und von den Grünen definiert werden; die A.F.L.-C.I.O. erinnert in ihrem selbstkritischen Bericht über die Zukunft der Gewerkschaften ihre Leser wehmütig daran, daß sie für Demokratie am Arbeitsplatz eingetreten sei, lange bevor ihre Gegner das Thema aufgegriffen hätten; eine schwedische Tageszeitung informierte ihre Leser mit einer dreiteiligen Serie unter dem Titel »Das Ende des schwedischen Modells« über das Ende der zentralisierten Tarifverhandlungen. Dabei spielt die unterschiedliche Macht der Gewerkschaften natürlich eine wesentliche Rolle: In Österreich — wo der Vorsitzende des zentralen Arbeiterverbandes gleichzeitig Parlamentspräsident ist und die Arbeiterbewegung zu einem Viertel an der Nationalbank beteiligt ist — machen sich die Gewerkschaften keine Gedanken darüber, ob es sie in fünf Jahren noch geben wird, so wie es die Gewerkschaften in den Vereinigten Staaten tun, wo einige Sektoren der Wirtschaft und viele der von der Reagan-Administration kontrollierten Institutionen bereits den angeschlagenen Gegner am Boden liegend sehen. Aber trotz aller Unterschiede sind die Probleme der beiden Gewerkschaftsbewegungen so ähnlich, daß auch die österreichischen Arbeiterführer sich insgeheim fragen, ob die Gewerkschaften in ihrem Lande im Jahre 2000 noch eine Funktion haben werden.

Solche weitgehend gleichen Entwicklungen legen den Schluß nahe, daß sie auch die gleichen Ursachen haben, und so werde ich in diesem Aufsatz zu zeigen versuchen, daß der schwindende Einfluß der Gewerkschaften sowohl auf der Ebene betrieblicher Politiken als auch auf dem Gebiet der makroökonomischen Politik des Staates ihre gemeinsame Ursache in einer weitreichenden Umwälzung des Modells der Wirtschaftsorganisation in den entwickelten kapitalistischen Ländern hat. Die Massenproduktion von standardisierten Gütern mit Hilfe von hochspezialisierten Maschinen und angelernten Arbeitskräften wird abgelöst von der Produktion spezialisierter Güter mit Hilfe von flexiblen Maschinen und umfassend qualifizierten Arbeitskräften; ich nenne dieses System *flexible Spezialisierung*. Diese gleichen Veränderungen der Wettbewerbsbedingungen erklären auch, warum das Management jetzt ein so starkes Interesse an Ausbildungsprogrammen, innerbetrieblichem Arbeitsplatzwechsel und Formen von Gruppenarbeit hat, die, ungeachtet ihrer sonstigen Wirkungen, eindeutig zur Humanisierung der Arbeit und zur Demokratisierung am Arbeitsplatz beitragen. Und schließlich werde ich die These vertreten, daß die Gewerkschaften sich im Interesse ihrer Erneuerung und gestützt auf die handwerklichen Traditionen, die der modernen Großindustrie vorausgingen und an ihrem Rande auch weiterhin existieren, das Prinzip der flexiblen Spezialisierung zu ihrem eigenen Vorteil nutzen sollten, ähnlich wie sie gelernt haben, die Ar-

beiter durch die schwer erkämpfte Entwicklung und Vervollkommnung der Prinzipien der Massenproduktion zu schützen. Wenn das gelingt, dann haben sie durchaus die Chance, ihren Gegnern erneut den Wind aus den Segeln zu nehmen und die Machtposition der Arbeiter zu verbessern auf eine Weise, die unter dem System der Massenproduktion — ungeachtet seines unbestreitbaren Erfolges — nicht möglich gewesen wäre.

Das Modell der Massenproduktion

Die Logik des Modells der Massenproduktion, welches die Grundlage des Nachkriegs-Booms war, wird in der klassischen politischen Ökonomie von Smith bis hin zu Marx systematisch entwickelt. Der Grundgedanke lautet, daß Produktivitätsteigerungen durch zunehmende Arbeitsteilung erreicht werden können, in erster Linie durch die Zerlegung qualifizierter Arbeit in einfache Verrichtungen und den anschließenden Einsatz von spezialisierten, automatischen Maschinen für die vereinfachten Arbeitsgänge, anstelle der ungelerten Arbeiter.

Theoretisch verlief die Entwicklung in Richtung auf eine zunehmend produktivere, automatisierte Massenproduktions-Ökonomie von selbst: Jede Verringerung der Stückkosten machte die produzierten Güter für einen größeren Käuferkreis erschwinglich, erbrachte die Kosten für die neusten Investitionen in Spezialmaschinen und die Organisations-Technologie und bereitete die nächste Investition vor.

In der Praxis jedoch verlief dieser Prozeß keineswegs so automatisch. Es gab keine Garantie, daß sich genügend neue Käufer für die durch die neuen, effizienteren Produktionsanlagen ermöglichte Mehrproduktion finden würden. Und da jede neue Anlagen-Generation noch produktspezifischer war — und damit schwieriger auf alternative Produktionen umzustellen als die alte —, erhöhten die aufeinander folgenden Investitionsstufen natürlich auch die potentiellen Verluste durch nicht ausgelastete Überkapazitäten. Darum hatte die Arbeitsteilung, wie Smith sehr wohl erkannte, eine natürliche Schranke im »Umfang des Marktes«, und — so könnte man argumentieren — die Schaffung einer voraussehbar expansiven Produktion wurde so zum zentralen Problem der modernen Industrie zwischen etwa 1870 und 1970. Zwei institutionelle Neuerungen waren dabei von entscheidender Bedeutung für die Lösung dieses Problems — und, wie wir gleich sehen werden, auch für die Rolle, die die Gewerkschaften in dem neu entstehenden Wirtschaftssystem spielten.

Das erste ist die Herausbildung der modernen Großunternehmen, wie sie vor allem in den USA vor der großen Wirtschaftskrise entstanden. Firmen wie U.S. Steel, Standard Oil, DuPont, Ford und General Motors schafften die organisatorischen Voraussetzungen für die planmäßige Versorgung mit Rohstoffen, Halbfertigprodukten und entsprechend qualifizierten Arbeitskräften, die notwendig war, um die durch die neuen Technologien ermöglichten Ertragszuwächse zu realisieren. Das bedeutete in vielen Fällen — vor allem in der Frühzeit dieser Großunternehmen, als nur die Gründer die immensen Vorteile erkannten, die sich aus der engen Verknüpfung der einzelnen Produktionselemente des industriellen Systems ergaben, — die Integration von Zulieferbetrieben in die Partnerfirma, die Einrichtung von innerbetrieblichen Ausbildungsprogrammen und ganz allgemein: die Abkehr von der Steuerung der Produktion durch den Markt und die zunehmende Steuerung durch bürokratische Verwaltung. Gleichzeitig lernten die Großunternehmen, die langfristige Produktionssteigerung besser mit der langfristigen Nachfragesteigerung abzustimmen. Das war zum Teil eine Sache der Planung: Firmen wie DuPont unterschieden zwischen einer konstanten — oder besser:

kontinuierlich anwachsenden — Nachfragekomponente und einer konjunkturell fluktuierenden Komponente und orientierten ihre Betriebsplanungen an der konstanten Komponente. Diese Strategie hatte zur Folge, daß in Zeiten des Aufschwungs auch teurere Produzenten auf dem Markt eine Chance hatte, aber das war ein Nachteil, der kaum ins Gewicht fiel angesichts der weitgehend gebannten Gefahr, auf kostspieligen Überkapazitäten sitzenzubleiben. Andere Firmen stabilisierten die Nachfrage, indem sie ihre Märkte neu strukturierten, zum Beispiel durch den Abschluß langfristiger Verträge mit ihren Kunden (Edisons Kraftwerksanlagen), durch die Umstellung von saisonaler auf ganzjährige Produktion mit Hilfe neuer Technologien (Kühlwagen in der fleischverarbeitenden Industrie), oder durch die Schaffung einer umfassenderen Produktpalette, die den Käufern bei wachsendem Einkommen immer teurere Waren anbot (Sloanes Strategie bei General Motors).

Die zweite entscheidende Innovation zum Erfolg des Massenproduktionsmodells war der Keynesianismus im Sinne einer Gesamtheit staatlicher Aktivitäten zur Stabilisierung der Nachfrage. Ich will hier nicht weiter darauf eingehen, ebensowenig wie auf die häufig analysierte Krise des Keynesianismus in den 70er Jahren, sondern gleich zu einem zentralen Punkt meiner Argumentation übergehen, der flexiblen Spezialisierung.

Die Entwicklung der flexiblen Spezialisierung

Viele große Firmen reagierten auf die in den 70er Jahren aufbrechenden Erschütterungen ähnlich wie die nationalen Regierungen: sie versuchten, das bestehende Modell der Produktionsorganisation zu erweitern. Hier waren die amerikanischen Automobilhersteller richtungsweisend mit ihrer Strategie des »world car«. Der Grundgedanke dabei war die Entwicklung einiger weniger Grundmodelle, die für alle Märkte geeignet waren und aus möglichst vielen gemeinsamen Bauteilen bestanden. Produziert wurde dann in weit auseinander liegenden Betrieben, deren Standorte so ausgewählt wurden, daß die Vorteile billiger Arbeitskräfte und niedriger Transport- und Energiekosten ausgenutzt wurden; diese Betriebe wurden mit Hilfe einer aufwendigen Kommunikationstechnologie von einer zentralen Verwaltung aus koordiniert. Die Größe des Marktes war damit nicht mehr abhängig von der Nachfrage im Inland, sondern vom Weltmarktbedarf, und die Konzerne konnten Ertragszuwächse verbuchen, die vorher nicht möglich waren.

Aber die Nachfrage ließ sich nicht so einfach auf einige wenige Standardmodelle konzentrieren. Aufgrund der ständig schwankenden Benzinpreise konnten sich die Verbraucher nicht entscheiden, ob sie treibstoffsparende Autos wollten oder nicht, und technologische Neuerungen wie die Verwendung von Halbleiterelementen und neue Materialien machten eine konstante Modellpolitik selbst innerhalb der von den schwankenden Benzinpreisen gesetzten Grenzen unmöglich. Darüber hinaus mußten die Hersteller bald erkennen, daß die langfristige Dezentralisierung der Produktion in Länder der Dritten Welt in vielen Fällen einen Anstieg der Lagerhaltungskosten mit sich brachte (zur Sicherung der Produktion bei Nachschubschwierigkeiten), ohne daß das Risiko von Arbeitskämpfen beseitigt werden konnte. Anfang der 80er Jahre begannen die amerikanischen Automobilhersteller und die in- und ausländischen Textil- und Halbleiterproduzenten, die ihrem Vorbild gefolgt waren, mit einer erneuten Umstellung. In ihrer Verunsicherung entdeckten sie zwei konvergierende, alternative Strategien, die sich zum Teil innerhalb, zum Teil außerhalb der großen Massenproduktions-Konzerne herausbildeten.

Die erste dieser Strategien nenne ich der Einfachheit halber das Kanban-System oder die japanische Massenproduktion. Das Hauptziel dabei ist die Verringerung der laufenden Lagerhaltung, die Verkürzung der Modellwechsel-Zeiten, die Verbesserung der Qualität und die Reduzierung des Ausschusses durch engere Einbeziehung der Zulieferer in die Entwicklung und Montage der Endprodukte sowie durch die Qualifizierung der Arbeitskräfte zur selbständigen Fehlerkontrolle und — soweit möglich — Fehlerbeseitigung. Die Zulieferbetriebe — nicht mehr weit entfernt, sondern direkt um das Montagewerk herum gruppiert — stellen jeweils nur soviel Produkte her, wie unmittelbar in der Montage gebraucht werden (»just-in-time-Produktion«), und die Arbeiter achten selbst auf Fehler und melden sie ihren Vorgesetzten, die in direktem Kontakt mit den Zulieferern die Probleme beseitigen. Die Trennung zwischen dem eigentlichen Produzenten und den Zulieferern sowie zwischen den unterschiedlich qualifizierten Arbeitskräften verwischt zunehmend, die Kosten sinken, und die Qualität steigt.

Die zweite Strategie beinhaltet die Verlagerung des Wettbewerbs vom Preis auf die Produktdefinition. Statt immer zuverlässigere Versionen eines standardisierten Produkts immer kostengünstiger zu produzieren, gehen die Firmen bei dieser Strategie zur Herstellung von spezialisierten Produkten über, die am Markt bessere Preise erzielen, weil sie den Bedürfnissen bestimmter Kunden besser angepaßt sind als die Massenprodukte.

Diese Defensivstrategien waren natürlich keineswegs neu; große Firmen wie Mercedes-Benz oder BMW praktizierten schon seit langem eine Kombination von Massenproduktion und handwerklicher Fertigung und erwarben sich so einen eigenen Ruf als Hersteller von Qualitätsprodukten. Bestimmte Industriezweige wie die Bekleidungs- und Bauindustrie wurden von kleinen handwerklichen Betrieben dominiert, die ihre Waren mehr oder weniger nach Bestellung anfertigen. Mit dem Anwachsen der Krise in den 70er Jahren suchten nun immer mehr Firmen aller Größenordnungen Schutz vor der internationalen Konkurrenz in kleinen Marktnischen.

Mitte der 80er Jahre war erkennbar, daß die beiden genannten Strategien konvergierten. Die Firmen, die in der Massenproduktion die Kosten gesenkt und die Qualität gesteigert hatten, stellten fest, daß sie die Voraussetzungen für schnellen Modellwechsel geschaffen hatten, während die Firmen, die eine immer breitere Palette von Spezialprodukten zu erschwinglichen Preisen anbieten wollten, erkannten, daß die Organisation ihrer Belegschaft und die Beziehungen zu ihren Zulieferern sich immer stärker an dem Kanban-System orientierten. In beiden Fällen wurde dabei deutlich, daß die Technologie der programmierbaren Produktionsautomaten in idealer Weise geeignet war, das doppelte Ziel zu erreichen, das für Adam Smith noch undenkbar war, nämlich die Rentabilität zu erhöhen, ohne dabei Flexibilität zu verlieren.

Die Verschmelzung dieser beiden Strategien führte in der Folge zur praktischen Anwendung und zunehmend selbstbewußteren Artikulation eines neuen Produktionsmodells, das ich die *flexible Spezialisierung* nennen möchte. Dieses Modell stellt die Grundprinzipien der Massenproduktion auf den Kopf, und zwar sowohl hinsichtlich der inneren Organisation der Produktion als auch in bezug auf das Verhältnis zum Wirtschaftssystem allgemein. Um auf die eingangs zitierten Definitionen zurückzukommen: Massenproduktion ist die Herstellung standardisierter Produkte mit spezialisierten Ressourcen (angelernten Arbeitern und spezialisierten Maschinen); flexible Spezialisierung ist die Produktion spezialisierter Produkte mit nicht spezialisierten Ressourcen (qualifizierte Arbeitskräfte und universale, programmierbare Maschinen). Die Massenproduktion basiert also auf der zunehmenden Trennung von Pla-

nung und Ausführung, die flexible Spezialisierung dagegen auf ihrer Integration. Das heißt, die Massenproduktion ist ein System mit geringer Verantwortung, bei dem die Untergebenen nur das machen sollen, was ihnen gesagt wird, während flexible Spezialisierung ein System hoher Verantwortung ist: gerade weil keine Zeit bleibt, die Konstruktion neuer Produkte in einfache Tätigkeiten zu zerlegen, müssen sich die Vorgesetzten darauf verlassen können, daß ihre Untergebenen allgemeine Instruktionen umsetzen und ausführen können.

Analytisch gesehen lassen sich drei Hauptvarianten dieses Grundmodells unterscheiden, die sich jedoch in der Praxis überlagern und je nach der gesetzlichen und finanziellen Situation ineinander überführt werden können. Die erste, kleinbetriebliche Variante ist charakteristisch für viele der technologisch fortschrittlichen industriellen Bereiche des »Dritten Italien«, beispielsweise das Zentrum der Hersteller elektronischer Musikinstrumente in der Nähe von Ancona, die metallverarbeitende Industrie der Emilia Romagna oder das Textilienzentrum von Prato. In diesem System arbeiten kleine und mittelgroße Betriebe, die auf verschiedene Produktionsprozesse spezialisiert sind, eng miteinander zusammen und produzieren bestimmte Endprodukte je nach den Erfordernissen des Marktes. Wenn die Möglichkeit besteht, durch Kreditaufnahme, Produktmarketing oder Grundlagenforschung besondere Ertragszuwächse zu erzielen, dann bilden diese Firmen zu diesem Zweck ein Konsortium. Wenn besondere Ertragsmöglichkeiten auf einer bestimmten Produktionsstufe bestehen, dann wird eine große Firma gegründet — zum Beispiel von einem Konsortium der betreffenden Kunden —, um diese Profite zu realisieren. Die Stadt oder Region arbeitet mit den Gewerkschaften und den Arbeitgeberverbänden zusammen, um die Arbeitsbedingungen zu überwachen und Ausbildungsmöglichkeiten und andere Dienstleistungen zu bieten, die einzelne Firmen oder Konsortien nicht bieten können.

Bei den anderen beiden Varianten spielen große Firmen die Hauptrolle. So erreichen beispielsweise im westdeutschen Modell der flexiblen Spezialisierung große Firmen eine höhere Flexibilität durch innerbetriebliche Dezentralisierung, während in Japan die großen Firmen das Kanban-System der engen Zusammenarbeit mit einem weitgespannten Netz von meist am selben Ort angesiedelter Zulieferbetriebe zu vervollkommen suchen. In diesen Systemen übernimmt die zentrale Firmenleitung die Rolle von Stadtverwaltung und Konsortien aus der ersten, Kleinbetriebs-Variante und stellt den halb-autonomen internen Betriebsteilen und den mit ihnen zusammenarbeitenden selbständigen Zulieferern finanzielle sowie Marketing- und Forschungsdienstleistungen zur Verfügung.

Es gibt umfangreiche und eindrucksvolle Beispiele für die Ausweitung solcher Organisationsformen und für die unter Managern weit verbreitete Anerkennung ihrer theoretischen Vorzüge. Das Dritte Italien ist durchaus kein ausschließlich italienisches Phänomen! So sind es Firmen mit durchaus unterschiedlicher Geschichte, aber weitgehend ähnlichen Interessen und Orientierungen, die für die Vitalität einzelner Regionen wie Baden-Württemberg in der Bundesrepublik, Salzburg in Österreich und Jütland in Dänemark verantwortlich sind — alle überaus erfolgreich, gemessen am Maßstab der jeweiligen nationalen Wirtschaft und insbesondere am Maßstab der inländischen Massenproduktions-Industrie. In den USA, in der Bundesrepublik sowie in Italien und in Großbritannien hat die Automobilindustrie — das Musterbeispiel für Massenproduktion — die Notwendigkeit von Gruppenarbeit, hochqualifizierten Arbeitskräften und flexibler Kapitalausstattung erkannt; wir werden darauf im folgenden näher eingehen. Fallstudien über die Vorzüge von Entwicklung und Produktion, von engen Beziehungen zwischen Hersteller und Zulieferer und einem auf Vertrauen basierenden Verhältnis zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern gehören zum täglichen Stundenplan

an den amerikanischen Wirtschaftsfakultäten — die darüber hinaus ganz offen Selbstkritik üben angesichts der Tatsache, daß sie noch vor wenigen Jahren genau das Gegenteil gelehrt haben. Die Notwendigkeit erhöhter Flexibilität ist schon fast selbstverständlich bei der Entwicklung von Werkzeugmaschinen und anderen Spezialmaschinen (insbesondere auch bei Verpackungsmaschinen, die jetzt auch für kleine Produktionsserien entwickelt werden), und im Bereich des Marketing ist die Aufsplitterung der Massenmärkte bereits zum Klischee geworden.

Natürlich wäre es falsch, wenn man aus diesen Entwicklungen die Schlußfolgerung ziehen würde, daß die flexible Spezialisierung die Massenproduktion überall und vollständig als Organisationsprinzip der industriellen Produktion ablösen wird. Erstens könnten sich die makroökonomischen Rahmenbedingungen ändern: zum Beispiel könnte irgendeine Form von internationalem Keynesianismus die Märkte so weit restabilisieren, daß im Weltmaßstab produzierte Standardgüter zu genügend niedrigen Preisen verkauft werden können, um kleinere Hersteller aus ihren Marktnischen zu vertreiben und an den Rand der Industrie zurückdrängen. Und zweitens würde die flexible Spezialisierung, selbst wenn sie sich weiter ausbreiten würde, einen Massenproduktionssektor erfordern, ähnlich wie die Massenproduktion den handwerklichen Sektor brauchte: So wie die Massenproduktion auf der handwerklichen Konstruktion von Spezialmaschinen basierte, würde die flexible Spezialisierung von der Massenproduktion flexibler Maschinen abhängig sein — ein Gebiet, auf dem die Japaner führend sind. Ähnliches gilt auch für die Serienproduktion von Bauteilen. Bei der Massenproduktion werden die Teile entworfen für ein bestimmtes Produkt oder eine kleine Produktfamilie, während die Tendenz bei der flexiblen Spezialisierung dahin geht, standardisierte Bauteile zu entwickeln, die auf vielfältige Weise miteinander kombiniert werden können. Langfristig gesehen werden die Prinzipien der flexiblen Spezialisierung auch in der Produktion von Standardkomponenten Anwendung finden, aber auf jeder Entwicklungsstufe des Systems insgesamt werden Großserienhersteller ihren Platz behalten; aktuelle Beispiele sind dabei die Hersteller von integrierten Mikroprozessoren und sogar von Personal-Computern. Es ist also keineswegs sicher, daß die flexible Spezialisierung die große Welle der Zukunft sein wird, oder daß jede Firma und jede Nationalökonomie auf dieser Welle mitschwimmen muß, wenn sie nicht untergehen will.

Auch mit den genannten Vorbehalten muß man jedoch feststellen, daß die Neuorganisation der Managementstrategien — die sich heute auf noch viel weiterreichende Veränderungen erstreckt — die Rolle der Arbeit im Betrieb grundlegend verändert haben. Jeder, der mit der Geschichte der Arbeit im späten neunzehnten und frühen zwanzigsten Jahrhundert vertraut ist, weiß, daß die Gewerkschaften die aufkommende Massenproduktion nicht begrüßt, aber dennoch wohl oder übel ihren Platz in dem neuen System gefunden haben, und dieser Platz wird jetzt durch den stockenden und vielleicht reversiblen Vormarsch der flexiblen Spezialisierung bis in die Grundfesten erschüttert und in Frage gestellt.

Die Rolle der Gewerkschaften in der Massenproduktion

Die Nachkriegsgewerkschaften waren alles andere als homogen. Sie waren das Ergebnis sehr unterschiedlicher Industrialisierungs- und Kriegserfahrungen und ihre unterschiedliche Organisationsstruktur, ihr unterschiedliches Verhältnis zu den politischen Parteien, zum Staat und zu den Arbeitgebern spiegelten und verstärkten diese Differenzen. Meine These lautet je-

doch, daß sie über diese Differenzen hinaus bestimmte gemeinsame Merkmale hatten, die sie als Ansprechpartner für das Kapital und für den Staat, so lange — und nur so lange — attraktiv machte, wie die industrielle Produktion weitgehend mit der Massenproduktion identisch war.

Das verbindende Element der Nachkriegsgewerkschaften war ganz sicher nicht die institutionalisierte Regelung der Konflikte am Arbeitsplatz — wie amerikanische Wissenschaftler, die sich mit den industriellen Beziehungen beschäftigen, erwartet hatten. Die pluralistische Theorie erwartete, daß das amerikanische Tarifverhandlungsmodell als ideale Konfliktlösungsmethode für alle Probleme der modernen Massenproduktionsindustrie sich universell durchsetzen würde. Ende der 60er Jahre wurde jedoch deutlich, daß das amerikanische System mit seinen streng abgegrenzten Arbeitsplätzen, seinen entwickelten Senioritätsregeln für beruflichen Aufstieg und Sicherheit und seinem gewerkschaftlich geleiteten Schlichtungsverfahren zur geregelten Konfliktlösung keineswegs besser funktionierte als das westdeutsche System mit breitgefächerten Arbeitsplatzanforderungen, langfristiger Arbeitsplatzgarantie für Stammebelegschaften, Aufstiegs konkurrenz und neutraler Konfliktlösung durch einen in der Regel mit den Gewerkschaften verbundenen Betriebsrat. Im ersten Falle war es kostspielig, die Arbeiter innerbetrieblich umzusetzen, aber billig, sie zu entlassen; im zweiten Falle war es umgekehrt; und im Hinblick auf ansteigende Beschäftigung und zunehmende technologische Veränderungen waren die beiden austauschbar. Darüber hinaus zeigen die amerikanischen Erfahrungen mit dem sozialen Kapitalismus in der Massenproduktion der 20er Jahre (General Motors, General Electric) und in der Hochtechnologie der 70er und 80er Jahre (IBM, Polaroid, DEC), daß eine Konfliktlösung innerhalb des Betriebes oder der Firma durchaus auch ohne gewerkschaftliche Beteiligung funktionieren kann.

Das gemeinsame Charakteristikum der Nachkriegsgewerkschaften und die eigentliche Quelle für das scheinbar auf Dauer verbriefte gesellschaftliche Mitspracherecht der Gewerkschaften war dagegen vielmehr ihre Bemühung um eine Rolle im makroökonomischen Entscheidungsfindungsprozeß. Der Keynesianismus lieferte dafür die scheinbar selbstverständliche Schlußfolgerung: Wirtschaftlicher Aufschwung beinhaltet die Abstimmung von Kaufkraft und Produktionskapazität unter Vermeidung von Inflation; die Lohnfindung ist dabei entscheidend für das makroökonomische Gleichgewicht; die Gewerkschaften spielen eine entscheidende Rolle bei der Lohnfindung — also sind die Gewerkschaften notwendig für das Gedeihen der Volkswirtschaft.

Diese und ähnliche Überlegungen bestimmten die Programme der nationalen Gewerkschaften oder Gewerkschaftsverbände in den entwickelten Ländern zu Beginn der Nachkriegszeit. Sie waren für die Gewerkschaftsführer so attraktiv, weil sie die vorrangige Notwendigkeit von nationalen gegenüber regionalen oder lokalen Tarifverhandlungen betonten und gleichzeitig die spezifischen Interessen der Gewerkschaften mit dem Gemeinwohl der Gesellschaft verknüpften. Und sie überzeugten das Kapital und den Staat, weil sie ein System versprachen, unter dem sich die Arbeitnehmer ausdrücklich auf vertretbare, ökonomisch gerechte Lohnforderungen beschränkten. Darüber hinaus waren diese Argumentationen für alle drei Parteien gerade deshalb so attraktiv, weil sie so doppeldeutig waren. Die Gewerkschaften konnten nämlich behaupten, daß ihre Beteiligung an der Lohnfindung gerechtfertigt war, weil sie Investitionen und ökonomisches Wachstum förderte, und daß sie deshalb das Recht haben mußten, Strukturreformen zu verlangen und durchzusetzen, die die berufliche Qualifikation oder Lage der Arbeitslosen verbesserten und damit letztlich den gleichen Zielen dienten. Und das Kapital konnte argumentieren, daß die gemeinsame Regelung ma-

kröökonomischer Entscheidungen eine notwendige, aber auch ausreichende Bedingung dafür sei, daß andere Probleme auf dem ansonsten freien Markt geregelt würden. So schaffte der Keynesianismus eine gemeinsame Sprache für die Interessen von Kapital und Arbeit, die jeweils vom anderen verstanden werden konnte und so die Möglichkeit einer Einigung auch in Konfliktzeiten offenließ, ohne die Formulierung grundsätzlich unterschiedlicher Auffassungen unmöglich zu machen.

Auf seiten der Arbeit drückte sich die Verpflichtung auf die Prinzipien des Keynesianismus in einer Reihe überraschend ähnlicher Pläne für den Wiederaufbau aus, die kurz vor und nach dem Ende des Krieges verabschiedet wurden: der Zwischenbericht des TUC in Großbritannien über den Wiederaufbau nach dem Kriege aus den Jahren 1943-44, der *Piano del Lavoro* der CGIL von 1950, das Münchner Programm des DGB von 1949 und seine Gewerkschaftsberichte aus den Jahren 1950 bis 1955, der Plan der amerikanischen UAW aus dem Jahre 1946, mit dem General Motors gezwungen werden sollte, seine Preise zu senken, um den Absatz zu vergrößern, und natürlich die Politik des schwedischen Gewerkschaftsbundes LO seit den 30er Jahren waren allesamt Ausdruck des Versuchs, die Macht der Arbeitnehmerseite durch den Abbau der Arbeitslosigkeit zu stärken und zu legitimieren, ihre institutionelle Integrität dadurch abzusichern, daß ihre Kompetenz und ihr Mitspracherecht in ökonomischen Fragen vertraglich oder quasi-vertraglich anerkannt wurde, und gleichzeitig die formellen und informellen lokalen Verhandlungsinstanzen wieder unter Kontrolle zu bekommen, die in den Jahren davor immer stärkere Autonomie entwickelt hatten.

Entscheidende Elemente dieser Programme wurden schon in den 50er Jahren weitgehend de facto anerkannt, lange vor der beinahe weltweiten Festlegung auf den amerikanischen »Handels-Keynesianismus« oder die »neue Wirtschaftspolitik«. Schweden unter den Sozialdemokraten und Großbritannien unter der Labour-Regierung sind dafür nur die bekanntesten Beispiele. Eine weniger explizite Form von keynesianischer Lohnfindung wurde dagegen beispielsweise in den Vereinigten Staaten mit dem Tarifvertrag zwischen General Motors und der UAW 1946 eingeführt. In diesem sogenannten »Detroitter Abkommen« wurden die Löhne an den Lebenshaltungskostenindex gebunden und eine jährliche Lohnerhöhung von drei Prozent aufgrund von erwarteten stetigen Produktivitätszuwächsen vereinbart. Da das General Motors-Abkommen nicht nur in der Automobilindustrie, sondern auch in Bereichen der Zulieferindustrie — wie z.B. bei Glas und Reifen — als Modell für Tarifverträge diente, hatte er eine Synchronisierung von Lohn- und Produktivitätssteigerungen in der gesamten verarbeitenden Industrie zur Folge. Darüber hinaus diente das General Motors-Abkommen als Vorbild für ähnliche Übereinkommen bei Renault 1955, und die Technokraten, die das indikative französische Planungssystem durchsetzten, erhöhten regelmäßig den Mindestlohn oder dehnten die mit einer Firma ausgehandelten Lohnerhöhungen auch auf die Konkurrenzunternehmen aus. Auf diese Weise gelang es, die Nachfrage zu stimulieren, ohne gleichzeitig die Gewerkschaftsbewegung zu stärken.

Als sich Ende der 60er Jahre das Massenproduktionsmodell in der Praxis allgemein durchgesetzt hatte und die Arbeiter eine wachsende Beteiligung an den durch die Produktivitätssteigerungen erzielten Gewinnen zu fordern begannen, experimentierten die Bundesrepublik und Österreich mit komplizierten institutionalisierten Lohn- und Preiskontrollsystemen. In Frankreich und Italien sorgte der ungleich größere Druck der Arbeitnehmer dafür, daß bestimmte Bereiche des Tarifvertragssystems erheblich ausgeweitet — so zum Beispiel die Lohnindexierung, der Kündigungsschutz und die gesetzlich geregelte Übernahme von Lohn-

abkommen in Frankreich und die automatische Höhergruppierung in Italien — und damit die Kaufkraft von den konjunkturellen Schwankungen abgekoppelt wurde.

In der Tat begannen die Gewerkschaften und ihre Verbündeten in der Bürokratie und in den politischen Parteien Mitte der 60er Jahre bis Mitte der 70er Jahre in einem Land nach dem anderen die Verwirklichung von entscheidenden Punkten der radikalen keynesianischen Programme zu fordern, die sie in ihren frühen Nachkriegs-Manifesten formuliert und dann halb vergessen hatten. In den Vereinigten Staaten und in der Bundesrepublik gab es Versuche, eine aktive Arbeitsmarktpolitik zu entwickeln. Die westdeutschen Gewerkschaften forderten die Ausweitung ihrer Mitbestimmungsrechte, in anderen Ländern begannen die Gewerkschaften das Recht auf Einblick in die Firmenbücher zu fordern und es entwickelte sich eine allgemeine Tendenz zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen, insbesondere an den Montagebändern in der Massenproduktion.

Es war klar, wohin diese Entwicklung führen würde. Die Gewerkschaften stellten nolens volens die Grundannahmen in Frage, daß das Kapital das Recht auf die letzte Entscheidung über neue Investitionen habe und daß die immer stärker zunehmende Arbeitsteilung die einzige Methode sei, Rentabilität und Reichtum zu erhöhen. Das Kapital wehrte sich natürlich dagegen und behauptete, daß die erste dieser Forderungen im Widerspruch zu den grundlegenden Prinzipien des Keynesianismus, wenn nicht gar zum Grundgedanken der liberalen Demokratie selbst stünde, und daß die zweite einen Angriff auf den einzigen funktionierenden Antriebsmotor des industriellen Fortschritts sei. So begannen die Gewerkschaften in den frühen 70er Jahren die Frage zu diskutieren, ob sie an die Grenzen der Reformierbarkeit der kapitalistischen Gesellschaft oder vielleicht sogar der Industriegesellschaft überhaupt gestoßen seien. In genau dieser Zeit aber merkten sie zunehmend, daß sie sich in einer ökonomischen Situation befanden, die sich so rasch verschlechterte, daß nicht nur weitere Erfolge unwahrscheinlich, sondern auch der keynesianische Kompromiß selbst in Frage gestellt wurde, der sowohl ihre radikalsten als auch ihre bescheidensten Zielvorstellungen beinhaltet.

Hinsichtlich der strukturellen Folgen der Krise allerdings waren die Gewerkschaften ebenso ahnungslos wie das Kapital, und darüber hinaus hatten sie den entscheidenden Nachteil, daß sie die weitreichenden ökonomischen Veränderungen nur anhand der uneinheitlichen, verwirrenden Reaktionen ihrer Gegner wahrnehmen konnten.

Dieser Prozeß des Zerfalls des keynesianischen Modells, die vergeblichen Rettungsversuche (Keynes-Plus ...) in den 70er Jahren sollen hier nicht weiter aufgeführt werden. Doch soviel läßt sich sagen: Im Verlauf der Arbeitskämpfe Anfang der 80er Jahre konnten die Gewerkschaften auch die langfristigen Auswirkungen der strukturellen Veränderungen als auch der neuen Kapitalstrategien besser als zuvor erkennen, die darauf hinausliefen, durch betriebliche Flexibilisierungsprozesse die Interessen der Arbeitnehmer auf Betriebsebene neu zu definieren und sie damit zu einem Arrangement mit dem Management zu verleiten, welches in der Substanz die nationalen Gewerkschaftsstrategien unterließ.

Auch wenn die Gewerkschaften möglicherweise nicht in unmittelbarer Gefahr sind, eine vernichtende Niederlage in einem aktuellen Einzelkonflikt zu erleiden, so kann dies im Ergebnis langfristig dennoch der Fall sein. Die strukturellen Veränderungen in der Ökonomie arbeiten gegen sie und unterlaufen die nationalen, auf die Stärkung der Solidarität abzielenden Strategien sowie die Rolle der Gewerkschaften als Vorkämpfer und Verteidiger kollektiver Interessen. Mitte der 70er Jahre verhielten sich die Gewerkschaften so, als wüßten sie, wie der Krise zu begegnen sei, auch wenn sie sie nicht verstanden, während sie heute zutiefst ratlos sind, was zu tun sei, obwohl sie die tatsächliche Lage sehr viel besser zu verstehen gelernt haben.

Dabei könnte die derzeitige Unsicherheit ebenso unbegründet sein wie das vorausgegangene Selbstbewußtsein. Außerhalb der offiziellen Meinung und der halb-offiziellen Opposition erarbeiteten die Gewerkschaften in der Tat auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene praktikable Antworten auf die industrielle Neustrukturierung, die sich weit aufmerksamer mit der Substanz der neuen Management-Strategien auseinandersetzten als die meisten der Wortführer einer keynesianischen oder sogar Struktur-Reform. Keine dieser innovativen Bemühungen liefert für sich betrachtet ein allgemeingültiges Modell für die Konsolidierung und Erneuerung der Gewerkschaftsbewegung, aber in ihrer Gesamtheit machen sie allgemeine Züge eines solchen Modells deutlich und liefern zumindest einige der dafür notwendigen Bausteine.

Ansätze kontrollierter Flexibilität: Modelle gewerkschaftlicher Kontrolle unter den Bedingungen der flexiblen Spezialisierung

Erwartungsgemäß entstanden diese neuen Organisationsmodelle da, wo die Firmen aufgrund des Konkurrenzdrucks gezwungen waren, mit einer Neuorganisation im Sinne der flexiblen Spezialisierung zu experimentieren und aus historischen Gründen mit den fest etablierten Gewerkschaften zusammenarbeiten mußten, ob sie wollten oder nicht. Für die Großbetriebe galt das vor allem in der Automobilindustrie, für kleinere Firmen eher in den modernisierenden städtischen Regionen, wo Facharbeiter mit langjähriger Gewerkschaftszugehörigkeit in den Betrieben dominierten.

General Motors liefert ein gutes Beispiel für diese neuen Formen des Verhältnisses von Management und Arbeit in großen, gewerkschaftlich organisierten Firmen. Das heißt nicht, daß diese Firma als einzige erfolgreich ihre Tarifverhandlungsstruktur den neuen Wettbewerbsbedingungen angepaßt hat; in der Tat verlief die Reform bei GM stockend und unvollständig, und Firmen wie VW hatten weniger Probleme und mehr Erfolg bei ähnlichen Neustrukturierungen. Die Erfahrungen bei GM sind vielmehr gerade deshalb so bedeutsam, weil sie zeigen, daß selbst Firmen mit einer strikt reglementierten (low-trust) Arbeitsorganisation — mit genau spezifizierten Arbeitsplätzen und formalisiertem, konfliktreichem Verhandlungsmodus — in der Krise gezwungen sind, mit Methoden zu arbeiten, die auf mehr Selbständigkeit und Vertrauen der Arbeitnehmer setzen (high-trust practices), — und mit dieser Umstellung gute Chancen haben.

Das neu entwickelte GM-Modell beinhaltet zwei Hauptelemente. Innerbetrieblich geht die Tendenz dahin, umfassend qualifizierte Produktionsarbeiter in Gruppen zusammenzufassen, die selbständig ihre Arbeit organisieren und kontrollieren und Störungen vorausschauend verhindern bzw. sofort nach Auftreten beseitigen können. Dabei ist der Anführer der Gruppe gleichzeitig gewerkschaftlicher Vertrauensmann oder Betriebsrat; Gewerkschaftsvertreter sitzen in den entscheidenden Gremien auf der Abteilungs- wie der Betriebsebene. Diese Lösung entwickelte sich bei den Versuchen des Konzerns in den 70er Jahren, in den damals nicht-organisierten Werken in den Südstaaten flexible Arbeitsgruppen einzuführen und in den älteren Werken im Norden die Gewerkschaften für HdA-Programme (Humanisierung der Arbeit) ohne direkte Produktionsverantwortung zu gewinnen. Als die Werke im Süden dann gewerkschaftlich organisiert wurden und einige der HdA-Arbeiter im Norden sich zunehmend an Entscheidungen beteiligten, mußte der Konzern die Beziehungen zwischen der Gewerkschaft und den Arbeitsgruppen neu regeln. Das 1985 zwischen der UAW

und der Leitung des Saturn-Kleinwagen-Betriebes abgeschlossene Tarifabkommen markiert einen wichtigen Schritt auf diesem Wege: es räumt der Gewerkschaft zumindest formale Mitbestimmungsrechte ein, vom Arbeitsplatz bis zum Vorstand der Unternehmensabteilung. Das zweite Element des GM-Modells betrifft die Beziehungen zwischen den einzelnen Werken untereinander sowie zwischen dem Konzern als ganzem und den Gewerkschaften und fand seinen Ausdruck in dem Abkommen von 1984 mit der UAW über die Einrichtung von »Arbeitsplatz-Banken« (»job-banks«). In diesem Abkommen verpflichtet sich die Firma, von Rationalisierungsmaßnahmen betroffene Arbeiter weiter zu beschäftigen und umzuschulen. Paritätische Komitees von Management und Arbeitnehmern werden ermächtigt, »Bestimmungen des (nationalen) Gesamttarifvertrags außer Kraft zu setzen, zu ergänzen oder zu verändern, wenn solche Maßnahmen der Erhaltung oder Vermehrung der Arbeitsplätze dienen«. Ausnahmen von den nationalen Regelungen müssen von den Vizepräsidenten der Gewerkschaften und der Firma, die für das Abkommen zuständig sind, gebilligt werden. Die Idee der »job banks« entstand wahrscheinlich aus dem Bemühen, die geltenden, aber nicht eindeutig geregelten Rechte der von Rationalisierungsmaßnahmen betroffenen UAW-Mitglieder auf Umsetzung in andere Werke zu systematisieren sowie aus den zunehmend aussichtsloseren ad hoc Versuchen, die Betriebsvereinbarungen mit den nationalen Tarifbestimmungen in Übereinstimmung zu bringen.

Dabei muß noch einmal betont werden, daß keines dieser beiden Elemente des neuen Modells bis jetzt fest verankert ist. Betrieblicher oder konzernweiter Widerstand gegen die Durchsetzung einer dieser Bestimmungen könnte die andere — oder beide — zum Scheitern bringen. Sollte es aber gelingen, beide Aspekte zu vereinbaren, dann wäre das Resultat für den Konzern größere Flexibilität, für die Arbeitnehmer mehr Sicherheit und Autonomie, und für die Gewerkschaften erweiterte Kontrollrechte innerhalb der Firma sowie darüber hinausgehende Rechte hinsichtlich der Koordinierung der Entwicklung zwischen den großen Automobilherstellern.

Die klassischen Beispiele für gewerkschaftliche Einflußnahme und Aktivitäten auf Gemeindeebene (und kleinerer Firmen) auf der Grundlage technologischer Modernisierung finden sich im Strickwarenzentrum von Carpi, in der Textilindustrie von Prato, in den Metallverarbeitungszentren von Modena und in Reggio Emilia. Trotz der relativ kleinen Produktionseinheiten — was in der Regel als Schranke für gewerkschaftliche Organisation gilt — lag der Organisationsgrad hier im Jahre 1975 bei 50,6 % und damit um 4 % höher als im Landesdurchschnitt. Und die Gewerkschaften waren alles andere als zurückhaltend:

Zwischen 1974 und 1978 lag die durchschnittliche Zahl der Streikstunden pro 100 Arbeiter in der Region der Emilia Romagna (Carpi, Reggio-Emilia, Modena) bei 1634 und in der Toskana (Prato) bei 1361, während das Piemont, die Hochburg der Militanz, nur 1073 erreichte. Im gleichen Zeitraum nahmen die Investitionen pro Kopf der Belegschaft, das pro-Kopf-Einkommen und die Produktivität in diesen Regionen deutlich schneller zu als in den traditionellen Zentren der italienischen Industrie. Es läßt sich also sagen, daß die Gewerkschaften auch in dezentralisierten Industrieregionen erfolgreich die Flexibilität der Produktion gefördert haben, ohne dabei ihre Fähigkeit zur Durchsetzung der Arbeiterinteressen zu vernachlässigen.

Ähnlich wie die Beziehungen zwischen den Firmen in diesen Gebieten weit weniger formalisiert sind als zwischen den großen Konzernen, ist auch die Rolle der Gewerkschaften in der Produktion viel weniger durch Verträge geregelt als beispielsweise bei einem großen Automobilproduzenten. Dabei macht der Lohn eine Ausnahme: In mehreren Formen von Tarif-

verhandlungen werden je nach Industrie und Qualifikation bestimmte Mindestlöhne festgelegt, die durch betriebliche Vereinbarungen ergänzt werden könnten. Diese streng kontrollierten Einheitslöhne sorgen dafür, daß die Konkurrenz der Firmen in erster Linie auf dem Gebiet der Innovationen ausgetragen wird und nicht durch einfaches Auspressen der Arbeitskraft.

Abgesehen von der Lohnregelung fungieren die Gewerkschaften hier nicht so sehr als Interessenvertretung für einzelne Gruppen, sondern stärker als eine Art institutionalisierte Gewissensinstanz für das Industriegebiet als Ganzes. Zusammen mit den links-orientierten Parteien, die auf der Gemeinde-, Provinz- oder Regionalebene an der Macht sind, überwachen die Gewerkschaften die allgemeinen Arbeitsbedingungen, indem sie einzelne Betriebe, die die Gesundheits- und Arbeitsschutzvorschriften grob verletzen, schließen und dafür sorgen, daß die örtliche Industrie insgesamt die Arbeitsbedingungen immer mehr verbessert. Außerdem spielen die Gewerkschaften eine wichtige Rolle bei der Organisation der Berufsausbildung, und es gibt Pläne, sie zusammen mit Vertretern des Kleingewerbes und des öffentlichen Sektors an der Leitung von Marketing- und Forschungs-Instituten zu beteiligen, die dem gesamten Industriebezirk zur Verfügung stehen sollen. In Ausnahmefällen sind die Gewerkschaften sogar aktiv an der Sanierung bedrohter Firmen beteiligt, in dem sie bei der Planung neuer Produkte helfen und für neue Kapitalzufuhr, die Neuverwendung von Vermögenswerten sowie die Umschulung und Umsetzung von Arbeitskräften etc. sorgen. Ein Beispiel aus der jüngsten Zeit ist die Umstrukturierung der Carpiggiano BSC-Gruppe mit der Hilfe und unter dem Druck der örtlichen Vertretung der Textilarbeitergewerkschaft FULLA. In der Tat läßt sich sagen, daß die Gewerkschaften in gewissem Sinne bereits mitverantwortlich sind für die Realisierung dessen, was man als *lokalen Wohlfahrtsstaat* bezeichnen könnte, und Autoren wie Trigilia sprechen in diesem Zusammenhang schon von einem »örtlichen Soziallohn«.

Natürlich ist die Effektivität der Gewerkschaften in einer solchen Situation von einer weitreichenden lokalen Übereinstimmung von Zielen und Wertvorstellungen abhängig. Bagnasco hat zeigen können, daß in einzelnen Industriebezirken in rechts- wie linksgerichteten Regionen mehr als 80 % der befragten Arbeiter der Meinung sind, daß die kleinen Arbeitgeber »im Interesse aller« handeln; mehr als 60 % der Arbeiter glauben, daß sie die gleichen Interessen hätten wie die Handwerker (die in Italien in der Regel weniger als 18 Angestellte beschäftigen), und mehr als die Hälfte sahen gemeinsame Interessen mit den kleinen Geschäftsleuten. Unter solchen Bedingungen sind Streiks eher eine Erinnerung an gemeinsame Verpflichtungen oder eng umrissene Versuche, Vorteile zu erzielen als Machtproben, die in großen Firmen schnell zu reinen Klassenauseinandersetzungen werden. Das ist auch der Grund dafür, daß in diesen Regionen Streiks, auch wenn sie zahlreich sind, in der Regel kürzer dauern als in den traditionellen Bereichen industrieller Auseinandersetzungen: sie sind zwar Kämpfe, aber in der Regel Kämpfe innerhalb der Familie — mit allen Doppeldeutigkeiten, die dieser Begriff beinhaltet.

Trotz ihrer unterschiedlichen formalen Ausprägung folgen die beiden Varianten gewerkschaftlicher Reaktion auf die flexible Spezialisierung in der Großindustrie und in den Kleinbetrieben durchaus denselben *drei zentralen und eng miteinander verzahnte Prinzipien*. Erstens, und das ist der wichtigste Aspekt, nehmen sie teil am betrieblichen Entscheidungsprozeß, anstatt — wie im Falle der gewerkschaftlichen Strategie in der Massenproduktionsindustrie — einheitliche Arbeits- und Lohnbedingungen durchzusetzen. Oder anders ausgedrückt: *die Regulierung des (heute kontinuierlichen) industriellen Umstrukturierungsprozesses löst die Regelung der (früher viel stabileren) resultierenden Strukturen ab.*

Es läßt sich also zweitens sagen, daß die Gewerkschaft in einer Ära kontinuierlicher Innovation am Arbeitsplatz dadurch ihren Einfluß geltend macht, daß sie die *Infrastruktur, die diese Innovationen erst ermöglicht, prägt und kontrolliert*. Durch ihre Beteiligung an den »job banks« beteiligt sich die UAW an der Ausbildung und Verteilung der Arbeitskräfte innerhalb des riesigen, von GM umgrenzten Industriebereichs; und die Gewerkschaften in den roten italienischen Industrieregionen tun das gleiche auf weniger formale Weise, indem sie die Ausbildung überwachen, Lohnraten festsetzen und sich an der Umsetzung eines lokalen Wohlfahrtsstaates beteiligen mit dem expliziten Ziel, die notwendigen qualifizierten Arbeitskräfte zu reproduzieren, sie stärker an die Region zu binden und gleichzeitig die Bereitschaft zur Zirkulation unter den einzelnen Firmen zu fördern

Drittens hängt deshalb der Erfolg dieser beiden Modelle letzten Endes ab von der *zentralen Stellung hochqualifizierter Arbeitskräfte in Systemen der flexiblen Spezialisierung*. Wenn man davon ausgeht, daß der Erfolg solcher auf gegenseitigem Vertrauen basierender Modelle (high-trust models) davon abhängt, daß die Arbeitnehmer in der Arbeit Dinge lernen, die das Management nicht lehren kann, dann verfügen die Arbeiter kollektiv über ein Produktionswesen, das sonst nirgendwo zur Verfügung steht oder dessen Erlangung unerschwinglich kostspielig wäre. Dieses Wissen gibt den Arbeitern die Macht, über ihre eigene Ausbildung mitzuentcheiden, und die aus dieser Abteilung hervorgehenden Facharbeiter sorgen aufgrund ihrer technischen Fertigkeiten dafür, daß allgemeine Regeln am Arbeitsplatz zu ihrem Vorteil angewendet werden — und daß die Ausbildung der folgenden Arbeitergeneration auch in Zukunft ihrer kollektiven Kontrolle unterliegt.

Beide Systeme sind also vergleichbar mit den verschiedenen Handwerks-Gewerkschaften, die die Arbeiterbewegung im ausgehenden 19. Jahrhundert dominiert haben und sich bis heute am Rande der Massenproduktion in bestimmten Industriezweigen wie im Bekleidungs- und Baugewerbe erhalten haben. Die »job banks« und das auf kommunaler Ebene organisierte Gewerkschaftssystem bilden auf ihre Weise das Gegenstück zu den gewerkschaftlichen »Einstellungshallen« im amerikanischen Baugewerbe und den *bourses du travail* oder den *camere del lavoro*, den von der Gemeinde unterstützten Arbeitsämtern, Wohlfahrtseinrichtungen und Industrietribunalen, die in Frankreich bzw. Italien in den beiden Jahrzehnten vor dem 1. Weltkrieg existierten und die in der Regel von Meistern und Gesellen geleitet wurden. Und diese Ähnlichkeit ist keineswegs zufällig: Die frühe Arbeiterbewegung basierte auf handwerklichen Gewerkschaften, die ihre Machtstellung am Arbeitsmarkt zur Schaffung von Institutionen nutzten, die die Kontrolle ihrer Mitglieder über ihr Wissen und ihre Fertigkeiten schützte und damit das Überleben und die Durchsetzung dieser Institutionen ermöglichte. Die Industriegewerkschaften, die sie in der Folge ablösten, zogen ihre Stärke, wie wir gesehen haben, nicht aus den Fertigkeiten ihrer Mitglieder — die mit der fortschreitenden Entwicklung der Massenproduktion immer geringer und weniger wurden —, sondern aus ihrer Rolle in einer neuen makroökonomischen Ordnung. Ist es ein Wunder, daß das (vorläufige) Ende dieser Ordnung und die (vorläufige) Wiedergeburt eines auf hoher Qualifikation beruhenden Wirtschaftssystems die Wiederbelebung von Formen gewerkschaftlicher Kontrolle nach sich zieht, die eng verwandt sind mit der alten handwerklichen Tradition?

Für sich genommen sind diese Modelle und die ihnen zugrundeliegenden Prinzipien jedoch nur ein Beweis dafür, daß Gewerkschaften mit dem System der flexiblen Spezialisierung vereinbar sind. Oder anders ausgedrückt, die sich herausbildenden neuen Produktionsformen schließen ihrem Wesen nach keineswegs aus, daß die Gewerkschaften eine bedeutende Rolle

spielen. Die Form der Gewerkschaften, die dem Massenproduktionssystem entsprach, paßt nicht in ein System der permanenten Innovation; aber in beiden Systemen haben die Gewerkschaften ihren Platz.

Diese Überlegung ist zweifellos beruhigend für eine Arbeiterbewegung, die im Unterbewußtsein schon daran zweifelt, ob sie in der Produktion überhaupt noch einen Platz hat. Aber es ist noch ein weiter Weg von dieser einfachen Beruhigung hin zu einem Programm, welches die gegenwärtig dringendsten Probleme der Arbeiterbewegung in Angriff nimmt: die Massenarbeitslosigkeit, Feindseligkeit der Arbeitgeber gegenüber den Gewerkschaften, die Ausbreitung von Firmengewerkschaften und eine zunehmende Gleichgültigkeit unter den Arbeitern — insbesondere in neuen Industriebereichen — gegenüber der traditionellen Gewerkschaftsbewegung. Im folgenden letzten Abschnitt soll versucht werden, die genannten Argumente noch einmal zu rekapitulieren und sie im Hinblick auf eine mögliche Lösung dieser Probleme zu untersuchen.

Gewerkschaftliche Strategien im strukturellen Wandel

Angenommen, die flexible Spezialisierung sei wirklich die entscheidende Entwicklung der Zukunft und die handwerks-orientierten Gewerkschaften hätten eine Chance, das sich herausbildende System zu ihrem eigenen Vorteil zu nutzen. Was wären die programmatischen Konsequenzen für die Arbeiterbewegung?

Das schwierigste von allen Problemen ist die Massenarbeitslosigkeit. Eine erste negative Schlußfolgerung lautet, daß die traditionellen keynesianischen Programme allein das langfristige Problem, die Beschäftigung zu erhöhen, nicht lösen können. Ich habe versucht zu zeigen, daß die flexible Spezialisierung weitgehend eine spontane Reaktion der Firmen auf das Versagen der keynesianischen Politik war und die zunehmende Verbreitung dieses Systems, wie sie sich in der Beschäftigungspraxis westdeutscher Firmen zeigt, macht den Erfolg solcher Politik für die Zukunft immer unwahrscheinlicher. Man kann durchaus diskutieren über die lang- und mittelfristigen Auswirkungen einer Nachfragestimulierung unter verschiedenen Annahmen wie der Entwicklung der Wechselkurse und dem Defizit der öffentlichen Hände. Aber der Keynesianismus scheint keine Lösung für das Problem der langfristigen Stabilisierung zu bieten — außer in Gestalt eines internationalen Keynesianismus oder in einer Verbindung von keynesianistischer Politik und nationaler Autarkie. Die Politiker in den entwickelten kapitalistischen Ländern sind jedoch zu wenig vorausschauend, um das erste zu riskieren, und zu erfahren, wie ich glaube, um das zweite zu riskieren.

Aber die flexible Spezialisierung ist nicht allein schon deshalb notwendigerweise die Lösung des Problems der Arbeitslosigkeit, weil der Keynesianismus keine Lösung ist. Wenn die Kapitalgüter wirklich flexibel wären (d.h. problemlos anzupassen an neue Aufgaben und risikolos als Investitionen) und Ausbildung und Neuorganisation keine Kosten erforderten, dann würde sich das Problem der Arbeitslosigkeit in einem System der flexiblen Spezialisierung in der Tat von allein regulieren. Unter diesen hypothetischen Bedingungen hätte ein Rückgang der wirtschaftlichen Aktivität auf dem Wege über fallende Zinsraten und sinkende Produktionskosten tatsächlich Investitionen in erschwinglichen, innovativen Produkten zur Folge, und durch die Befriedigung bis dahin unzureichend artikulierter Bedürfnisse würde das Angebot an neuen Gütern seine eigene Nachfrage erzeugen. Sages Gesetz wäre bestätigt und ein entsprechendes Anwachsen der Beschäftigung würde die Folge sein.

In Wirklichkeit jedoch sind wir von einem solchen magisch funktionierenden Wirtschaftssystem weit entfernt. Um nur die wichtigsten Tatsachen zu nennen: flexible Spezialisierung erfordert hoch-qualifizierte Arbeiter, während die Massenproduktion ein Heer von angelehrten Arbeitern erzeugt hat. Es ist richtig, daß zum Beispiel Fließbandarbeiter durchaus ein offiziell nicht anerkanntes Wissen um das Funktionieren der Produktion haben (schließlich weiß jeder Vorarbeiter, daß nichts funktionieren würde, wenn die Arbeiter nur das täten, was ihnen gesagt wird); und es ist auch richtig, daß, wenn Firmen und Belegschaften die Umschulung ernst nehmen würden, eine überraschend große Zahl von vermeintlich Lernunfähigen wirklich umlernen würde. Aber die Tatsache bleibt bestehen, daß viele Millionen unter den heute ökonomisch Aktiven nicht die Qualifikation haben und auch nie erlangen werden, wie sie in einem System der permanenten Innovation gebraucht würden. Auch wenn alle übrigen Umstellungskosten entfallen würden, gäbe es für sie in der flexiblen Spezialisierung keinen Platz.

Das bringt uns zu einer zweiten, nüchternen, aber positiven Schlußfolgerung. Die Arbeiterbewegung als historischer Beschützer der wirtschaftlichen Schwachen in der kapitalistischen Gesellschaft muß auch weiterhin die Interessen derjenigen verteidigen, die in einer neuorganisierten Wirtschaft keinen Platz mehr haben oder haben werden. Arbeitsumverteilung, Transfers sozialer Aufgaben und eine ökonomisch vertretbare Ausweitung der Dienstleistungen im öffentlichen Bereich sind bekannte und bewährte Mittel dafür. Aber wenn die geschilderte Analyse richtig ist, dann müssen diese Formen der Verteidigung von den falschen Hoffnungen des orthodoxen Keynesianismus befreit werden, demzufolge das Arbeitslosigkeitsproblem letzten Endes das einzige ist, das gelöst werden muß, weil damit automatisch alle anderen Probleme auch gelöst wären. Weiterhin muß man sich auch von dem falschen Pessimismus der »Theorie der Wachstumsgrenzen« und der Krisentheorie der Grünen befreien, nach der das Arbeitslosigkeitsproblem das einzige sei, welches (teilweise) gelöst werden kann, weil alle anderen Probleme die Folge überwindbarer natürlicher Schranken seien. Vielmehr muß man die Arbeitslosigkeit als außerordentlich ernstes, aber überwindbares Problem begreifen, das aus der gegenwärtigen Umbruchphase entsteht. Eine solche Sichtweise bedeutet nicht, wie wir gleich sehen werden, daß die Arbeiterbewegung jedes Einflusses auf makroökonomische Entscheidungen damit entsagt. Es bedeutet vielmehr, daß die Gewerkschaften für die Arbeitslosen kämpfen können, ohne dabei den genauso wichtigen Kampf um die Unterstützung derjenigen, die Arbeit haben — ob sie gewerkschaftlich organisiert sind oder nicht —, von den Erfolgen und Rückschlägen jenes Kampfes abhängig zu machen.

Wie aber sollte die Arbeiterbewegung auf die zunehmende Ausbreitung einer Art Firmengewerkschaften und das Anwachsen eines nicht oder gewerkschaftlich gering organisierten Sektors in neuen Dienstleistungsbereichen und Industrien reagieren? Offensichtlich sind diese beiden Probleme eng miteinander und mit der Durchsetzung der flexiblen Spezialisierung verknüpft: Je mehr Firmen es gelingt, sich durch interne Flexibilität gegen externe Instabilität zu schützen, um so stärker entwickeln sich die nationalen Gewerkschaften zu einem Zusammenschluß der Arbeitnehmer aus weitgehend selbständigen Firmengemeinschaften, und um so weniger gibt es für die Arbeiter, die nie einer nationalen Gewerkschaft angehört haben, einen Grund, sich in der Arbeiterbewegung zu engagieren.

Eine Teillösung des Problems wurde im Vorangegangenen bereits angesprochen. Das GM-UAW-Modell gibt der Gewerkschaft das Recht, solche Abweichungen von der nationalen Praxis abzulehnen, die ihre Solidaritätsbasis unterminieren würden, und das kommunale Modell entsteht aus einem Produktionssystem (und stärkt es), in dem die Grenzen zwischen

den einzelnen Firmen sowie zwischen den Firmen und den sie umgebenden sozialen Institutionen verwischt sind. Das Problem besteht nun darin, diese beiden Modelle auszuweiten: es muß gezeigt werden, daß sie den Anspruch der Arbeiterbewegung auf eine zentrale Rolle in der Gesellschaft als ganzer festigen, und es muß — was auf dasselbe hinausläuft — auf eine politisch überzeugende Weise deutlich gemacht werden, daß die gewerkschaftliche Variante der flexiblen Spezialisierung der Management-Variante, wie sie bei IBM in den Vereinigten Staaten und in der Bundesrepublik floriert, vorzuziehen ist.

Die am meisten erfolgversprechende Strategie besteht nach meiner Einschätzung darin, die bestehenden Unsicherheiten des Kapitals hinsichtlich des Wesens der flexiblen Spezialisierung auszunutzen. Man darf nicht vergessen, daß das Kapital auf ähnlich zufällige Weise zu seiner neuen Strategie gefunden hat wie die Gewerkschaften auch. In Anbetracht der anhaltenden Verwirrung in den amerikanischen, französischen und westdeutschen Betrieben sieht es nicht so aus, als sei sich das Management dieser Firmen schon im klaren über die langfristigen Implikationen der von ihnen eingeleiteten strukturellen Veränderungen und der damit verbundenen Autoritätsverschiebung. Wenn es der Arbeiterbewegung gelingt, ihre Strategie von der Verteidigung der alten Massenproduktion umzustellen auf die Ausarbeitung der sich abzeichnenden Alternative zu ihrem eigenen Vorteil, dann könnte sie sich mit denjenigen Kapitalisten verbünden, denen Veränderungen in Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften lieber sind als gar keine Veränderungen, und es gäbe eine Chance, wirklich eine Form von flexibler Spezialisierung zu erreichen, mit der man leben und die man weiter verändern kann. Der erste Ansatzpunkt für eine solche Strategie betrifft die jetzt stattfindenden Strukturveränderungen. Zum Beispiel: Es gibt ein allgemeines Einverständnis hinsichtlich der internen Dezentralisierung von Großfirmen, der regionalen Integration von Kleinbetrieben und der wachsenden Notwendigkeit engerer, Kanban-ähnlicher Zusammenarbeit zwischen Endproduzenten und Zulieferern. Es gibt gewerkschaftliche und nicht-gewerkschaftliche Modelle für die flexible Nutzung der Arbeitskräfte in großen Firmen und in Industriebezirken mit Kleinbetrieben. Aber wo gibt es ein Modell für die flexible Verteilung von Arbeitskräften zwischen Groß- und Kleinbetrieben, die in der Produktion zusammenarbeiten?

Um besser zu verstehen, was das Problem für das Management ist und wo die Chancen der Arbeiterbewegung liegen, betrachten wir das Beispiel eines großen Produzenten, der regelmäßig mit seinen Zulieferern qualifizierte Arbeitskräfte austauscht, um die Produktion besser koordinieren zu können. Je stärker das geschieht — und es gibt Anzeichen dafür, daß es immer häufiger geschieht — und je mehr jeder Betrieb mit einem eigenständigen System von Arbeitsbeziehungen operiert, um so zahlreicher sind die sich daraus ergebenden Konflikte — Konflikte über Lohnhöhe, zumutbare Arbeitsbedingungen und die Art und Weise, wie diese Konflikte geregelt werden sollen. In dieser Situation könnte die zuehmende Verallgemeinerung und Ausbreitung von Qualifikationen, Erfahrungen und Problemen sowie die Notwendigkeit eines gemeinsamen Ansprechpartners für das Management selbst eine Ausbreitung der Gewerkschaften oder, wenn diese bereits etabliert waren, von gemeinsamen Standards industrieller Beziehungen vom Großproduzenten zu dem Bereich der Zulieferer oder umgekehrt zur Folge haben. Je mehr sich die Gewerkschaften in dieser Weise entwickelten, um so weniger hätten sie das Entstehen von Firmengewerkschaften zu fürchten und um so leichter würde es für sie in all den Fragen, von der beruflichen Ausbildung bis hin zu einer Regionalplanung, die offensichtlich die gemeinsamen Interessen aller Produzenten in einem bestimmten Sektor betreffen.

Ein zweiter struktureller Ansatzpunkt für gewerkschaftliche Weiterentwicklung betrifft die Beziehungen der Industrieregionen untereinander. Ein System, welches von kontinuierlicher Innovation lebt, läuft immer wieder Gefahr, die nächste Änderung der Entwicklungsrichtung falsch zu beurteilen. Um dieses Risiko zu vermeiden, bildet sich der lokale Wohlfahrtsstaat heraus, der unterschiedliche Aufgaben übernimmt: von der Arbeitslosenunterstützung über Umschulungsprogramme bis hin zur Beschaffung von billigem Kapital, um das Überleben von Arbeitern und Kleinbetrieben in ökonomisch schweren Zeiten zu sichern. Natürlich machen nicht alle Industrieregionen so umfassende Anstrengungen zu ihrer eigenen Absicherung, aber selbst wenn sie es täten, wäre ein zweiter Schritt notwendig und empfehlenswert: die Absicherung dieser Sicherungssysteme durch die Schaffung eines nationalen Netzes von Banken, Berufsschulen, Arbeitslosenfonds usw., mit dem die einzelnen Regionen sich das Risiko teilen könnten. Ein derartiges System scheint es zum Beispiel bei den israelischen Kibbuzim zu geben. Auf jeden Fall würde das Bestreben, ein solches Netzwerk aufzubauen, die Beziehungen der einzelnen Industrieregionen untereinander und durch die notwendige Abstimmung und Koordinierung mit dem nationalen Wohlfahrtssystem — auch mit dem Staat intensivieren. Diese intensiveren Kontakte würden es auch den Gewerkschaften ermöglichen, sich in bis dahin noch nicht organisierte Regionen auszudehnen und vor allem, ausgehend von der Basis und der Perspektive der sich entwickelnden Wirtschaft, einen gemeinsamen gewerkschaftlichen Standpunkt gegenüber Fragen des Wohlfahrtssystems und der makroökonomischen Politik zu entwickeln.

Um einem möglichen Mißverständnis vorzubeugen muß betont werden, daß diese Beispiele keineswegs als die ersten oder die wichtigsten Punkte auf einer langen, vollständigen Liste möglicher struktureller Ansatzpunkte für die Erneuerung der Arbeiterbewegung im Rahmen eines sich ausbreitenden Systems der flexiblen Spezialisierung gemeint sind. Sie sollen nur als Illustrationen für ein Bündel von Strategien dienen, das sich durch den scheinbar paradoxen Gedanken auszeichnet, den Gang der Entwicklung dadurch zu verändern, daß man ein stärkeres Vertrauen in die »Notwendigkeit« struktureller Veränderungen hat als die Kapitalisten, die sie initiieren.

Die gleiche Überlegung gilt meines Erachtens auch für die Bemühungen in Richtung der zweiten, ideologischen Öffnung zur Weiterentwicklung der Arbeiterbewegung. Hier gilt es, die Manager dieses neuen Stils industrieller Beziehungen beim Wort zu nehmen und zu zeigen, daß die Arbeiterbewegung in Zukunft — ebenso wie in der Vergangenheit — der bessere Vertreter jener Freiheitsprinzipien ist, die das Kapital heute sein eigen nennt.

Unter den Bedingungen der Massenproduktion band der keynesianistische Kompromiß die Arbeiterbewegung an ein Lohnsystem, welches zwar ihre Mitbestimmung in nationalen Angelegenheiten sicherte, sie gleichzeitig jedoch zwang, für eine hochgradig einheitliche Behandlung aller Arbeiter zu kämpfen. So wurde jeder Angriff auf die bestehenden Regelungen, gleichgültig aus welcher Richtung und mit welchem Ziel, von den Gewerkschaften zunehmend als ein Angriff auf ihre eigenen Traditionen, ihre Prinzipien der Gerechtigkeit und ihre institutionelle Integrität aufgefaßt. Als sich die Situation änderte und die Managementseite immer häufigere Ausnahmen von den bestehenden Regelungen — und in vielen Fällen damit zweifellos einen Freibrief — verlangte, mußte das starre Festhalten an alten Regelungen immer mehr wie die Verteidigung von Gewohnheiten und Privilegien wirken. Plötzlich sahen sich die Gewerkschaften in einer Situation, in der sie den Arbeitern selbst Handlungsbeschränkungen auferlegte und, statt Voraussetzungen für die Selbstverwirklichung ihrer Mitglieder zu schaffen, immer mehr Bedingungen daran knüpfte. So konnte sich das Management als Vorreiter eines der älte-

sten Grundwerte der Linken aufspielen, nämlich der Selbstbestimmung. Die »Flexibilisierung« der Arbeit (weitgehend verstanden als Abschaffung von Beschränkungen) löste die linke Vorstellung von »Humanisierung« (langsame Verbesserung der Massenproduktion im Rahmen des Keynesianismus), als eines Programms zur Produktivitätssteigerung durch Freisetzung der schöpferischen Energien der Arbeiter, ab.

Damit wurde es plötzlich unmöglich, den Begriff des »selbständigen Unternehmertums« — der zunehmend beliebte Ausdruck der Rechten für die Fähigkeit und das Recht des einzelnen, sich die Früchte seiner oder ihrer Arbeit anzueignen — in die Sprache der Linken zu übersetzen.

Das Argument, mit dem diese Situation wieder bereinigt werden kann, lautet: Wenn Flexibilität mehr Freiheit für den einzelnen bedeuten soll, dann muß sie gesellschaftlich kontrolliert werden. Betrachten wir zum besseren Verständnis dieser scheinbar paradoxen Formulierung das Beispiel der Heimarbeit.

In der Vergangenheit führte das System der Heimarbeit und der Auslagerung von Arbeit manchmal zu den übelsten Situationen, manchmal gingen sie auch einher mit hohem Lebensstandard und einer starken Arbeiterbewegung. Das erstere galt dann, wenn die verwendete Technologie veraltet, die Arbeitskräfte relativ unqualifiziert, das Produkt standardisiert und die Gewerkschaftsbewegung stark genug war, einen Preiswettbewerb durch Lohnkürzungen zu verhindern. Wo diese Bedingungen umgekehrt waren — wie zum Beispiel in Solingen, Lyon oder Birmingham zwischen 1850 und 1950 —, trat der gegenteilige Fall ein. Statt nun das Wiederaufleben der Heimarbeit als Angriff auf das Lohnfindungssystem und eine Rückkehr zu den primitivsten Anfängen des Kapitalismus zu bekämpfen, sollten die Gewerkschaften eher den Versuch machen, die neuen Heimarbeitszentren auf dem gleichen Weg zu entwickeln, der zu den technologisch dynamischen Industriebezirken des 19. Jahrhunderts und zu den innovationsfreudigen Zentren des »Dritten Italien« von heute geführt hat. Mit anderen Worten: statt ihre gesamte Aufmerksamkeit der Tatsache zu widmen, daß die Dezentralisierung der Produktion für Arbeitnehmer in gefährdeten Positionen fatale Folgen haben könnte, sollte die Gewerkschaftsbewegung versuchen, Wege zu finden, die Position der in der dezentralisierten Produktion beschäftigten Arbeiter weniger angreifbar zu machen.

Wenn beispielsweise Druckereibetriebe Frauen einstellen, die zu Hause an Computerschreibgeräten Manuskripte tippen sollen, könnte die Gewerkschaft erst einmal so reagieren, daß sie den Frauen hilft, sich zu organisieren und geeignete Büroräume zu mieten, wo sie arbeiten können, sowie eine Kindertagesstätte einzurichten. Damit könnten die Kosten für die Beaufsichtigung der Kinder gesenkt und gleichzeitig die Monotonie und Einsamkeit der langen Arbeitstage zu Hause durchbrochen werden. Ein nächster Schritt wäre die Einrichtung von Programmierkursen, die die Frauen in die Lage versetzen würde, entweder bei ihrem Arbeitgeber anspruchsvollere Arbeiten zu übernehmen oder anderweitige Beschäftigung zu finden. Wenn die betroffenen Frauen ein Gefühl von Gemeinsamkeit und kollektiver Stärke entwickeln können, dann kann der nächste Schritt von ihnen selbst, statt von der Gewerkschaft ausgehen. Ähnliche Strategien ließen sich auch in bezug auf Arbeitszeitveränderungen oder Veränderungen in der industriellen Arbeitsteilung entwickeln — zum Beispiel in Großbritannien oder in den Vereinigten Staaten, wo eng definierte Arbeitsplätze die Regel sind. Statt zu argumentieren, daß die Einführung von Gruppenarbeit oder die Verringerung von Facharbeiter-Lohngruppen ihre traditionellen Rechte auf bestimmte Arbeitsplätze in Frage stellt und damit ihre Gewerkschaften auf den Plan ruft, sollten die Facharbeiter in der amerikanischen Automobilindustrie sich zum Beispiel eher Gedanken machen, wie man die Grup-

penarbeit als Druckmittel benutzen kann, um das Qualifikationsniveau *aller* Arbeiter zu heben — und darüber hinaus gleichzeitig die Gewerkschaft zu stärken.

Auch in diesem Fall sind es nicht die einzelnen Beispiele, die zählen, sondern ihre kumulative Wirkung. Auch einige wenige Erfolgsmeldungen könnten deutlich machen, daß Freiheit im Sinne eines Rechts auf Selbstverwirklichung von kollektiven Anstrengungen und der Wahrnehmung allgemeiner Rechte abhängig ist, und diese wiederum erfordern die Existenz bestimmter Institutionen wie der Gewerkschaften. Wenn es gelingt, das deutlich zu machen, dann würde die Gewerkschaftsbewegung endlich wieder als Bestandteil zur Lösung gesellschaftlicher Probleme betrachtet werden können und nicht als Teil des Problems.

Soweit hat mich die Logik dieser Untersuchung geführt; weiter kann sie nicht reichen. Natürlich kann es keine Garantie dafür geben, daß eine dieser Strategien tatsächlich Erfolg hat. Die Möglichkeit der Japanisierung — d.h. einer Flexibilisierung der Produktion zur Erhöhung der Rentabilität und der innovativen Kapazitäten bei ungebrochen kapitalistischer Kontrolle — muß durchaus ins Auge gefaßt werden. Das Argument, welches für die hier vorgestellten Strategien spricht, lautet nicht, daß sie unausweichlich zum Erfolg führen werden, sondern daß sie in der augenblicklichen Situation die einzigen sind, die der Gewerkschaftsbewegung eine realistische Chance eröffnen, das, was sie erkämpft hat, so zu entwickeln, daß es sich auch in Zukunft lohnt, dafür zu kämpfen.

(aus dem Amerikanischen übersetzt von Thomas McKinney)

Benjamin Coriat, Philippe Zarifan Tendenzen der Automatisierung und Neuzusammensetzung der industriellen Lohnarbeit*

Angesichts der eingeschlagenen Richtungen wirft die neue Automatisierung Fragen auf, die — über die direkten Auswirkungen auf den Arbeitsprozeß hinausgehend — unmittelbar das Schicksal ganzer Kategorien von Lohnabhängigen betreffen. Es geht dabei um die Bestimmung der Interessen, die potentiell geeignet sind, die von der Automatisierung ungleichzeitig und in unterschiedlichem Ausmaß betroffenen Gruppen industrieller Lohnarbeit wieder zusammenzuführen und zu vereinen, d.h. zugespitzt stellt die Automatisierung Fragen zur *Neuzusammensetzung industrieller Lohnarbeit*.

Zu diesen Problemen der Neuzusammensetzung industrieller Lohnarbeit und den Hauptlinien ihrer internen Differenzierung wollen wir im folgenden einige Überlegungen und Elemente der Analyse vorstellen.

Als eine wesentliche Voraussetzung dieser Analyse gilt, daß nicht nur die Arbeitsorganisation als solche, sondern darüber hinausgehend die *Prinzipien der Produktionsorganisation* einer Veränderung unterworfen sind. Im Rahmen der neuen Automationsprozesse werden Informatik und Elektronik zur Bewältigung von Aufgaben eingesetzt, die früher dem Bereich der Arbeitsorganisation zugeordnet waren. Die Verlagerung beinhaltet zahlreiche Konsequenzen. Dies zieht sich wie ein roter Faden durch unseren Beitrag.

Integration und Flexibilität: die neuen Organisationsprinzipien der Produktion

Aus dem Einsatz von Informatik und Elektronik resultiert eine allgemeine Umschichtung in Zusammensetzung und Verteilung erforderlicher menschlicher Arbeit. Ausgehend von dieser Grundüberlegung können voraussichtliche und z.T. eingetretene Automatisierungsauswirkungen auf jeweils betroffene Gruppen von Lohnabhängigen untersucht werden.

Ausprägung und Verlauf des neuen Automationsprozesses sind in einem Kontext angesiedelt, der durch die Krise des Taylorismus und Marktinstabilitäten gekennzeichnet ist.¹ In der Konsequenz verankern sich neue Paradigmen der Produktionsorganisation immer schneller, und liefern damit die Schubkraft für den neuen Automationsprozeß.

Alte Paradigmen, die unmittelbar aus dem Taylorismus hervorgingen, basieren auf Parzellierung, Spezialisierung und Intensivierung der Arbeit. Sie beziehen sich auf die serielle, standardisierte Massenproduktion. Die an ihrer Stelle tretenden neuen Paradigmen sind durch zwei andere Zielsetzungen geprägt: *integrierte, flexible* Produktionslinien sollen konstituiert werden.

* Text zuerst erschienen in: TRAVAIL, No. 8, Juni 1985 »Automatisation, filières d'emploi et récomposition des catégories de main-d'oeuvre«. Der Text basiert auf einer langjährigen theoretischen und empirischen Forschungsarbeit der Autoren zu Problemen der Entwicklung industrieller Arbeit in unterschiedlichen Branchen. (Anmerk. d. Red.)

Auf der Suche nach zeitgemäßen Organisationsprinzipien stellt sich die *Integration* als eine Zielgröße dar. Verschiedene, den Arbeitsprozeß konstituierende Momente sollen gemeinsam genutzt werden. Die koordinierte, maximale Ausschöpfung von drei Produktionsfaktoren wird anvisiert: Rentabilisierung des *Kapitals*, Intensivierung der *Arbeit* und *Material*-ökonomisierung werden als integrale Bestandteile der Produktionsorganisation gleichzeitig betrachtet.

Priorität genießt die nahezu durchgängig zu beobachtende Ausrichtung an einem höheren *Auslastungsgrad der Maschinen*. Im Rahmen einer Realzeit-Organisation sollen unterschiedliche Zirkulationszeiten der Werkstücke zwischen den Maschinen und in der Produktionssphäre erfaßt und synchronisiert werden. Als Mittel dient die automatische Steuerung von Werkzeugen und Maschinen. Im Prinzip geht es darum, die Materialwirtschaft zu optimieren und Stillstandzeiten der Maschinen zu minimieren.

An zweiter Stelle rangiert ein höherer Auslastungsgrad der Arbeiter, die intensivere Nutzung der menschlichen Arbeit. Das Ziel der besseren Maschinenauslastung wird häufig von dem Ziel einer *Intensivierung* der menschlichen *Arbeit* flankiert. Es ist jedoch ausgesprochen selten, daß die Bereiche Organisation/Zirkulation vollständig automatisiert sind, denn es verbleiben Arbeitsplätze, an denen der Mensch die Materie direkt bearbeitet. Dort eingesetzte Arbeiter werden von der durch den Einsatz der Mikroelektronik begünstigten zunehmenden Rigidität der Materialflüsse und der Produktionsrhythmen betroffen.

Noch wichtiger als die reine Intensivierung der Arbeit ist die über sie hinausgehende, umfassendere, komplexere und intensivere Ausnutzung »allgemeiner« Disponibilitätsreserven lebendiger Arbeit durch den Einsatz neuer Technologien. Da im Produktionsprozeß zahlreiche Unwägbarkeiten bestehen bleiben, muß unabhängig von der Programmierung der konkreten Arbeitsaufgaben die »Verantwortlichkeit« und umfassende jederzeitige Aufmerksamkeit erhöht werden, denn sie sind für den reibungslosen Produktionsablauf erforderlich.

An dritter Stelle sind schließlich Einsparungen im Bereich der *Materialwirtschaft* zu nennen. Sie beziehen sich auf den ökonomischen Verbrauch von Energie und Rohstoffen, eine reduzierte Lagerhaltung und die Verkürzung der Materiallaufzeiten in der Produktion. Es sei angemerkt, daß Einsparungen auf diesen Ebenen durch einfache, organisationstechnische Änderungen erzielt werden können. Der Rückgriff auf die Mikroelektronik wäre hier nicht unbedingt erforderlich. Es ist jedoch einsichtig, daß die Informatisierung von innerbetrieblichen Verwaltungs- und Befehlskanälen die genannten Ziele effizienter umsetzen kann.

Die Arbeit in automatisierten Produktionsprozessen tendiert jedenfalls dazu, verschiedene Aktivitäten zu integrieren, die — vereinfacht ausgedrückt — eher dem Bereich der Unternehmensverwaltung (Buchführung über Materialkosten und -verbrauch, Lagerverwaltung, Werkzeugabteilung) als dem der unmittelbaren Produktion zuzuordnen sind.

Der *Flexibilisierungsansatz* steht in direktem Zusammenhang mit den durch Informatik und Mikroelektronik zur Verfügung stehenden neuen Arbeitsmitteln. Sie können sowohl eine Reihe von alternativen Bearbeitungsgängen speichern, wobei die Durchführung koordinierter Arbeiten durch das sich vor den Werkzeugen bewegende Werkstück ausgelöst wird. Sie können aber auch mit sehr geringen Kosten für die Ausführung verschiedener Aufgaben programmiert werden.²

In der Praxis ist es selten, daß die angestrebten unterschiedlichen Formen der Flexibilität ausschließlich auf technologischem Wege umgesetzt werden. Auch wenn der Prozeß der Materialverarbeitung ausschnittshaft vollständig automatisiert werden kann, bleiben selbst »automatische Produktionslinien« in der Regel »gemischt«. In Bereichen der Materialverarbeitung,

der Kontrolle, der Maschineneinrichtung und -bestückung und der Materialzufuhr bleibt menschliche Arbeit weiterhin erforderlich.

In diesem Zusammenhang muß betont werden, daß der Wandel der Technologie und der Produktionsbasis Prozesse auslöst, die grundsätzliche Neubewertungen des ökonomischen Kalküls als auch der Rolle und des Stellenwerts menschlicher Arbeit erfordern. Die Entwicklung neuer Technologien in Abteilungen, Unternehmen oder in Branchen verläuft ungleichförmig und ungleichzeitig, und dadurch werden allgemeine und komplexe Prozesse des Wertetransfers zwischen den einzelnen Produktionseinheiten ausgelöst, die zu einer substantiellen Modifikation der Produktivität führen: mehr denn je muß diese als »soziale« *Produktivität* begriffen werden, denn der Grad der Mehrwertschöpfung innerhalb eines Einzelunternehmens ist nur eines der Elemente eines erheblich komplexeren Prozesses der Produktivitätsbildung.

Diese Veränderungen an der Basis des Produktionssystems rufen bei der eingesetzten menschlichen Arbeit ebenfalls erhebliche Umschichtungen hervor. Nicht nur innerhalb unmittelbar betroffener Arbeitskollektive erfolgen Umbewertungen bisher erworbener Fähigkeiten, sondern ganze Berufs- und Funktionsgruppen sind betroffen. Brutalen Dequalifikationsprozessen auf der einen Seite steht eine nicht unerhebliche, potentielle Aufwertung anderer Gruppen gegenüber. »Soziale« Begleitprogramme des industriellen Umstrukturierungsprozesses nehmen sich angeblich dieser gegenläufigen Qualifikationsbewegungen an. Wir wollen im folgenden versuchen, einige Anhaltspunkte für die Bedeutung dieser Dimension aufzuzeigen.

Die Annäherung von direkter und indirekter Arbeit

Vor dem Hintergrund eines sinkenden Beschäftigungsvolumens treffen einschneidende Veränderungen auf das Verhältnis von direkter und indirekter Arbeit und führen zu einem Anstieg von Aufgaben und Funktionen der Produktionsverwaltung.

a) Die Reduktion des Beschäftigungsvolumens

Wir wollen im folgenden nicht die Beschäftigungsproblematik in all ihren Determinanten analysieren, sondern einen sichtbaren Aspekt herausgreifen, der sich auf der Ebene des Industriebetriebes zeigt. Alle Monographien zur Frage der Automatisierung verweisen auf einen Personalabbau bei »potentiell« wachsendem Produktionsvolumen. Zwei Entwicklungen ergänzen sich hier:

- die materielle Ersetzung menschlicher Aktivitäten durch maschinelle Aktivitäten mit potentiell hoher Produktivität;
- die gleichzeitige Suche nach einem maximalen Ausnutzungsgrad von Maschinen und Menschen.

Die Optimierung des Einsatzes menschlicher Arbeitskraft setzt sich in eine ganze Reihe von Vorkehrungen um: Umdisponierung von Arbeitsplätzen, Entwicklung von Schichtarbeit und Formen eines mobilen, flexiblen Gebrauchs der Arbeitskräfte, Widerstand gegenüber Arbeitszeitverkürzungen. (vgl. Richter 1985)

Aber sie resultiert auch aus dem Prozeß ökonomischer Kalkulation: wenn es richtig ist, daß der Einsatz menschlicher Arbeit immer mehr durch den Maschinennutzungsgrad polarisiert wird, dann verdoppelt sich dieses Phänomen mit der Beibehaltung eines Referenzsystems

physischer Produktivität der direkten Arbeit, welches den »Faktor Arbeit« weiterhin als Aktionsvariable von den Verwaltungstätigkeiten isoliert. *Die Arbeit muß einerseits dem Einsatz der Maschinen angepaßt werden und andererseits ein unmittelbar kontrollierbarer Produktionsfaktor bleiben, der ökonomisch eingesetzt werden kann.*

Hier wird die Entwicklung in sich widersprüchlich. Der sinkende Lohnkostenanteil in den globalen Produktionskosten macht es schwierig, die Lohnkosten weiterhin zum zentralen Bezugspunkt zur »Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit« zu machen. Die von der Technologie gebotenen Möglichkeiten, *Arbeits- und Maschinenlaufzeit zu entkoppeln*, stellen die Legitimationsbasis von Praktiken einer Maximierung menschlicher Arbeitszeiten in Frage.

b) *Der wachsende Anteil indirekter Arbeit*

Im Kontext des in dieser Bewegung angelegten Personalabbaus vollzieht sich ein *qualitativer Wandel der Arbeit*. Ausgehend von der Unterscheidung zwischen der direkten Arbeit in der Produktion und dem Komplex der indirekten Arbeit (Entwicklung, Arbeitsvorbereitung, Instandhaltung, Kontrolle), welche die Produktionsbedingungen definiert und aufrechterhält, können wir heute drei miteinander verflochtene Entwicklungstrends beobachten:

— *Direkte Arbeit* bleibt im Bereich der Instandhaltung und der Maschinenbestückung beibehalten oder sie wird zentralisiert und auf eine Tätigkeit konzentriert, die — in Abhängigkeit vom Informatisierungsgrad und den konkreten Formen der Arbeitsorganisation — zwischen der *Kontrolle/Überwachung* und der *Supervision/Optimierung* von automatisierten Produktionssystemen schwankt. In der Mehrzahl der Fälle sind diese Formen miteinander verbunden. Der Einsatz integrierter Produktionssysteme und deren Steuerung durch numerische Informationsprogramme begünstigt unweigerlich den Trend zu abstrakter werdenden Arbeitsinhalten.

Menschliche Arbeit erscheint damit als Beziehung »Gruppe—System« (und nicht mehr als »Mensch—Maschine«-Beziehung), und dies erklärt eine leichte Verschiebung ihrer Funktion: anstatt von Maschinenbedienung wird man von einer unmittelbaren Führung eines Systems sprechen müssen. Nichtsdestoweniger bleibt diese Arbeit der Bewertung und Kontrolle unterworfen, auch wenn diese neue Formen annehmen, sich neuer Instrumente bedienen: die »Verantwortungsbereitschaft« des Individuums für die »gute Funktionsfähigkeit« des automatisierten Systems wird zum Bewertungskriterium. Auf dieser Basis wird seine soziale Zuverlässigkeit und der von ihm geleistete Produktionsbeitrag bewertet. Der von direkten Arbeitern zum Wertbildungsprozeß des Kapitals geleistete Beitrag wird nicht mehr ausschließlich anhand der geleisteten Arbeitszeit gemessen. Auch der qualitative Beitrag, den er durch seine Verhaltensweise, seinen Einsatz zur Ökonomisierung von Kapital und Arbeitszeit leistet, wird beurteilt.

— Die *indirekte Arbeit* erfährt im Vergleich zur direkten Arbeit einen Bedeutungszuwachs, denn von ihr hängt die Gewährleistung der Funktionssicherheit der automatisierten Produktionssysteme ab.

Von der Konzeption bis hin zur Wartung muß eine ganze Reihe von Tätigkeiten, deren Kombination und Implementation in der Praxis schwierig ist, diesen neuen Effizienzkriterien genügen. Mißstände und Dysfunktionalitäten jeglicher Art müssen antizipiert und reduziert werden, um einen Produktionsablauf zu organisieren, der zugleich kontinuierlicher, diversifizierter und nachfrageorientierter sein soll.

— Es kommt zu einer *Annäherung* zwischen der *direkten* und der *indirekten Arbeit*, wenn

nicht gar zu deren teilweiser Verschmelzung. Faktisch wird die optimale Ausnutzung der menschlichen Arbeitskraft in kleinere Arbeitsgruppen erfolgen. Die Effizienz eines Arbeiters wird dort von Kenntnissen und Handlungen der anderen abhängen. Dies führt dazu, daß direkte und indirekte Arbeit produktionsorientierten Grundsätzen gerecht werden müssen, die sich in beiden Bereichen aneinander angleichen. Der sich hier abzeichnende Entwicklungstrend stellt einen entscheidenden Bruch mit der Vergangenheit dar.

Schon heute läßt sich eine teilweise Annäherung von unmittelbarer Produktion, Wartung und Kontrolle beobachten. Das wird in Zukunft durch die »Dezentralisierung« eines Teils der Aufgaben aus Abteilungen der Arbeitsvorbereitung in die Werkstätten noch verstärkt werden. Alle diese Aktivitäten werden sich in einer gemeinsamen Dimension entwickeln: der *technisch-ökonomischen Leitung* einer ganzen Fertigungslinie in ihren unterschiedlichen Bestandteilen, die den Zielen und Ausweisungen der zentralen Unternehmensleitung folgt. Fertigungslinien werden quasi zu »innerbetrieblichen Kleinunternehmen«. Diese sozialisierten und vereinten Tätigkeitsbereiche, bewirken gleichzeitig aber neue, »pseudomarktorientierte« Spaltungen innerhalb der Arbeiterschaft eines Unternehmens oder sogar eines Betriebs.

c) *Die zentrale Rolle der Produktionsorganisation und -leitung*

Die oben beschriebenen Entwicklungstrends münden in eine Schlußfolgerung ein: menschliche Arbeit und sie umgebende Problemfelder können nicht mehr mit denselben analytischen Ansätzen wie bisher untersucht werden, da Organisation und Leitung der Produktion nunmehr zum zentralen Anliegen werden.

Während einer ganzen Ära schien es legitim, sich auf die unmittelbare Arbeit und deren Organisation zu konzentrieren. Der Taylorismus hatte sie zum zentralen Konfliktfeld gemacht. Heutzutage kann dagegen die Rationalisierung der Arbeit nicht mehr unabhängig von der umfassenderen Bewegung einer *Rationalisierung der Produktion* gedacht werden. Damit verlagern sich die Konfliktfelder grundsätzlich. Nunmehr muß die Produktionsorganisation das wahrnehmen, was früher durch die Organisation der unmittelbaren Arbeit innerhalb der Werkstätten wahrgenommen wurde. Eine Gesamtheit von Faktoren (Bewegungsabläufe von Werkstücken, Ausrüstungsgütern und Menschen) muß für den gesamten Produktionsprozeß kombiniert werden.

Bisher haben wir die Prinzipien der neuen Produktionsökonomie aufgezeigt. Nun müssen die Formen ihrer Anwendung herausgearbeitet werden — denn hier materialisieren sich die sozialen Folgen. Dazu betrachten wir die Schnittstelle zwischen Produktionsorganisation und den Praktiken der Produktionsleitung (vgl. Zarifian 1984), denn sie ist der Ort, dem in Zukunft einschneidende Bedeutung zukommt:

— Die Schnittstelle ist konkret erreichbar für die in der Produktion beschäftigten Lohnarbeiter.

— Die Schnittstelle ist entscheidend für die Umsetzung der von den Unternehmensleitungen verfolgten Ziele.

In der Tat: Wenn Organisation und Leitung der Produktion anhand von Richtlinien erfolgen soll, die auf eine »Dezentralisierung« der in dieser Domäne angesiedelten Vorrechte abzielen, erfordert dies die Etablierung einer doppelten Verbindung, in der sich die Herausbildung und Konfrontation unterschiedlicher »Rationalitäten« konkretisiert:

— eine Verbindung von Materialtransportzeit, Maschinenarbeitszeit und von Anwendung menschlicher Arbeit;

— eine Verbindung von Materialströmen (Materialverbrauch/-verarbeitung) und Produktions- und Informationsströmen.

Die doppelte Logik von Zeit und Fließcharakter der Produktion drückt sich schließlich aus in dem Verhältnis von Produktkosten, -zeiten und -qualität. Es erhebt sich nun die Frage, welche Position jede soziale Gruppe gegenüber den Inhalten der Tätigkeiten einnehmen wird, die aus der neuen Produktionsökonomie erkennbar werden.

Allgemein gesprochen werden die im Bereich der Produktion beschäftigten Arbeiter und Techniker in automatisierten Systemen von einer realen Öffnung im Vergleich zu traditionellen Formen des Taylorismus profitieren: einer Öffnung zu neuen Funktionen, einer Öffnung der unmittelbaren Leitung des Einsatzes von Ausrüstungsgütern, von Qualitätsproblemen, der Zweckbestimmung von Produkten und manchmal auch in Richtung von Kompetenzen einer selbstorganisierten Realisierung der Arbeit (Verantwortung, Autonomie), denn direkte und indirekte Arbeit nähern sich einander an. Die Funktionserweiterung konfrontiert jedoch die Gruppen der Lohnabhängigen mit den ihnen als Zwang auferlegten Unternehmenszielen. Auf der einen Seite bestimmen sie weder Inhalt noch Zielsetzung der Unternehmenspolitik, auf der anderen Seite schlagen diese auf die Arbeiter zurück; denn schließlich geht es um die Einbettung ihrer eigenen Tätigkeiten in die vorgegebene Produktionspolitik.

Das allgegenwärtige Spannungsverhältnis von »Äußerem/Verinnerlichtem« wird zu einem entscheidenden Bezugspunkt: Wettbewerbsfähig zu sein und eine auf die Aspekte des Zeitablaufs und der Fließprozesse konzentrierte Produktionsleitung kennzeichnen einen in sich widersprüchlichen Prozeß, der selbst selektioniert und ausschließt.

In der Dialektik von Öffnung und Zwang sind Fragen angelegt, denen sich sowohl Lohnabhängige als auch Unternehmensleitungen stellen müssen. Wird die Ausübung von Organisation und Leitung der Produktion wirklich dezentralisiert oder wird die alte Arbeitsteilung fortbestehen? Werden die Lohnabhängigen die Öffnungen ausnutzen können, um die Bezugspunkte und Ziele hinsichtlich relativ neuer Aspekte zu entwickeln? Oder werden sie, statt deren Anerkennung durchsetzen, den Zwängen ausweichen, die von ihnen verinnerlicht werden sollen?

Die Suche nach Zusammenhängen zwischen Transformationszielen in der Produktion und sozialen Positionsbestimmungen hat uns allgemein von »den Lohnabhängigen« sprechen lassen. Damit haben wir eine zentrale Analyseebene außer acht gelassen: die Klassen und die sozialen Gruppen, die die wahren Akteure der Transformationsprozesse und nicht deren Objekt sind. Erst sie zeigt auf, daß die Automation die Beziehungen tiefgreifend verändert und die einzelnen Kategorien der Lohnarbeit in differenzierter Form neu zusammensetzt.

Differenzierungsprozesse der Lohnarbeit

Unser Ziel hier ist nicht die Analyse von sozialen Klassen im Allgemeinen, sondern wir beschränken uns auf die Auswirkungen des durch die Automation ausgelösten Differenzierungsprozesses.

Die Sozialstruktur der französischen Industrie ist dreifach in Bewegung geraten: eine Verstärkung der oberen Qualifikationsgruppen geht einher mit einer Verdichtung der Sozialstruktur (was den sichtbarsten Ausdruck im Abbau industrieller Arbeitsplätze und einer

deutlichen Verlangsamung von Neueinstellungen findet) und am Ende steht schließlich der Prozeß der Ausschließung.

Hier sei sofort darauf verwiesen, daß die Bedeutung des letztgenannten Trends eine weitere Frage aufwirft. Müssen Unterschiede im juristischen und sozialen Status weiterhin in Begriffen der Segmentation gedacht werden oder muß der Ansatz modifiziert werden? Muß man sich nicht ernsthaft Fragen über einen Ausgrenzungsprozeß stellen, dessen Umfang dazu beitragen könnte, insbesondere die Phänomene der »prekären Arbeitsverhältnisse« (Statistiken zeigen einen deutlichen Rückgang im Beschäftigungsvolumen prekärer Arbeit) durch Ausgrenzung zu »verringern«?

A. Lohnarbeiter, die von Prozessen sozialer Ausschließung betroffen sind:

Von dem Ausgrenzungsprozeß sind gering angelernte Arbeiter (OS), qualifiziert angelernte Arbeiter (ouvriers de métier) und Jugendliche ohne vollwertige technische Ausbildung besonders betroffen.

1. Die gering angelernten Arbeiter

Die erste, unausweichliche Feststellung lautet: die gegenwärtige Form des Automationsprozesses drängt einen Teil der *gering angelernten Arbeiter* aus der Produktion heraus. Dies gilt nicht nur für Industrien, in denen sich gering angelernte Arbeiter konzentrieren. Auch dort, wo sie eine Minderheit darstellen wie in der Schwerindustrie, kann dasselbe Phänomen beobachtet werden. Eine weitere Bestätigung dieses Trends findet sich in Analysen der Produktionsentwicklung in klein- und mittelständischen Industrieunternehmen. Mehrere Ursachen überlagern sich hier.

— Erstens: Tätigkeiten gering angelernter Arbeiter werden durch automatisierte Maschinen ersetzt. Durch die Substitution wird ihr Know-how unbrauchbar. Es verliert — hart ausgedrückt — jeden Anwendungsbezug durch den Fortfall der bisher durchgeführten Arbeit. Dieses Know-how ist als solches nicht auf andere Tätigkeiten übertragbar.

— Zweitens: Auch wenn zahlreiche sachbezogene Analysen³ auf der Existenz eines nicht anerkannten Know-hows angelernter Arbeiter insistieren, bleibt dessen Umfang begrenzt. Das Ausbildungsniveau setzt ebenso Grenzen wie die Tatsache, daß angelernte Analyse- und Antizipationsfähigkeiten häufig mit der konkreten produktiven Arbeit verbunden und damit von diesen Tätigkeiten abhängig sind. Schließlich muß die geografische Begrenzung des Raumes, in dem angelernte Arbeiter sich Fähigkeiten aneignen können (ein Teil einer Werkstatt oder des Herstellungsprozesses) berücksichtigt werden.

— Drittens: Es kommt hinzu, daß angelernte Arbeiter auch indirekten Automationsprozessen in sehr brutaler Form ausgesetzt sind. Sie werden in ein Konkurrenzverhältnis zu besser Angelernten und/oder Ausgebildeten gestellt. Aufgrund ihrer schlechteren Verhandlungsposition werden gering angelernte Arbeiter durch Personalpolitiken leichter von Arbeitsplätzen an automatisierten Systemen oder — im Blick auf zukünftige Automationsprozesse — von traditionellen Arbeitsplätzen entfernt.

Es sei jedoch deutlich gesagt: Der Ausgrenzungsprozeß läßt sich nicht mit der Umstellungsfähigkeit betroffener Arbeiter begründen. Immer, wenn ernsthafte Umschulungsprogramme angewandt wurden, wurden häufig unvermutete Potentiale frei.⁴

Die Ausgrenzung resultiert aus getroffenen Entscheidungen und der Tatsache, daß nicht alle Voraussetzungen für eine Re-Qualifikation gegeben sind: Defizite bestehen in der Vorkaufplanung, in der zeitlichen Staffelung, bei den Umschulungsverfahren durch neue Ar-

beitsorganisationsformen sowie bei der Einrichtung neuer Möglichkeiten des beruflichen Aufstiegs und von Weiterbildungsmaßnahmen, die Berufsbildung und Entwicklung einer allgemeinen Bildung miteinander verknüpfen ...

2. Die qualifiziert angelernten Arbeiter

Auch die *qualifiziert angelernten Arbeiter* haben eine niedrige Eingangsqualifikation. Aber sie hatten sich in weiten Teilen der französischen Industrie (Stahl, Papier, Werften, ...) eine berufliche Qualifikation erworben, die zugleich auf Praktiken eines *Wissenstransfers* innerhalb von Arbeitskollektiven und auf der Existenz von Produktionsstrukturen beruhte, die ihnen im Verlauf des Arbeitslebens den Aufstieg zu besser qualifizierten Arbeitsplätzen erlaubte. Hier — wie anders auch — sind Wissen und berufliche Kompetenzen untrennbar mit soziopolitischen Qualitäten verknüpft. Gemeint ist damit die Fähigkeit einer sozialen Gruppe, ihre Position innerhalb der Sozialbeziehungen zu definieren und sich dort zu etablieren.

Nun jedoch werden Qualifikation und Position dieser Arbeiter ebenfalls weitgehend in Frage gestellt. Nicht nur die Form, sondern auch der Durchsetzungsmodus der Automation sind ursächlich dafür verantwortlich.

Im Prinzip setzt die Automation Ausnutzung und Umwandlung — nicht aber die Eliminierung — des Produktionswissens qualifizierter Arbeiter voraus. Anders als bei gering angelernten Arbeitern bleibt der Anwendungsbezug der erworbenen Qualifikation erhalten — aber er verlagert sich. An die Stelle der Maschinenbedienung kann beispielsweise die Überwachung eines Walzstraßensystems treten. Dennoch sind qualifiziert angelernte Arbeiter, zumal in Industrien, in denen sie »das Gros« der Arbeiterklasse stellen, durch ihre niedrige Eingangsqualifikation und durch das Tempo der Transformations des Produktionsprozesses benachteiligt. Die staatlicherseits betriebene »industrielle Notstandspolitik« in diesen Branchen — man denke nur an die Stahlindustrie — deren ökonomische Lage sich verschlechtert, bevorzugt »abgekürzte Verfahren«. Dadurch *erscheint* nützliches Produktionswissen als wertlos, obwohl es durch eine Vertiefung von Analysefähigkeiten, eine Ausweitung der Kenntnisse über den Produktionsprozeß u.ä.m. umgeformt werden könnte.

Außer den unmittelbaren und harten Folgen des Arbeitsplatzabbaus können andere, weniger sichtbare Entwicklungen jedoch gravierende und langfristige Folgen bei diesen Arbeitern haben:

- Arbeitskollektive (Arbeiter-Vorarbeiter) zerfallen, traditionelle Muster des Wissenstransfers und damit gekoppelter beruflicher Aufstiegschancen zerbrechen, alternative Lernmöglichkeiten werden nicht angeboten.
- Arbeitsplätze an automatisierten Systemen in der Produktion werden zugänglich für Arbeiter, die eine polyvalente oder Mehrfachqualifikation (Mechanik/Elektrotechnik/Elektronik) haben und/oder von Arbeitsplätzen aus den Bereichen der Wartung, Einrichtung oder Kontrolle kommen. Diese Lösung destabilisiert die Sozialbeziehungen, was von einigen Unternehmensleitungen anscheinend auch beabsichtigt wird. Die soziale Ausgrenzung, gekoppelt mit Ausschlußkriterien des Lebensalters (betroffen sind die Ältesten und die Jüngsten) bleibt auch hier das Hauptrisiko.

3. Jugendliche mit kurzer technischer Ausbildungszeit

Ein kaum transparenter, aber für die Zukunft entscheidender Prozeß bedroht eine dritte Arbeitnehmergruppe mit der Ausgrenzung. Es handelt sich um *Jugendliche*, die nur eine geringfügige technische Ausbildung genossen haben. Betroffen werden diejenigen sein, denen es nicht gelingt, den Abschluß einer berufsbildenden Schule (C.A.P.) zu erlangen, und Inhaber von schlecht dotierten Abgangszeugnissen, weil das Abschlußniveau als zu niedrig angesehen

wird. Derartige Schulabschlüsse ermöglichen den Zugang zu den wichtigsten industriellen Arbeitsplätzen heute nicht mehr. Sicherlich spielen Faktoren der Arbeitsmarktkonjunktur sowie der Grad der Reife/Einsatzfähigkeit von Technologien hier eine Rolle. Es ist logisch, daß unter verschlechterten arbeitsmarktpolitischen Bedingungen und einer niedrigen Quote von Neueinstellungen Unternehmensleitungen diejenigen auswählen, die einen höheren Abschluß aufweisen, selbst wenn sie sie bei der Einstellung zu niedrig einstufen. Noch besorgniserregender ist aber die Tatsache, daß eine Fortdauer dieser Arbeitsmarktkonjunktur Strukturmechanismen verankert, die sowohl das Ausbildungssystem als auch die Unternehmen erfassen:

- Die Entwertung eines substantiellen Teils der berufsqualifizierenden Schulabschlüsse (C.A.P. und B.E.P.C.) läßt nur eine begrenzte Anzahl solider und auf diesem Ausbildungsniveau ernsthaft inhaltlich neugestalteter Diplome bestehen.
- Für Absolventen des unteren Niveaus berufsqualifizierender Abschlüsse werden keine Lehrlingangebote für neue übergreifende Disziplinen (Elektronik und Informatik) entwickelt.
- Polarisierung und Steigerung der neuen Berufsausbildung auf die Ebene von Abitur bzw. Abitur mit zweijähriger Zusatzausbildung.
- Paralell dazu fordern die Unternehmer erneut eine deutliche Anhebung der Anzahl von Ausbildungsabschlüssen mit Abiturniveau — wodurch sich Einstellungschancen und Möglichkeiten einer Eingliederung ins Berufsleben für wenig geschulte Arbeiter verschlechtern.⁵

Dieser Mechanismus, dessen Grundmuster sich schon heute abzeichnet, schlägt auf die Unternehmen durch. Paralell zur Entwicklung im Ausbildungssektor ist der (je nach Industriezweig) mehr oder weniger schnelle Verfall traditioneller Muster in beruflichen Werdegängen zu beobachten, die es erlaubten, niedrige Eingangsqualifikationen zu kompensieren. Nur in einigen Bereichen, wie im Sektor der öffentlichen Bauindustrie, werden diese Muster in nennenswertem Umfang konserviert.

Die Automation ist weniger die Ursache als vielmehr Auslöser dieser Entwicklung. In ihr werden die Tücken einer in der Vergangenheit herausgebildeten Sozialstruktur (hoher Anteil kaum geschulter Arbeiter) deutlich. Sie reproduzieren sich, nehmen andere Formen an, und ihre Auswirkungen auf einen Teil der Arbeiterschaft verschärfen sich.

B. Lohnarbeiter mit ungesicherter, destabilisierter Position

Die Situation anderer Arbeiter in den drei von uns gerade untersuchten Gruppen ist gegenwärtig lediglich destabilisiert. Unter der Voraussetzung, daß sie ihren Platz im Produktionsprozeß neu verorten, gelingt es ihnen, sich auf industriellen Arbeitsplätzen zu halten, bzw. Zugang zu ihnen zu finden. Zur Kategorie der *Destabilisierten* gehören auch *Facharbeiter* (OP) und *Vorarbeiter/Werkmeister* (maitrise).

Die *Facharbeiter* (insbesondere in der mechanischen und metallverarbeitenden Industrie, ...) befinden sich in einer sehr widersprüchlichen Situation. Sie können beanspruchen, aufgrund der von ihnen erworbenen technischen Fähigkeiten und Wissens und ihres sie begünstigenden Organisationsgrades, von der Ausgrenzung anderer Arbeiter zu profitieren. Aber die Automation und die Annäherung von direkter und indirekter Arbeit stellt ihre Errungenschaften in Frage. Kenntnisse, die sie besaßen, werden — nicht ohne Konflikte — zum Gegenstand eines von Unternehmensleitungen eingeschlagenen Aneignungsprozesses, um ihren

Gebrauch in der Produktionsorganisation industriell systematisiert und rationalisiert zu nutzen. Facharbeiter sind nun angewiesen auf Kenntnisse über Automationstechnologien, ihr noch unzulänglicher Wissensstand bringt sie in eine (relative) Abhängigkeit von Technikern. Dies gilt um so mehr, als neue Organisationsformen der Arbeit, die Orientierung an Polyvalenz oder gar Mehrfachfunktionalität im allgemeinen ihre Autonomie antasten, die sie bisher in den Werkstätten/Abteilungen (Instandhaltung, Werkzeugmacherei, Versuchs- und Kontrollabteilungen, ...) hatten, in denen sie konzentriert waren.⁶

Die *Werkmeister* sind aus zweifachem Grund vergleichbaren Risiken ausgesetzt. Zunächst werden sie mit Veränderungen in den organisatorischen Strukturen und Praktiken konfrontiert: mittelfristig wird sich die Zahl unterschiedlicher Hierarchieebenen verringern. Bereits jetzt modifiziert der Apell an das Verantwortungsbewußtsein aller Lohnabhängigen den Gehalt der Autorität. Sie müssen sich der Ausprägung eines neuen (Aufgaben-) Profils stellen. Hier kommen Anforderungen auf sie zu, die sie sowohl auf der Ebene des technischen Fachwissens als auch im Bereich organisatorischer Fähigkeiten (Organisation als Gegenstand einer methodischen Definition) von bisher erworbenen Kompetenzen entfernt.⁷ Wie die Facharbeiter, wenn nicht noch mehr, müssen die heutzutage als »traditionell« bezeichneten Werkmeister unter Beweis stellen, daß sie fähig sind, ihre Qualifikation und ihre Position insbesondere gegenüber den »Aufsteigern« zu sichern, denn das Personal an Kontrollzentren automatisierter Produktionssysteme und Techniker beginnen relativ systematisch, Positionen unmittelbarer Vorgesetzter einzunehmen.

C. Die Aufsteiger

Die als *Aufsteiger* aus der Automation hervorgehenden Gruppen, die sich in den Vordergrund der Szenerie der Produktion schieben, sind nicht vollständig neu, es handelt sich um Gruppen (*Operateure* und *Techniker*), deren Charakteristika und Bedeutung zentralen Stellenwert bekommen.

Die von uns hier angesprochene Kategorie von *Arbeiter-Operateuren* an automatisierten Systemen ist für die Überwachung und Optimierung von Systemen zuständig, die durch industrielle Informatik gesteuert werden. Diese zunächst in Bereichen der Fließproduktion aufgetretene Kategorie von Arbeitnehmern bildet sich nunmehr auch in anderen Industriezweigen heraus, in denen die Automation einen hohen Integrationsgrad erreicht hat. Sicher, in verschiedenen Branchen und einer Reihe von Unternehmen gibt es diese Arbeitnehmerkategorie als solche nicht, entweder hat dort die Informatisierung noch nicht den erforderlichen Komplexitätsgrad erreicht oder es wurden Formen der Arbeitsorganisation angewandt, in denen äquivalente Kompetenzen zwischen weniger qualifizierten Arbeitern und Technikern aufgeteilt werden. Aber das wesentliche dabei ist der Trend zur *Herausbildung sozial und beruflich charakteristischer Eigenschaften einer hochqualifizierten Arbeitsfunktion*.

Bei fortschreitender Entwicklung der Automation wird diese Funktion sich allgemein verbreiten. Ihre Grundzüge beziehen sich auf eine Gesamtheit entsprechender Kompetenzen:

- den »systemischen« Ansatz der zur Automatisierung von Ausrüstungsgütern eingesetzten Technik;
- das erforderliche abstrakte Wissen um den Herstellungsprozeß, das dazu befähigt, die inhärenten Etappen der Materialverarbeitung (einschließlich der mechanischen Bearbeitung) zu verstehen;

- die Berücksichtigung von Gegebenheiten, die nicht unmittelbar zur direkten Produktionsorganisation in dem Verantwortungsbereich gehören;
- gegebenenfalls die Funktion eines Arbeitsgruppenleiters innerhalb der Arbeitsorganisation, dessen Stellung abhängig ist von der Zentralisierung der Informationen bei den Operateuren;
- eine Schnittstellenfunktion, an der Tätigkeiten von Instandhaltung, Produktionsanalyse und Produktionsleitung aufeinandertreffen.

Diese Berufsmerkmale erfordern angesichts der Funktion und der hohen Kosten der ihrer Verantwortung unterstellten Ausrüstungen ein hohes Ausmaß an »sozialer Zuverlässigkeit.« Damit ist noch nichts über die soziale Stellung ausgesagt, die dieser Arbeitertyp möglicherweise einnehmen kann. Aber zumindest wird die Art der widersprüchlicher Anforderungen eingegrenzt, die diese Funktion bestimmen. In ihr kondensieren sich in der »reinsten«, charakteristischen Form Tätigkeiten, die wir unter dem Begriff der technisch-ökonomischen Leitung der unmittelbaren Produktion zusammengefaßt haben.

Das Aufkommen einer im unmittelbaren Produktionsbereich angesiedelten Kategorie von *Technikern* ist weder neu, noch spezifisch mit der Automation verbunden. Zwei einschneidende Phänomene sind heute jedoch auffällig:

- Eine neue Generation von hochqualifizierten diplomierten Technikern bildet sich heraus, deren Rekrutierung von den Unternehmensleitungen eindeutig bevorzugt wurde.
- Die Wiedereingliederung von Technikern in den unmittelbaren Produktionsbereich entspricht dem Trend einer Annäherung von direkter und indirekter Arbeit, den wir analysiert haben. Die Beherrschung der Automationstechnologien konzentriert sich folgerichtig auf diese Arbeitnehmerkategorie.

Unter Berücksichtigung der beiden genannten Phänomene wird die partielle Erneuerung der Techniker und ihrer Funktionen deutlich. Sie erfaßt Tätigkeiten der Arbeitsvorbereitung, der im Organisationsbereich angesiedelten Vorgesetztenfunktion und der spezialisierten technischen Interventionen und bringt Techniker in direkten Kontakt mit Produktionsarbeiten. Die steigende Zahl von Berufsdiplomen auf Abiturebene könnte diese Tendenz zukünftig noch verstärken, was den Rückgriff auf hochqualifizierte Techniker in diesen Arbeitsbereichen abschwächen würde.

Bezüglich der *Leistungsfähigkeit installierter Produktionsanlagen* wird die *Kooperation* zwischen *Technikern* im Produktionsbereich und *Arbeiter-Operateuren* zum *Rückgrat der neuen Produktionsorganisation*, ohne damit den realen Inhalt vorwegnehmen zu können, den diese Guppen in dem Gesamtprozeß von Beziehungen und Allianzen ihr geben.

Schlußbetrachtung

Angesichts dieser Wandlungsprozesse werden zwei miteinander verwobene, nicht getrennt behandelbare, zentrale Fragenkomplexe aufgeworfen.

Der erste Komplex bezieht sich auf die Fähigkeit, sich neuen oder erneuerten Herausforderungen zu stellen. Konkrete Inhalte stehen hier an.

Die Qualifikation wird objektiv »kollektiver«, erhält eine an der Produktionsleitung orientierte Dimension. Aber es muß verhindert werden, daß die berufliche Ausbildung zu einem Instrument der Ausgrenzung und der Segmentation wird. Die Arbeitsorganisation schafft neue Beziehungen zwischen direkter und indirekter Arbeit (zwischen unmittelbaren

rer Produktion und Aufrechterhaltung des kontinuierlichen Produktionsprozesses, ...). Offensichtlich erfordert der neue Automationsprozeß eine Erneuerung klassischer Arbeitertätigkeiten und -ausbildung sowie die Entwicklung neuer Praktiken im Produktionsprozeß. Hier knüpft der zweite Fragenkomplex an. Er bezieht sich auf die Fähigkeit, sich mit diesen neuen Prozessen und Strukturen auseinanderzusetzen. Dabei geht es nicht darum, einen »durchschnittlichen«, abstrakten Bezugspunkt zu suchen (der oft zu einem blinden Begriff von Einheit führt), sondern darum, einen Weg zu denken, der von den festgestellten Differenzierungen der industriellen Lohnarbeit ausgeht und über sie hinausgehend die Reproduktion der betroffenen *Arbeitskollektive* unter guten Bedingungen sichert. Die Herausforderung an die Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung lautet kurz gesagt: Wie können wir eine *neue* Einheit gerade zu dem Zeitpunkt schmieden, an dem wir uns mit bisher unbekanntem Problemen auseinandersetzen müssen?

(aus dem Französischen übertragen von Peter Jansen)

Anmerkungen

- 1 Dieser, durch zwei Merkmale gekennzeichnete Hintergrund, aus dem sich der neue Automationsprozeß entwickelt, wurde von B. Coriat (1984) analysiert.
- 2 Vgl. P. Besson (1983). Hier findet man eine bereits ausgearbeitete Typologie verschiedener Formen und Ebenen der flexiblen Automation — in Abhängigkeit von den Funktionen, die ihr übertragen werden.
- 3 Vgl. die Beiträge in »Recherches économiques et sociales« (1983).
- 4 Dieser Aspekt ist in der Zeitschrift »Travail« n° 7 analysiert worden. Vgl. insbesondere den Beitrag von J.P. Noval über die Bilanz der Vorbildung der von Talbot entlassenen angelernten Arbeiter.
- 5 Selbst wenn es zutrifft, daß gleichzeitig eine Anhebung des allgemeinen Schulbildungsniveaus erfolgt, ist es zulässig von der Etablierung schwerwiegender Zugangsbarrieren zu sprechen. Sie konstituieren sich in dem Sinne, daß Jugendliche, die weder Zugang zum aufgewerteten Abitur oder anderen aufgewerteten Schulabschlüssen haben, sich nicht mehr in das Berufsleben eingliedern können.
- 6 Man könnte hinzufügen, daß die Ausgrenzung »anderer« sie schließlich an die vorderste Front bringt. Ihre Position im Unternehmen modifiziert sich dadurch erheblich. Es sei auch nicht vergessen, daß die Verhandlungskapazität der Facharbeiter in der französischen Sozialstruktur auf der exponierten Stellung nicht qualifizierter Arbeiter beruht. Sie tragen (tragen?) den Löwenanteil von Belastungen: Arbeitstempo, Lohnniveau, Flexibilität der Beschäftigungssituation. Kurz: die Situation der Facharbeiter wird gravierend destabilisiert. Sie stehen vor lebenswichtigen strategischen Entscheidungen.
- 7 Dies trifft insbesondere in der Großserienproduktion zu, in der Werkmeister mehr disziplinarische als technische Funktionen hatten.

Literatur

- Besson, P. (1983), *L'Atelier de demain*. Perspectives de l'automatisation flexible, Lyon
- Boyer, R. (1981), Les transformations du rapport salarial dans la crise, in: *Critiques de l'Economie Politique*, Nr. 15/16, S. 185-229, April
- Boyer, R., Mistral J. (1983), *Accumulation, inflation, crises*, Paris
- Coriat, B. (1982), *L'atelier et le chronomètre*, Paris
- Coriat, B. (1983), *La robotique*, Paris
- Coriat, B. (1984), Du taylorisme à l'atelier de série robotisé, in: Pastré O.; Montmollin, M. (1984): *Le taylorisme*, Paris
- Noval, J.P. (1985), La formation des licenciés de Talbot, in: *Travail*, no 7
- Recherches économiques et sociales* no 8 CGP, La Documentation française, Paris 1984
- Richter, D. (1983), L'automatisation à la régie Renault, in: *Le travail ouvrier*, Cahier français, Documentation française, Paris
- Richter, D. (1985), Technologies de la Modernité, in: *Travail*, no 8, Juni
- Zarifian, Ph. (1983), *Le Redéploiement industriel*, Paris
- Zarifian, Ph. (1984), Le Développement gestionnaire de la qualification, portée, contradictions, in: *Recherches économiques et sociales*, no 8, Paris

Stephen Wood Neue Technologien, Arbeitsorganisation und Qualifikation: die britische Labor-Process-Debatte

Die Braverman-Diskussion

In den 70er Jahren entwickelte sich auf beiden Seiten des Atlantiks eine neue Diskussion über das Thema der Organisation der Arbeit, angeregt insbesondere durch die Erneuerung der marxistischen Gesellschaftswissenschaften. Am lebhaftesten und weitreichendsten war diese Diskussion zweifellos in Großbritannien, wo Bravermans »Die Arbeit im modernen Produktionsprozeß« großen Widerhall fand. Daraus entwickelte sich, was einige Autoren die »britische Labor-Process Debatte« und andere weniger freundlich die »Bravermanie« nennen. Die lebhaften Auseinandersetzungen in England widerspiegeln dabei sowohl die anfängliche — und in vielen Fällen anhaltende — Begeisterung angesichts des Versuchs, eine marxistische Alternative zur herrschenden technologisch-deterministischen oder Management-orientierten Industriosozologie zu entwickeln, als auch das breite Spektrum der in den 70er Jahren geleisteten empirischen Untersuchungen, die zum großen Teil dem Zeitpunkt, als Braverman in England zum ersten Mal richtig in Erscheinung trat (1975), bereits in Angriff genommen waren. Dabei kamen viele der Forscher zu Ergebnissen, die mit Bravermans Hauptthese über die Dequalifizierung der Arbeitsplätze aufgrund der zunehmend alles durchdringenden tayloristischen Managementstrategie nicht übereinstimmten. Braverman war jedoch weit mehr als ein Aufhänger, an dem viele ihre Forschungsergebnisse festmachen konnten; sein Buch wurde zu Recht oder Unrecht zum Schlüsselwerk für eine relativ neue Auffassung von der Organisation der Arbeit. Mehrere Hauptaspekte von Bravermans Studie, die die Aufmerksamkeit der Kritik erregt haben, werden nicht einmal von den überzeugtesten Anhängern dieser Theorie bestritten, aber das bedeutet keineswegs, daß auch Einvernehmen über die Frage herrscht, ob solche Unzulänglichkeiten die Quelle wichtiger oder grundsätzlicher theoretischer Probleme sind. So ist zum Beispiel weitgehend anerkannt, daß Braverman den Aspekt des Arbeiterwiderstandes außer acht läßt, aber die Meinungen darüber, ob es sich dabei lediglich um eine leicht zu korrigierende Schwäche oder aber um ein ernstes theoretisches Problem handelt, sind geteilt, und bei einigen herrscht sogar eine echte — und durchaus nützliche — Unsicherheit in dieser Hinsicht. Der Ansatzpunkt für die Klärung dieser grundsätzlichen Fragestellung ist natürlich, daß Braverman sich ganz bewußt auf die objektive Seite der kapitalistischen Produktion, auf die Arbeiterklasse als Klasse »an sich« und nicht »für sich« konzentriert. In diesem Zusammenhang muß jede Einschätzung seiner Auseinandersetzung mit dem »Arbeitsprozeß« notwendigerweise von seiner Zugrundelegung und Charakterisierung des Taylorismus ausgehen. Im einzelnen geht es dabei um die Frage, ob die Trennung von Ausführung und Planung überhaupt jemals so vollständig erreicht werden kann, wie Braverman annimmt.

Die erste Welle der Reaktion auf Braverman bemängelte sowohl die Vernachlässigung der subjektiven Aspekte der Arbeit, als auch die Überbetonung des Taylorismus, stellte dagegen seine Methode nicht in Frage. Eine zweite Welle der Kritik, die Subjektivität mit Arbeiterwi-

derstand gleichsetzte, ging auf den subjektiven Aspekt jedoch nicht weiter ein, sondern verknüpfte den Aspekt des Arbeiterwiderstandes mit der Frage nach möglichen Alternativen zum Taylorismus im Sinne der Versuche der Management-Seite, diesem Widerstand entgegenzuwirken und mit ihm fertig zu werden. Das impliziert, daß die Analyse der »Arbeitsprozesse« selbst auf der objektiven Ebene nicht einfach zu einer Frage des Taylorismus reduziert werden kann, weil das Management bei der Entwicklung von Kontrollstrategien die Möglichkeit von Arbeiterwiderstand berücksichtigen muß (Friedman 1977). Eine solche Analyse bleibt Bravermans »Kontrollperspektive« fest verhaftet und bringt darüber hinaus ein Problem mit sich, das Littler und Salaman (1982) als den Irrglauben an ein Allheilmittel (»panacea fallacy«) genannt haben; wenn ein Kontrollsystem keine vollständige Lösung der Managementprobleme bringt, so könnte stets ein neues System gefunden werden, das eine solche Lösung darstellt. Erst eine dritte Welle der Kritik begann dann die grundsätzlichen Aspekte von Bravermans Ansatz in Frage zu stellen; dabei richtete sich die Kritik auf Bravermans übertriebene Orientierung an Managementproblemen und an den Kontrollstrukturen im »Arbeitsprozeß«, auf seine Verknüpfung von Qualifikation mit Facharbeitern und Handwerkern und die damit verbundene Gleichsetzung von Dequalifizierung mit dem Abbau von Facharbeiterkontrolle. Kritik rief auch seine Annahme eines Nullsummenmodells von Kontrolle und Macht hervor, in dem die implizite Gefahr gesehen wurde, daß dem Management letztlich Allwissenheit und die Fähigkeit unterstellt werde, vollständige Kontrolle zu erlangen. Demgegenüber wurde die Unfähigkeit des Managements zur absoluten Kontrolle hervorgehoben, wurden die Widersprüche innerhalb des tayloristischen Systems und die unterschiedlichen Formen von Arbeitsorganisation sowie die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung betont. Verwiesen wurde m.a.W. darauf, daß die Arbeitsorganisation nicht einfach als direkter Ausdruck von Managementstrategien aufgefaßt werden kann.

Der »Arbeitsprozeß« ist zum Teil das Ergebnis einer Auseinandersetzung zwischen Management und Arbeiterschaft, und selbst in einer streng hierarchischen Form von Management und spezialisierter Arbeitsteilung spielen strategische Arbeitergruppen häufig eine entscheidende Rolle sowohl hinsichtlich der Gestaltung dieser hierarchischen Strukturen als auch hinsichtlich der Arbeitsteilung. Dennoch handelt es sich dabei keineswegs um einen Kampf zwischen autonomen und freischwebenden Management- und Arbeiter-Politiken, denn diese Politiken selbst erwachsen aus den technologischen und Markt-Chancen der Firmen. Das Kräftegleichgewicht zwischen Management und Arbeiterschaft wird selbst vom Markt bestimmt, der nicht nur für das Verhältnis der beiden Seiten zueinander eine Schranke bildet, sondern auch für ihre innere Struktur, so daß weder Management noch Arbeiterschaft als geschlossen oder einheitlich bezeichnet werden dürfen. Das beinhaltet gleichzeitig die Abkehr von einfachen, einseitigen Modellen des »Arbeitsprozesses« und die Berücksichtigung der Tatsache, daß subjektive und ideologische Annahmen, zum Beispiel hinsichtlich der Familie, sich mit objektiven Annahmen vermischen. Der entscheidende Aspekt des »Arbeitsprozesses« ist nicht seine antagonistische Dimension, sondern seine innere Widersprüchlichkeit — er beinhaltet sowohl Konflikt als auch Kooperation. Es gibt ein aktives Element in der Beteiligung der Arbeiterschaft am »Arbeitsprozeß« und damit eine materielle Basis für eine Zusammenarbeit zwischen Kapital und Arbeit, insbesondere über beiderseitige wirtschaftliche Vorteile und die Notwendigkeit für die Arbeiter, ihre Qualifikationen zu gebrauchen. Diese genannten Aspekte des »Arbeitsprozesses« spielten in der jüngsten Diskussion um neue Formen der Arbeitsorganisation eine besondere Rolle — und einige Autoren interpretieren diese Momente als mögliche Alternativen zur tayloristischen Arbeitsorganisation.

Im Folgenden werde ich mich ausführlicher mit einigen der Ideen beschäftigen, die im Rahmen der dritten Welle der Kritik entwickelt wurden, insbesondere mit der Frage nach möglichen Alternativen zum Taylorismus und dem Begriff der Qualifikation. Bevor ich mich aber diesen beiden Themen zuwende, möchte ich — obwohl dieser Aufsatz durchaus nicht als Überblick über den Stand der Labor-Process-Debatte in Großbritannien gedacht ist — einige kurze Bemerkungen zum Charakter und zu den möglichen Ergebnissen dieser Debatte machen und ihren Zusammenhang mit gegenwärtigen Entwicklungen verdeutlichen, und im vorletzten Abschnitt dieses Textes die Implikationen meiner wichtigsten Thesen für die Diskussion über die neuen Technologien, die Folgen der Rezession für die Arbeitsorganisation und über das Management in Japan umreißen.

Der »Arbeitsprozeß« ist nicht nur Forschungsgegenstand, sondern dient auch als Kennzeichnung eines ganz bestimmten Ansatzes, der unterschiedlich verstanden werden könnte: Einmal im Sinne der ersten Welle der Braverman-Rezeption und damit als im wesentlichen »orthodoxe« marxistische Analyse, zum zweiten könnte er auch im Sinne der zweiten Rezeptions-Welle interpretiert werden, wie dies bspw. Batstone (1985) unternimmt, und dies könnte unter Umständen zu dem gleichen Ergebnis wie bei Batstone führen, der kritisierte, daß die Analyse des Arbeiterwiderstandes nicht entscheidend weitergebracht wird; und schließlich ließe sich die »labor process«-Perspektive als Diskussion *zwischen* den drei von mir beschriebenen Rezeptions-Wellen verstehen. Es läßt sich feststellen, daß die entscheidenden Probleme immer deutlicher herausgearbeitet und formuliert werden, beispielsweise die Frage, ob die Analyse des »Arbeitsprozesses« das Schwergewicht auf die innere Struktur der Kontrolle innerhalb der Beziehungen zwischen Kapital und Arbeit in der Produktion selbst legen sollte, wie einige Autoren vorschlagen. Man könnte sogar diese Art der Fragestellung für das entscheidende, charakteristische Element der Debatte in Großbritannien halten und sie damit als im wesentlichen von der dritten Welle bestimmt ansehen. Diese Auffassung war auch für mich bei der Abfassung dieses Aufsatzes entscheidend, in dem ich mich mit zwei der Hauptelemente beschäftigen will, die die dritte Welle charakterisieren.

Der Taylorismus und neue Formen der Arbeitsorganisation

Ein Anliegen, das den meisten, wenn nicht allen Beteiligten an der »Labor Process«-Diskussion gemeinsam ist, ist die Hinterfragung der sogenannten Alternativen zum Taylorismus. Dabei folgen sie Bravermans Skepsis gegenüber der Annahme einer Humanisierung der Arbeit, d.h. der These, daß mit steigendem Ausbildungsniveau der Arbeiterschaft, neuen Technologien und/oder dem Übergang des Managements zu einer aufgeklärten, fortschrittlichen Politik sozialer Beziehungen im Betrieb zunehmend flexible, mitbestimmte und potentiell demokratische Formen der Arbeitsorganisation entwickelt werden, die ihrer Natur nach den Prinzipien des Taylorismus entgegengesetzt sind. Obwohl die Humanisierung der Arbeit, wie Kelly (1985: 30) betont, gemessen an dem Ausmaß des job-Enrichment in der Praxis keine so große Bedeutung hat, ist sie doch in theoretischer Hinsicht bedeutsam, weil sie für die Untersuchung einer Anzahl von Theorien über die Arbeitsteilung einen Testfall darstellt. Ausgehend von der Annahme, daß das Management ein Interesse an der Einführung solcher Alternativen zum Taylorismus hat, vertreten Braverman und andere die These, daß viele dieser Veränderungen trivial, minimal oder rein »kosmetischer« Art seien und daß zwischen dem Anspruch und der Wirklichkeit der Arbeits(platz)gestaltung eine breite Kluft und »ein

Gefühl von Leere und Unwirklichkeit« bestehe. Den extremen Gegenpol zu Bravermans Auffassung vertreten diejenigen, die den Taylorismus weiterhin für veraltet halten angesichts moderner Managementtheorien und dem zunehmenden Bildungsniveau der Arbeiterschaft sowie dem sich daraus entwickelnden Bedürfnis nach einer befriedigenderen Arbeitssituation. Einer der Mitautoren (Guest 1983: 152) einer Studie über Fließbandarbeiter aus den 50er Jahren vertritt diese Auffassung in seinem Verweis auf eine frühere Untersuchung: »Wenn wir die vergangenen 30 Jahre betrachten, dann können wir feststellen, daß sich die Qualität des Arbeitslebens tiefgreifend verändert hat. Die Hoffnung auf eine industrielle Demokratie am Arbeitsplatz ist für Tausende von Arbeitern zur Realität geworden.«

Zwischen den beiden Extremen dieser sozialorientierten Perspektive und Bravermans »Kontroll«-Ansatz gibt es zahlreiche alternative Perspektiven, die von unterschiedlichen Kritikpunkten ausgehen. Das sind einmal die Argumente der zweiten Welle, beispielsweise die These von den »Kontroll-Zyklen«, derzufolge die Managementseite insbesondere in Zeiten der »Vollbeschäftigung« gezwungen sein kann, »den Arbeitern erkennbare Zugeständnisse in bezug auf eine Beteiligung an der Macht zu machen« (Ramsey 1983: 206, vgl. auch Ramsey 1980). Auf ähnliche Weise argumentiert Friedman (1977) in seiner Analyse der Automobilindustrie, wenn er die Auffassung vertritt, daß das Arbeitsgruppensystem in den Autowerken in Coventry ein Beispiel dafür sei, daß das Management im Gegensatz zur direkten Kontrolle des Taylorismus eine Strategie der autonomen Verantwortung verfolgt. Weiterhin wurde, vor allem in Frankreich, die These vertreten, daß der Taylorismus an seine Schranken gestoßen sei, daß das Management keine weiteren Produktivitätszuwächse durch eine Verschärfung der Arbeitsteilung oder andere Methoden der wissenschaftlichen Betriebsführung erreichen könne (im folgenden wird diese These als »Krise der tayloristischen Perspektive« bezeichnet). Danach bleibt es das Ziel des Managements, eine absolute Kontrolle zu schaffen, aber dieses Ziel kann nur auf einem Weg erreicht werden, der die bestehende Arbeitsteilung aufhebt; zu diesem Prozeß des Neo-Taylorismus gehört auch die Einführung dessen, was das »sozialorientierte« Management unter »job enrichment« usw. versteht. Diesen Ansätzen steht eine Auffassung gegenüber, die diese Beziehung zwischen Taylorismus und neuen Formen der Arbeitsorganisation für eher zufällig hält. Danach können die Alternativen unter bestimmten Bedingungen zu einer echten Umkehrung der Prinzipien der wissenschaftlichen Betriebsführung führen, während sie in anderen Fällen nichts anderes als bloße Modifizierungen oder auch nur eine Verschleierung des zugrunde liegenden Ansatzes sind (Heckner 1979; Wood und Kelly 1982). Diese Sichtweise impliziert eine sehr viel komplexere Perspektive als der Großteil der frühen post-Braverman-Diskussion und hat sich im Verlauf der Braverman-Diskussion in Großbritannien immer stärker durchgesetzt.

Einer der wichtigen Aspekte der britischen Labor-Process-Debatte ist die Tatsache, daß sie auf die Notwendigkeit verweist, das Verhältnis zwischen Taylorismus und neuen Formen der Arbeitsorganisation zu klären, ehe die Frage von Technologie und Arbeitsorganisation gestellt werden kann. Diese Frage beinhaltet selbst schon eine Auseinandersetzung mit dem Wesen des Taylorismus. Während aber ein Großteil der Diskussion darüber sich in einer Art semantischer Streiterei erschöpft, besteht doch eindeutig ein Bedürfnis, dieses Problem zu thematisieren, wenn auch im Sinne eines soziologischen und nicht nur einfach eines logischen Problems.

Betrachten wir zunächst einmal die Art und Weise, wie Braverman den Taylorismus behandelt. Grundsätzlich läßt sich seine Sichtweise des Taylorismus als Ausdruck der Logik des Kapitals und als angemessene Sprache zur Beschreibung der objektiven Seite des kapitalistischen

Systems durchaus kritisieren. Braverman bezieht sich in seiner Schilderung der Entwicklung des kapitalistischen Arbeitsprozesses weitgehend auf Taylors eigene Darstellung der wissenschaftlichen Betriebsführung; er geht viel zu wenig auf konkrete Arbeitssituationen oder bewußte Anwendungen tayloristischer Prinzipien ein und konzentriert sich stattdessen ausschließlich auf die von Theoretikern der Managementseite vertretenen Organisationstheorien. Daraus ergeben sich wenigstens vier miteinander verbundene Konsequenzen. Braverman widmet den Problemen der Implementierung des Taylorismus zu wenig Aufmerksamkeit. Er vernachlässigt die Ergebnisse des Widerstandes, der von einem Teil der Arbeiterschaft (und des Managements) mit dem Ziel geleistet wurde, seine Einführung zu verhindern oder seine Wirkungen abzumildern oder zu beeinflussen. Weiterhin leistet er, wie ich bereits ausgeführt habe, keine empirische Analyse der Bemühungen, den Taylorismus in der Praxis umzukehren. Und schließlich werden die menschlichen Beziehungen und andere Formen des Management allein von der Definition her, nicht aber aufgrund einer Analyse, als faktische Möglichkeiten ausgeschlossen: der Taylorismus ist für ihn schlicht die Ausformung des Arbeitsprozesses im Kapitalismus.

Das zweite Problem ist Bravermans Verständnis des Taylorismus. Zum Beispiel wurde für Taylor das Problem immer wichtiger, wie Zustimmung, Legitimierung und Gemeinsamkeiten zu erreichen seien. »Ohne Zusammenarbeit«, so schrieb er, »gibt es keine wissenschaftliche Betriebsführung.« Er bemühte sich um eine Lösung für dieses Problem und versuchte die Manager von der Notwendigkeit zu überzeugen, ihre Einstellung zu ändern. Diese »geistige Revolution«, wie er sie nannte, würde dazu führen, die Arbeiter mit Fürsorge und Rücksicht zu behandeln — im Gegensatz zu dem normalen, eher tyrannischen Umgang mit ihnen. In letzter Instanz berief er sich auf die Autorität der Wissenschaft zur Legitimierung seiner Ideen und der Rolle des Managements.

Auf der Grundlage dieser Kritik an Bravermann läßt sich argumentieren, daß man statt von der Überlegenheit des Taylorismus besser von den Schranken und inneren Widersprüchlichkeiten der wissenschaftlichen Betriebsführung ausgehen sollte. Eine individualisierte Arbeitsorganisation muß durchaus nicht immer praktikabel sein, und es ist bemerkenswert, aber vielleicht nicht überraschend, daß die Versuche des Tavistock Instituts in London, eine Alternative zur sozio-technischen Theorie des Taylorismus zu entwickeln — mit dem Schwergewicht auf autonome Gruppen ohne Kontrolleure und mit flexibler Arbeitsverteilung —, im Kohlebergbau und nicht in der produzierenden Industrie begannen (Trist und Bamforth 1951). Allgemeiner ausgedrückt heißt das nichts weiter, als daß wir die große Vielfalt der verschiedenen existierenden Produktionsprozesse im Auge behalten sollten. In einigen Fällen kann es nämlich durchaus aus technischen oder wirtschaftlichen Gründen unmöglich sein, alle auszuführenden Verrichtungen im Detail vorzuschreiben, insbesondere in der Kleinserienproduktion.

Vor Bravermans Veröffentlichungen gab es unter den Sozialwissenschaftlern die Tendenz, die Industriesozio­logie im Sinne eines gradlinigen Forschungsprogramm aufzufassen, das von dem human relations-Ansatz bis zu modernen, beispielsweise den sozio-technischen oder Aktions-Modellen reichte. Die — beabsichtigte oder nicht beabsichtigte — Konsequenz war, daß man den Taylorismus als eine Art historische Merkwürdigkeit abtun konnte oder zumindest als etwas, das mit den neu entwickelten Technologien nichts mehr zu tun hatte, weil es durch alternative sozial orientierte und umfassendere Methoden abgelöst wurde, die sich entweder grundsätzlich vom Taylorismus unterschieden oder die Schwächen des Taylorismus völlig überwunden haben sollten. Für Braverman selbst liegen technische und physi-

kalische Schranken unterhalb der Ebene des Taylorismus; der Taylorismus ist etwas absolutes, und sein »Kontroll«-Imperativ ist darüber hinaus in allen Technologien eingebaut.

Die Art der Beziehung zwischen dem Taylorismus und nachfolgenden Theorien ist höchst komplex und umstritten. Sicherlich besteht kein Anlaß, die letztgenannten Theorien als etwas völlig Neues einzuordnen, das sich auf allen Ebenen vom Taylorismus unterscheidet. Es ist gerade eine der Stärken des Bravermanschen Ansatzes, daß er fragt, inwieweit der Taylorismus — zumindest in der Praxis — tatsächlich abgelöst wurde, aus der akademischen Sicht der Sozialwissenschaftler mögen die theoretischen Voraussetzungen des Taylorismus durchaus veraltet erscheinen, aber für die Unternehmen hat er nichts an Bedeutung verloren und beherrscht auch weiterhin ihr Denken und die Art und Weise, wie sie die von ihnen praktizierten Arbeitssysteme strukturieren. Außerdem ist es gar nicht erforderlich, daß sie die tayloristischen Prinzipien ganz bewußt anwenden, weil solche Prinzipien durchaus — wie Armstrong (1984) in einer Studie am Beispiel von Ingenieuren gezeigt hat — ein grundlegender Bestandteil ihrer Ideologie oder ihres allgemeinen Denkens sein können, oder weil, wie Bravermans Analyse impliziert, die Produzenten gezwungen sind, wenn sie auf dem kapitalistischen Markt überleben wollen, den faktisch effizientesten Produktionsprozeß zu wählen.

Offensichtlich ist jede Schlußfolgerung hinsichtlich der Implementierung und Effizienz des Taylorismus unter anderem davon abhängig, wie eng der Begriff gefaßt wird. Eine breite Definition, die ihn — wie bei Braverman — mit allen Formen von Managementkontrolle gleichsetzt, wird zu der Erkenntnis führen, daß er alles durchdringt, während eine engere Definition eher zur Feststellung eines geringeren Einflusses führen wird. Einige Autoren, die eine engere Definition bevorzugen, bezweifeln, daß der Taylorismus für die Charakterisierung aller in der modernen Gesellschaft existierenden Formen der Arbeitsstrukturierung geeignet ist. Während Littler und Salaman (1984) bemerken, daß »der direkte und indirekte Einfluß des Taylorismus auf die Fabrikarbeit außerordentlich groß« sei, heben Wood und Kelly (1982) hervor, daß man auch die unterschiedlichen Zusammenhänge, in denen er durchgesetzt wurde, berücksichtigen müsse. Auf der anderen Seite impliziert Bravermans eher weitgefaßte Definition, wie wir gesehen haben, daß viele der sogenannten Alternativen zum Taylorismus ganz einfach Erweiterungen sind, nicht aber echte Alternativen; in diesem Sinne sind sie ein Teil des Prozesses der Kontrolle des Managements über die Arbeit, der Zersplitterung der Arbeit und der Abstufung der Arbeiter, und damit Teil des Taylorismus.

Die entscheidende Frage, die nicht immer eindeutig beantwortet wird, ist vielmehr, ob der neue »human relation«-Ansatz sich tatsächlich auf die Arbeitssysteme auswirkt. Die These, er habe rein kosmetische Wirkung, impliziert, daß die Veränderungen nicht real, sondern ausschließlich — aber vielleicht ebenso wichtig — ideologischer Natur sind. Die damit verbundene Annahme, daß die Arbeiter dadurch getäuscht werden, geht davon aus, daß die Betroffenen eher passiv oder sogar dumm seien — ebenso wie das Management für dumm gehalten wird, weil es, wie seine Kritiker behaupten, eine »Idioten«-Soziologie betreibt. Das führt dazu, daß die weitere Analyse der Phänomene der Umgestaltung der Arbeit oder die Humanisierung der Arbeit unterbleibt und schließlich bestimmte Annahmen in die Analyse eingehen, insbesondere hinsichtlich der negativen Auswirkungen der Umgestaltung der Arbeit sowie der Aufspaltung der Arbeiterschaft.

Es ist offensichtlich, daß das Zitat von Nichols und Beynon (1977) aus ihrer Studie eines großen Programms zur Neuorganisation der Arbeit — »Man wechselt von einem langweiligen, schmutzigen, monotonen Arbeitsplatz, und irgendwo soll man dabei eine 'Bereicherung' erfahren« — nur der Anfang ist. Es wäre nämlich irreführend, wollte man von dem minimalen

psychologischen Effekt solcher Programme darauf schließen, daß sie letzten Endes nur Artefakte seien. Erstens gehen wir, wenn wir sie als trivial abtun, von einem absoluten Maßstab aus, statt sie im Zusammenhang mit früheren oder heutigen wirtschaftlichen Strukturen sowie mit dem Problem zu beurteilen, die für die betroffenen Arbeiter den entscheidenden Gesichtspunkt darstellen. Zweitens können wir nicht von einem völlig passiven Arbeiter ausgehen, der der Vermarktung der Strategie der »human relations« gutgläubig gegenübersteht, denn das genannte Zitat bietet keinen Anhaltspunkt dafür, daß die betroffenen Arbeiter darauf hereingefallen seien. Und drittens dürfen wir nicht vergessen, daß die Neustrukturierung der Arbeit in den Bemühungen des Managements, Produktionsprobleme oder ökonomische Krisen durch eine Steigerung der Effizienz und der Produktion zu lösen, einen wichtigen Stellenwert einnimmt. Diese letzte Gefahr zeigt sich besonders deutlich in der Arbeit Friedmans (1977 a, 1977 b), der nicht-tayloristische Methoden als Versuche wertet, in Zeiten einer Arbeitsknappheit mit dem dadurch bedingten Anwachsen der politischen Macht der Arbeiterschaft fertig zu werden.

Die entscheidende Frage ist also nicht, ob die Programme zur Humanisierung der Arbeit die Arbeiter täuschen, sondern wie diese darauf reagieren. Wie Roberts und Wood (1982) gezeigt haben, können verschiedene Gruppen der Arbeiterschaft selbst innerhalb eines einzigen Unternehmens durchaus unterschiedlich auf ein und dieselbe Initiative des Management reagieren: manche sind in der Lage, bestimmte Teile des Programms abzulehnen, andere Teile zu ihrem eigenen Vorteil einzusetzen und in bestimmten Situationen sogar die Offensive zu ergreifen. Außerdem darf man die ökonomischen Motive beider Seiten, Management wie Arbeiterschaft, nicht außer acht lassen, denn wie Kelly (1982 a, 1982 b, 1985) gezeigt hat, haben zahlreiche Arbeitsumstrukturierungsmaßnahmen ihren Grund vor allem in dem Versuch, Produktionsprobleme im Zusammenhang mit bestimmten Produkt- und Arbeitsmärkten zu bewältigen. Darüber hinaus sind die daraus erwachsenden Produktivitätszuwächse nicht in erster Linie in Begriffen einer stärkeren Humanisierung der Arbeit zu verstehen, sondern vielmehr unter dem Gesichtspunkt nachfolgender Veränderungen des Systems der Lohnfindung und der Lohnhöhe sowie der verbesserten Abstimmung des Produktionssystems.

Als Anfang der 80er Jahre die Rezession in Großbritannien sich zunehmend verschärfte, blieben die Betriebe bei ihrer Praxis, flexible Arbeitsgruppen einzuführen, die Trennung zwischen Fach- und Produktionsarbeitern abzubauen und die Arbeitsplätze neu zu gestalten und zusammenfassen. Es gibt keinen empirischen Hinweis darauf, daß diese Neugestaltung der Arbeitsplätze durch das Management in der Krise sich ausschließlich an tayloristischen Prinzipien orientierte. Es ist sogar durchaus möglich, daß der Versuch, solche Veränderungen im Sinne einer einfachen Dichotomie von Taylorisierung und Humanisierung der Arbeit zu analysieren, viel zu verengend angelegt ist. Entsprechend läßt sich behaupten, daß der Versuch des Managements, mit Hilfe von Beteiligungsmodellen die Arbeiter zu motivieren und die Arbeitsplätze zu verändern, nicht ausschließlich im Sinne einer einfachen Dichotomie von Zwang und Kooperation verstanden werden kann: es ist nicht immer einfach so, daß das Management die Arbeiter zwingt, sich mit den Unternehmenszielen zu identifizieren. Vielleicht sollte man besser unterscheiden (vgl. Roberts und Wood 1982: 82) zwischen Arbeitsplatzgestaltungsmaßnahmen mit dem Ziel der Erhöhung der Arbeitszufriedenheit (job enrichment oder Humanisierungsprogramme) und solchen Maßnahmen, die dieses Ziel nicht intendieren, zum Beispiel die Flexibilisierung der Arbeitskräfte oder die Verschärfung der Kontrollmaßnahmen. Allerdings kann man die letzteren Methoden nicht einfach als tayloristisch oder neo-tayloristisch im Sinne einer Ausweitung der Managementkontrolle bezeich-

nen, denn sie können durchaus echte, wenn auch begrenzte Elemente einer Anreicherung der Arbeit beinhalten.

Viele der jüngsten Veränderungen in der Arbeitspraxis, zumindest in Großbritannien der früheren 70er Jahre, mögen ohne ausdrücklichen Bezug auf solche Ziele wie Arbeitsanreicherung oder Arbeitsbefriedigung vorgenommen worden sein. Nach der These von Kelly ist es sogar zweifelhaft, ob solche Gedanken selbst vor der Rezession je für den Großteil der Arbeitsgestaltungprogramme eine Rolle gespielt haben. In diesen Programmen ging es meistens um die Flexibilisierung des Arbeitseinsatzes, um die Qualitätskontrollen und die Einführung neuer Technologien, wenn auch vielleicht in weniger unverhüllter Form als in der gegenwärtigen Situation. Bemühungen des Managements, die mögliche Plackerei repetitiver Teilarbeit ins Visier zu nehmen, hat zumindest in Großbritannien bei der Arbeitsgestaltung immer eine untergeordnete Rolle gespielt, ohne vollständig gefehlt zu haben. Auf jeden Fall jedoch erfuhr die Sprache der Humanisierung der Arbeit durch die Einführung von »Qualitätskontrollen« nach japanischem Vorbild — kleinen Gruppen von in der Regel zwischen fünf und zehn Beschäftigten, die zusammenarbeiten und regelmäßig zusammenkommen, um Arbeitsprobleme zu diskutieren und zu lösen — einen neuen Anstoß und eine wertvolle Bereicherung. Bei diesen neuen Methoden handelt es sich in der Tat um eine Verbindung der Resultate moderner Motivationstheorien mit Fragen der Produktivität und der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Betriebe. Die Notwendigkeit solcher Experimente resultiert in erster Linie aus den Schwächen des tayloristischen Systems mit all seinen Grenzen, Schranken und Widersprüchen (Wood und Kelly 1982; Kelly 1982 a, Kelly 1982 b, Kelly und Wood 1984). Selbstverständlich stellt diese neueste Technik der Einführung von »Qualitätszirkeln«, keinen vollständigen Bruch mit dem Taylorismus dar, sondern spiegelt eher die Tatsache wider, daß die tayloristischen Methoden die Arbeiter nie zu bloßen Automaten haben reduzieren können, und betont damit die Bedeutung des kollektiven Charakters der Produktion sowie die Notwendigkeit, die »stillschweigenden Qualifikationen« (tacit skills) der Arbeiter nutzbar zu machen. Wenn das Management derartige neue Strukturen einführt, dann erkennt es damit faktisch die Notwendigkeit an, gemeinsam den Arbeitsprozeß zu gestalten. Darum sind solche Programme keineswegs notwendigerweise rein kosmetischer oder rein manipulativer Art.

Zum Schluß dieses Kapitels ein zentrales Problem, welches die nach-Bravermansche Diskussion über »neue« Formen der Arbeitsorganisation entscheidend geprägt hat: die zentrale Funktion, die der Kontrolle zugeschrieben wird. Der Begriff der Kontrolle ist dabei vielleicht nicht so einfach zu definieren, wie es auf den ersten Blick den Anschein hat oder wie Braverman, Edwards (1979) und andere nahelegen. Darüber hinaus gab es eine deutliche Tendenz, Kontrolle eindimensional im Sinne eines Null-Summen-Konzepts zu verstehen. Das bedeutet: wenn das Management sich Kenntnisse über einen bestimmten Prozeß verschafft, dann verlieren die Arbeiter damit entweder diese Kenntnisse oder die damit verbundene Kontrolle. Die Wissensaneignung verschmilzt mit dem Wissensmonopol des Kapitals. Die historische Analyse geht dabei nur von einer einfachen Verlagerung von Arbeitskontrolle zu Unternehmerkontrolle aus. Das beinhaltet aber nicht nur, daß Braverman keine Unterscheidung macht zwischen unterschiedlichen Formen von Kontrolle, sondern daß er das gar nicht kann: der Taylorismus kann nach dieser Auffassung aus sich selbst heraus nicht überwunden werden (Wood und Kelly 1982).

Selbst wenn wir einräumen, daß der Taylorismus nicht die einzige Form von Kontrolle ist, stehen wir immer noch vor einem schwierigen Problem, solange wir mit dieser Art von Null-

summen-Modellen von Kontrolle operieren. Wenn man nämlich zeigen kann, daß die Neustrukturierung der Arbeitsplätze die Managementkontrolle verstärkt, dann folgt aus dieser Perspektive, wie Kelly (1985) deutlich macht, zweierlei: Das Nullsummenmodell bedeutet, daß die Arbeiter immer mehr Kontrolle verlieren, und solche Pläne können nicht im Interesse der Arbeiter sein, weil deren Interessen mit denen des Managements nicht übereinstimmen. Wenn man jedoch die zahlreichen Beispiele von Arbeitsplatzstrukturierung betrachtet, vor allem die Fälle, die Kelly in der elektronischen Industrie in Großbritannien nach dem Kriege untersucht hat, dann ergibt sich kein so eindeutiges Bild. Auf der einen Seite hatten die Arbeiter im Anschluß an Arbeitsplatzveränderungen in der Regel mehr individuelle Kontrolle über ihr Arbeitstempo, da dieses nicht mehr vom Fließband vorgeschrieben wurde. Außerdem hatten sie auch mehr Kontrolle über die Arbeitszeit, denn sie konnten je nach Bedarf Pausen einlegen, ohne die Vorgesetzten um Erlaubnis fragen zu müssen. Auf der anderen Seite waren die Arbeiter dadurch auch für das Management viel leichter im Blick zu behalten, und es war sehr viel einfacher, ihnen die Verantwortung für niedrige Leistung oder schlechte Qualität zuzuschieben, wenn sie auf individuellen Arbeitsplätzen arbeiten, als wenn sie kollektiv am Band stehen. Außerdem wurde die Produktion auch sehr viel weniger störanfällig durch Absentismus und Fluktuation, gerade weil die Arbeitsorganisation individualisiert wurde: in dieser Hinsicht wurde die Managementkontrolle über den Arbeitsprozeß in der Tat verstärkt. Wie kann man aber, wie Kelly (1985: 44) mit vollem Recht fragt, diese unterschiedlichen Aspekte der Kontrolle, die so unvereinbar scheinen, auf einen Nenner zu bringen, und wie kann man so zu allgemeinen Aussagen im Hinblick auf Verschönerungen der Kontrolle kommen? Das Problem wird noch deutlicher, wenn wir andere Formen der Neustrukturierung der Arbeit berücksichtigen. Zum Beispiel verlangen flexible Arbeitsgruppen von den Arbeitern selbst eine erhöhte Mobilität zwischen verschiedenen Arbeitsplätzen und auf diesem Wege geben sie ihnen ein zusätzliches Sanktions- oder Kontrollmittel in die Hand, wenn sie diese Mobilität verweigern. Nur wenn wir aufhören den Arbeitsproblemen des Managements die Priorität zu geben und die neuen Formen der Arbeitsorganisation ausschließlich unter dem Kontrollaspekt analysieren, können wir der komplexen Vielschichtigkeit solcher Initiativen gerecht werden (Kelly 1982). Diese Überlegungen zum Begriff der Kontrolle haben natürlich auch wichtige Konsequenzen für den Begriff der Qualifikation, mit dem ich mich im folgenden Abschnitt beschäftigen werde.

Der Begriff der Qualifikation

Braverman (1984) definierte den Begriff der Qualifikation in Anlehnung an Taylors Trennung von Planung und Ausführung und neigt zu einer Romantisierung des Handwerkers/Facharbeiters (Elgar 1982), weil handwerkliche/Facharbeit für ihn die Einheit von Planung und Ausführung beinhaltet. Im modernen betrieblichen Zusammenhang verkörpert Qualifikation das Gegenteil von managerieller Kontrolle. Die Beschäftigung mit Bravermans Qualifikationsbegriff birgt nun die Gefahr eines erneuten Definitionsstreits, diesmal im Hinblick auf den Begriff der Qualifikation. Dennoch ist es notwendig, eine Reihe wichtiger Unterschiede festzuhalten. So schlägt beispielsweise Beechey (1982: 63-4) bei der Diskussion des Qualifikationsbegriffs die Unterscheidung dreier unterschiedlicher Aspekte vor: (1) objektiv definierte Kompetenzen, (2) Kontrolle über Planung und Ausführung, und (3) den gesellschaftlich definierten Berufsstatus, der mehr oder weniger unabhängig sein kann vom Um-

fang der objektiv definierten Kompetenz. Darüber hinaus muß man zwischen persönlicher Qualifikation und Arbeitsplatzanforderungen sowie zwischen diesen und dem Etikett »Facharbeit« für bestimmte Arbeitsplätze unterscheiden: bestimmte Tätigkeiten können aufgrund technologischer Veränderungen vom Arbeitsinhalt her entwertet werden, ohne daß damit die Dequalifizierung bestimmter Individuen verbunden wäre. Ungelernte Kräfte können auf diese Arbeitsplätze umgesetzt werden, die — im Sinne der Argumentation — höhere Qualifikationsanforderungen stellen als die bisherigen Arbeitsplätze, während die qualifizierten Arbeitskräfte auf Arbeitsplätze mit höheren Qualifikationsanforderungen umgesetzt werden können, zum Beispiel auf Arbeitsplätze in der Instandhaltung.

Solche Unterscheidungen spielen eine wichtige Rolle für die drei Hauptaspekte der »labor process«-Debatte. Erstens wurde die Braverman-Diskussion mit den alten Diskussionen über die sogenannte gesellschaftliche Konstruktion der Qualifikation verknüpft, ein Thema das sich seinerseits auf die langjährigen Diskussionen über die britische Facharbeitertradition sowie auf die neuere Diskussion über Frauenarbeit bezieht. Zweitens richtete sich das Interesse zunehmend auf die Arten von Qualifikation, die von Beschäftigten an sogenannten unqualifizierten Arbeitsplätzen genutzt werden und/oder angeblich Routinearbeiten beinhalten, und insbesondere auf die sogenannten »stillschweigenden« Qualifikationen. Und drittens spielen Fragen der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung eine wichtige Rolle. Ich werde im folgenden Abschnitt der Reihe nach auf diese Diskussionsbereiche näher eingehen.

Die gesellschaftliche Konstruktion der Qualifikation

Die Vorstellung, daß Qualifikationen gesellschaftlich konstruiert werden, geht weitgehend auf die Tradition des Handwerks zurück. Im Jahre 1962 stellte Turner die überzeugende These auf, daß die Arbeitsplätze der Facharbeiter durch die Mechanisierung dequalifiziert worden seien, daß es ihnen aber aufgrund ihrer Organisierung und sich entwickelnder Senioritätsregelungen gelang, sich ihre eigene Identität in Abgrenzung zu den ungelerten Arbeitern zu bewahren. Offensichtlich stellt die anhaltende Bedeutung qualifizierter Facharbeit für die Annahme fortschreitender Dequalifizierung ein Problem dar, weil es weit mehr solcher Arbeitsplätze gibt, als die These impliziert. Das Argument der gesellschaftlichen Konstruktion der Qualifikation bietet nun eine mögliche Lösung dieses Problems, denn ihm zufolge ist die anhaltende Verwendung des Begriffes Facharbeiter ganz einfach ein Ausdruck eines Etikettierungsprozesses.

Die These von der gesellschaftlichen Konstruktion der Qualifikation läßt sich auf zwei verschiedene Weisen formulieren. Einmal könnte der Akzent auf der Art und Weise liegen, in der das Management die Etikettierung bestimmter Arbeitsplätze vornimmt oder aufrecht erhält, um damit die Macht und den Zusammenhalt der Arbeiterklasse aufzusplitteln oder zu verringern und so das Problem des Arbeiterwiderstandes anzugehen. Einige »radikale« Autoren (z.B. Edwards 1979) verwenden den Begriff des innerbetrieblichen Arbeitsmarktes in diesem Sinne, um zu zeigen, daß die Schaffung einer Stufenleiter der Qualifikationen nicht auf gravierenden Unterschieden der Arbeitsplatzanforderungen beruht, sondern vielmehr Ausdruck des Prinzips von »teile und herrsche« ist. Das andere Extrem ist die in ähnlicher Form von Turner vertretene These, daß die Arbeitsplatzetiketten das direkte Ergebnis von

* Die »radicals« sind eine Reihe vor allem US-amerikanischer Ökonomen, Soziologen, Politologen etc., die sich einem kritischen Programm der Sozialwissenschaften verpflichtet fühlen (die Redaktion).

Arbeiterwiderstand oder Arbeiterinitiativen seien. Danach sind einige Gruppen von Arbeitern in der Lage, für sich selbst ein Lohnniveau zu erkämpfen, das vorher für Facharbeiter galt, und außerdem durch eine Art Gesellen- und Lehrlingsystem den Einstieg in diesen Beruf kontrollieren.

Beide der genannten Extrempositionen lassen sich mit denselben Argumenten kritisieren. So argumentiert beispielsweise More (1982), daß im 19. Jahrhundert diejenigen, deren Arbeit das Etikett qualifizierter Facharbeit trägt, damals wie heute ein bestimmtes Qualifikationsniveau und bestimmte Fähigkeiten besaßen und noch besitzen, die für das reibungslose Funktionieren der Industrie notwendig sind. Insbesondere betont er, daß ein Großteil der Produktion auch heute noch Kleinserien- oder Einzelstückproduktion ist und stimmt in diesem Punkt mit dem Argument der Kontingenz-Theorie hinsichtlich der Marktschranken des Taylorismus überein. Darüber hinaus kann man darauf verweisen, daß die Facharbeiter auch in den Massenproduktionssystemen zu einem großen Teil maschinelle Arbeit für die Kleinserien- oder Einzelstückproduktion sowie Instandhaltungsarbeiten leisten, die bestimmte diagnostische Fertigkeiten erfordern. Selbst diejenigen Autoren, die wie Penn (1982) einräumen, daß bestimmte Gruppen von Arbeitern eine Art Abgrenzungstrategie verfolgen, stimmen keineswegs immer mit der Dequalifizierungsthese überein. Nach Meinung von Penn vollzog sich der Abgrenzungsprozeß im Maschinenbau in Großbritannien bereits vor der Phase der Mechanisierung, was es den Facharbeitern ermöglichte, ihre Arbeitsplätze gegen Dequalifizierungsversuche seitens des Managements zu verteidigen. Diese Argumentation betont ebenso wie Turners These von der gesellschaftlichen Konstruktion der Qualifikation die starke Macht der organisierten Arbeiterschaft am Arbeitsmarkt, aber sie impliziert auch, daß die Facharbeiter nicht nur die mit ihren Arbeitsplätzen verbundenen Privilegien erhalten konnten, sondern auch den handwerklichen Charakter ihrer Arbeitsplätze. Lee (1982) vertritt darüber hinaus die Auffassung, wenn es einen Prozeß der Dequalifizierung gibt, dann sei er auf strukturelle Veränderungen der Wirtschaft, zum Beispiel Arbeitsplatzverluste, zurückzuführen und nicht auf irgendwelche direkten Konfrontationen. Das allgemeine durchschnittliche Qualifikationsniveau der Arbeit muß nicht unbedingt durch die wirtschaftlichen Veränderungen sinken, denn sie wirken sich tendenziell weit stärker für den einzelnen Arbeiter aus als auf die relative Nutzung der qualifizierten Arbeit in der Produktion selbst.

Solche und ähnliche Überlegungen machen einen skeptisch gegenüber einer Argumentation, die sich allzu sehr auf die Annahme einer gesellschaftlichen Konstruktion stützt. Für einen Soziologen sind selbstverständlich alle Arbeitsplätze und Qualifikationen in dem Sinne gesellschaftlich erzeugt, daß sie nicht von irgendeiner gott-gegebenen Technologie bestimmt werden. Die Frage muß also lauten, inwieweit die Etikettierung bestimmter Arbeitsplätze als Facharbeit von der Technologie unabhängig ist. Diese Frage läßt sich viel leichter beantworten, wenn man davon ausgeht, daß die Technologie — oder im orthodox marxistischen Verständnis: die Nutzung der Technologie durch die Kapitalisten — das Qualifikationsniveau immer stärker bis zum Nullpunkt reduziert, bis die Arbeiter nur noch automatische, routinisierte Verrichtungen ausführen. Im Endeffekt stellen die unterschiedlichen Vertreter der These von der gesellschaftlichen Konstruktion die Facharbeiterqualifikationen als das Ergebnis von Verteilungskämpfen auf dem Markt dar bzw. als die Fähigkeit des Managements, in dem von ihnen eingesetzten Produktionssystem den absoluten Primat des tayloristischen Systems durchzusetzen.

Gleichwohl darf die Kritik an der These der gesellschaftlichen Konstruktion nicht dazu füh-

ren, daß wir die Tatsache ignorieren, daß die Etikettierung der Arbeitsplätze wichtige Probleme birgt. Hier liegt die Bedeutung der von Beechey getroffenen Unterscheidungen. In der Tat ist es ein wichtiger Gesichtspunkt der Kritik an Braverman, daß er bei seinem Versuch, die Etikettierung der Arbeitsplätze zu entmystifizieren, indem er zeigt, daß alle Arbeitsplätze dem gleichen tayloristischen Prozeß unterworfen sind, die soziologische Bedeutung von Arbeitsplatzdefinitionen völlig außer acht läßt. »Sie sind ein Teil der heutigen Realität wie die Arbeitsplätze, auf die sie sich beziehen«, argumentieren Phillips und Taylor (1980). Das gilt insbesondere für die feministische Diskussion, denn sie geht davon aus, daß die Klassifizierung bestimmter Arbeitsplätze als »Frauenarbeitsplätze« ein grundlegender Aspekt des Diskriminierungsproblems ist. Darüber hinaus gilt in vielen Fällen, daß die sogenannte »Frauenarbeit« beträchtliche Fertigkeiten (Qualifikationen/»skill«) erfordert, die häufig mit denen der »Männerarbeit« vergleichbar sind. Das führte Phillips und Taylor zu der Frage: »Ist eine Arbeit Frauenarbeit, weil sie ungelernete Arbeit ist, oder ungelernete Arbeit, weil sie Frauenarbeit ist?« Damit wird das gesamte Problem von Arbeitsplatzbezeichnung und Qualifikationsniveau auf den Punkt gebracht. In noch allgemeinerer Weise zeigen Craig u.a. (1982), daß in kleinen Betrieben mit spezialisierten Produkten und vielfach schlechtbezahlten Arbeitskräften die Anforderungen an sogenannte »ungelernte« Arbeiter häufig deutlich höher sind als die Anforderungen, die in den größeren Betrieben an die gleichen Arbeiter bei höherem Lohn bzw. höherem Qualifikationsstatus innerhalb der Arbeitsplatzhierarchie gestellt werden. Es wird deutlich, daß diese Arbeitsplatzklassifikationen hinterfragt und die damit verbundenen Qualifikationen genauer untersucht werden müssen. Aus dieser Überlegung heraus beschäftigte ich mich mit Polanyis Begriff des »stillschweigenden Wissens« (tacit knowledge) (Polanyi und Prosch 1975).

Der Begriff der »stillschweigenden« Qualifikation

Ein Aspekt der Arbeitsanforderungen, der in der jüngsten Diskussion besondere Aufmerksamkeit erregt hat, ist das »stillschweigende Wissen« (tacit knowledge), das bei der Aneignung und Vervollkommnung von Handlungen eine grundlegende Rolle spielt. Die Arbeiter können sich durchaus der Tatsache bewußt sein, daß sie über ein bestimmtes spezifisches, aber nicht anerkanntes Wissen verfügen, aber der Begriff der »stillschweigenden Qualifikation« (tacit skills) geht weit über den Aspekt der fehlenden Anerkennung dieser Qualifikation hinaus und macht deutlich, daß man nicht einfach Qualifikationen mit bewußtem Denken oder Kreativität mit Spontanität gleichsetzen darf. In der Tat kann allzu bewußtes Denken, insbesondere in der Lernphase, durchaus die Leistung beeinträchtigen, insbesondere wo es auf die Koordinierung von Motorik und Sensorik ankommt wie beim Autofahren. Das heißt auch, daß das einfache Befolgen eines Systems von detaillierten Instruktionen für die Entwicklungen einer vollkommenen Leistung keineswegs ausreichend ist. Eine erfolgreiche Aufgabenlösung kann durchaus unterschiedliche Anforderungen an »stillschweigendes Wissen« und unterschiedliche Grade von bewußter Aufmerksamkeit erfordern. Ein Ingenieur, der im Flugzeugbau die Konstruktionsangaben in die Belastbarkeit der zu verwendenden Metalle umrechnet, benutzt in erster Linie formalisierte Qualifikationen in Bezug auf Interpretation und Berechnung zur Anwendung, aber der Maschinenbauer, der die Prototypen für eine neue Maschine herstellt, bringt bei seiner Umsetzung von Konstruktionsangaben in das Modell eines Teils auch Intuition und akkumulierte Erfahrung ein — er (oder sie) nutzt auch »stillschweigende« Qualifikationen. Die Umsetzung von Gelerntem in erfolgreiche Routine beinhaltet einen Prozeß der Verin-

nerlichung von Bewegungsmustern und eingeschränkter Aufmerksamkeit. Das Erlernen von Tanzstilen, Maschineschreiben sowie handwerklichen oder maschinellen Fertigkeiten erfordert in jedem Fall eine Abstimmung von Körper und Geist, damit das Erlernte erfolgreich ausgeführt und wiederholt werden kann, ohne daß die gesamte Aufmerksamkeit darauf gerichtet ist. Unterschiedliche Aufgaben können durchaus unterschiedliche Aufmerksamkeit erfordern. Dabei steht die stillschweigende, routinisierte Fertigkeit dem Reagieren auf unvorhergesehene Situationen gegenüber. Für einen Autofahrer erfordert das Überholen auf der Autobahn nur eine begrenzte Aufmerksamkeit, aber in der Nacht oder in kritischen Situationen — zum Beispiel wenn plötzlich ein Kind oder ein Hund auf die Fahrbahn laufen — wird seine gesamte Aufmerksamkeit in Anspruch genommen. Die Anwendung von sogenannten fachmännischen Kniffen bei routinierter Arbeit ist nur ein Beispiel einer solchen gesteigerten Aufmerksamkeit. Eine weitere wichtige Dimension der »stillschweigenden Qualifikation«, die besonders für die Fabrikarbeit von Bedeutung ist, bezieht sich auf den zunehmend kollektiven Charakter des Arbeitsprozesses. In unserer Untersuchung von Rekrutierungsmethoden (Wood 1985, 1986a) haben wir festgestellt, daß Personalrekrutierer nicht einfach abstrakte soziale Fertigkeiten meinen, wenn sie von der Notwendigkeit sprechen, daß sich ein Arbeiter »einordnet«, sondern vielmehr von der Notwendigkeit, daß der Arbeiter erkennt und versteht, welche Rolle sein Arbeitsplatz im Gesamtgefüge des Produktionsprozesses spielt. Die Komplexität der Produktion verleiht dieser Fähigkeit große Bedeutung. So muß beispielsweise ein Fleischhauer in einer Wurstfabrik lernen, sein Arbeitstempo so an die Geschwindigkeit des Fließbandes und den Stand der folgenden Arbeitsgänge anzupassen, daß die Arbeit am gesamten Band gleichmäßig synchronisiert verläuft. Damit wird klar, daß eine der Schwächen der Bravermanschen Sichtweise der Produktion darin besteht, daß sie annimmt, die Produktion sei einfach eine Frage tayloristischer Arbeitsplatzgestaltung, die ohne Unsicherheitsfaktoren immer gleichmäßig verlaufen könne. Die praktischen Fertigkeiten der meisten Arbeiter bestehen eben nicht zuletzt darin, daß sie solche Störungen erkennen, diagnostizieren und beheben können.

Der Begriff der stillschweigenden Fertigkeiten beinhaltet natürlich auch, daß die Arbeiter nicht auf einfache Arbeitsautomaten reduziert werden können, wie das in vielen Dequalifizierungsthesen impliziert wird. Das ist jedoch für sich noch kein Grund, jede Dequalifizierungsthese abzulehnen. Außerdem besteht die Gefahr, daß man das, was häufig nur belastende Routinearbeit ist, über Gebühr romantisiert. Allerdings gibt es, wie eine Rekrutierungs-Studie gezeigt hat, Fälle, in denen Arbeiter und Personalleiter bestimmte Arbeitsplätze als Idiotenarbeit bezeichnen, aber gleichzeitig genau wissen, daß diese Kennzeichnung den tatsächlich erforderlichen Qualifikationen und Fertigkeiten an diesen Arbeitsplätzen keineswegs gerecht wird. Blackburn und Mann (1979: 280) stellen die Behauptung auf, daß die meisten »Arbeiter objektiv in der Lage sind, die für die weitaus meisten Arbeitsplätze notwendige Fertigkeiten zu erlernen; wir schätzen, daß 85 % Prozent der Arbeiter 95 % der Arbeitsplätze ausfüllen können.« Die von uns interviewten Personalleiter würden diese Zahlen bestimmt niedriger ansetzen, ebenso wie es viele Arbeiter tun, wenn sie ihre Anpassung an einen bestimmten Arbeitsplatz diskutieren. Dieser Aspekt ist jedoch weit weniger wichtig als die Schlußfolgerung von Blackburn und Mann, daß sich nämlich Ungelernten-Arbeitsplätze nur im Hinblick auf den Grad der menschlichen Erniedrigung, der damit verbunden ist, unterscheiden« (ebenda). Die Schwierigkeit bei solchen Schlußfolgerungen liegt darin, daß die »stillschweigenden« Fertigkeiten in der Regel als selbstverständlich vorausgesetzt werden. Was erlernt wird, sind einfach Bewegungsvorgänge bei der Arbeit, die — wenn auch selten —

durch zusätzliche neue Bewegungen ergänzt werden müssen, wenn es darum geht, mit unerwarteten Situationen fertigzuwerden.

Blackburn und Mann führen das Beispiel des Autofahrens als eine Art Maßstab für die Beurteilung von notwendigen Fertigkeiten bei der Arbeit an und kommen zu dem Ergebnis, daß die meisten Arbeiter mit dem Auto auf dem Weg zur Arbeit mehr Fertigkeiten benötigen als bei der Arbeit selbst. Das ist ein wichtiger Vergleich, aber er kann auch irreführend sein. Erstens ist das Autofahren selbst eine komplexe Handlung. Zweitens sehen viele Arbeiter bei der Schilderung ihrer Arbeitsplätze die Probleme, die sie am Arbeitsplatz haben, durchaus positiv als mit den Problemen des Autofahrens vergleichbar an (vgl. z.B. Kusterer 1978: 50 f.). Außerdem ist es eine Sache, ein Auto fahren zu können, eine andere, die Funktionsweise eines Autos zu verstehen. Wenn Manager (und Arbeiter) von der Notwendigkeit der Anpassung an den Arbeitsplatz sprechen, dann beinhaltet das die Feststellung, daß es für die Arbeiter dabei um weit mehr geht als die einfache Fähigkeit, eine Maschine zu bedienen (oder, um die Analogie wiederaufzunehmen, ein Auto zu fahren).

Die Tatsache, daß einige Arbeitsplätze — zumindest in bestimmten Aspekten — beträchtliches Wissen und Erfahrung erfordern, hat mehrere Implikationen. Die offensichtlichste davon ist, daß man einen Arbeitsplatz nicht einfach nach seiner Bezeichnung oder auch nur nach seinen oberflächlichen Merkmalen beurteilen darf. Die formalen Anlernzeiten sind zwar wichtig, aber sie vermitteln uns kein vollständiges Bild, da das notwendige Wissen häufig am Arbeitsplatz selbst, während der Arbeit, erworben wird. Eine weitere Implikation ist die Feststellung, daß es selbst innerhalb ein und desselben Produktionssystems eine Vielzahl verschiedener Arbeitsplätze geben kann. Darüber hinaus darf man nicht vergessen, daß das Problem für das Management nicht nur einfach darin besteht, die Kooperation der Arbeiter zu erreichen, denn die Arbeiter werden in erster Linie für einen bestimmten Arbeitsplatz rekrutiert und nicht einfach für ein bestimmtes System von Management-Kontrolle. Dazu gehört, um bei unserem Analogiemodell zu bleiben, der Schritt vom Führerscheininhaber zum Autofahrer und sogar zum Arbeiter mit technischem Verständnis. Die Tatsache, daß das Management sich dieses Problems zunehmend bewußt wird und sich darauf einstellt — zum Beispiel mit der Einführung von Qualitäts-Zirkeln und anderen Initiativen — ist ein Anhaltspunkt dafür, daß die Frage der Qualifikation nicht von den Anforderungen zu trennen ist, die an die Menschen gestellt werden, sowie von der Rolle, die das Management dabei spielt.

Die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung

Diese beiden Vorstellungen von der »gesellschaftlichen Konstruktion« der Qualifikation und den »stillschweigenden Qualifikationen« lassen sich daraus auf das Problem der Trennung der Arbeitsplätze nach Männer- und Frauenarbeit anwenden. Umgekehrt wurden auch, wie wir oben gesehen haben, Überlegungen zur Frauenarbeit in die Diskussion der Qualifikation eingebracht. Schon die bloße Tatsache, daß Frauen von vielen Arbeitsplätzen ausgeschlossen werden — wie zum Beispiel Blackburn und Mann in ihrer bereits erwähnten Studie zeigen —, spricht für die allgemeine These, daß Qualifikationen nicht gesellschaftlich neutral sind und von irgend einer vom Himmel gefallenen Technologie bestimmt werden. Die Unterbewertung bestimmter Qualifikationen, die Frauen gegenwärtig mit größeren Produktivitätsraten als Männer leisten, wird zunehmend wahrgenommen. Das beste Beispiel dafür sind banale, repetitive und monotone Tätigkeiten, die Geschicklichkeit erfordern, wie bei den Fließbandarbeiterinnen in der Elektroindustrie oder den Maschinenarbeiterinnen in der Textilindu-

strie. Obgleich Frauen nach Meinung vieler Leute eine bessere »natürliche« Eignung für solche Arbeiten haben, wird sie dennoch ständig unterbewertet und generell als ungelernte oder angelernte Arbeit definiert. Das erklärt sich zum Teil dadurch, daß die Frauen einige dieser Fertigkeiten zu Hause und oft schon als Kinder erlernen. Eine so hochqualifizierte Arbeit wie das Nähen wird häufig gerade deshalb nicht als solche anerkannt, weil sie nicht direkt am Arbeitsplatz erlernt wird und daher als natürliche Fähigkeit von Frauen aufgefaßt wird. Dazu gehört außerdem, daß Qualifikation häufig in Zusammenhang mit technischen Problemen verstanden wird und deshalb viele der vorwiegend »sozialen« Qualifikationen von Frauen vor allem in der »Pflegearbeit«, selbst übrigens in den »sozialistischen« Ländern, weitgehend nicht anerkannt und daher unterbewertet werden.

So konzentrierte sich die Diskussion der Frauenarbeit in Großbritannien auf die beiden Aspekte, daß Frauen von qualifizierten Arbeitsplätzen ausgeschlossen werden, weil sie keine formelle Ausbildung oder Lehre durchlaufen haben, und daß Frauen Arbeiten verrichten, die komplexe Fertigkeiten erforderten, aber nicht als qualifizierte Arbeit eingestuft werden. Insbesondere diese zweite Art von Diskriminierung, die die Frauen vom Facharbeiterstatus ausschließt, wird von Braverman und den meisten anderen Industriesoziologen gern übersehen, aber die Berücksichtigung von Konzepten wie der »stillschweigenden Qualifikationen« hilft diesen Fehler zu vermeiden. Darüber hinaus haben die Feministinnen darauf verwiesen, daß Männer häufig Frauen direkt ausschließen, und brachten deshalb den Begriff des Patriarchats in die Diskussion ein. Sie betonen, daß das »ausgehandelte System« der ArbeitsplatzEinstufung die Machtverhältnisse zwischen Kapital und Arbeit, aber auch zwischen Männern und Frauen widerspiegelt. In vielen Situationen richtet sich daher die Ausgrenzungstaktik der männlichen Arbeiter sowohl gegen ihre männlichen Kollegen als auch gegen die Frauen. Einen wichtigen Beitrag zu diesem Thema lieferte Cockburn (1983) mit ihrer Studie über Arbeiter in der Druckindustrie. Sie kommt zu dem Ergebnis, daß Arbeitsplatzhierarchien nicht nur ein Ausdruck des Produktionssystems sind, sondern gleichzeitig auch ein System männlicher Herrschaft verkörpern, in dem die berufliche Identität untrennbar mit der Männlichkeit verbunden ist. So haben sich die Männer seit dem fünfzehnten Jahrhundert erfolgreich Arbeitsplätze angeeignet und Frauen ausgeschlossen; dabei entwickelten sie im Laufe der Zeit ein langwieriges und rituelles Anlernsystem, das Frauen den Berufseinstieg unmöglich machte.

Die Autorin hat gezeigt, wie die Drucker die Anforderungen an die Arbeiter definierten: sie mußten hart, ehrgeizig und fähig sein, in der Hitze, dem Schmutz und dem Lärm der Setzerei bestehen können. Um den maskulinen Charakter ihrer Arbeitsplätze zu wahren, waren die Drucker nach ihrer Auffassung sogar bereit, schwere körperliche Arbeiten auf sich zu nehmen, die sie leicht auf andere, niedriger entlohnte Arbeitskräfte hätten abwälzen können. Während die Arbeitgeber also versuchten, die Arbeit weiter zu zerlegen, bestanden die Setzer darauf, ihre Arbeitsplätze neu zu definieren, so daß sie ein breiteres Spektrum an Qualifikationen beinhalteten. Ihre Orientierung an der Idealvorstellung eines »all-round« Arbeiters sorgte dafür, daß ihre Arbeitsplätze reine Männerarbeitsplätze blieben. So führt die Einführung der neuen Technologie mit einem Tastenfeld wie bei einer gewöhnlichen Schreibmaschine zu einer paradoxen Situation: nachdem die Drucker jahrelang derartige Arbeiten als Frauenarbeit abgetan hatten, müssen sie jetzt um Arbeitsplätze kämpfen, die zunehmend wie Frauenarbeitsplätze aussehen werden.

Die Untersuchung von Cockburn betont nicht nur die wichtige Funktion der Geschlechterrolle im politischen Prozeß der Definition der Qualifikation, sondern illustriert auch einige

andere Aspekte, die ich bereits angesprochen habe. Aus diesem Grunde können ihre Hauptargumente als geeignete Zusammenfassung dieses Abschnittes herangezogen werden. Cockburn betont die folgenden Punkte:

- (1) Die Art und Weise, in der persönliche Qualifikation und Arbeitsplatzqualifikation auseinanderfallen können.
 - (2) Die Art und Weise, wie Männer versuchen, ihre Position auf dem Arbeitsmarkt zu erhalten und eine scheinbare unpolitische Definition von Qualifikationen erzeugen, indem sie behaupten, »sie seien qualifiziert, auch wenn der Arbeitsplatz es nicht ist«.
 - (3) Die wichtige Funktion der Geschlechterzugehörigkeit in diesem politischen Prozeß. Sie schreibt: »Qualifikation ist ... eine Waffe im Kampf der Geschlechter«.
 - (4) Die Tatsache, daß die Entwertung eines oder mehrerer Arbeitsplätze nicht gleichbedeutend sein muß mit einer Dequalifizierung des »gesamten Produktionsprozesses innerhalb des Unternehmens«.
 - (5) Dequalifizierung muß nicht unbedingt eine absolute Abwertung (degradation) der Arbeit oder einen Kontrollverlust bedeuten.
 - (6) Betriebliche Konflikte aufgrund neuer Technologien können die Qualifikationen zum Thema machen, auch wenn es eigentlich um andere Probleme geht, zum Beispiel um die Beschäftigung oder um den grundsätzlichen Konflikt über den Wert und die Kontrolle der Arbeitskraft.
 - (7) Neue Technologien haben Auswirkungen sowohl für das Qualifikations- als auch für das Beschäftigungsniveau, allerdings nicht in einem gegebenen, deterministischen Sinne.
- Insbesondere der letzte Punkt war es, der bei der Diskussion um das Verhältnis von Technologie und Qualifikationen auf der einen Seite und der Form der Arbeitsorganisation auf der anderen Seite im Mittelpunkt stand und dem wir uns im folgenden Abschnitt zuwenden wollen.

Technologie, Rezession und Japanisches Management

Die »neue« Technologie

Sowohl in Großbritannien als auch in den Vereinigten Staaten hat sich die theoretische Diskussion der Auswirkungen der neuen Technologien weitgehend und zunehmend auf die Diskussion der Dequalifizierung und weniger auf das Problem des Arbeitsplatzverlustes konzentriert. In der gesamten »labor process«-Debatte steht der Angriff gegen den technologischen Determinismus im Mittelpunkt — einer der größten Strohmannen der heutigen Sozialwissenschaften. Die Betonung liegt dabei auf der Nicht-Neutralität der Technologie und auf den Motiven des Managements für den Einsatz dieser Technologien. Braverman und seine Nachfolger konzentrieren sich dabei vorrangig auf den Taylorismus, während die Technologie selbst nur eine kleine Rolle spielt. Dabei zeichnet sich die neue Technologie gerade dadurch aus, daß sie bis in das kleinste Schraubchen (oder besser: bis in die feinsten Drähte und Chips) von dem Aspekt der (tayloristischen) Kontrolle beherrscht wird (vgl. Noble 1968). Damit wird impliziert, daß die Technologie bestimmte, gegebene Wirkungen hat. Eine Reaktion darauf, insbesondere während der zweiten Welle der »labor process«-Debatte, bestand in der Betonung der Art und Weise, wie die Ergebnisse dieser Technologien zum Verhandlungsgegenstand werden können, sowie in der Tatsache, daß bestimmte Gruppen von Arbeitern den Initiativen des Managements Widerstand entgegensetzen können. So ist es beispielsweise für

(männliche) Facharbeiter durchaus möglich, zu verhindern, daß das Management sie durch ungelernete Arbeitskräfte ersetzt. Wilkinson (1982) betont in seiner Studie dabei den unspezifischen Charakter von Technologie und Arbeitsorganisation, nimmt aber gleichzeitig an, daß der Aspekt der Kontrolle in die Technologie eingebaut und ihre spezifische Nutzung schon vor Abschluß der Entwicklung dieser Technologie vorherbestimmt werden kann, obgleich der Widerstand der Arbeiter zu Veränderungen der Wirkung führen könne. Die Gefahr dieser Argumentationsweise liegt darin, daß sie nicht weit genug geht und ähnlich der Position des technologischen Determinismus, der Technologie mysteriöse Eigenschaften zuschreibt.

In der Tat ist bis jetzt die anhand von Fallstudien vorangetriebene Forschungsarbeit über Technologie und Arbeitsorganisation zum großen Teil nicht über die Erkenntnis hinausgekommen, daß es Unterschiede gibt zwischen verschiedenen Formen von Arbeitsorganisation, die scheinbar die gleiche Technologie benutzen, oder daß die Einführung der neuen Technologie in unterschiedlichen Situationen unterschiedliche Folgen haben kann. Zwar findet die erneute Erkenntnis der durch die Technologie gesetzten Schranken der Arbeitsorganisation zunehmende Verbreitung, aber es findet kaum eine nennenswerte und über die Theorie der sozio-technischen Systeme hinausgehende Diskussion über die genaue Art und Weise statt, auf welche Weise unterschiedliche Technologien Einflüsse zeitigen.

Die Kritik am technologischen Determinismus muß über die einfache Einführung politischer Aushandlungsprozesse und eines möglichen Widerstandes gegen Management-Initiativen hinausgehen. Man muß erst einmal zwischen Fragen nach der technologischen Entwicklung und Fragen nach dem Zusammenhang zwischen dieser und der Arbeitsorganisation unterscheiden. Weiterhin ist es notwendig wie Coombs (1985) und Lazonick (1982) gezeigt haben, das Konzept der unabhängigen Folgen der Technologie für die Arbeitsorganisation und die industriellen Beziehungen wieder einzuführen. Wir müssen die unterschiedlichen Anpassungen an die neue Technologie berücksichtigen, dürfen dabei aber nicht den Fehler machen, ihre Bedeutung zu unterschätzen. Das bedeutet aber keineswegs eine vollständige Konzentration auf das Thema der Entwicklung und Verbreitung der Technologie, wie einige britische Autoren vorgeschlagen haben. Es erscheint weniger wichtig bei denjenigen anzusetzen, die die neuen Technologien entwickeln, als vielmehr die Ökonomie der neuen Technologie zu untersuchen. Die Erfahrungen in der britischen Automobilindustrie haben gezeigt, daß die Versuche des Managements, flexiblere Arbeitsbedingungen einzuführen, eher ein Ausdruck der wirtschaftlichen Situation und des Qualitätsproblems sind, als die direkte Folge neuer Technologien (Marsden u.a. 1985).

Darüber hinaus müssen wir im Rahmen unserer Bemühungen die für Braverman typische homogene Konzeption des Managements aufgeben und stärker die Probleme berücksichtigen, die das Management bei der Entwicklung und Implementierung neuer Technologien hat. Peccei und Guest (1984) verweisen auf den außerordentlich langwierigen und konfliktreichen Charakter des Implementierungsprozesses am Beispiel der Einführung von Textverarbeitungsmaschinen bei der Britischen Eisenbahn. Wilkinson (1982b) betont, daß nur sehr wenige Mikroelektronik-Systeme zum Zeitpunkt ihrer Einführung wirklich funktionieren und viele dieser Systeme wieder vollständig aufgegeben werden. Während also diejenigen, die sich mit der Arbeitsorganisation beschäftigen, die feinen Details der technologischen Entwicklungen mit vollem Recht anderen überlassen können, gilt das nicht in gleichem Maße für die Anpassung und Implementierung der neuen Technologie. In empirischen Untersuchungen müssen wir dagegen, wenn wir bestimmte Situationen vergleichen wollen, hinsichtlich

der Ähnlichkeiten und Unterschiedlichkeiten der Technologien und ihrer Nutzung sehr viel genauer vorgehen, als es viele Autoren bis jetzt getan haben. Außerdem müssen wir uns darüber im klaren sein, daß Begriffe wie Montagearbeit eine Situation nicht ausreichend beschreiben können, und wir müssen die unterschiedliche Entwicklung einer Technologie selbst in ein und demselben Produktionsprozeß berücksichtigen. All diese Überlegungen machen deutlich, daß die Suche nach simplen Verallgemeinerungen in bezug auf die Folgen der Technologie für die Qualifikation vergeblich sein müssen.

Vieles von dem, was ich im Abschnitt über die Qualifikation gesagt habe, hat auch Konsequenzen für die Diskussion des Zusammenhangs von Technologie und Qualifikation. Erstens ist es, wie Cockburn (1982) in ihrer Untersuchung an Druckern gezeigt hat, von grundlegender Wichtigkeit, die zu Beginn des Abschnitts über Qualifikation diskutierten Differenzierungen zu beachten und zum Beispiel zwischen Arbeitsplatzqualifikation und persönlicher Qualifikation zu unterscheiden. Sie belegt das anhand der Situation der Druckindustrie, wo persönliche Qualifikationen und die Arbeitsplatzqualifikation auseinanderfielen, als die Arbeitgeber im Laufe der Zeit versuchten, die Arbeit weiter aufzusplitteln und neue Technologien einzuführen. Dieses ist nur ein Beispiel von vielen, die zeigen, wie bestehende Gruppen ihre Kontrolle über die sich verändernde Arbeitsteilung aufrechterhalten können. In diesem Sinne sind die Definition von Arbeitsplätzen und ihre Ausführung durch bestimmte Gruppen durchaus gesellschaftlich bestimmt. Deshalb sind die ursprüngliche Autonomie, der Status und die Macht der Arbeitsgruppe ein genauere Indikator der Auswirkungen neuer Technologien auf ihre Arbeitsplätze als irgendwelche immanenten Aspekte der Innovation.

Zweitens spielen das vorhandene praktische Arbeitswissen und die »stillschweigenden« Qualifikationen eine wichtige Rolle für die Effektivität der Implementierung und Nutzung neuer Technologien (Jones und Wood 1984). Solche Qualifikationen sind ein nicht zu vernachlässigender Faktor bei der Bestimmung des Charakters der Produktionsarbeit sowie weiter Bereiche der Büroarbeit und anderer Dienstleistungen. Manche dieser (»stillschweigenden«) Qualifikationen, wie beispielsweise der Hörsinn, der früher bei der Motorenprüfung und -kontrolle in der Automobilindustrie eine große Rolle gespielt hat, werden als Folge der zunehmenden Computerisierung wegfallen, aber andere, zum Beispiel die früher von den qualifizierten Maschinenbedienern in der Automotorenproduktion benötigten Fertigkeiten, werden für die effektive Nutzung neuer Technologien wie der CNC-Maschinen eine entscheidende Rolle spielen. Ein besonders eindrucksvolles Beispiel, das mir während eines Forschungsprojekts über Rekrutierungsmethoden begegnete, ist die Errichtung einer neuen »high-tech« Eiskremfabrik, die direkt neben der alten gebaut wurde und von nur einer Person überwacht werden konnte. Es ist charakteristisch, daß dafür der Mann mit der längsten Berufserfahrung (28 Jahre) gewählt wurde, weil er die Fähigkeit hatte, die Informationen über die Leistung der automatisierten Anlage in das Gefühl für die tatsächliche Konsistenz der produzierten Eiskrem zu übersetzen. Ähnliche Beispiele finden sich sogar in Untersuchungen, die eindeutig an der Dequalifizierungs-These orientiert sind. Ein Beispiel dafür ist Wilkinson's (1982a) Studie eines Herstellers für optische Systeme, wo mehrere gelernte Linsen-Schleifer, die theoretisch durch stärkeren Einsatz von Computern für die Produktionssteuerung überflüssig geworden wären, weiterbeschäftigt wurden, weil man ihre Erfahrungen und Kenntnisse beim Linsenschleifen ausnutzen wollte. Ähnliches gilt auch für Angestelltentätigkeiten, bei denen zum Beispiel die Einführung von Textverarbeitungsautomaten bestimmte Tätigkeiten eliminieren kann, jedoch ihrer effektiven Nutzung die angesammelte Erfahrung der Arbeiter sowie Initiativen zur Ausnutzung ihrer Möglichkeiten erfordert. Ein spezifisches Beispiel dafür wäre die Übertragung eines manuell

len Inventursystems in den Speicher eines Textverarbeitungsautomaten, der regelmäßig auf den neuesten Stand gebracht werden und bei Bedarf Ausdrücke liefern könnte. Es ist vorstellbar, daß der betreffende Arbeiter vorher für die manuelle Buchführung verantwortlich war und jetzt die Kenntnis des neuen Textverarbeitungssystems dazu benutzt, um die Listen in den Speicher der Maschine zu übertragen und laufend zu ergänzen. Innerhalb dieser Tätigkeit ließen sich die Möglichkeiten des Systems für diese Art von Datenverarbeitung ausloten — mit der Implikation, daß die betreffende Arbeitskraft sowohl Kenntnisse der Organisation als auch des Daten- bzw. Textverarbeitungssystems hat.

Drittens haben wir das Problem der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung und der neuen Technologie. Feministinnen haben begonnen, die Möglichkeiten für Frauen innerhalb der neuen Technologie zu untersuchen, insbesondere die Möglichkeit, die dominierende Rolle der Männer in den höher qualifizierten oder mit höherem Status versehenen Arbeitsplätzen zu durchbrechen. Cockburn geht davon aus, daß Frauen und Männer traditionell ein unterschiedliches Verhältnis zur Technologie haben. In der mechanischen Technologie waren die Männer eher die Konstrukteure, Erbauer, Instandhaltungstechniker, Einrichter und Bediener komplexer Maschinen, während die Rolle der Frauen auf die einfache Maschinenbedienung reduziert war. Dieses unterschiedliche Verhältnis zur Technologie und ihr ideologisches Gegenstück, die männliche Beherrschung der Maschinen, spielte historisch gesehen eine entscheidende Rolle bei der Herausbildung von geschlechtsspezifischen Unterschieden. Bis jetzt hat sich gezeigt, daß diese unterschiedlichen Rollen von der neuen Technologie weitgehend unbeeinflusst bleiben, obwohl es anfänglich Grund zum Optimismus zu geben schien, da die neue Technologie weniger körperliche Kraft erforderte und damit die ideologischen Voraussetzungen der Vorherrschaft der Männer zu unterlaufen schien. Es ist richtig, daß die Bedeutung der körperlichen Arbeit in vielen Fällen rückläufig ist, und in einigen geographischen Bereichen werden in traditionellen Industrien ältere männliche Arbeitnehmer entlassen, während neue Industriezweige wie z.B. die Montage von Mikroelektronikprodukten zunehmend jüngere weibliche Arbeitskräfte rekrutieren. Aufgrund der vorliegenden empirischen Untersuchungen erscheint es jedoch unwahrscheinlich, daß der intensive Einsatz der Elektronik- und Informationstechnologie das bestehende geschlechtsspezifische Einstellungssystem sprübar verändern wird. Cockburn (1986) schließt aus einer Untersuchung von vier Fällen: »Gleichgültig welche Möglichkeiten die neuen Technologien für die Frauen zu bieten scheinen ... ermöglichen sie allein ihnen keineswegs, eine bestimmte unsichtbare und undurchdringliche Barriere zu überschreiten, nämlich die Barriere zwischen der Bedienung der Knöpfe und Hebel, die eine Maschine steuern, und dem Öffnen dieser Maschine, um einen Eingriff in ihren Mechanismus vorzunehmen.«

Cockburn stellt fest, daß Frauen unter Bedingungen neuer technologischer Verhältnisse durchaus ihre Arbeitsplätze als Maschinenbediener (operators) behalten können, daß diese Arbeitsplätze aber nur ein geringes, eng umgrenztes technisches Verständnis erfordern und außerdem weiteren technologischen Veränderungen unterworfen sind. In ihren Untersuchungen — wie auch in denen anderer Autoren — bestand das technische Personal, vom Instandhaltungstechniker bis hin zum Berufingenieur und technischen Leiter fast ausnahmslos aus Männern. Selbst da, wo die Frauen eine vielversprechende halb-technische Tätigkeit erobert zu haben schienen, zeigt sich die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung, denn sie wurden nur wegen der ihnen zugeschriebenen geschlechtsspezifischen Qualitäten eingestellt, beispielsweise um männliche Kunden mit ihren Reizen zu beeindrucken. Es hat sich gezeigt, daß sich in den letzten zwanzig Jahren vor allem in der Computerindustrie selbst und in den

Computer-Abteilungen vieler Institutionen eine eindeutig geschlechtsorientierte Hierarchie herausgebildet hat. Dabei ist der überproportional große Anteil der Männer in höheren Positionen auffällig. Wenn Frauen solche Arbeitsplätze erhalten, dann sind diese sehr spezifisch und von den Männerarbeitsplätzen streng abgegrenzt. So werden in vielen textverarbeitenden Einrichtungen beispielsweise Frauen als Ausbilder sowie im Verkauf eingesetzt, um — zumindest zum Teil — zu zeigen, daß die Technologie durchaus nicht kompliziert ist, ähnlich wie bei uns Automobile aufgrund ihres eindeutig sexuellen Symbolcharakters in der Regel von (Macho-)Männern verkauft werden. Viele der Frauen, die zum Beispiel im öffentlichen Dienst in Großbritannien in den Computer-Abteilungen höhere Positionen bekleiden, erhielten diese Jobs zu einem Zeitpunkt, als sich die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung noch nicht vollständig durchgesetzt hatte. Sie stehen heute in einer Hierarchie, die an der Spitze von Männern beherrscht wird, auf niedrigerer Stufe aber auch Frauen einschließt, insbesondere bei relativ niedrigem Lohnniveau.

Auch unsere Diskussion der Humanisierung der Arbeit läßt sich zur Frage der neuen Technologien in Beziehung setzen. Nach meiner Auffassung sollten wir die Humanisierungsstrategie nicht in erster Linie als Resultat von ökonomischen Prosperitätsphasen oder Arbeiterkämpfen betrachten. Dadurch würde es möglich, der Technologie eine Rolle anzuerkennen, die zum Verständnis der Entwicklung neuer Arbeitsorganisationsformen beiträgt. Die Frage lautet dann, wie diese Rolle genau aussieht. Darüber hinaus folgt aus meiner Argumentation, daß es, obwohl das Management in bestimmten Situationen und unter bestimmten Bedingungen Beteiligungsmodelle benutzt, um einem möglichen Widerstand gegen die neue Technologie zu begegnen, in den meisten Fällen wahrscheinlicher ist, daß von den Arbeitern ein echtes Engagement in dieser oder jener Form verlangt sein wird. Es besteht also die Möglichkeit, daß gerade diese Beteiligung der Arbeiter an der neuen Technologie auch ohne institutionalisierte Mitbeteiligungs-/Mitbestimmungssysteme zu einer positiven Einstellung gegenüber dieser neuen Technologie führen könnte (Littek 1986).

Das muß aber nicht unbedingt so sein, denn aufgrund der Schwierigkeiten des Managements bei der Implementierung und Aufrechterhaltung technologischer Systeme könnte in bestimmten Situationen auch eine verstärkte Kritik an der Kompetenz des Managements die Folge sein. All das spricht also bis hierhin gegen die simplifizierte Auffassung, daß die relative Akzeptanz der Technologie Ausdruck gemeinsamer Interessen von Management und Arbeiterschaft ist. Es spricht weiterhin gegen die Annahme der These von der »flexiblen Organisation«, wie sie von Piore und Sabel (1984; vgl. auch den Beitrag von Sabel in diesem Heft; d. Red.) vertreten wird, wonach der Grund für die vom Management initiierten Programme zur Humanisierung der Arbeit und zur Verbesserung des Arbeitslebens (QWL) in der Notwendigkeit besteht, die Arbeiterschaft entsprechend der postulierten Flexibilität der neuen Technologie zu strukturieren. In diesem Punkt überschneidet sich die Technologie-Diskussion mit der Frage nach den Auswirkungen der Rezession für die Arbeitsorganisation, eine Frage, der sich insbesondere die Spezialisten auf dem Gebiet der »industriellen Beziehungen« in Großbritannien angenommen haben.

Krise und Arbeitsorganisation

Die Situation in Großbritannien liefert ein besonders gutes Beispiel für die Diskussion über Veränderungen der Arbeitsorganisation in der Wirtschaftskrise, erstens wegen des Umfanges der Arbeitslosigkeit, und zweitens weil die behauptete Notwendigkeit von Veränderungen

in den Arbeitspraktiken und in der Einstellung des Managements eine Hauptstütze für die wirtschaftspolitische Strategie der konservativen Regierung (den sogenannten Thatcherismus) bildet. Seit 1979 haben die Regierungen mit einer Vielzahl von Maßnahmen einschließlich der gesetzlichen Einschränkung der gewerkschaftlichen Aktivitäten versucht, die Voraussetzungen für die Verbesserung der Produktivität und anderer, die Konkurrenzfähigkeit der Wirtschaft bestimmende Faktoren zu schaffen. Es gab schon 1981 deutliche Hinweise auf Produktivitätszuwächse, die zum Teil aus der Rationalisierung bzw. Schließung von Betrieben und der Einführung neuer Technologien resultierten. Darüber hinaus waren sie ein Ausdruck veränderter Arbeitspraktiken, bei denen man vier Hauptgruppen unterscheiden kann: (1) erhöhte Flexibilität und Mobilität der Arbeitskräfte, die häufig eine Folge der Realisierung bisher nicht umgesetzter Vereinbarungen sind; (2) Selbst-Kontrolle, bei der den Arbeitern zusätzliche Verantwortung übertragen und insbesondere die Einstellung von Kontrolleuren überflüssig wird; (3) Durchsetzung strenger Disziplin und Standards, beispielsweise durch striktere Einhaltung von Erholungs- und Essenspausen, die Reduzierung von Überstunden, zunehmende direkte Kontrolle und Leistungsmessung; (4) erhöhtes Tempo, zum Beispiel durch Heraufsetzung der Bandgeschwindigkeit und gleichzeitige Bedienung mehrerer Maschinen.

Selbstverständlich haben keine dieser Maßnahmen tiefgreifende Veränderungen der Grundformen des Produktionsprozesses zur Folge, etwa zum Beispiel im produzierenden Gewerbe — in Richtung auf das schwedische Modell des Produktionsprozesses. Und darüber hinaus ließen sich viele ihrer Merkmale als Ausweitung oder Zementierung des Taylorismus interpretieren.

Die Flexibilisierung bezieht sich zum großen Teil auf Bewegungen zwischen routinisierten Arbeitsplätzen oder einfach zwischen Schichten oder Abteilungen und beinhaltet keine nennenswerte Entscheidungsfunktionen. Daneben gibt es aber auch ein gewisses Maß an Arbeitsplatzumgestaltung, bei der Arbeitsplätze zusammengefaßt und ausgeweitet werden, wenn beispielsweise direkte (?) Arbeiter zunehmend auch Instandhaltungs- und Wartungsfunktionen übernehmen. Darüber hinaus erhielt der Begriff der Humanisierung der Arbeit neues Leben und eine neue Dimension durch die Übernahme von »Qualitätszirkeln« nach japanischem Vorbild. Von Bedeutung ist dabei gerade das Nebeneinander von tayloristischen und nicht-tayloristischen Praktiken. Natürlich besteht die Gefahr, sich allzu sehr auf den Taylorismus zu konzentrieren, aber es wäre voreilig, wenn man deshalb den begrifflichen Ballast des Taylorismus ein für allemal über Bord werfen würde. Zumindest in England spielte der Taylorismus in vielen Fällen eine zentrale Rolle bei der angestrebten Revitalisierung des Managements, und die Forderungen, das Management solle managen und Arbeitsnormen setzen sowie sich daran halten, greifen Taylors eigene Formulierungen auf. Die Tatsache, daß gleichzeitig damit Versuche einhergingen, die Flexibilität und das Engagement der Arbeiter zu erhöhen und Qualitäts-Zirkel auszuweiten, bestätigt dabei eines der Hauptargumente der vorangegangenen Diskussion, daß es nämlich entscheidend darauf ankommt, den Taylorismus im Zusammenhang mit anderen Management-Praktiken und -Strategien zu untersuchen. Dazu ist es notwendig, den theoretischen Ballast des Taylorismus neu zu bewerten, wie ich es hier ansatzweise versucht habe, ohne ihn unbedingt über Bord zu werfen. Nur dann erhalten sowohl die widersprüchliche Natur des Taylorismus als auch die Widersprüche innerhalb des Managements selbst die Bedeutung, die ihnen ganz offensichtlich zukommen.

Beide Hypothesen über die Kontrollzyklen — sowohl die von Braverman als auch die von Ramsey/Friedman — beinhalten ganz ähnliche, geradlinige Voraussagen in bezug auf die Rezession und insbesondere über die erneute Verschärfung des Taylorismus. Diesen Hypothesen zufolge werden alle in der Vergangenheit gemachten Zugeständnisse an die Arbeiter sehr schnell zurückgenommen und direkte Kontrollen wieder eingeführt. Zum Teil als Reaktion darauf — sowie auf die weitverbreitete Annahme, das Management werde zu dem von den Medien so genannten »Macho-Management« zurückkehren — wurde es Mitte der 80er Jahre Mode zu behaupten, daß es zumindest in den großen gewerkschaftlich organisierten Unternehmen keine entscheidenden Veränderungen in den industriellen Beziehungen gegeben hätte. Erstens, so wurde argumentiert, sei die Organisation der »shop stewards« nicht systematisch abgebaut worden, so daß es zwar zu einem Zurückdrängen der Macht der »shop stewards« kommen könne, aber nicht innerhalb der Institutionen. Und zweitens seien viele der Veränderungen der Arbeitspraktiken auf dem »normalen« Verhandlungsweg eingeführt worden. Die Gefahr bei solchen Argumenten ist allerdings, daß Veränderungen nur daran festgemacht werden, ob es zu direkten »Macho«-Konfrontationen gekommen ist oder nicht.

Die Komplexität und Vielfalt der Management-Strategien weckt grundsätzlich Zweifel an der Annahme einer einfachen Beziehung zwischen hoher Arbeitslosigkeit und einer größeren Offensive seitens des Managements. Man sollte sich allerdings auch davor hüten, von einer weitverbreiteten These der Kontinuität auszugehen, denn viele der Neuerungen, wie zum Beispiel die gemeinsamen Beratungen (consultations), Einweisungsgruppen (briefing groups) und andere Formen der Beteiligung, markieren ein neuartiges Vorgehen, das sicherlich viel subtiler, wenn auch nicht qualitativ anders ist als eine direkte Offensive. Ebenso wenig sollte man daraus auf den Beginn einer versteckten Rückkehr zur Kontrolle schließen, denn das würde bedeuten, daß die in der Vergangenheit eingeführten Neuerungen der Arbeitsorganisation einen stärkeren Bezug auf Begriffe wie Arbeitsbereicherung oder Arbeitsbefriedigung gehabt hätten. Wie wir gesehen haben — und wie auch Kelly (1982, 1985) umfangreich belegt —, ist es aber zweifelhaft, ob derartige Vorstellungen für die Mehrzahl der Programme zu Neugestaltung der Arbeit jemals eine größere Rolle gespielt haben. In diesen Programmen ging es immer in erster Linie um Flexibilität der Arbeiter, Qualitätskontrollen und die Einführung neuer Technologien und neuer Produktpaletten. Der Argumentation der »dritten Rezeptionswelle« zufolge ändern sich die Managementstrategien mit der Verschärfung der Krise in den 80er Jahren nicht nennenswert, denn es ist immer ein Problem, Zusammenarbeit zu erreichen und eine Taktik anzuwenden, die eine Kombination aus Zwang oder Kontrolle und Kooperation oder Zustimmung ist. Um es mit Kelly (1985: 48) auszudrücken, läßt sich die »Strategie« des Managements in der Krise — aber nicht nur hier; Anm. d. Autors — am treffendsten als eine komplexe Mischung aus Zwang und organisierter Zustimmung verstehen und nicht einfach als Zwang im (stereotypen — Anm. d. Autors) Sinne von Michael Edwardes (British Leyland). Gleichzeitig kann man aber, wie es viele in den Vereinigten Staaten tun, von einer neuen Form industrieller Beziehungen sprechen, bei der versucht wird, mit Hilfe einer Mischung aus Mitbeteiligungsvorstellungen und Drohungen den Bereich der gemeinsamen Interessen von Organisation und Individuum, Arbeitern und Management zu vergrößern (vgl. hierzu den Beitrag von Burawoy/Smith in Prokla 58; die Red.).

Beide Thesen jedoch, sowohl die von der auf den Arbeitsprozeß abzielenden Offensive der Unternehmen als auch die von der Kontinuität der institutionalisierten industriellen Bezie-

hungen — vernachlässigen dabei allerdings einige der — hier wie an anderer Stelle aufgeworfenen — grundlegenden Fragen, wie sie vor allem innerhalb der »labor process«-Debatte aufgeworfen wurden. Drei solcher Fragen sind besonders augenfällig. Die erste Frage ist das weiter oben beleuchtete Problem der Vielschichtigkeit der Kontrolle: Einige der neuen Initiativen können in der Tat die Mitbeteiligung der Arbeiter an bestimmten Entscheidungen vertiefen, gleichzeitig aber die ideologische Dominanz und damit die Legitimation der Herrschaft des Managements sowie die Verinnerlichung der Managementvorstellungen und -berechnungen hinsichtlich Profitabilität, Investitionsstrategien, Produktmärkten und Technologien verstärken. In einigen Fällen können darüber hinaus die Rollen der einzelnen Arbeiter und ihrer Vorgesetzten auf Kosten der shop stewards und der gewerkschaftlichen Organisation insgesamt ausgeweitet werden.

Zweitens gibt es zunehmend offene Versuche, sich das Wissen der Arbeiter anzueignen, was bedeutet, daß Kontrollzugeständnisse von seiten des Managements nicht unbedingt mit dem widerwilligen Abbau bestimmter Management-Rechte angesichts einer Offensive der Belegschaften gleichzusetzen sind. Es ist auch vorstellbar, daß sie genau das Gegenteil bedeuten, nämlich eine so eindeutige Verschiebung des Kräftegleichgewichts zugunsten des Managements, daß dieses Zugeständnisse im Interesse der Verbesserung von Produktivität und Integration machen und gleichzeitig sicher sein kann, daß seine faktische Kontrolle des Arbeitsprozesses nicht bedroht wird.

Drittens darf man, wie ebenfalls von Autoren der »dritten Welle« betont wird, die Strategie und Taktik des Managements nicht einfach unter dem Gesichtspunkt des »Arbeitsprozesses« sehen. Die Unternehmen stehen auf den Produktmärkten in Konkurrenz mit anderen Firmen, und an dieser Stelle sollte auch die Analyse ansetzen. Das erklärt die Tatsache, daß es in Bereichen hoher Arbeitslosigkeit noch relativ starke (mächtige) Belegschaften gibt, und erinnert uns daran, daß die gegenwärtige Managementstrategie ein ganz typisches Merkmal aufweist: daß sie nämlich eine Reaktion auf ein relatives Produktivitätsproblem ist, welches durch die japanische Konkurrenz und deren Innovation auf dem Gebiete des Managements, vor allem des Managements des Produktionsprozesses, verdeutlicht wird.

Das japanische Management

Bei der Untersuchung des japanischen Managements spielen drei Gesichtspunkte eine Rolle: (1) die Untersuchung des Managements »in situ«, d.h. in japanischen Organisationen, (2) die Art und Weise, wie das westliche Management von Japan lernt und wie Japan zum Modell für neue Managementmethoden und -theorien geworden ist, und (3) die konkrete Implementierung dieser Methoden und die Erfahrungen der japanischen Unternehmen in westlichen Gefilden. Die (populäre) Diskussion über japanisches Management und die Übertragung dieses Modells auf westliche Verhältnisse geht zum größten Teil von der Annahme aus, daß es sich dabei um einen (zumindest für den Westen) völlig neuen Ansatz handelt. Im Gegensatz dazu war die akademische Diskussion weitaus vorsichtiger in ihren Annahmen, obgleich sich die Vorstellung von der Überlegenheit der Japaner, insbesondere hinsichtlich der Flexibilität ihrer Organisation, auch in der jüngeren Diskussion niederschlägt, zum Beispiel in Piore/Sabels (1984) Einschätzung des neuen Trends zu flexibler Spezialisierung. Im Rahmen der britischen »labor process«-Debatte ist Littler (1981, 1982) der einzige Autor, der den Versuch einer ernsthaften Analyse des japanischen Managements unternommen hat. Seine Untersuchung verkennt nicht ein tayloristisches Element im japanischen Manage-

mentsystem: »Insgesamt betrachtet, übernahm die Industrialisierung in Japan durchaus einige tayloristische Ideen, besonders im Hinblick auf Arbeitsplatzanalyse und Arbeitsverfahren, aber der Taylorismus wurde dabei verwässert und an bestehende Arbeitspraktiken und Werte angepaßt und dem zunehmenden Druck der Institutionalisierung des Paternalismus in Japan unterworfen« (Littler 1981: 35).

Diese Schlußfolgerung mit der Betonung der Anpassung und teilweisen Übernahme des Taylorismus ist, wenn nicht eine Widerlegung von Bravermans Thesen, so doch eindeutig ein Hinweis auf die begrenzte Bedeutung dessen Argumentation. Littler selbst hebt hervor, daß der Taylorismus strikte Arbeitsplatzabgrenzungen und individualisierte Arbeitssysteme beinhaltet und die herrschende Managementstrategie in Großbritannien und den USA — den beiden anderen von ihm untersuchten Ländern — ist, weist aber eindeutig darauf hin, daß diese Charakterisierung für Japan nicht zutreffend wäre. Seiner Auffassung nach beinhaltet die Strategie der japanischen Unternehmer »Paternalismus, ideologische Kontrolle und ein Gruppenprinzip«. Anhänger Bravermans könnten einen solchen Paternalismus vielleicht als eine Frage des Führungsstils oder der Legitimierung der tayloristischen Arbeitsorganisation betrachten und dabei mit Recht auf Kamatas (1983) Untersuchung über Montagearbeit verweisen, die das lebendigste Bild dequalifizierter Arbeit zeichnet, das wir bis jetzt kennen. In Kamatas eigener Darstellung (1983: 26) finden sich viele Anklänge an Bravermans Formulierungen: »Was am Ende des Fließbandes herauskommt, ist das Ergebnis unserer gemeinsamen Anstrengungen. Es besteht kein Anlaß, die Arbeiter anzuschreien oder herunterzuputzen, um sie zum Arbeiten zu bewegen. Man braucht nur das Fließband in Gang setzen und in Gang zu halten.« Weit wichtiger ist jedoch im Zusammenhang mit der »Bravermania«, daß Kamata (1983: 200) sich darüber Gedanken macht, daß Kontrolle nicht einfach eine Sache von Technologie sei: »Es war der stumme Zwang des Fließbandes, der mir während meiner Arbeit bei Toyota so deutlich wurde. Genauer gesagt, es waren die grundlosen Befehle aus der Steuerzentrale im Chefbüro.« Kamatas Studie ist eine beeindruckende Entmystifizierung der japanischen Arbeitsorganisation, aber sie trägt wenig bei zum Verständnis des Zusammenhangs von Taylorismus und bestimmten Praktiken, wie zum Beispiel der »Qualitätszirkel«, die in der Regel als typisch für das japanische Managementsystem angesehen werden.

Die Begriffe, die wir bei der Diskussion des Taylorismus und der »Humanisierung der Arbeit« benutzt haben, liefern uns einen Anhaltspunkt dafür, wie eine solche Diskussion aussehen könnte. An erster Stelle steht dabei die Frage, wie wir den Taylorismus charakterisieren, und obgleich wir uns nicht in nominalistischen Plänkeleien verlieren wollen, könnten wir durchaus die Gegenüberstellung von ideologischer Kontrolle und Taylorismus bei Littler in Frage stellen. Taylor hat das Problem der Legitimierung nie aus den Augen verloren und bemühte sich, die zunehmend wichtiger werdenden meritokratischen und wissenschaftlichen Idealvorstellungen für die Legitimierung des modernen Managements einzusetzen. Weiterhin haben wir bereits die Bedeutung betont, die die Kooperation für Taylor hatte, sowie die Notwendigkeit, die möglichen Grenzen des Taylorschen »wissenschaftlichen Managements« zu erkennen. Wenn wir uns an die drei Hauptelemente der wissenschaftlichen Betriebsführung erinnern — die Ablösung der individuellen Beurteilung des Arbeitenden durch die Wissenschaft, die wissenschaftliche Auswahl und Entwicklung des Arbeiters und die enge Zusammenarbeit des Managements mit dem Arbeiter —, dann stellen wir fest, daß selbst Littler diese Elemente in seiner Diskussion der japanischen Verhältnisse nicht ausreichend berücksichtigt hat. Sie werden zwar häufig idealisiert, zum Beispiel mit dem Hinweis darauf, daß die japanischen Manager ein viel engeres Verhältnis zu den Arbeitern haben, was sich

durch die Tatsache ausdrücke, daß sie ebenfalls Arbeitskleidung tragen. Das entscheidende Merkmal des japanischen Managements ist jedoch, daß es sowohl die Kooperation als auch die sorgfältige Auswahl als wichtige Faktoren einer erfolgreichen wissenschaftlichen Betriebsführung anerkennt. Darüber hinaus verwirft das japanische Management keineswegs das Prinzip, individuelle Beurteilung durch wissenschaftliche Messung zu ersetzen, sondern erkennt gerade die Grenzen dieses Prinzips an. Es ist ganz offensichtlich, daß die Japaner keinen völlig neuen Weg bei der Entwicklung neuer Technologien und Produktionssysteme gefunden haben, der die oft jahrelangen Zeitspannen zwischen der Entwicklung und dem tatsächlichen Einsatz solcher Systeme verkürzen oder die Arbeiter an diesem Entwicklungsprozeß beteiligt würde. Aber für sie ist die Wissenschaft nichts Absolutes und die Planung nicht vollkommen. So wird das Management zum Beispiel in der Automobilindustrie das Band mit einer bestimmten Geschwindigkeit fahren, bis eine Störung eintritt, und dann das Band anhalten, um das Problem mit den Arbeitern zu besprechen und zu beseitigen. Später lassen sie dann vielleicht das Band mit derselben Geschwindigkeit weiterlaufen und reduzieren die Belegschaft, bis irgendwann ein neues Problem entsteht, das wiederum diskutiert wird, und der Kreislauf weitergeht. Diese Politik, ganz bewußt Arbeiter vom Fließband abzuziehen, steht in starkem Kontrast zu der bisherigen Politik des Managements in den USA und in England, Leute »auf ein Problem zu werfen«, wie es in der Automobilindustrie heißt. Das japanische System beruht auf der Fähigkeit des Managements, die Arbeitskräfte für eine Vielzahl von Arbeitsaufgaben flexibel einzusetzen. Die Besonderheit dieses Systems — zumindest vom Standpunkt des Soziologen, dessen Ausbildung mit der Untersuchung von betrieblichen Restriktionen begonnen hat — liegt nun, wie Dohse u.a. (1983) gezeigt haben, darin, daß dieser »Beschleunigungsprozeß« keineswegs solche Praktiken erzeugt. Weiterhin weisen Dohse u.a. darauf hin, daß die Einführung von »Qualitätszirkeln« und die Einbeziehung von Arbeitern in Problemlösungssysteme den Versuch darstellen, konkretes Arbeitswissen mit beruflicher Kompetenz zu verbinden. Das Ziel ist also, sowohl die Grenzen des Taylorismus auszuweiten als auch zu gegebener Zeit seine Schranken durch die Nutzbarmachung der Kenntnisse des einzelnen Arbeiters zu überwinden.

Für die Japaner ist der Taylorismus durchaus keine absolute Größe, und das ist die wichtige Erkenntnis, die ihre Erfolge uns zunehmend vermitteln. Was westliche Manager auf ihren Japan-Besuchen lernen können und sollen, ist, daß ihre Überlegenheit auf dem Management des Produktionsprozesses beruht. Die Betonung liegt dabei zunehmend auf der Art und Weise, wie sie ihre Arbeitssysteme organisieren, und nicht so sehr auf ihrer spezifischen Form des Personalmanagements. Diese Erkenntnis wird auch durch Studien japanischer Unternehmen im Westen bestätigt. Eine dieser Studien kam zu dem Ergebnis, daß sich das japanische Verständnis der Produktion vor allem durch seine überdurchschnittliche Ordnung auszeichnet, die sich in der Konzentration auf das Detail, in dem alles dominierenden Streben nach Qualität und in einer geradezu pedantischen Disziplin ausdrückt (White und Trevor 1983). Diese Hervorhebung der relativen Überlegenheit des japanischen Managements der Organisation des Produktionsprozesses steht im Einklang mit dem Bestreben innerhalb der dritten Welle der »labor process«-Debatte, sich nicht mehr in erster Linie an dem »Management der Arbeitskraft« zu orientieren.

Ebenso wie andere Pläne zur Umstrukturierung von Arbeitsplätzen sollten auch die »Qualitätszirkel« im Rahmen der Produktmarkt-Entwicklung oder des gesamten Kreislaufs der kapitalistischen Produktion angesiedelt werden. Was das Management von den Japanern lernen kann, ist weit mehr als nur die Einführung solcher Gruppen. Beispielsweise war die »After Ja-

pan«-Kampagne von Ford-England zum großen Teil nichts anderes als ein Planspiel in Produktion und vorgelagerter Arbeitsorganisation mit dem Ziel, die Lagerhaltung zu verringern, Umlaufzeiten zu verkürzen und weitere Produktionsparameter zu verbessern (Marsden u.a. 1985). Die neu entwickelten Systeme sind in erster Linie neue Produktionsüberwachungssysteme. An und für sich besteht die Überlegenheit der Japaner nach Ansicht eines japanischen Professors darin (Galjaard 1981: 28), daß sie in der Lage sind, »die Arbeiter und ihre Arbeit als ein Ganzes zu betrachten und zu managen« und mit bestimmten Methoden die Kooperation der Arbeiter so fördern zu können, daß sie zur »Entwicklung von Normen für eine Managementkontrolle« beiträgt (Professor Yamaki, zitiert in: Galjaard 1981: 30). Bei den Kontrollsystemen, an denen die Arbeiter immer stärker beteiligt werden sollen, handelt es sich in erster Linie um die Kontrolle der Produktion und nicht einfach um Herrschaftssysteme zur Kontrolle der Arbeiter, wie Edwards und andere Autoren der »zweiten Welle« in ihrer Braverman-Rezeption behaupten. Qualitätszirkel beinhalten die Anerkennung sowohl der »stillschweigenden« Qualifikationen der Arbeiter als auch der Grenzen des Taylorismus und können ein ernstgemeinter Versuch sein, die Arbeiter stärker an der Verbesserung der Arbeitsprobleme zu beteiligen, insbesondere in bezug auf die Qualität ihrer Arbeit und des von ihnen hergestellten Produkts. Andererseits kehren die Arbeiter, die daran teilnehmen, anschließend vielleicht auf ihre weitgehend taylorisierten Arbeitsplätze zurück und tragen damit zur Vervollkommnung eines unvollständigen »Produktionsprozesses« bei. Aus diesem Grunde sind derartige Mitbeteiligungspläne nicht notwendigerweise rein kosmetisch oder manipulativ; sie sind aber gleichwohl begrenzt und im günstigsten Falle eine halb-autonome Form von Arbeiterbeteiligung.

Es sind nicht nur die Geschäftsleute, die vom japanischen Modell lernen können, sondern auch die Theoretiker können von einer solchen Studie profitieren. Diese kurzen Ausführungen haben gezeigt, daß es notwendig ist, den Taylorismus zu relativieren: es gibt keinen »reinen« Taylorismus, ebenso wenig wie eine »reine« Interpretation seines Werks; die praktische Anwendung des Taylorismus ist vielfältig und wird immer neu angepaßt, so daß sie je nach Situation unterschiedliche Ausprägungen findet. Das japanische Managementsystem ist nur eine der vielen Variationen oder Formen des Taylorismus und verdient vielleicht eine neue Bezeichnung, beispielsweise »Team-Taylorismus« oder »Toyotismus«, wie von einer deutschen Forschergruppe (Dohse u.a. 1984) in ihrem guten Überblick über japanisches Management vorgeschlagen wurde. Und was ist mit dem kulturellen Element? Gibt es zum Beispiel in Japan eine unterschiedliche Auffassung von Qualifikation? Hat das Individuum Autonomie in der Ausübung seiner Tätigkeit, oder ist wirklich alles Gruppenarbeit?

Abschließende Bemerkungen

Zu Beginn meiner Ausführungen habe ich darauf hingewiesen, daß man bei der Braverman-Rezeption drei »Wellen« unterscheiden kann, die sich mit den Begriffen von Bravermans selbstgewählter (eigener) Methodologie, d.h. seine Beschränkung auf die sogenannte objektive Dimension der kapitalistischen Entwicklung definieren lassen. Die erste Welle, die im großen und ganzen mit Braverman übereinstimmte, vertrat die Auffassung, daß Bravermans Arbeit um die Dimension des Bewußtseins der Arbeiterklasse und des Klassenkampfes erweitert werden müßte. Die zweite Welle vertrat die Auffassung, man müsse berücksichtigen, daß das Management bei der Entwicklung seiner Kontrollstrategien auf möglichen Arbeiterwider-

stand Rücksicht nehmen muß und deshalb unter bestimmten Bedingungen die tayloristische Kontrolle aufgeben könne. Die dritte Welle kritisierte Braverman auf einer grundsätzlicheren Ebene und betonte insbesondere den widersprüchlichen Charakter des »Arbeitsprozesses«, und nicht allein seine rein antagonistische Dimension. Die Arbeitsorganisation wird gemeinsam geschaffen und ist zum Teil Resultat einer Auseinandersetzung zwischen Kapital und Arbeit; darüber hinaus vermischen sich mit der objektiven Seite auch ideologische Annahmen zum Beispiel in bezug auf die Familie. Diese dritte Welle hat, wie wir gesehen haben, wichtige neue Überlegungen in die »labor process«-Debatte eingebracht, zum Beispiel die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung, die Form des Anteils der Arbeiter an der Arbeitsorganisation und die Vielfalt sowie das Wesen der Managementstrategien.

Selbstverständlich sollten wir bei unserer Beurteilung, was Autoren wie Braverman vernachlässigen, nicht die Maßstäbe des orthodoxen Marxismus anlegen, aber wir müssen uns dennoch damit beschäftigen, wie sie ihre Hauptanliegen angehen. Ich habe in meinen Ausführungen insbesondere auf die Notwendigkeit hingewiesen, unser Verständnis des Taylorismus neu zu überdenken, und gleichzeitig vor der Gefahr gewarnt, aus der Diskussion nur einen Streit um Worte zu machen. Zweifellos werden in der Taylorismus-Debatte, angefangen bei Problemen der human relations, bestimmte Erscheinungen mit dem Taylorismus in Verbindung gebracht: sinnentleerte Tätigkeiten, die Tatsache, daß Menschen wie Maschinen behandelt und zu Automaten degradiert werden, und extreme Formen von Management-Herrschaft und Unterdrückung. Braverman-Kritiker verweisen zu Recht darauf, daß er die Praktiken des Management aus den Schriften der Managementtheoretiker herleitet. Aber unsere Kritik muß sich auch auf die Lesart von Taylor erstrecken, denn Taylors eigene Erkenntnisse über die Probleme von Kooperation, Zustimmung, Legitimierung und gemeinsames Verständnis sowie über die Bedeutung der Arbeit sind durchaus bedeutungsvoll. In letzter Instanz griff Taylor auf die Autorität der Wissenschaft zurück, um sowohl seine eigenen Vorstellungen als auch die Rolle des Management zu legitimieren, und in dieser Hinsicht war er ein Utopist. Statt von der Vorherrschaft und dem alles durchdringenden Wesen des Taylorismus auszugehen, könnte es also nützlicher sein, die inneren und äußeren Schranken, die der wissenschaftlichen Betriebsführung gesetzt sind, als Ausgangspunkt zu nehmen. Wenn wir bei unserer post-tayloristischen Analyse von Managementinitiativen und -theorien von diesem Zeitpunkt ausgehen, dürfen wir diese allerdings nicht als in sich nicht-tayloristisch betrachten, wie es Friedman nahelegt. Das Problem des Zusammenhangs von verschiedenen Formen von Managementpraktiken und verschiedenen Ebenen der Unternehmensführung ist in erster Linie ein soziologisches Problem und kein logisches.

Es ist klar, daß das Management keineswegs allwissend sein muß, um tayloristisch zu sein. Die wissenschaftliche Betriebsführung ist ein System von Überlegungen, die darauf gerichtet sind, Arbeit in spezialisierte Tätigkeiten aufzugliedern und vergeudete Arbeitskraft einzusparen mit Hilfe besserer Arbeitsorganisation, Arbeitsplatzgestaltung oder Automatisierung. Die aktive Beteiligung der Arbeiter an tayloristischen »Produktionsprozessen« ist dabei keineswegs ausgeschlossen, und das Vorhandensein von »stillschweigenden« Qualifikationen spiegelt die Schranken, die der Fähigkeit des Managements gesetzt sind, sämtliche Details der Produktionsprozesses im voraus zu planen. Aronowitz (1978) schrieb: »Selbst die erniedrigendste Arbeit beinhaltet beträchtliche geistige Aktivitäten. Ausführung ist auch eine Art von Planung, ebenso wie Planung gleichzeitig Ausführung ist.« Es liegt nahe — wie andere Autoren es getan haben —, den »Arbeitsprozeß« eher als »gemeinsam gestaltet« darzustellen (Cressey and McInnes 1980) und nicht als das Ergebnis von managerieller Willkür oder Ratio-

nalitätsüberlegungen. Aber Management und Arbeit sind ganz eindeutig keine gleichberechtigten Partner bei der Gestaltung des »Arbeitsprozesses«. Es geht also um die Frage, welche konkreten Gemeinsamkeiten durch die Organisation bestimmter »Arbeitsprozesse« hergestellt werden und um die Spannungen im Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit. Gegenwärtig laufende Experimente wie die »Qualitätszirkel« stellen begrenzte Gemeinsamkeiten im Kontext der beherrschenden Rolle des Managements dar, und das ist ein Gesichtspunkt, der näher untersucht werden sollte. Die Existenz solcher Pläne oder das Vorhandensein von speziellem Arbeiterwissen sind für sich noch kein Beweis dafür, daß dem Management ein Teil der Kontrolle entzogen wird, und sie sind auch keine Form von beginnender Arbeiterkontrolle oder industrieller Demokratie. Sie sind nur ein Versuch, die kooperative Struktur des »Arbeitsprozesses« zu nutzen und zu entwickeln.

Wir dürfen aber dabei von der erfolgreichen Implementierung solcher Mitteilungspläne noch nicht auf einen Konsens schließen, denn es handelt sich im günstigsten Falle um eine begrenzte Überschneidung der Interessen von Arbeiterschaft und Management. Wir müssen genau unterscheiden zwischen Kooperation, Zustimmung und Unterwerfung und uns von der Annahme allgegenwärtiger Konflikte und der Vorstellung einer inkorporierten Arbeiterklasse lösen. Das bedeutet natürlich, daß zahlreiche wichtige und umstrittene Probleme grundsätzlicher methodologischer Art bestehen bleiben. Ich nehme nicht in Anspruch, diese Probleme behandelt oder umrissen zu haben, aber der wiederholte Verweis auf zentrale Probleme trägt vielleicht dazu bei, daß wir uns von der vereinfachenden Vorstellung von Kontrolle hinsichtlich der Beziehungen zwischen Kapital und Arbeit freimachen können.

Die Betonung der widersprüchlichen sowie der antagonistischen Dimension dieser Beziehung soll zeigen, daß dieses Thema nicht nur wie ein einfaches Problem einer üblichen industriellen Aushandlung gehandhabt werden darf. Die Gefahr beim Übergang von der »zweiten« zur »dritten Welle« liegt darin, daß alles auf den Aspekt der Auseinandersetzung, des Kampfes reduziert wird. Bravermans eherne Gesetze werden abgelöst von dem Prinzip des permanenten Klassenkampfes bzw. Arbeitsplatzkonflikts und dem offenen Ausgang dieser täglich neuen Kämpfe. Aus dieser Sicht kann es keine Entwicklungstendenzen geben, denn das Hin und Her der Auseinandersetzungen macht den Ausgang des Kampfes um Qualifikation und Arbeitsplatzklassifizierung ungewiß. Ein Ausweg aus diesem Dilemma besteht darin, die zentrale Bedeutung der Technologie wieder anzuerkennen und ihre Entwicklung vom Taylorismus zu trennen, was die Bravermania gerade verhindern möchte. Hier liegt eine der Ironien der labor process-Debatte, daß sich nämlich der Kreis geschlossen hat und wir wieder da sind, wo die Diskussion begann: beim Problem des technologischen Determinismus. Darüber hinaus macht es die wichtige Rolle, die der Ideologie in der »dritten Welle« zukommt, notwendig, auch die Gegenseite des Konvergenz-Arguments zu prüfen: die kulturelle Entwicklung. Dabei müssen wir davon ausgehen, daß die Beschäftigung mit diesen Problemen im Lichte einiger der Fragen, die der »Arbeitsprozeß« aufwirft, und im Zusammenhang mit der Weiterentwicklung der von mir oben angesprochenen Bereiche zu wichtigen Erkenntnissen führen wird. Das bleibt natürlich noch zu beweisen, aber wenn das die Zukunft ist, dann hat die »labor process«-Debatte sich als durchaus fruchtbar erwiesen.

Und schließlich muß die Frage erlaubt sein, ob und wie die »labor process«-Debatte sich auf die Politik der Gewerkschaften, zum Beispiel ihre Technologiepolitik, auswirken kann. Erstens hat die Debatte Konsequenzen für das Selbstverständnis der Gewerkschaften und nicht nur für die Politiken, die sie entwickeln könnten oder sollten. Denn die Betonung der materiellen Basis für die Kooperation im »Arbeitsprozeß« und die Anwendung von Qualifikatio-

Und schließlich muß die Frage erlaubt sein, ob und wie die »labor process«-Debatte sich auf die Politik der Gewerkschaften, zum Beispiel ihre Technologiepolitik, auswirken kann. Erstens hat die Debatte Konsequenzen für das Selbstverständnis der Gewerkschaften und nicht nur für die Politiken, die sie entwickeln könnten oder sollten. Denn die Betonung der materiellen Basis für die Kooperation im »Arbeitsprozeß« und die Anwendung von Qualifikationen bedeutet erstens eine Abkehr von simplifizierenden ökonomistischen oder Inkorporations-Theorien der Gewerkschaften und zweitens die Überlegung, daß die Beurteilung neuer Entwicklungen in der Technologie oder der Managementpraktiken durch das Bravermansche Filter für bestimmte Gruppen von Arbeitern zwar durchaus attraktiv, aber vielleicht irreführend sein kann. Abgesehen davon könnte die bloße Betonung des Spielraums für Konflikte und von Alternativen der organisatorischen Struktur der Arbeit zu einer ebenso naiven Orientierung führen. Das impliziert unter anderem, daß wir der Tatsache ins Auge sehen, daß die Arbeiter wirklich in ihrer Arbeit einen Sinn sehen und von bestimmten manageriellen Initiativen einschließlich technologischer Innovationen durchaus profitieren können. Gewerkschafter können nicht von der Annahme eines umkämpften Terrains oder eines Kampfplatzes ausgehen — für die Gewerkschaftsbewegung geht es nicht darum, wer wieviel Terrain kontrolliert, sondern darum, wie dieses Terrain gestaltet wird und »wie Kämpfe um und innerhalb eines bestimmten Terrains das Terrain selbst verändern«, wie Adler (1985) es formuliert hat. Das bedeutet, daß wir — zumindest auf dem gegenwärtigen Stand der Theorie — nicht einfach von der »labor process«-Debatte auf ein Urteil über die neuen Technologien oder die neuen Initiativen zur Humanisierung der Arbeit schließen dürfen. Die »dritte Welle« beinhaltet, daß wir bei der (a priori) Einschätzung von Veränderungen in der Arbeitsorganisation weit vorsichtiger als bisher sein müssen. Konkret bedeutet das, daß es die zentrale Aufgabe der Gewerkschaften ist, die Diskussion über Initiativen des Managements in Gang zu setzen und geeignete Zielvorstellungen und Taktiken zu entwickeln. Darüber hinaus bietet sich vielleicht sogar Spielraum für positive Ansätze, auch wenn es in erster Linie um die Quantität und weniger um die Qualität der Arbeitsplätze geht, denn nach Kelly (1983: 19) eröffnet die Ablehnung zahlreicher herkömmlicher Annahmen über die Prozesse der Arbeitsplatzneugestaltung »einen gewissen politischen Spielraum in bezug auf das Problem der Arbeitsorganisation, indem es sie von den Fesseln einer ihrer Natur nach kapitalistischen, gegen die Arbeiterklasse gerichteten Praxis befreit.« In diesem Sinne ist das Problem von großer Bedeutung für die Struktur der Gewerkschaften und ihr spezifisches Verhältnis zur Arbeitssituation in der Werkhalle oder im Büro, und das schließt Kooperation ebenso ein wie Kampf.

Literatur

- Adler, (1985) *Technology and the Future of the Firm: A Schumpeterian Research Agenda*, mimeo, Stanford: Stanford University, Dept. of Industrial Engineering and Engineering Management.
- Armstrong, P. (1984) *Competition between Organisational Professions and the Evolution of Management Control Strategies*, in: K. Thompson, (ed.) *Perspectives on Work*, pp. 97-120.
- Aronowitz, S. (1978) ... *Insurgent Sociologist*.
- Batstone, E. (1984) *In Working Order*, Oxford.
- Beechey, V. (1982) *The Sexual Division of Labour and the Labour Process*, in S. Wood, (ed.) *The Degradation of Work?*, London, pp. 54-73.
- Braverman, H. (1974), *Labor and Monopoly Capitalism*, New York and London; dtshc: Die Arbeit im modernen Produktionsprozeß, Frankfurt 1977.
- Brown, R. (1984) *Work: Past, Present and Future*, in: K. Thompson, (ed.) *Perspectives on Work*, pp. 261-75.
- Cockburn, C. (1983) *Brothers*, London.
- Cockburn, C. (1986) *Women and Technology: Opportunity is not Enough*, in: K. Purcell, S. Wood, S. Allen, A. Waton, (ed.) *The Changing Experience of Work*, London.
- Craig, C., Rubery, J., Tarling, R. and Wilkinson, F. (1982) *Labour Market Structure, Industrial Organisation and Low Pay*, Cambridge.
- Cressey, P. and MacInnes, J. (1980) »Voting for Ford: Industrial Democracy and the Control of Labour«, *Capital and Class*, Vol. 11, pp. 5-33.
- Dohse, K., Jürgens, U., and Malsch, T. (1984), *From »Fordism« to »Toyotism«? The Social Organization of the Labour Process in the Japanese Automobile Industry*, West Berlin: Wissenschaftszentrum, IIVG.
- Edwards, R. (1979) *Contested Terrain*, London; dtshc.: Herrschaft im modernen Produktionsprozeß, Frankfurt 1981.
- Elger, A. (1982) »Braverman, Capital Accumulation and Deskilling«, in: S. Wood (ed.), *The Degradation of Work?*, London: pp 23-45.
- Friedman, A. (1977) *Industry and Labour*, London.
- Friedman, A. (1977a) »Responsible Autonomy versus Direct Control over the Labour Process«, *Capital and Class*, No. 1, Spring, pp. 43-57.
- Heckscher, C. (1980) »Worker Participation and Management Control«, *Journal of Social Reconstruction*, Vol. 1, No. 1, pp 77-102.
- Galjaard, J.H. (1982), *A Technology Based Nation*, Delft: Interuniversity Institute of Management.
- Guest, R.H. (1983), »Organizational Democracy and the Quality of Work: The Man on the Assembly Lines«, in: C. Crouch and F.A. Heller (eds.), *International Yearbook of Organizational Democracy*, New York: pp. 139-154.
- Income Data Services* (1981) *Productivity Improvement*, Study 245, London: IDS.
- Jones, B. and Wood, S. (1984), »Qualifications tacites, division du travail et nouvelles technologies«, *Sociologie du Travail*, Vol. 26, No. 2, pp. 407-421.
- Kamata, S. (1982) *Japan on the Passing Line*, London.
- Kelly, J. (1982), *Scientific Management, Job Redesign, and Work Performance*, London.
- Kelly, J. (1985) »Management's Redesign of Work: Labour Process, Labour Markets, and Product Markets«, in: D. Knights, H. Willmott, and D. Collinson (eds.), *Job Redesign: Organization and Control of the Labour Process*, Aldershot, pp. 30-51.
- Kelly, J. and Wood, S. (1984) *Le Taylorisme en Grande-Bretagne*, in M. de Montmollin, and O. Pastré, *Le Taylorisme*, Paris, pp. 257-272.
- Kusterer, K. (1978) *Know How on the Job*, New York.
- Lazonick, W.H. (1983) »Technological Change and the Control of Work: The Development of Capital-Labour Relations in US Manufacturing Industry«, in H.F. Gospel and C.R. Littler, (eds.), *Managerial Strategies and Industrial Relations*, London: pp. 111-136.
- Lee, D. (1982) »Beyond Deskilling: Skill, craft and class«, in S. Wood (ed.), *The Degradation of Work?*, London: pp. 146-162.

- Littler, C. (1982) *Power and Ideology in Work Organizations: Britain and Japan*, course 207, Block 3, study section 22, Open University, Milton Keynes: Open University.
- Littler, C. and Salaman, G. (1982) »Bravermania and Beyond — Recent Theories of the Labour Process«, *Sociology*, Vol. 16, No. 2, pp. 244-252.
- Malsch, T., Dohse, K., Jürgens, U. (1984) *Industrial Robots in the Automobile Industry. A Leap Towards »Automated Fordism«?*, West Berlin: Wissenschaftszentrum, IVG.
- Manwaring, T. and Wood, S. (1985) »The Ghost in the Labour Process«, in D. Knights, H. Willmott and D. Collinson (eds.), *Job Redesign: Organization and Control of the Labour Process*, Aldershot.
- More, C. (1982) »Skill and the Survival of Apprenticeship«, in S. Wood (ed.), *The Degradation of Work?*, London: pp. 109-121.
- Noble, D. (1977) *America by Design*, New York.
- Peccei, R. and Guest, D. (1984) »Evaluating the Introduction of New Technology: the case of Word Processors in British Rail«, in M. Warner, *New Technology*, Aldershot: pp. 84-110.
- Penn, R. (1982) »Skilled Manual Worked in the Labour Process, 1856-64«, in S. Wood (ed.), *The Degradation of Work*, London: pp. 90-108.
- Phillips, A. and Taylor, B. (1980), »Sex and Society«, *Feminist Review*, No. 6, pp. 79-88.
- Piore, M. and Sabel, C. (1984) *The second Industrial Divide*, New York; dttsch.: *Das Ende der Massenproduktion*, Berlin 1985.
- Ramsey, H. (1977) »Participation: the Pattern and its significances«, in T. Nichols (ed.), *Capital and Labour*, London: pp. 381-394.
- Ramsey, H. (1983) »Evolution of Cycle?, Worker Participation in the 1970s and 1980s«, in C. Crouch and F.A. Heller (eds.), *International Yearbook of Organizational Democracy*, New York: pp 203-226.
- Roberts, C. and Wood, S. (1982) »Collective Bargaining and Job Redesign«, in: J. Kelly and C.W. Clegg (eds.), *Autonomy and Control at the Workplace: Contexts for Job Redesign*, London
- Turner, H.A. (1962) *Trade Union Growth, Structure, and Policy*, London.
- Webster, J. (1986) »New Technology and the Secretarial Labour Process«, in K. Purcell, S. Wood, S. Allen, A. Waton (eds.), *The Changing Experience of Work*, London.
- White, M. and Trevor, M. (1983) *Under Japanese Management*, London.
- Wilkinson, B. (1983) *The Shopfloor Politics of Technology*, London.
- Wood, S. (1982) »Introduction«, in S. Wood (ed.), *The Degradation of Work?*, London: pp. 11-22.
- Wood, S. (1985) »Work Organization«, in G. Salaman, and R. Deem (ed.), *Work and Society*, Milton Keynes, Open University Press.
- Wood, S. (1985a), »Recruitment and the Recession«, *British Journal of Industrial Relations*, Vol. XXVIII, No. 3.
- Wood, S. and Kelly, J. (1982) »Taylorism, Responsible Autonomy and Management Strategy«, in S. Wood (ed.), *The Degradation of Work?*

Knuth Dohse Konzern, Kontrolle, Arbeitsprozeß Überlegungen zum Verhältnis von Konzernzentralen und Konzernbetrieben*

Die nachfolgenden Überlegungen entspringen einem international vergleichenden Projekt über Veränderungen der Organisation von Arbeit in der westlichen Automobilindustrie.** Das Hauptaugenmerk liegt dabei auf der Betriebsebene. Die Betriebe haben wir jedoch so ausgewählt, daß — gleichsam von unten gesehen — laufend Konzernhandlungen in das Blickfeld geraten. Konzerne beobachten wir damit indirekt von der Wirkungsseite in den Betrieben her. Obwohl so Konzernstrukturen und Konzernstrategien nicht den unmittelbaren Untersuchungsgegenstand darstellen, ist die Bedeutung des Konzernzusammenhangs für uns ein unübersehbarer Einflußfaktor, dessen Bedeutung in der Theoriebildung bisher nur unzureichend thematisiert wird. Im folgenden sollen dazu — in Form von Thesen — eher vorläufige Aussagen versucht werden. Es geht dabei stärker um die Anregung einiger theoretischer Gesichtspunkte als um die Darlegung einer geschlossenen Theorie oder um die Aufbereitung empirischen Materials. Empirie wird durchweg nur illustrativ verwendet. Gleichzeitig ist das Theorieblickfeld durch den Empiriebereich vorstrukturiert: Es geht bei uns um Betriebe von multinationalen Weltkonzernen; mit Schwerpunkt auf General Motors und Ford sogar um die weltgrößten Beschäftiger von Arbeitskraft. Leitfragestellung ist im folgenden, in welchem Maße, in welcher Form und mit welchen Mitteln Konzerne den industriellen Arbeits- und Produktionsprozeß in Konzernbetrieben beeinflussen. Zu dieser Fragestellung gibt es so gut wie keine Literatur.

Im folgenden will ich zunächst einige Anregungen beleuchten, die sich aus der Diskussion multinationaler Konzerne und aus der neueren Managementsoziologie ergeben. Im Anschluß daran werden einige Thesen über den Zusammenhang von Konzern, Kontrolle und Arbeitsprozeß dargelegt und Fragen gewerkschaftlicher Politik gegenüber multinationalen Konzernen aufgeworfen.

Multinationale Konzerne, Managementsoziologie und Industriesoziologie

a) Multi-Theorie

Die Diskussion über multinationale Konzerne beschäftigt sich weitgehend mit dem Verhältnis von international operierenden Unternehmen zu nationalstaatlichen Regelungen (Frage des Souveränitätsverlustes nationaler Politik), mit Monopolfragestellungen (Frage des Funk-

* Überarbeiteter Vortrag, gehalten auf der Frühjahrstagung der Sektion Industrie- und Betriebssoziologie des Soziologenverbandes, Mai 1985 in Berlin.

** Das Projekt wird von der DFG gefördert. Projektmitarbeiter am Wissenschaftszentrum Berlin sind: Knuth Dohse, Ulrich Jürgens und Thomas Malsch. Zum Zusammenhang von Konzernen und Arbeitsprozeß vgl. Dohse/Jürgens/Malsch 1985.

tionsverlustes von Marktregelungen) und mit entwicklungstheoretischen Fragestellungen (Frage der neuen internationalen Arbeitsteilung durch Globalisierung von Standortentscheidungen).

Die wenigen Untersuchungen, die sich mit Entscheidungsstrukturen in multinationalen Konzernen befassen, haben hauptsächlich die Frage der Zentralisierung und Dezentralisierung in den Mittelpunkt ihrer Aufmerksamkeit gerückt (vgl. Otterbeck 1981). Herausgearbeitet wird zumeist ein »strategisches Kontrolldilemma« (vgl. Prahalad/Doz 1981). Dies wird weitgehend wie folgt bestimmt: Multinationale Konzerne haben erhebliche Rationalisierungsvorteile durch die Möglichkeit der globalen Integration des Konzernzusammenhangs. Gleichzeitig aber müssen Konzerne für variierende lokale Umweltbedingungen flexibel und anpassungsfähig bleiben. Auf die Bestimmung des Arbeitsprozesses in Betrieben multinationaler Konzerne aber gehen auch diese Untersuchungen nicht ein.

Am nächsten an Fragen des Arbeitsprozesses kommen Untersuchungen heran, die sich mit dem Zusammenhang von multinationalen Konzernen und national orientierten industriellen Beziehungen befassen. Dabei steht ebenfalls die Frage der Zentralisierung und Dezentralisierung von Entscheidungsstrukturen im Mittelpunkt, insbesondere das Problem der Entkopplung von Verhandlungsstrukturen und Entscheidungsstrukturen:

Die kontroverse Debatte (vgl. z.B. Banks/Stieber 1977; Flanagan/Weber 1974; Kujawa 1980) konvergiert in zwei Punkten:

1. Darin, daß in multinationalen Konzernen durch Investitions- und Standortentscheidungen wesentliche Parameter auf einer zentralisierten Entscheidungsebene gesetzt werden, die für die nationalen Verhandlungsstrukturen nicht zugänglich sind.
2. Darin, daß die multinationalen Konzerne in dem engeren Bereich der industriellen Beziehungen (d.h. in Lohnfragen, Personalpolitik etc.) die Entscheidungsautonomie auf die jeweiligen nationalen Töchter dezentralisieren müssen. Denn zentrale Direktiven in diesem Bereich sind zu unsensibel gegenüber den differenzierten Strukturen, Politikprozessen und Praktiken industrieller Beziehungen. Zentralisierte Anweisungsstrukturen können hier geradezu kontraproduktiv sein und das Konfliktniveau erhöhen.

Daß Aussagen über die Gestaltung des Arbeitsprozesses fast vollständig in diesen Diskussionen fehlen, läßt sich als unausgesprochene Nullhypothese interpretieren: Es gibt keinen Zusammenhang zwischen der betrieblichen Gestaltung des Arbeitsprozesses und der Konzernbindung von Betrieben; wenn schon über industrielle Beziehungen dezentral entschieden wird, dann erst recht über die Gestaltung des Arbeitsprozesses.

Nach unseren bisherigen Erfahrungen läßt sich diese Hypothese so nicht halten; übrigens ebenso wenig, wie die plakative Gegenthese einer zentralen Konzernkontrolle über die betrieblichen Arbeitsprozesse.

b) Managementsoziologie

Auch die Managementsoziologie hat über die innere Funktionsweise von Konzernen nur wenig allgemeines Wissen bereitgestellt. Die Frage der Bestimmung des Arbeitsprozesses spielt so gut wie keine Rolle. Nach Durchforstung der Managementliteratur hält Mintzberg 1973 fest: »Obwohl eine enorme Menge an Material über die Arbeit von Managern veröffentlicht wurde, wissen wir weiterhin sehr wenig darüber.« (Mintzberg 1973, S. 7). 1980 pflicht ihm Stout nach einem ähnlichen Literaturdurchgang bei: »Wir verstehen immer noch nicht ganz, was Manager eigentlich machen.« (Stout 1980a, S. 54).

Dieser geringe Kenntnisstand liegt an einer weitgehend normativen Managementliteratur mit einer rein instrumentellen Konzeption von Organisationen. Danach setzt das zentrale Management die Unternehmensziele, sorgt über hierarchische bürokratische Anweisungsstrukturen für deren Implementation, die ihrerseits zentralen Kontrollen unterworfen sind. Dieses Managementmodell füllt in vielen Untervarianten die Testbücher der Managementliteratur.

Neuere, eher empirisch orientierte Managementsoziologie hat diese Grundannahmen bisweilen radikal in Frage gestellt. Da das instrumentelle Managementbild noch immer vorherrschend ist, und auch für kritische Sozialwissenschaften erhebliche Attraktivität hat, kann diese neuere Managementsoziologie wichtige Warnsignale gegenüber vorschnellen Simplifizierungen von Managementhandlungen setzen. Daher will ich einige wesentliche Aussagen dieser Theorierichtung herausgreifen:

- Basierend auf Überlegungen von Cyert, Simon und March wird die Prämisse eindeutiger, zentraler Zielsetzungen in Frage gestellt. Zielbildung wird demgegenüber als konfliktreicher Prozeß konzipiert, der nie völlig abgeschlossen ist und nie zu eindeutigen, widerspruchsfreien — nur auszuführenden — Zielsetzungen führt. Die Zentrale ist laufend auf Informationen und Einschätzungen aus unteren Managementbereichen angewiesen, so daß Zielbestimmung ein interdependenter Prozeß ist, wenigstens nicht nur an der Unternehmensspitze erfolgt. Daher konzipieren Autoren wie Pfeffer schon die Zielbestimmung als organisationspolitischen Prozeß, der offen ist für Koalitionsbildungen (vgl. Pfeffer 1978). Dieses generelle Zielbildungsproblem verschärft sich bei turbulenten Umweltbedingungen, die in Planungssystemen nicht eingefangen werden können und Zielflexibilität erfordern.
- Verbunden damit wird die instrumentelle Sichtweise angezweifelt. Reines Ausführungshandeln kann geradezu die Unternehmensziele verschieben (goal displacement), Innovativität beschränken und die Reagibilität gegenüber unvorhergesehenen Ereignissen verhindern. Wenn Ziele nicht unzweideutig sind, können überdies strikte Ausführungskontrollen nicht greifen.
- Weiterhin wird die Annahme der kompletten Information der Unternehmensspitze in Frage gestellt. Charakteristisch sei demgegenüber die Situation von Unsicherheit, von unkalkulierbaren Umweltprozessen, die durch noch so raffinierte Informationssysteme nicht in Sicherheit überführt werden können. Autoren wie Stout verweisen darauf, daß eine Überkontrolle von Organisationen geradezu gefährlich sein kann. Kontrollstrukturen suggerieren Sicherheit, wo das Management von Unsicherheit gefragt ist. Je größer Organisationen werden, desto unübersichtlicher wird auch die Vielzahl der zu bearbeitenden Unsicherheitsfaktoren, desto eher müssen Organisationen dezentralisieren.
- Die — laufend herausgestellten — zentralen Kontrollstrategien von »Rechnungsführung und Budgetierung« sind nach Stout »in hohem Maße politisch und subjektiv« (Stout 1980b, S. XV). »Die Effektivität traditioneller Rechnungsführung liegt nicht in der Präzision der Information für das Management zur Profitmaximierung oder irgendein anderes unternehmerisches Ziel, sondern in ihrem autoritativen Charakter.« (1980b, S. XVI).
- Die Tatsache, daß sich die klassische Theorie des Managements so hartnäckig hält, erklären Autoren wie Stout und Pfeffer aus einer wichtigen symbolischen Funktion dieses Konzepts:

- Die rationalistische Sicht des Managements ist erforderlich, um die Kooperativität der Organisationsmitglieder zu sichern.
 - Sie erfüllt wichtige ideologische Außenfunktionen.
 - Sie erlaubt Personalisierung von unternehmerischen Fehlentwicklungen ohne die Organisationsstruktur insgesamt in Frage zu stellen. (scape goating).
- Die Kontrollstrategie wird am ehesten für die Produktionsfunktion akzeptiert, solange es gelingt, den »technical core« gegen Umweltturbulenzen abzupuffern. In dem Maße, wie die Turbulenzen zunehmen, die Massenproduktion in die Krise gerät oder die Puffer reduziert werden, wird in dieser Sicht auch hier Kontrolle problematisch (vgl. Skinner 1978).

c) *Industriesoziologie*

Selbst wenn neuere Managementsoziologie in der Kritik an der klassischen Managementtheorie ihrerseits die Gegenpositionen überzieht, so enthält sie doch wichtige Anregungen für Industriesoziologie. Ich will drei herausgreifen:

- a) Die industriesoziologische Kontrolldiskussion ist weitgehend bezogen auf die Rolle der Beschäftigten. Die Unvollständigkeit des Arbeitsvertrages, Eigeninteressen der Arbeitnehmer etc. werden als Argumente angeführt für eine Kontroll-Lücke bzw. eine Ungewissenszone, auf die sich dann entsprechende Managementstrategien richten. Exemplarisch dafür steht etwa die Abfolge von Kontrollformen bei Edwards (1979). Unterstellt wird vielfach, daß der Rest der Organisation kontrolliert funktioniert. Allenfalls auf unteren Managementebenen, etwa Vorarbeiter und Meister, wird noch eine Analogie zu den restlichen »Arbeitnehmern« zugelassen, wenn hier Koalitionsbildung mit Produktionsarbeitern diskutiert wird. Aber der Arbeitsvertrag des Managementpersonals ist insgesamt so unvollständig, wie der der »Arbeitnehmer«. Daß das Managementpersonal in Organisationsziele eingebunden ist, wird zumeist bürokratiethoretisch erklärt. Es werden bürokratische Rollen definiert, deren Wahrnehmung durch die Regulierung der Aufstiegsprozesse, der Belohnungsstrukturen etc. gewährleistet werden. Gegen diese Sichtweise hat die neuere Managementsoziologie zahlreiche Argumente ins Feld geführt.
- Wenn das Zielsystem unklar formuliert ist, wenigstens nicht von oben vorgegeben wird, sondern im Prozeß entwickelt wird, dann gibt es keinen eindeutigen Bezugspunkt für diese Rollendefinition.
 - Strikte Regelbefolgung kann zur Zielumleitung führen und kontraproduktive Effekte haben.
 - Bürokratische Kontrollen können das Innovations- und Flexibilitätspotential durch Überanpassung und geringe Risikobereitschaft behindern.
- Alles in allem ist es erforderlich, die Theorie der Unbestimmtheit von Arbeitnehmerhandeln in eine breitere Theorie zu integrieren, die andere analoge Unbestimmtheitsmomente aufnimmt. Problematisch für die Organisation sind nicht nur die Arbeitnehmer, problematisch sind in unterschiedlichem Ausmaß alle Organisationsmitglieder.
- b) Auch der industriesoziologische Rekurs auf das Verwertungsmotiv ist bislang wenig differenziert. Da das Motiv immer stimmt, trägt es auch wenig aus. Sicher ist ein Unternehmen wie General Motors motiviert, mit möglichst wenig Inputkosten möglichst hohe Outputerlöse zu erzielen. Aber sobald man das Motiv in Einzelkomponenten zerlegt,

verliert sich die Eindeutigkeit und Klarheit, eröffnet sich das Verwertungsmotiv für kontroverse Debatten. Ist kurzfristige Profitmaximierung langfristig kontraproduktiv? Soll Output notfalls auf Kosten von Produktqualität gehen oder verliert man dann über kurz oder lang Absatzmärkte? Darf man die Beziehungen zu den Gewerkschaften gefährden, darf man Standortverlagerungen durchführen oder hat eine solche Strategie Rückwirkung auf Käuferpräferenzen, Staatsaufträge etc.?

- c) Schließlich fehlt auch weitgehend ein Problembewußtsein von Kontrollmythen, der symbolischen Seite von Kontrolle. Gerade kritische Sozialwissenschaften akzeptieren vielfach ungefragt die propagierten Kontrollansprüche des Managements und versehen sie bloß mit negativ wertendem Vorzeichen. Hier gibt es seit Jahren eine Koalition im Diskurs zwischen Sozialwissenschaften und Managementansprüchen. Solche Kontrollmythen erschweren natürlich Empirie, weil man weniger an Aussagen für bare Münze nehmen darf.

Konzern, Kontrolle, Arbeitsprozeß

Im folgenden sollen einige Thesen über den Zusammenhang von Konzern, Kontrolle und Arbeitsprozeß dargestellt werden. Dabei kann ich die Aussagen der neueren Managementsoziologie nicht vollständig integrieren. Sie sollen dennoch — gleichsam vor der Klammer — stehenbleiben, um reflektierende Warnzeichen gegen eine Übernahme von »Kontrollmythologie« zu setzen.

1) *Die Ausgangsthese ist, daß sich die Umweltbedingungen für den Organisationstyp »Konzernbetrieb« spezifisch von dem anderer Betriebe unterscheiden.*

Konzernbetriebe haben andere Überlebensbedingungen als Betriebe, deren Existenz direkt über den Markt rückgekoppelt ist. Je nach allgemeiner Finanzlage der Konzerne können aus übergreifenden strategischen Gesichtspunkten (Wahrung von Präsenz, Sicherung längerfristiger Perspektiven) auch solche Betriebe oder Konzernteile gehalten werden, die am Markt schon längst gescheitert wären. Ohne Anbindung an General Motors wären etwa Vauxhall in Großbritannien oder GM-Mexico schon längst von der Bildfläche verschwunden. Umgekehrt können erfolgreiche Betriebe oder Konzernteile nicht frei über die erwirtschafteten Ressourcen verfügen. Diese Entscheidung über die Ressourcenverwendung fällt auf höherer Konzernebene. Ford of Europe etwa mußte jahrelang die notleidende amerikanische Mutter unterstützen. Mit Investitionsentscheidungen werden aus Sicht von Konzernbetrieben wesentliche Parameter von außen gesetzt. Die Kriterien sind von den Betrieben nicht voll kalkulierbar.

2) *Die Marktentkopplung ihrer Betriebe stellt für Konzerne ein organisatorisches Problem dar und erzeugt Motive, die Betriebe kompensierenden Kontrollsystemen zu unterstellen.*

Mit dem Marktregulativ entfällt zunächst auch ein Hindernisgrund dafür, daß sich in Betrieben »unproduktive Interessenkoalitionen« bilden, die auch die Grenzlinie zwischen Management und Belegschaft überschreiten können. Solche »grenzüberschreitenden« Koalitionen sind in der Literatur hauptsächlich für untere Managementbereiche bekannt. In unserer Studie haben wir einen breiteren Ansatzpunkt für solche Koalitionen entdeckt. In der britischen Tochter des Konzerns A ist in den letzten Jah-

ren die Effizienz so enorm erhöht worden, daß die vormalig viel besseren kontinentaleuropäischen Werte erreicht wurden. Mit kaum verhohlener Sympathie steht fast das gesamte britische Management von A den Forderungen der Arbeitnehmer gegenüber, dafür jetzt auch zu den rund 30 % höheren bundesrepublikanischen Löhnen kompensiert zu werden. Denn auch das Management erhält Gehälter, welche diejenigen ihrer westdeutschen Kollegen, mit denen sie laufend zu tun haben, deutlich unterschreiten.

Beobachtbar auf Betriebsebene sind auch vielfältige Status-quo-Koalitionen gegenüber neuen Organisationskonzepten. So findet sich etwa gegen neue Formen der Sozialbeziehungen nicht nur Opposition von der Arbeitnehmerseite, sondern auch innerhalb des Managements.

3) *Größenwachstum, Diversifizierung und Internationalisierung führen die Konzerne in ein organisatorisches Dilemma.*

Einerseits wachsen das analytische Potential der zentralen Konzernstäbe sowie die Rationalisierungspotentiale durch systematische, globale Konzernintegration; andererseits steigt gleichzeitig die Komplexität des Gesamtsystems, erhöht sich die Fehlerwahrscheinlichkeit von Interventionen der Konzernspitze, potenzieren sich Sonderbedingungen, in denen die einzelnen Konzernbetriebe operieren.

Die Großkonzerne der Automobilindustrie haben dieses Problem durch eine begrenzte Dezentralisierung gelöst. Sie bilden »divisions«, d.h. Subkonzerne, welche die Kontrolle der Betriebe übernehmen und eine Zwischenebene darstellen zwischen der Konzernleitung und der operativen Ebene. Bei internationalen Konzernen kommt es nach Gründung von Konzernöchtern zur Entwicklung weltregionaler Subkonzerne mit »Enkelbildung«.

Opel etwa koordiniert für General Motors weitgehend die Montage- und Komponentenerwerke in Europa. Das britische Vauxhall wurde von einer »Konzerntochter« zu einer »Konzernenkelin«, an die Opel-Tochter von GM angebunden. Ford of Europe koordiniert europaweit die Konzernaktivitäten. Britische und deutsche Montagewerke etwa unterstehen unmittelbar dem Manufacturing-Bereich von Ford of Europe. Die nationalen Unternehmen Ford-Werke AG in der Bundesrepublik und Ford U.K. haben keine Autorität über die Fertigungsbetriebe von Ford of Europe. Sie existieren nur aus aktienrechtlichen Gründen, wickeln die Verhandlungen mit den Gewerkschaften ab und sind ansonsten reine Verkaufsorganisationen.

4) *Kontrollfordernisse gegenüber Betrieben bei hoher Systemkomplexität führen zunächst dazu, daß die Konzerne ergebnisbezogene Kontrollsysteme, wie etwa das Profit-Center-Prinzip, einführen, welche Marktmechanismen simulieren. Solche Systeme reichen allerdings nicht aus.* Das Profit-Center-Prinzip gliedert das Unternehmen in weitgehend selbständige Einheiten, eben die Profit-Center, die weitgehend nur am Ergebnis gemessen werden, nicht jedoch an den einzelnen Verfahren, es zu erreichen. Die Einzelgliederungen gestalten etwa ihre Zulieferbeziehungen unabhängig von der Konzernzugehörigkeit der Lieferfirmen nach eigenen betriebswirtschaftlichen Kriterien oder optimieren den Personaleinsatz innerhalb des betrieblichen Zielkatalogs selbständig. Sie erhalten vielfach bestimmte Zielvorgaben für die Gewinne, müssen auf jeden Fall die Gewinne in zentral definiertem Maße an die Konzernmutter abführen.

Profit-Center-Prinzipien weisen jedoch eine ganze Reihe von Schwächen auf:

— in dem Maße, wie die Konzernteile miteinander vernetzt sind, hängt die Profitabilität von — vielfach ausgehandelten — konzerninternen Verrechnungspreisen ab.

— Profitabilität wird beeinflusst durch Faktoren, die außerhalb der Kontrolle der jeweiligen Profit Centers liegen (etwa konzerninterne Marktaufteilungen).

Wenn das Ford-Hauptquartier in den USA etwa — wie kürzlich geschehen — aus übergeordneten Gründen beschließt, den skandinavischen Markt mit Escorts aus Brasilien zu beliefern, dann hat das direkte Auswirkungen auf den Standort Saarlouis, der bisher diesen Markt bediente. Saarlouis wäre dann in seiner Profitabilität beschränkt, ohne daß der Betrieb hätte Einfluß nehmen können.

— Schließlich kann Profitabilität eine geringe Effizienz verdecken.

Die britische Ford-Tochter war zwar in den 70er Jahren hochprofitabel, aber ineffizient. Zur Produktion eines Automobils wurden selbst bei ähnlichen technischen Bedingungen viel mehr Arbeitnehmer benötigt als in der Bundesrepublik. Profitabel war Ford in England trotzdem, weil viel geringere Löhne gezahlt und für ein Auto viel höhere Preise erzielt wurden als auf dem Kontinent. Verstärkt seit Anfang der 80er Jahre sah Ford of Europe hier ein nicht realisiertes Rationalisierungspotential: Nämlich in Großbritannien kontinentaleuropäische Effizienzwerte zu erreichen zu britischen Lohnsätzen. Die britische Tochter hätte diesen hochkonfliktiven Weg allein nicht unbedingt beschritten.

5) *Konzerne sind daher zusätzlich auf Systeme von Input-Kontrollen angewiesen.*

Zu diesem Zweck wurden zwei Regulierungssysteme entwickelt. Das erste besteht in einem allgemeinen, von der Zentrale ausgehenden Rationalisierungsdruck, der über Budgetierungssysteme gesteuert ist. Alle Betriebe, die wir besucht haben, erhielten von der Divisionszentrale mehr oder weniger pauschale Rationalisierungsziele, meist ausgedrückt in prozentualen Einsparungen nach Budgettitel. Betriebe, die dies nicht erreichen, stehen unter Rechtfertigungsdruck nach oben. Beobachtbar sind auf Betriebsebene jedoch auch Tricks, durch Budgetumwidmungen die Ziele bloß formal zu erfüllen. Die Konzerne haben zum zweiten spezifischere Inputkontrollen entwickelt. Im Bereich des Arbeitsprozesses steht besonders die Zeitwirtschaft im Mittelpunkt. Hier sind vielfältige Ansätze beobachtbar, über Betriebs- und Ländergrenzen hinweg standardisierte Zeitvorgaben zu entwickeln: In Konzern B werden in Europa die sogenannten Standardzeiten durch die Industrial-Engineering-Stäbe für bestimmte Modelle zentral kalkuliert. Diese Daten stellen die Summe der Zeiten aller Tätigkeitselemente dar, die an einem Modell bei gegebener Technologie anfallen. Sie werden aus Erfahrungen mit bisherigen Fertigungsverfahren und entsprechend immer wieder überarbeiteten unternehmensinternen Datensätzen gewonnen. Die Datengewinnung nehmen die Konzerne bei entsprechend internationalisierter Produktion teilweise in mehreren Kontinenten vor. So merkt der Industrial-Engineering-Experte des neugegründeten Motorenwerks von GM in Österreich, Haas, in einem Vortrag 1983 an, daß die ihnen vorgegebenen Daten bereits sehr genau seien, »da uns für diese Vorgabe umfangreiche Vergleichsmöglichkeiten bestehender Werke — weltweit — zur Verfügung stehen« (Haas 1983, S.153). Für betriebliche Sonderbedingungen (Technologie, Sicherheitsvorschriften etc.) werden entsprechende Zu- oder Abschläge berechnet.

Die Betriebe erhalten dann für ihre einzelnen Produktionsbereiche diese Standardzeiten als »Kredit«. Damit wird dem Betrieb ein bestimmtes Arbeitszeitbudget eingeräumt, d.h. eine bestimmte Outputmenge mit einer bestimmten Menge Arbeitszeit und damit — entsprechend umgerechnet — einer definierten Personalmenge zu produzieren. Für die »indirek-

ten« Arbeiten, die nicht der strikten Zeiterfassung unterliegen, wie etwa der Instandhaltung, werden andere — eher summarische — Kreditierungssysteme entwickelt. Wird dann das Verhältnis der tatsächlich im Produktionsprozess verbrauchten Zeiten zu den kreditierten Standardzeiten kalkuliert. Abweichungen in den Off-Standards bzw. in den Effizienzwerten von dem üblichen Niveau lösen unmittelbar Rechtfertigungsdruck aus.

6) *Selbst bei Anwendung ähnlicher Systeme greifen solche zwischenbetrieblichen Inputkontrollen nur in dem Maße, wie sachliche Produktionsbedingungen ähnlich sind. Diese Vergleichbarkeitsfrage stellt für die Konzernzentralen ein erhebliches organisatorisches Problem dar.*

Nicht nur die Arbeitnehmer, auch das betriebliche Management, das unter Rechtfertigungsdruck von oben steht, mobilisiert lieber sachliche Gründe, als zuzugestehen, daß es arbeitspolitische Durchsetzungsprobleme gibt. Die Konzerne haben so zwar Vergleichsparameter hinsichtlich der Arbeitseffizienz (Verhältnis von zentral kreditierter Zeit zu tatsächlich genutzter Zeit) entwickelt. Vielfältige und häufig nicht im einzelnen durchschaubare betriebliche Sonderbedingungen haben solche Effizienzparameter in der Vergangenheit jedoch häufig entwertet. Sonderbedingungen liegen etwa im unterschiedlichen Layout, unterschiedlicher Variantenmischung etc. In den letzten Jahren hat sich aufgrund der verschärften Weltmarktkonkurrenz nicht nur der Effizienzdruck erhöht, die Konzerne haben auch in einigen Bereichen die Bedingungen für Vergleichbarkeit von Betrieben gesteigert. Dies ist ein wichtiger (Neben-) Effekt der Einführung identischer Produkte und identischer Prozesstechnologie. Das Weltautomobilkonzept der Konzerne ist zwar auf große Schwierigkeiten gestoßen, in Europa aber ist der Trend zum »Euroautomobil« ungebrochen. Dadurch sind besonders die britischen Betriebe unter verstärktem Effizienzdruck geraten. Denn Abweichungen nach unten auf den Parametern werden den Betrieben als Effizienzdruck vorgehalten.

Bei der britischen Konzerntochter A gibt es für die Effizienzvergleiche die stehende Redewendung »like for like comparison«. Es werden laufend ähnliche Produktionsabschnitte in den aufgewandten Zeiten verglichen oder mit den Worten eines Managers: »Innerhalb dieser Wagenfamilie vergleichen wir unsere Daten mit jedem Betrieb in der Welt, nicht nur mit deutschen, sondern auch mit Betrieben in Australien und in den USA.« Die Werke A, B und C in England, Belgien und Deutschland produzieren nach einem Modernisierungsschub nunmehr unter fast gleichen Bedingungen. Darüber ist man im betrieblichen Management ein wenig besorgt, weil nun Entschuldigungen für nachteiliges Abschneiden schwer zu finden sind. Vorher konnte man sich eher hinter Sonderbedingungen verstecken.

7) *Neue Fertigungstechnologie, die zur Umschichtung von direkten zu indirekten Arbeitnehmern führt, hat allerdings in den entsprechenden Einsatzbereichen die klassischen Industrial-Engineering/Zeitstudienkonzepte entwertet, ohne daß allerdings der zentrale Kontrollimpetus aufgegeben wäre.*

Wieviel Anlagenführer, Einrichter oder Instandhalter gebraucht werden, um eine optimale Anlagenutzung zu gewährleisten, erschließt sich zunächst nicht über Industrial-Engineering-Techniken. Autonomiespielräume von Arbeiten an automatisierten Anlagen bilden für das Management ein noch unbewältigtes Kontrollproblem. Konfliktorische Belegschaften könnten diese Kontrollücke strategisch nutzen.

Auf die Bewältigung dieses Problems zielen zwei Strategien: die eine besteht in dem systematischen zwischenbetrieblichen Vergleich der relevanten Daten für ähnliche Anlagen. Gerade solange analytische Kriterien fehlen, gewinnen solche Vergleiche an Bedeutung. Sie schaffen

ein wichtiges Managementwissen und legitimieren einen Rechtfertigungsdruck für suboptimale Betriebe.

Die zweite Strategie besteht in dem Versuch, analytisches Managementwissen über Störungsursachen, Störungsanfall und -dauer sowie Reparaturzeiten zu ermitteln. Darauf zielen Entwicklungen entsprechender Betriebsdatensysteme, deren Implementation sich jedoch als ein arbeitspolitisch hochsensibles Feld erweist.

Ein Beispiel ist das Informationssystem BEES (Betriebsdaten-Erfassungs- und Einrichtungsüberwachungs-System) innerhalb von GM-Europa. Dieses System wurde in dem spanischen Corsa-Werk eingeführt und ist auch im GM-Motorenwerk in Österreich implementiert, aber aufgrund von Konflikten mit der betrieblichen Interessenvertretung noch nicht im Einsatz. Es dient der Überwachung der Anlagenutzung, der Einsatzsteuerung der Instandhaltung und registriert damit gleichzeitig Anlagenausfälle und Reparaturzeiten. Während nach offizieller Lesart BEES nicht der Generierung von Standardzeiten für Instandhaltungsaufgaben dient, erhält das Management jedoch differenziertes analytisches Wissen über Störungsarten und Zeiten der Störungsbeseitigung, die — selbst wenn sie formal nicht in Standardzeiten resultieren, doch leicht in Planungsdaten und zentrale Personalbedarfsrechnungen aufgenommen werden können. Im übrigen wird bei breiterer Implementierung des Systems auch differenziertes Vergleichswissen über unterschiedliche Betriebe bereitgestellt.

8) *Selbst bei sachlicher Vergleichbarkeit der Produkt- und Prozesstechnologie ist die Anwendung ähnlicher zeitwirtschaftlicher Systeme oder gar die Durchsetzung effizienterer Werte in weniger effizienteren Betrieben stark von den jeweiligen Systemen der industriellen Beziehungen abhängig.*

Die jeweiligen Systeme industrieller Beziehungen sind mehr oder weniger sensibel gegenüber der Entwicklung von Zeitvorgaben. Selbst wenn die Konzerndivisionen (z.B. Ford of Europe oder GM-Europa/Opel) im Planungsstadium über Ländergrenzen hinweg mit den gleichen Plandatensystemen arbeiten, variiert die Festlegung konkreter zeitlicher Anforderungen in den Betrieben doch erheblich. Vor Ort, in der Überführung von Plandaten in fixierte Zeitstandards, wird daher vielfach noch mit unterschiedlichen Verfahren und Systemen operiert.

Im Ergebnis wichen auch die zeitlichen Anforderungsstrukturen in Europa bis vor einigen Jahren relativ stark voneinander ab. Ford of Europe mußte in britischen Betrieben viel stärkere sogenannte »off-standards«, d.h. Ineffizienzen, Sondergutschriften etc., hinnehmen als in deutschen Betrieben. Vauxhall hatte ebenfalls deutlich niedrigere zeitliche Anforderungen als Opel.

Strategien der Effizienzsteigerungen lassen sich so nicht ohne weiteres qua zentralen Druck oder zentrale Anweisungen in weniger effizienten Betrieben einführen. Vielmehr sind die Konzerne auf eine Schwächung der Opposition gegenüber solchen Strategien angewiesen. Die Schwächung der Gewerkschaften in der Phase der Massenarbeitslosigkeit hat insofern den Weg für Durchsetzung zentraler Effizienzstandards stärker als zuvor geöffnet.

Ein wichtiges Beispiel sind britische Betriebe. Mit dem Modellwechsel von 1981 wurden im Unternehmen A auch die Leistungsanforderungen erheblich angehoben. Zeitstudienleute zeigten sich uns gegenüber überrascht, auf wie wenig Widerstand sie stießen: »Am Anfang hat niemand wirklich geglaubt, daß wir es schaffen würden. Wir drückten die Daumen und hofften, daß wir heil durchkommen. Und es klappte, es klappte hervorragend. Wir waren selber sehr erstaunt über den geringen Widerstand, den wir antrafen. Manchmal waren wir auch erschrocken über das, was wir in der Zwischenzeit erreicht hatten.«

Eine andere Form der Durchsetzung besteht in der Institutionalisierung von Konkurrenz zwischen Konzernbetrieben.

Als das Unternehmen A in den USA einem derjenigen Montagebetriebe eine weitere Schicht zuteilen wollte, die alle das gleiche Modell fertigten, wurden Kostenangebote dieser Betriebe eingeholt. Der Betrieb Steel Town machte das Rennen, nachdem er durch Erhöhung der Bandgeschwindigkeit um 3 % bei gleicher Belegschaftsstärke die Konkurrenz auf der divisionsweiten Effizienzskala überholt hatte. In Europa setzt Ford laufend seinen Problembetrieb Halewood gegen den »Musterknaben« Saarlouis. Nach Managementangaben benötigt bei gleichen Rahmenbedingungen Saarlouis mindestens 3000 Produktionsarbeiter weniger, um den gleichen Output zu produzieren wie Halewood. Diese Information wird vom betrieblichen Management mit einer klaren Warnung verknüpft: »Das Hauptproblem, das uns alle in Halewood angeht, lautet: Was kann getan werden, um diesen Effizienz- und Kostenrückstand aufzuholen, bevor er zu unserem Untergang führt?« Bloße Informationen über Ineffizienzen stoßen jedoch vielfach auf strukturelles Mißtrauen der Belegschaft. Konzerne versuchen daher gleichzeitig, Erfahrungswissen über Effizienzvorteile anderer Betriebe belegschaftsnah aufzubauen.

Das britische Unternehmen A hat zu einem strategisch wichtigen Zeitpunkt zahlreiche Meister in westdeutsche Betriebe geschickt, um »realistische Zeitstandards« kennenzulernen. »Als sie zurückkamen, predigten sie unsere Botschaft«, kommentierte einer der Initiatoren diese Aktion. Das Unternehmen B hat ganze Hundertschaften seiner Belegschaft eines ineffizienten Betriebes nach Deutschland geflogen, um sie mit den dortigen — weniger restriktiven — Arbeitspraktiken vertraut zu machen. Über die Umsetzung dieses kognitiven Wissens in den betrieblichen Alltag ist wenig bekannt. Das Management erhofft sich dadurch, daß zumindest den faktischen Informationen über Effizienzvergleiche in Zukunft stärker geglaubt wird.

9) *Die Beeinflussung des betrieblichen Arbeitsprozesses durch Konzerne erschließt sich nicht völlig über Kontrollformen. Sie erfolgt auch über gesteuerte Prozesse organisatorischen Lernens innerhalb des Managements.*

Solche Lernprozesse beziehen sich vor allem auf Organisationskonzepte, die in dem Sinne neu sind, daß sie von den bisher in den Betrieben üblichen Routinen und Strukturen abweichen. Neue Konzepte der Organisation von Arbeit stoßen in den Betrieben vielfach nicht nur auf den Widerstand der Arbeitnehmer, sondern auch des betrieblichen Managements. Da Konzernstäbe nur schwer unterscheiden können, ob es sich um sachlich gerechtfertigte Opposition handelt, die den spezifischen Umständen angemessen ist und deren Brechung kontraproduktive Effekte hätte, oder aber, ob es sich um den verbreiteten strukturellen Konservatismus des betrieblichen Managements bzw. um betriebliche Status-quo-Koalitionen handelt, werden eher vorsichtige Lernprozesse organisiert. Träger des Innovationsprozesses sind hier eindeutig die Konzernzentralen, neue Konzepte werden aus der Sicht der Betriebe von außen hergetragen.

10) *Da neue Konzepte, die etwa auf verstärkte Selbstregulierung in Arbeitsgruppen oder auf stärkere Partizipation der Arbeitnehmer setzen, auf allen Managementebenen umstritten sind, haben sie nur dann eine Verbreitungschance innerhalb der Konzerne, wenn sie sich als überlegen auf Indikatoren wie Effizienz, Produktivität und Produktqualität erweisen.*

Bestimmte Managementbereiche haben ein eingebautes Interesse an Konflikt und Kontrolle.

Dies gilt etwa in Großbritannien vor allem für die Managementabteilung, die für industrielle Beziehungen zuständig ist und die größte Widerstände dagegen leistet, zu einem kooperativen Führungsstil überzugehen. Ähnlich skeptisch sind ältere Produktionsmanager hinsichtlich einer stärkeren Selbstregulierung von Arbeitsgruppen. Eher auf Innovation setzen Managementbereiche von Manufacturing Engineering, die in neuen Organisationsformen Effizienzgewinne durch Reduktion von Verlustzeiten erwarten. Diese Gruppe stellt den zentralen Bündnispartner für diejenigen kleinen Managementbereiche dar, die an die Entwicklung neuer Konzepte gebunden sind.

Nur wenn sich in Testbetrieben die Effizienzgewinne auch realisieren lassen, werden diese anderen Betrieben als Modellfall vorgehalten, nur dann organisiert die Konzernspitze den Verbreitungsprozeß. So durchlaufen neue Konzepte innerhalb der Konzerne spezifische internationale Karrieren und Testphasen in ihrer Diffusion. Neue Organisationsmodelle, die amerikanische Betriebe etwa in Europa implementieren, sind bereits durch eine Reihe von Selektionsfilter gelaufen.

- So waren die großen Autokonzerne die Hauptträger der Japan-Rezeption. GM und Ford haben sich in japanische Unternehmen eingekauft und damit Zugang zum Managementwissen. Managementstäbe haben etliche intensive und detaillierte Studien über die komparativen Vorteile japanischer Managementorganisation intern vorgelegt. Sie werden z.T. in spezifische budgetäre Zielsetzungen (z.B. Abbaukonzepte von Qualitätssicherung durch Integration von Produktionsarbeit und Qualitätssicherung), z.T. in Organisationsmodellen in Testbetrieben umgesetzt.
- Ein Beispiel für einen Organisationsansatz, der innerhalb von General Motors entwickelt wurde, ist das Team-Konzept. Teammodelle sind eine Form von Gruppenarbeit. Dabei erhalten nicht einzelne Arbeitnehmer individuelle Arbeitsaufgaben, sondern einem Team wird ein Komplex von Aufgaben übertragen. Im entwickelten Stadium organisieren solche Teams die Arbeitsteilung innerhalb der Gruppe selbständig, sie sorgen für Arbeitsplatzrotation und wählen als Koordinator einen Teamsprecher. Vorteile sind Minimalisierung von Verlustzeiten bei weniger rigider Arbeitsteilung. Entwickelt zur Lösung spezifischer Produktivitätsprobleme in den USA, wird dieses Konzept seit einigen Jahren auf Neugründungen in Europa, etwa auf das Motorenwerk in Aspern/Wien übertragen und dringt derzeit in etablierte Produktionssysteme vor (Experimente in Kaiserslautern). Dabei muß sich das Konzept an bisherigen Zeit- und Personalvorgaben messen lassen.
- Ein anderes Beispiel ist das Employee-Involvement-Programm von Ford. Es ist eine Form der Mitarbeiterbeteiligung, die analog zu japanischen Qualitätszirkeln Motivation erhöhen und die Identifikation mit Unternehmenszielen erweitern soll. Nach Erprobung in den USA werden deutliche Anstrengungen unternommen, diese neue Form von Sozialbeziehungen in Betrieben auch in Europa einzuführen.

11) *Da Konzerne je nach Finanzlage in unterschiedlichem Ausmaß Betriebe zur Verfügung haben, die sich als Neugründungen für die Austestung neuer Konzepte besonders eignen, weisen sie auch ganz unterschiedliche Innovationsprofile auf.*

In dem oben diskutierten Lern- und Diffusionsprozeß spielen betriebliche Neugründungen eine besondere Rolle. Sie stellen als »grüne Wiesen«-Betriebe Experimentierfelder dar, in denen die Technik- und Sozialplaner zunächst freie Hand haben. Neugründungen spielen als

Testbetriebe besonders in Bereichen eine Rolle, in denen es um arbeitspolitisch brisante Innovationen geht.

Ein Beispiel ist das oben erwähnte Betriebsdatensystem (BEES) von GM. Es wurde von GM zunächst in dem neu gegründeten Zusammenbauwerk Zaragossa in Spanien installiert, wo eine neue Belegschaft ohne Erfahrungen in industriellen Beziehungen rekrutiert wurde und das System als selbstverständlichen Bestandteil moderner Produktionsmethoden akzeptierte. Erst später soll Opel das System übernehmen. Wenn die technischen Anlagen ähnlich sind, steht aber nichts im Wege, die erarbeiteten Daten auch vorher in Planungsdaten von Opel einzubeziehen. Ein anderes Beispiel ist das sogenannte Teamkonzept, welches die traditionellen Arbeitsteilungen von Qualitätssicherung, Produktions-, Einrichtungs-, Nacharbeit zugunsten einer integrierten Teamverantwortlichkeit auflöst. Es wurde von General Motors in Europa zunächst in dem Motorenwerk in Aspern ausgetestet und soll, wenn erfolgreich, auch bei Opel ausprobiert werden.

Dieser Ansatz steht aufgrund seiner Finanzkraft besonders General Motors zur Verfügung, das in den letzten Jahren weltweit und in allen Divisionen rund 80 neue Betriebe gegründet hat. Hier wurden besonders weitreichende innovative Ansätze der Organisation von Arbeit entwickelt. Ein solches »Grüne Wiesen«-Potential hat das finanzschwächere Unternehmen Ford nicht zur Verfügung. Die Organisationsveränderungen sind bei Ford entsprechend konservativer ausgeprägt. Das Teamkonzept etwa ist weitgehend ein Spezifikum von GM.

12) Direkte zeitwirtschaftliche Kontrollstrukturen und Lernprozesse erhalten ihren entscheidenden Impuls aus der strategischen Kontrolle der Konzernzentralen bzw. der Subkonzerne über die Zuteilung von Produktionsvolumina und Investitionen.

Zwar richten sich die Investitionsströme nicht ausschließlich nach Indikatoren wie Effizienz, Profitabilität und Produktqualität. Die Betriebsebene hat auch kaum noch einen Überblick, nach welchen Kriterien in einer globalen Perspektive die Entscheidung getroffen wird. Die Konzernzentralen umgekehrt können allerdings gerade dadurch die Betriebe stärker in die Pflicht nehmen. Um eine Chance zu haben, muß das betriebliche Management in den wesentlichen Indikatoren gut dastehen. Wo das nicht der Fall ist, erfolgen bisweilen auch Produktionsverlagerungen, allerdings eher schleichend, weniger spektakulär.

Die britischen Töchter amerikanischer Konzerne haben in den letzten Jahren wichtige Teile ihres nationalen Binnenmarktes an kontinentaleuropäische Werke verloren. Solche Marktverschiebungen stellen de facto Produktionsverlagerungen dar, selbst wenn keine Produktionsstätten geschlossen werden. Großbritannien hat darüber hinaus wesentliche Bereiche seiner mechanischen Fertigung verloren.

Multinationale Konzerne und Gewerkschaftspolitik

Entgegen vielen Vermutungen haben verstärkte Marktkontingenzen (fluktuierende Käuferpräferenzen, erhöhte Modellvielfalt etc.) alles in allem nicht dazu geführt, daß die Bedeutung der Konzernzentralen zurückgeht. Die parallele Verschärfung der Weltmarktkonkurrenz verstärkt sogar die Bedeutung der Zentralen durch die Möglichkeit, qua Integration des konzernweiten Produktionssystems und qua systematischer Erschließung von Rationalisierungsreserven Terrain zu halten oder zu gewinnen. Auch die Gestaltung des betrieblichen Arbeitsprozesses ist nicht entkoppelt von Konzernzusammenhängen:

- Konzerne setzen auf Basis internationaler Informationssysteme Parameter für betriebliches Handeln.
- Konzerne betreiben Prozesse des organisatorischen Lernens, welchem sich Betriebe nicht ohne weiteres entziehen können.
- Konzerne stellen Experimentierbetriebe bereit, welche bestimmte Organisationsmodelle ausprobieren und Effizienzmaßstäbe setzen, mit denen dann andere Betriebe konfrontiert werden.
- Konzerne haben gegenüber Einzelbetrieben erhebliche Sanktionspotentiale durch Entscheidungen über Investitionen, konzerninterne Zulieferstrukturen, Marktaufteilungen etc.

Diese Prozesse lassen sich nicht als einfache zentrale Anweisungsstrukturen über Betriebe theoretisch fassen. Auf den Betrieben lastet vielmehr ein erheblicher Druck, der durch den informationstechnologisch unterstützten »Durchblick der Zentralen« an Bedeutung gewinnt. Direkte Kontrollstrukturen sind dabei vermischt mit der eher vorsichtigen Organisation von Lernprozessen. Im Hintergrund steht die für alle Beteiligten bedrohliche Situation globaler Überkapazitäten, welche die längerfristige Überlebensfrage aufwirft und Motive für Anpassungsbereitschaft freisetzt.

Selbst die Verbreitung von Konzepten, die auf verstärkte Selbstregulierung von Arbeitnehmern setzen, und die zum Teil als neue Produktionskonzepte diskutiert werden, werden durch die Konzernspitze vorangetrieben. Auch diese Selbstregulierung ist nicht frei von Kontrollelementen. Denn die Selbstregulierung steht unter so engen Parametern, daß sie leicht in Selbstkontrolle umschlagen kann. Japan ist dafür geradezu ein Modellfall (Dohse/Jürgens/Malsch 1984). Neue Produktionskonzepte haben in den Konzernen nur dann eine Überlebenschance, wenn sie sich alten gegenüber als überlegen erweisen. Neue Konzepte haben daher jeweils die alten im Nacken. In den bisweilen weltweiten Karrieren sind Konzepte wie etwa Teammodelle Effizienztests unterworfen worden. Nur Konzepte, die diese Tests bestanden haben, besitzen auch Diffusionschancen. Allerdings sind diese Diffusionsprozesse auch offen für Fehleinschätzungen und nicht intendierte Effekte. Der Diffusionsprozeß ist entsprechend vorsichtig organisiert und nähert sich den Kernbereichen der westlichen industriellen Beziehungen von den wenig erfahrenen Ländern her.

Bei aller Betonung der realen Kontrollstrukturen ist aber auch stets zu beachten, daß sich in multinationalen Konzernen auch eine gewisse Kontrollmythologie entwickelt. In multinationalen Großkonzernen weiß kaum jemand, wie die Entscheidungsstrukturen genau aufgebaut sind. Sie werden auch vielfach im Dunkeln gehalten. Mythen, die auf die vollständige Steuerung von ganz oben setzen (»Detroit«-Komplex), haben spezifische Funktionen:

- Sie erlauben dem Management eine Verschiebung von Verantwortlichkeit nach oben in unerreichbare und undurchschaubare Managementebenen selbst dann, wenn die Entscheidung eigentlich vor Ort gefallen ist.
- Sie verbinden sich umgekehrt mit Ohnmachtgefühlen gegenüber dem überlegenen Großapparat.

Wenn uns etwa ein Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat des deutschen Tochterunternehmens A in Anwesenheit seiner Betriebsratskollegen darlegt, daß schon die Einstellung von zwei Angestellten in Detroit entschieden werden muß, dann ist das vor allem ein Anzeichen dafür, daß das betriebliche Management erfolgreich die Wahrnehmung geprägt hat, daß auf Betriebsebene praktisch nichts zu entscheiden und damit durchzusetzen ist. Hier hat ein erfolgreiches Symbolmanagement stattgefunden.

Natürlich wirft eine solche Analyse die Frage nach möglichen *Gewerkschaftsstrategien* auf. Sie wäre einer eigenständigen Behandlung wert, so daß ich mich nur auf einen Punkt beschränken will:

Man macht es sich auf jeden Fall zu einfach, wenn man als Gegengewicht gegen multinationale Konzerne stärkere multinationale Gewerkschaftsorganisationen fordert. Zweifelsohne sind die bestehenden internationalen Gewerkschaftsstrukturen zu schwach und mit zu wenig Ressourcen und Personal ausgestattet, um auch nur eine elementare Koordinationsarbeit zu bewältigen. Man muß nur einmal den Internationalen Metallarbeiter-Bund (IMB) besuchen, um diese Probleme deutlich vor Augen geführt zu bekommen. Den Autogiganten stehen ein bis zwei Leute gegenüber, die die gewerkschaftliche Automobilarbeit weltweit koordinieren. Es handelt sich dem Charakter nach eher um ein zu klein geratenes Informationsbüro als um eine effektive Gewerkschaftsorganisation.

Selbst eine im realistischen Rahmen bleibende Aufstockung von Personal und Ressourcen dürfte hieran wenig ändern. Oder umgekehrt: Eine Vergrößerung in Richtung auf effektivere Koordinationsarbeit ist unrealistisch. Das liegt vor allem daran, daß niemand in den Einzelgewerkschaften — und schon gar nicht die eher internationalistischen Linken — eine abgehobene Suprastruktur will: Der Abstimmungsaufwand ist immens und beschränkt u.U. die Handlungsautonomie im Inneren. Es besteht eine breite Skepsis gegenüber rasch wachsenden bürokratischen Großapparaten, mit denen jeder, der basisnah arbeitet, schlechte Erfahrungen gemacht hat — dennoch: Der Austausch von Informationen, Anregungen, eigenen Erfahrungen innerhalb multinationaler Konzerne ist eine notwendige Voraussetzung auch nationaler Gewerkschaftsarbeit in den Konzernen.

Eine dieser Erfahrungen ist m.E. für internationale Gewerkschaftsarbeit besonders wichtig: Internationale Gewerkschaftsstrukturen haben in der Vergangenheit die internationalen Kontaktkanäle offiziellisiert und bürokratisiert. Obwohl der IMB nur geringe Kapazität hat, internationale Gewerkschaftsarbeit voranzutreiben, so kann er sie doch erheblich beschränken. Das liegt nicht am bösen Willen, sondern einfach daran, daß praktisch jede angeschlossene Einzelgewerkschaft internationale Workshops, Kontakte und Initiativen, die nicht ihren Segen haben, tabuisieren kann. Der kleinste gemeinsame Nenner solcher internationalen Organisationen ist nämlich die Vetomacht der Einzelmitglieder. In dieser Hinsicht hat auch die IG Metall kein Ruhmesblatt zu gewinnen.

Für weniger hoch aufgehängte internationale Kontakte, Arbeitskreise und Workshops aber besteht — nach unseren Erfahrungen — durchaus ein reges Interesse, das sich aber kaum entfalten kann. Dem wachsenden Internationalisierungsgrad der Automobilindustrie steht so eine krasse Unterinformation der Beschäftigten über diese internationalen Zusammenhänge gegenüber. Die vom IMB ausgerichteten Automobilkonferenzen sind kaum geeignet, dem entgegenzuwirken. Sie sind so hoch angesetzt, so offiziell und so spärlich, daß sie neben dem üblichen Pathos, der obligatorischen und wichtigen Broschüre, nur wenig Informationswirkung zeigen. Dieser Struktur steht der tägliche — und von uns im Feld beobachtbare — internationale Austausch (sei es über Telefone, Datensysteme und vielfältigen persönlichen Kontakt) auf Managementebene gegenüber. Aber die Gewerkschaften könnten durchaus das schon bestehende Potential an Interesse an internationalen Kontakten und entsprechenden Initiativen freisetzen. Die Gewerkschaften können den internationalen Kontrollstrategien der Konzerne nur dann etwas entgegensetzen, wenn sie ihrerseits die interne Kontrolle über internationale Gewerkschaftsarbeit lockern. Nicht starke internationale Apparate sind gefragt, sondern ein Stück gewerkschaftspolitischer De-Regulierung im Inneren.

Literatur

- Bailey, D./Hubert, T. (Hrsg.): *Productivity Measurement. An International Review of Concepts, Techniques, Programmes and Current Issues*, Westmead etc. 1980.
- Banks, R.F./Stieber, J. (Hrsg.): *Multinationals, Unions, and Labor Relations in Industrialized Countries*, Ithaka, N.Y. 1977.
- Dohse, K./Jürgens, U./Malsch, Th.: Vom »Fordismus« zum »Toyotismus«? in: *Leviathan*, H. 4, 1984, S. 448-477.
- Dohse, K./Jürgens, U./Malsch, Th.: Fertigungsnahe Selbstregulierung oder zentrale Kontrolle — Konzernstrategien im Restrukturierungsprozeß der Automobilindustrie. In: F. Naschold (Hg.): *Arbeit und Politik*. Frankfurt/New York 1985, S. 49-90.
- Edwards, R.: *Herrschaft im modernen Produktionsprozeß*, Frankfurt/New York 1981.
- Flanagan, R.J./Weber, A.R. (Hrsg.): *Bargaining without Boundaries. The Multinational Corporations and International Labor Relations*, Chicago/London 1974.
- Haas, V.: *Team-Konzept — Mitarbeiter planen und betreiben ihr Arbeitssystem*. Vortrag auf der IAO-Arbeitstagung »Wettbewerbsfähige Arbeitssysteme«, 22.-23.11.1983, Böblingen.
- Kakabadse, A.: *The Politics of Management*, Aldershot 1983.
- Kujawa, D.: The Labor Relations of United States Multinationals Abroad: Comparative and Prospective Views, *ILO Research Series* No. 60, 1980.
- Mahanti, B.: *Performance and Productivity Measurement: Intra Firm Comparison*, in: Bailey/Hubert 1980, S. 217-222.
- Meyer, M. et al. (Hrsg.): *Environments and Organizations*, San Francisco etc. 1984.
- Mintzberg, H.: *The Nature of Managerial Work*, New York 1973.
- ders.: *Power in and around Organization*, Englewood Cliffs 1983.
- Otterbeck, L. (Hrsg.): *The Management of Headquarter-Subsidiary Relationships in Multinational Corporations*, Aldershot 1981.
- Pfeffer, J.: *The Micropolitics of Organizations*, in: Meyer 1984, S. 29-50.
- Prahalad, C./Doz, Y.: *Strategic Control — The Dilemma in Headquarter-Subsidiary Relationships*, in: Otterbeck 1981.
- Skinner, W.: *Manufacturing in the Corporate Strategy*, New York 1978.
- Stout, R. (1980a): *Management or Control? The Organizational Challenge*, Bloomington/London 1980.
- ders. (1980b): *Organizations, Management, and Control. An annotated bibliography*, Bloomington 1980.

Adam Przeworski

Methodologischer Individualismus als Herausforderung der marxistischen Theorie*

I. Einführung

Die Gesellschaftswissenschaften sehen sich heute einer Offensive ausgesetzt, wie es sie zum letzten Mal in den 1890er Jahren gegeben hat: einem wohlüberlegten Vorstoß, der darauf abzielt, jeder Gesellschaftsanalyse das Monopol der ökonomischen Methode aufzuzwingen. Die neoklassischen Ökonomen teilen alle Ereignisse in zwei Kategorien ein: in ökonomische und in scheinbar nichtökonomische Phänomene. Die Herausforderung des methodologischen Individualismus richtet sich nicht gegen den Marxismus im Besonderen: Sie wendet sich auch an alle Theoriesysteme, die unter die Begriffe politische Wissenschaft, Soziologie, Anthropologie oder Sozialpsychologie fallen. Marx' allgemeiner Ausgangspunkt, die »Produktionsverhältnisse«, sind der gleichen Herausforderung ausgesetzt wie Simmels »Soziales a priori«, Durkheims »organische Solidarität« oder Parsons »Wertorientierungen«. Die Herausforderung besteht in den mikrotheoretischen Fundierungen für die Erklärung gesellschaftlicher Erscheinungen, genauer, in der Zurückführung jeder Gesellschaftstheorie auf zielgerichtete, rationale Handlungen von Individuen.

Diese Offensive hat sich als recht erfolgreich erwiesen. Der geistige Einfluß der Sozialpsychologie — vor zwanzig Jahren noch die Königin unter den Gesellschaftswissenschaften — ist fast vollständig verschwunden. Die funktionalistische Schule hat sowohl in ihren psychologischen wie in ihren strukturellen Varianten die Vorherrschaft in der Soziologie verloren. Der »public choice«-Ansatz beherrscht die Politikwissenschaft. Selbst der Marxismus, der sich in den fünfziger und sechziger Jahren in den amerikanischen Akademien hinter dem Etikett »politische Soziologie« versteckte, hat seine Wurzeln in der politischen Ökonomie neu entdeckt. Mehrere Autoren sind in jüngster Zeit traditionell marxistische Probleme mit der »rational choice«-Theorie oder sogar der »allgemeinen Gleichgewichtstheorie« angegangen. Eine ganze Reihe anderer Autoren haben inzwischen Gegenangriffe lanciert, um die Schwäche der individualistischen Perspektive zu beweisen. Rituelle Verweise auf den »ahistorischen Individualismus der bürgerlichen Wirtschaftstheorie« scheinen jedoch nicht länger auszureichen. Anscheinend kann sich die marxistische Theorie der Herausforderung durch den methodologischen Individualismus nicht länger verschließen.

Es ist noch gar nicht so lange her, da wurde eine scharfe und deutliche Trennungslinie zwischen dem Marxismus und der »bürgerlichen Gesellschaftswissenschaft« gezogen. Die Marxisten sahen individuelles Verhalten nur als ein Nachvollziehen von Klassenpositionen. Bür-

gerliche Ökonomen sahen es als eigennütziges, rationales Handeln. Die Handelnden, um die es in der marxistischen Geschichte ging, waren Klassen, kämpfende Gemeinschaften. Die Handelnden in der bürgerlichen Theorie waren Individuen — Bürger-Verbraucher, die sich höchstens gelegentlich zu »Interessengruppen« zusammenschlossen. Für Marxisten war die für die kapitalistische Gesellschaft konstitutive zentrale Beziehung der unlösbare Interessenkonflikt der beiden antagonistischen Klassen, der die kapitalistische Gesellschaft kennzeichnet und strukturiert. Die bürgerlichen Theoretiker legten demgegenüber den Akzent auf die grundsätzliche Interessensharmonie, die es den Individuen erlaubt, so lange auf dem Markt Tauschoperationen vorzunehmen, bis sie die bestmögliche Lösung gefunden haben. Und schließlich war die kapitalistische Gesellschaft für die Marxisten ökonomisch und politisch von den Kapitalisten beherrscht, während die bürgerlichen Denker einen Wettbewerbsmarkt sahen und die Regierung als neutrale und universalistische Institution betrachteten. Heute kann man keinen dieser Kontraste scharf gegeneinander setzen, denn sowohl die »rational choice«-Theorie als auch die marxistische Theorie sind äußerst heterogen und ständigen Veränderungen unterworfen. Ich werde im folgenden den Unterschieden innerhalb des »rational choice«-Ansatzes keinerlei Beachtung schenken, es sei denn an Punkten, die für die Diskussion relevant sind. Ich betrachte diesen Ansatz in der allgemeinsten und rigidesten Form als gutinformierte, eigensüchtige Nutzenmaximierung in Verbindung mit sofortigen Anpassungen an ein Gleichgewicht. (Ich benutze also die Begriffe »Methodologischer Individualismus«, »rational choice-Ansatz« und »Neoklassische Theorie« synonym, und zwar aus rein stilistischen Gründen. Die beste Abhandlung über Differenzierungen dieses Ansatzes findet sich bei Elster, 1984.)

Zum Verständnis der Diskussion muß auch der Begriff »Marxismus« kurz erläutert werden. »Marxismus« ist für mich eine Analyse der Konsequenzen von bestimmten Eigentumsformen für historische Prozesse¹. Jeder Marxismus ist m.E. eine Theorie der Geschichte, vielleicht nicht unbedingt eine der Menschheit, wie Cohen (1978) meint, vielleicht noch nicht einmal eine Theorie der Produktionsweisen i.S. Althussers (1972), sondern die von mit gesetzesähnlicher Kraft verlaufenden Prozesse der Reproduktion und Transformation gesellschaftlicher Beziehungen. Geschichtstheorien liefern Erklärungen über miteinander verbundene Abfolgen von Ereignissen. Sie erklären nicht nur, wie bestimmte Institutionen entstehen, sondern auch, wie sie in der Folge funktionieren; nicht nur, wie bestimmte Konflikte beendet werden, sondern auch, wie ihre Beendigung zukünftige Konflikte beeinflusst. Vergleiche von statischen Gleichgewichten führen erst dann zu Geschichtstheorien, wenn sie erläutern, warum und wie die Übergänge zwischen diesen Gleichgewichten vor sich gehen. Dies erweist sich letztlich als eine keineswegs minimalistische Voraussetzung: Boudon (1984) meint, eine solche Theorie sei dem Prinzip nach nicht möglich, Elster (1982) begnügt sich mit spieltheoretischen Analysen einzelner, punktueller Ereignisse und selbst Roemers Abhandlung (1982) bezieht sich ausschließlich auf Vergleiche von statischen Gleichgewichten.

Das marxistische Geschichtsverständnis beruht auf Annahmen bezüglich der Eigentumsstruktur von veräußerbaren produktiven Ressourcen, den »Produktionsmitteln«. Über solche Annahmen werde ich mich weiter unten ausführlicher äußern.

Die folgende Diskussion kreist um vier Punkte: (1) die Handlungstheorie, (2) die Identität der kollektiv Handelnden, (3) die Struktur gesellschaftlicher Beziehungen und (4) die Konzepte des Gleichgewichts. Diesen Ausführungen wird sich ein kurzer Blick nach vorn anschließen.

* Dies ist die überarbeitete Fassung eines Aufsatzes, der in dem von Pierre Birnbaum und Jean Lecau herausgegebenen Band *Sur l'Individualisme*, Paris 1985, erschienen ist. Ich danke Pierre Birnbaum, Jon Elster, Juan Lopez, George Tselis, Robert Van der Veen und Michael Wallerstein für ihre Stellungnahmen. Eine ursprüngliche Fassung dieses Beitrages habe ich auf der PROKLA-Konferenz »Recent developments in class theory and class analysis«, Amsterdam 1985, vorgestellt.

II. Die Handlungstheorie

1. Die Herausforderung

Die besondere Herausforderung, der sich der Marxismus durch die Handlungstheorie ausgesetzt sieht, ist die der Bereitstellung von Erklärungen für individuelle Handlungen unter gegebenen Bedingungen und das heißt, der Geschichtstheorie zu mikrotheoretischen Fundierungen zu verhelfen. Historisch gesehen betrachteten wir individuelle Handlungen als entweder (1) vorherbestimmt, (2) biologisch gesteuert, (3) normgeleitet oder (4) zielgerichtet. Der gegenwärtige Streit verläuft zwischen der psycho-soziologischen Sichtweise, in der das Verhalten nur ein Ausagieren internalisierter Normen ist und einer Sichtweise des Verhaltens als absichtlichem strategischem Handeln².

Diese Herausforderung ist nicht neu. Schon Sartre ging darauf ein, als er 1951 feststellte, daß der Marxismus zwar erklären kann, *daß* Paul Valery ein kleinbürgerlicher Intellektueller ist, nicht jedoch, *warum* er das ist. Diese Herausforderung richtet sich an jede Theorie, die von einer Ebene der kollektiven Organisierung oder des kollektiven Bewußtseins ausgeht, d.h. sie wendet sich nicht nur an den Marxismus, doch hat der Marxismus immer eine Sonderstellung eingenommen, und die gegenwärtige Herausforderung ist sehr viel genauer umrissen als die traditionelle Unzufriedenheit mit dem mangelnden »Humanismus« der marxistischen Erklärungsmuster.

Die Sonderstellung des Marxismus rührt daher, daß die Marxisten keine der Alternativen zum methodologischen Individualismus vollständig akzeptiert haben, weder das von der funktionalistischen Soziologie verwendete psycho-soziologische Erklärungsmuster noch irgendeine der freudianischen Theorien der Persönlichkeit. Die Funktionalisten leiteten menschliches Verhalten aus allgemein anerkannten Werten und Normen ab, die dem Einzelnen beigebracht werden, und die er zunächst »verinnerlicht« und bei Gelegenheit dann ausführt. Die Funktionalisten sahen in jedem individuellen Verhalten einen Ausdruck der verinnerlichten Gesellschaft, was impliziert, daß sich alle Personen, die den gleichen Normen und Werten ausgesetzt sind, auch in gleicher Weise verhalten (Bourdieu, 1976).

M.E. haben die Marxisten dieses Erklärungsmuster übernommen, denn sie erklären individuelles Verhalten mit der Klassenlage. Jedoch haben sie, wohl aufgrund der utilitaristischen Aspekte des Marx'schen Vermächtnisses, die psychologischen Prinzipien nie anerkannt, auf denen diese besondere Sichtweise individuellen Verhaltens basiert³. Althusser hat versucht, diesen Mechanismus von seinen heimlichen Konnotationen zu befreien, dabei ist jedoch eine behaviouristische Blackbox der Benennungen (appellation) herausgekommen. Marcuse (1979) und Deleuze (1974) haben sich auf die Freudsche Psychodynamik gestützt, um eine kausale Verbindung zwischen der gesellschaftlichen Organisierung der Repression und individuellem Verhalten herzustellen, kamen jedoch nicht weiter als bis zu der Behauptung, daß der Kapitalismus standardisierte Persönlichkeitsmuster schaffe. Im großen und ganzen haben sich die Marxisten mit dem intuitiven Glauben begnügt, daß die Individuen aus ihrer Klassenlage heraus agieren. Die Marx'schen Lehrsätze, man solle die Kapitalisten als »Personifizierungen«, »Träger« oder »Repräsentanten« des Kapitals betrachten, schienen auszureichen und daß Marx den Profit mal als »Motor«, mal als das »Ziel«, mal als das »Motiv« und manchmal als das »Bedürfnis« der Kapitalisten, des Kapitals oder des Kapitalismus bezeichnet hat, wirkte nicht weiter verwirrend. Was auch immer geschichtlich bedeutsam war, geschah auf der Ebene von Kräften, Strukturen, Kollektiven und Zwängen, nie auf der Ebene von Indivi-

duen. Bestenfalls galten mikrotheoretische Fundierungen als ein Luxus, den man sich für die Erklärung kleinerer Varianten erwünschte. Der Marxismus war eine Geschichtstheorie ohne jede Theorie über die Handlungen der Menschen, die diese Geschichte machen.

Dieser Standpunkt ist nicht mehr vertretbar, denn die Kritik, die von den Postulaten des methodologischen Individualismus ausgeht, trifft ins Herz der marxistischen Theorie über kollektives Handeln und damit deren Geschichtstheorie. Individuelles Handeln kann nicht mehr als durch die Klassenlage bedingt angesehen werden. Es muß entsprechend der jeweils aufeinander-treffenden Bedingungen erklärt werden. Aussagen über Einzelpersonen und kollektive Gruppen müssen sorgfältig unterschieden werden. Bevor dem »Kapital«, der »Arbeiterklasse« oder dem »Staat« der Status eines kollektiven Akteurs zugeschrieben wird, muß in jedem Falle sorgfältig nachgeprüft werden, ob die kollektive Handlung mit individuellen Rationalitäten übereinstimmt. Die sich aus dem »rational choice«-Ansatz ergebende Herausforderung ist von besonderer Natur: Eine befriedigende Theorie muß in der Lage sein, die Geschichte aus den Handlungen zielgerichteter, rationaler Individuen zu erklären. Jede Gesellschaftstheorie muß auf dieser Grundlage beruhen. Und hierin liegt die Herausforderung.

2. Marxistische Einwände gegen den methodologischen Individualismus

Die Annahmen des methodologischen Individualismus stoßen jedoch auf verschiedene Einwände, von denen einige tief in marxistischen Traditionen verankert sind. Diese Einwände lassen sich in drei Hauptkategorien einteilen:

Erstens sind Präferenzen weder universell noch stabil, sondern verändern sich mit der Zeit; zweitens ist Eigennutz für die Präferenzen zumindest einiger Leute eine dürftige Beschreibung; schließlich ist, drittens, »rationales« Handeln unter bestimmten Bedingungen nicht möglich, selbst wenn die Individuen selbst »rational« sind. Ich werde nacheinander auf diese Einwände eingehen.

(1) *Der historische Charakter der Präferenzen.* Der herkömmlichste Einwand gegen den methodologischen Individualismus, daß sich nämlich individuelle Präferenzen historisch verändern, ist kein spezifisch marxistischer. Die marxistische Theorie liefert jedoch den analytischen Rahmen für die Erklärung von historischen Veränderungen der individuellen Rationalität. Ich möchte hier zwei unterschiedliche Argumente über die gesellschaftliche Herausbildung individueller Rationalität anführen. Das eine betrifft Vergleiche zwischen verschiedenen ökonomischen Systemen, das andere den Prozess der Herausbildung einer kollektiven Identität im Kapitalismus. Für Marx hingen individuelle Ziele und der Spielraum für individuelle Handlungsverläufe von der Organisationsform des Produktions- und Tauschsystems ab: ein Bauer, der seine Pacht bar bezahlt und deshalb die Information, die er auf dem Markt einholt, verwenden kann, um die Ernte festzulegen, ist eine andere Person als der Bauer, der seine Pacht in Naturalien bezahlt, höchstens unter Produktionstechniken wählen kann und nicht an den Marktbeziehungen teilnimmt (vgl. Kapital, Band III). So basiert Kulas Feudalismus-theorie (1963) auf der Annahme, daß Grundbesitzer ein konstantes Bedürfnisniveau bei stark eingeschränkter Information über den Wert alternativer Ressourcen zu befriedigen versuchen. Dafür gibt es zahllose Beispiele, und der entscheidende Punkt ist dabei, daß Bauern, Grundeigentümer, oder wer auch immer, sich nicht rational verhalten, sondern daß wir erst wissen müssen, was sie wollen, was sie wissen und welche Wahl sie haben, bevor wir ihr Verhalten erklären können. Die Annahme, daß die Eigentümer von Ressourcen ihren Profit in einem kompakten Markt maximieren, ist unter anderen historischen Bedingungen als denen

des entwickelten Kapitalismus völlig nutzlos. Wie Cohen und Weitzman (1975: 293) ausgeführt haben, waren in der mittelalterlichen Welt »die Voraussetzungen, um die Profitmaximierung zu einem zumindest anstrebbaren Ziel zu machen, nicht gegeben.« Um es anders auszudrücken: der *methodologische* Individualismus reicht nicht. Es bedarf gehaltvoller Annahmen, um das Verhalten von Individuen unter bestimmten historischen Bedingungen zu erklären.

Bis zu einem gewissen Grad ist dies eine empirische Frage. Wenn Roemer (1982) davon ausgeht, daß ökonomische Agenten in jeder historischen Lage ihr Einkommen (oder ihre Freizeit) zu maximieren versuchen, oder wenn Levi (1980) annimmt, daß »Herrscher« in jeder historischen Lage ihre Einkünfte zu maximieren versuchen, so formulieren sie damit Theorien, die implizieren, daß alle Typen von Verhalten veränderten Zwängen zuzuschreiben sind. Im Prinzip können diese Theorien historisch untersucht werden, und genau das hat Levi in verschiedenen Veröffentlichungen versucht. Mir geht es an dieser Stelle darum, zu zeigen, daß die traditionelle marxistische Voraussetzung zu sein scheint, daß Feudalherren im Mittelalter etwas anderes wollten als Kapitalisten und sich nicht nur unterschiedlichen Zwängen ausgesetzt sahen (oder daß sie vielleicht etwas anderes wollten, gerade weil sie anderen Zwängen ausgesetzt waren).

Ein weiteres marxistisches Argument gegen die Annahme von festgelegten, unveränderlichen Präferenzen resultiert hauptsächlich aus Gramscis Theorie über die Herausbildung persönlicher Identitäten im Kapitalismus — das ist der spezifisch marxistische Aspekt der allgemeinen soziologischen Betonung des gesellschaftlichen Ursprungs der Identitätsbildung (vgl. dazu Lockwood, 1981, der einen interessanten Vergleich zwischen Gramsci und Durkheim vornimmt). In dieser Theorie ist Politik nicht die Frage, wer was bekommt, sondern zunächst, wer wer ist, d.h. Politik ist nicht nur eine Arena sondern zunächst eine *Agora*. Durch die Konflikte, mittels derer politische Parteien, Schulen, Gewerkschaften, Kirchen, Zeitungen, Armeen und Körperschaften versuchen, dem Leben einer Gesellschaft eine besondere Organisationsform aufzuzwingen, wird die kollektive Identität ständig transformiert und neu aufgebaut, zerstört und neu modelliert. Die Beziehung zwischen der Stellung von Individuen in einer Gesellschaft und ihrer Identität ist somit eine kontingente historische Folge von Konflikten: Konflikte darüber, ob etwas eine Quelle der Befriedigung ist, ob ein bestimmtes Ziel erreichbar scheint, ob ein bestimmter Handlungspfad zulässig ist. Das Wahlverhalten liefert dafür gute Beispiele: Die Leute wählen manchmal entgegen ihrer Klassenzugehörigkeit, mal als Katholiken, mal als Bewohner des Südens, als Frauen, oder manchmal schlicht als Individuen, die sich frei überlegen, welche Partei wohl am ehesten Dinge zu ihrem Vorteil tun würde (Przeworski und Sprague, 1986). So erscheint selbst innerhalb eines relativ kurzen Zeitraums die Annahme von exogenen, gleichbleibenden Präferenzen nicht sehr vielversprechend.

(2) *Der Altruismus*. Das zweite Argument gegenüber der Offensive des methodologischen Individualismus lautet, daß Eigennutz eine dürftige Beschreibung für die Präferenzen zumindest einiger Leute unter bestimmten historischen Bedingungen darstellt. Manche Individuen mögen sich tatsächlich um andere kümmern, seien dies nun die Mitglieder der Familie, irgendeiner anderen Primärgruppe, einer Klasse oder allgemein andere menschliche Wesen. Über diese Tatsache besteht wohl Konsens und tatsächlich wurden in letzter Zeit in mehreren Büchern und Artikeln ökonomische Modelle entwickelt, die von nichtegoistischen Annahmen ausgingen (Collard, 1978; Margolis, 1982; Marwell, 1982; Kolm, 1984). Im Prinzip führen Modelle, die den Zustand anderer Menschen als Argument jeder individuellen Nut-

zenfunktion aufführen, höchstens zu mathematischen Schwierigkeiten⁴. Eine strittige Frage ist allerdings, ob altruistische Präferenzen, wenn man damit jegliche Nutzenfunktion definiert, bei der der Zustand Dritter ein relevantes Argument ist, immer von eigensüchtigen Motivationen ausgehen sollten und können. Besonders interessant ist dabei die Idee vom Präferenzwandel mittels eines Dialogs, von der Offe und Wiesenthal (1981) annehmen, sie sei wesentlich für die Formierung von Arbeitern als eine Klasse, sowie Kolms Begriff von der »allgemeinen Reziprozität« (1984). Dieser strittige Punkt und andere, ihm verwandte, werden sowohl bei Elster (1984) wie auch bei Lash und Urry (1984) diskutiert, und ich habe dem nichts hinzuzufügen als vielleicht eine Portion Skepsis. Die Beschreibung uneigennütziger Motivationen bereitet der individualistischen Perspektive eigentlich keine besonderen Probleme, keinesfalls aber ist es ersichtlich, weshalb wir auf die Annahme des Eigennutzes verzichten sollen — und zwar aus drei Gründen.

Erstens ist die Annahme, daß der Mensch altruistisch ist, genauso willkürlich und ahistorisch wie die, daß er egoistisch ist.

Zweitens sollte man nicht davon ausgehen, daß strategische Probleme in einer altruistischen oder selbst in einer ideologisch motivierten Gesellschaft verschwinden — was die Kritiker der ökonomischen Theorie gerne zu glauben scheinen. Stellen Sie sich nur kurz eine Situation vor, in der meine Befriedigung Ihnen wichtiger ist als Ihre eigene und Ihre Befriedigung für mich wichtiger wäre als meine eigene — wir würden uns vor einer Tür treffen, die wir nicht beide gleichzeitig durchschreiten könnten: Dieses »Nach Ihnen«-Paradox gibt einen Vorgeschmack auf die strategischen Probleme, die in einer altruistischen Gesellschaft auftauchen würden⁵.

Und schließlich, drittens, macht die realistische Beschreibung einer Gesellschaft, in der eigenützige, altruistische und ideologische Individuen zu irgendeiner Zeit koexistieren jede theoretische Analyse so gut wie unmöglich. Die Stärke des methodologischen Individualismus ist gerade eine methodologische: sie liegt in der Bereitschaft der neoklassischen Ökonomen, alle Komplikationen beiseite zu lassen, die Antworten auf die zentralen Fragen versperren. Den deskriptiven Realismus einführen, heißt Samsons Haare schneiden. Deshalb ist Elsters ausgewogene Einschätzung der menschlichen Rationalität in »Ulysses and the Sirens«, die Lash und Urry (1984: 39) als »eine Ontologie des gesellschaftlichen Prozesses und ... nicht nur (als) einen heuristischen oder instrumentellen Kunstgriff zur Erzeugung von Voraussagen über die gesellschaftliche Welt« feiern, für das Projekt des methodologischen Individualismus zerstörerisch⁶.

(3) *Die irrationale Gesellschaft*. Der dritte Kritikpunkt am »rational choice«-Ansatz geht vermutlich auf Sartre zurück. Dieses Problem wird auch unter den Spieltheoretikern als solches gesehen und anerkannt: manche Spiele haben keine Lösungen. Die eigenen Handlungen ziehen zwar Folgen nach sich, jedoch sind diese Folgen nicht im Voraus abzusehen (das liegt oft daran, daß sie von den Handlungen Dritter abhängen, die sich in der selben Lage befinden). Der Hauptpunkt bei Sartre (in »Die Mauer«) besagte, daß die Folgen des eigenen Handelns unvorhersehbar und manchmal verfälscht sind. In einer irrationalen Welt ist rationales Handeln nicht möglich. Irrationales Handeln ist also keine Reaktion auf Individuen, sondern auf Bedingungen. Einmal den Fall angenommen, die zu erwartende Wahrscheinlichkeit, daß eine Regierung, die während ihrer Wahlkampagne verfochtene Politik danach auch verwirklicht, sei gleich Null: wenn alle Wähler mit dieser Situation konfrontiert sind, ist keine rationale Wahl möglich.

Wenn ich ihn richtig verstehe, lautet Pizzornos (1984, 1985) Version dieses Arguments fol-

gendermaßen: da die Quellen individueller Befriedigung gesellschaftlich bestimmt sind, müssen Einzelpersonen vernünftigerweise davon Abstand nehmen, langfristige Ziele zu verfolgen, denn wenn sie diese Ziele verwirklicht haben würden, könnten sie nicht länger Befriedigung daraus ziehen. Dies ist also die gesellschaftliche Version von Nietzsches Behauptung, die Befriedigung der Wünsche sei nie so intensiv wie der Schmerz des Entzugs. Ein Phänomen, das die Ökonomen »Reue« nennen und aus ihren Betrachtungen ausschließen. Pizzorno scheint der Ansicht zu sein, daß diese Situation eine allgemeine gesellschaftliche Verfassung darstellt, die zielgerichtetes Handeln zwecklos macht.

Bei einer Auseinandersetzung mit diesem Argument muß man darauf achten, Spiele ohne (eindeutige) Lösungen wie »Chicken« oder »Battle of the Sexes« von der allgemeinen Klasse von Spielen zu unterscheiden, bei denen individuell rationale Strategien zu einer kollektiv suboptimalen Lösung führen, wie sie als Gefangen-Dilemma bekannt sind. (Allgemeinere Auseinandersetzungen über gegenläufige Wirkungen finden sich bei Boudon, 1977, und Elster, 1980.) Im ersten Fall ist kein individuell rationales Handeln möglich; im letzteren Fall folgt jedes Individuum einer eindeutig rationalen Strategie. Wenn Spiele ohne (eindeutige) Lösungen eine häufig auftauchende Situation darstellen, dann ist der »rational choice«-Ansatz ein rein akademisches Analyseinstrument. Die Allgegenwärtigkeit des Gefangen-Dilemmas hingegen macht diesen Ansatz außerordentlich nützlich.

Mir ist unklar, wie hoch die Häufigkeit solch irrationaler Situationen in der Realität einzuschätzen ist, und ich vermute, daß die unterschiedlichen Einschätzungen nicht auf empirischen Daten beruhen. Die »Technikwahl« im Rahmen der ökonomischen Theorie ist eines der meistuntersuchten Beispiele für ein Spiel ohne Lösung (Elster, 1983). Arrows (1951) Theorem und die darauffolgenden Entwicklungen (vor allem McKelvey, 1976, und Schofield, 1978) zeigen, daß im allgemeinen — bei vorgegebenen festen individuellen Präferenzen — keinerlei Wahlverfahren eine bestimmte Rangfolge kollektiver Präferenzen hervorbringen. Selbst Tauschsituationen scheinen unbestimmt, obwohl das eher eine Reflexion über die Tauschtheorie als über die Realität sein mag.

Diese Illustrationen genügen, um nachzuweisen, daß das Konzept »irrationale Bedingungen« — Bedingungen, die den Individuen rationales Handeln unmöglich machen — ein nützlich analytisches Instrument darstellt. Dennoch möchte ich weiterhin bezweifeln, daß die Welt tatsächlich so irrational ist, wie die Existentialisten sie darstellen. Andererseits sind Situationen, in denen, global gesehen, individuell rationale Handlungsverläufe zu kollektiv suboptimalen Zuständen führen, im Kapitalismus allgegenwärtig — und sie wären es, wie Korsch bereits 1919 anmerkte, auch im Sozialismus. Man kann das Vorhandensein solcher Situationen zwar als Indikator dafür ansehen, daß die Gesellschaft irrational organisiert ist — eine traditionelle Komponente der marxistischen Kapitalismuskritik —, das impliziert jedoch nicht, daß individuell rationale Handlungen unmöglich sind.

3. Die mißliche Lage des heutigen Marxismus

Von diesen drei marxistischen Kampf- und Argumentationslinien gegen den »rational choice«-Ansatz scheint die Betonung der historischen Herausbildung der Identität die schädlichste zu sein. Individuelle Identitäten und demnach auch Präferenzen werden kontinuierlich durch die Gesellschaft umgeformt: das scheint unbestritten. Ich glaube jedoch, daß die Verfechter dieser Ansicht ihren Triumph zu vorschnell feiern. Zwei Gründe scheinen mir dafür verantwortlich:

Der erste Grund besteht darin, daß fast alle Autoren, die den gesellschaftlichen Charakter der Ausbildung von Präferenzen betonen, irrtümlich zu der Schlußfolgerung gelangen, durch diese Feststellung sei die These vom Verhalten als Übereinstimmung mit rationalem Handeln ungültig. Dies gilt für Roemer in seinem Artikel 1978, für Berger und Offe (1982), Pizzorno (1984) und Hindess (1984). Roemer führte — wohl in seiner früheren »Verkörperung« — aus: »die individuelle Formulierung des ökonomischen Problems verhindert von ihrer eigentlichen Konzeption her eine fruchtbare Untersuchung der wichtigsten Aspekte von Wandel und Geschichte, nämlich, wie gesellschaftliche Realität gesellschaftliche Wesen hervorbringt, die dann handeln, um die Realität zu verändern« (1978: 149). Die gleiche Argumentation findet sich bei Pizzorno (1984) und Hindess (1984). Berger und Offe stellen fest, daß: »logisch gesehen, das Spiel erst beginnt, wenn die Handelnden sich zusammengesetzt haben und die Rangfolge ihrer Präferenzen als Resultat von Prozessen festgelegt wurde, die nicht als Teil des Spiels angesehen werden können« (1982: 525).

Nun heißt die Tatsache, daß sich Präferenzen herausgebildet haben, natürlich nicht, daß die Handelnden sie nicht trotzdem haben und sich in einem gegebenen Moment ihnen gemäß verhalten: die Stärke der neoklassischen Theorie liegt gerade in ihrer Fähigkeit, die Analyse einer Handlung in einem bestimmten Augenblick von all dem zu trennen, was zuvor die Bedingungen für diese Handlung festsetzte. Desweiteren hält die »rational choice«-Methode sicherlich nicht von einer Untersuchung der Herausbildung von Präferenzen ab, auch wenn innerhalb der neoklassischen Theorie Präferenzen als gegeben (und innerhalb des klassischen Utilitarismus als willkürlich) unterstellt werden. Folglich gibt es keinen Widerspruch zwischen dem Glauben, daß man rational mit den gegebenen Präferenzen handelt. Es gibt im übrigen keinen Grund für die Annahme, daß die Prozesse, die zur Herausbildung von Präferenzen führen, nicht auch rationale Handlungen beinhalten können, also ein »Spiel«, wenn auch nicht »das selbe« Spiel darstellen. Ich glaube in der Tat, daß Sprague und ich (1986) nachgewiesen haben, daß der Grund dafür, daß sich bestimmte Personen unter bestimmten historischen Bedingungen als Arbeiter ansehen, ein Resultat der Strategien von Führern linker politischer Parteien ist. Ich bin mir sehr unsicher, wie anwendbar Geschichtstheorien sind, die die Herausbildung von Präferenzen in ihren Modellen endogenisieren, doch sehe ich keine methodologischen Einwände gegen die Möglichkeit solcher Theorien.⁷

Der zweite Grund dafür, daß ich die Ablehnung des »rational choice«-Ansatzes für voreilig halte, ist etwas verwegener aber nichtsdestotrotz wirkungsvoll. Es gibt zur Zeit keine andere Theorie über individuelle Handlungen. Ich persönlich finde eine Sichtweise, die Verhalten nur als Ausführung internalisierter Normen versteht, nicht plausibel, und sehe ansonsten keine weiteren Alternativen. Und ich glaube auch, daß Gesellschaftstheorien in der Lage sein müssen, individuelle Handlungen zu erklären, mehr noch, daß sie in der Lage sein müssen, gesellschaftliche Veränderungen von der individuellen Handlungsebene her zu erklären. Aus diesen Gründen bin ich der Ansicht, daß sich der Marxismus in einer mißlichen Lage befindet. Das begriffliche Instrumentarium für die Analyse von mikrotheoretischen Fundierungen, das die neoklassische Theorie entwickelt hat, ist auf eine Weise ahistorisch, die im Widerspruch zu den zentralen Thesen des Marxismus steht. Gleichzeitig ist es jedoch das einzige vernünftige begriffliche Instrumentarium, das uns zur Zeit zur Verfügung steht.

III. Kollektiv Handelnde

1. Die Herausforderung

Die schädlichste Folgerung aus dem methodologischen Individualismus besagt, daß Personen mit gemeinsamen Lebensbedingungen und gemeinsamen Interessen normalerweise nicht gemeinsam handeln, um diese Interessen zu vertreten. Selbst wenn das Ergebnis kollektiven Handelns allen Arbeitern nützte, würde sich der einzelne Arbeiter doch nicht daran beteiligen, wenn er oder sie unabhängig von einer Beteiligung am Ergebnis teilhaben könnte. Wenn Olson (1968) und seine Anhänger recht haben, dann können wir nicht erwarten, daß die Arbeiterklasse ein kollektives historisches Subjekt wird, eine Klasse für sich mit allen sich daraus ergebenden Konsequenzen. Verständlicherweise haben sich die meisten marxistischen Reaktionen gegenüber dem methodologischen Individualismus auf diesen Kernpunkt konzentriert. Die Gültigkeit des »Trittbrettfahrer«-Problems für die Arbeiterklasse ist aus einer ganzen Reihe von Gründen abgelehnt worden:

- (1) ist das Problem auf der Basis des methodologischen Kollektivismus (Holmstrom, 1983; Pizzorno, 1984) irrelevant;
- (2) sind die Menschen, zumindest die Arbeiter, nicht selbstsüchtig (Booth, 1978);
- (3) Arbeiter sind durch ihre existenziellen Bedingungen so eingeschränkt, daß sie gar keine Wahl haben. Der rational choice-Ansatz wirft, was die Arbeiter angeht, das falsche Problem auf (Roemer, 1978);
- (4) Die Arbeiter neigen in besonderer Weise dazu, die gegenseitigen Präferenzen durch Kommunikation zu verändern (Offe und Wiesenthal, 1980; Elster, 1984:146);
- (5) Die Arbeiter erfüllen die Kooperationsbedingungen eines iterativen Gefangenendilemma-Spiels (Shubik, 1970; Taylor, 1976): sie sind wiederholt in derselben Situation, sie wissen nicht, wie lange sie in dieser Situation bleiben werden und sie haben eine geringe Marge an Zeitpräferenz (Edel, 1978; Shaw, 1984);
- (6) Die Arbeiter erfüllen die Bedingungen für endogene Veränderungen von Erfolgswahrscheinlichkeiten (Granevetter, 1978): wenn einige die kollektive Handlung auslösen, wächst deren Erfolgswahrscheinlichkeit. Dies steigert den erwarteten Gewinn und überkompensiert bei einigen weiteren Arbeitern die erwarteten Kosten, deren Beteiligung an der kollektiven Handlung wiederum die Erfolgchancen steigert, etc. (Kavka, 1982).

Die ersten drei Ansätze weisen das Trittbrettfahrerproblem völlig von der Hand; die drei letzten räumen ein, daß die Annahmen der neoklassischen Theorie des kollektiven Handelns in einem bestimmten Kontext richtig sein könnten, finden jedoch Gründe, weshalb die Implikationen aus dieser Theorie für Arbeiter nicht zutreffen. Es muß betont werden, daß für keines der drei letzten Argumente je der Beweis erbracht worden ist, daß sie empirisch oder doch zumindest formal für Arbeiter gelten. Sie sind bestenfalls fromme Wünsche. Bemerkenswert ist dabei auch die eigentümliche Art, in der das Problem gewöhnlich ausgedrückt wird: all diese Argumente gehen davon aus, daß etwas faul sein muß an einer Theorie, die voraussagt, daß sich Arbeiter gewöhnlich nicht als Klasse organisieren und nicht zu verschiedenen Formen kollektiven Handelns schreiten, insbesondere keine sozialistische Revolution in Gang bringen. Die Frage: »Was bringt das Proletariat dazu, die sozialistische Revolution zu machen?« (Shaw, 1984:12) hat etwas surrealistisches. Das Proletariat hat nie eine sozialistische Revolution gemacht. Arbeiter sind üblicherweise noch nicht einmal als Klasse organisiert: in einigen wenigen Ländern gehören die Mehrzahl der Arbeiter einem einzigen zentra-

lisierten Gewerkschaftsbund an, meistens jedoch gehören viele Arbeiter gar keiner Gewerkschaft an, und nur wenige gehören der gleichen Gewerkschaft an; nicht viele sind Mitglieder oder Wähler linker Parteien, viele halten sich von der Beteiligung an anderen kollektiven Tätigkeiten zurück; und schließlich ist daran zu erinnern, daß Gewerkschaften, Parteien und andere Organisationen oft Strategien verfolgen, die den kollektiven Interessen der Arbeiterklasse entgegenstehen. Sicherlich gibt es Gewerkschaften und Arbeiterparteien, und sie erfreuen sich beträchtlicher Beteiligung, das Problem bei der neoklassischen Theorie des kollektiven Handelns liegt jedoch nicht darin, daß sie bezogen auf die Arbeiter empirisch weniger Gültigkeit hätte als kollektivistische Theorien.

Die zentrale Frage, die der methodologische Individualismus aufwirft, ist vielmehr folgende: unter welchen Bedingungen ist Solidarität (Klassenkooperation) für einzelne Arbeiter oder bestimmte Arbeitergruppen rational? Wallerstein (1984, 1985) hat vor kurzem eine wichtige Antwort auf diese Frage gegeben, indem er darstellte, daß, erstens, bestimmte Gewerkschaften nur die Arbeiter zu organisieren versuchen, die auf demselben Arbeitsmarkt zueinander in Konkurrenz stehen und, zweitens, daß bestimmte Gewerkschaften im Falle kleiner, vom Außenhandel abhängiger Ökonomien miteinander kooperieren, jedoch immer dann mit den Arbeitgebern zu kooperieren versuchen, wenn sie von irgendeiner Form von Monopoldividenden (Schutzzöllen vor allem) profitieren können. Wallersteins Theorie liefert die mikrotheoretische Fundierung für das Phänomen des »Neo-Korporat(iv)ismus« und erklärt weitgehend die verschiedenen Arten von Gewerkschaftsstrukturen in unterschiedlichen kapitalistischen Gesellschaften.

Es darf nicht vergessen werden, daß es sich bei der angeführten Diskussion um Arbeiter handelt. Die Vorstellung, daß Kapitalisten unfähig oder nicht willens sind, sich kollektiv als Klasse zu organisieren und zu handeln, war in der marxistischen Theorie immer zu finden und zwar unabhängig von der späteren Auseinandersetzung mit dem methodologischen Individualismus. Marx selbst hat analysiert, daß der Wettbewerb unter den Kapitalisten zu einem Fall der Profitrate führt, dem sie nicht entgegensteuern können, da sie sich in einem Gefangenendilemma befinden. Die Feststellung, daß die Kapitalisten konfligierende Interessen aufweisen und deshalb nicht zu gemeinsamem Handeln in der Lage sind, war auch ein wichtiger Punkt in der Arbeit von Poulantzas (1973). Die Frage nach der Einheit der Bourgeoisie ist darüber hinaus in der lateinamerikanischen Literatur immer ausführlich beleuchtet worden (Cardoso, 1971; Evans, 1982; O'Donnell, 1978; Zeitlin und Ratcliff, 1975), während in den USA sehr interessante empirische Arbeiten über die Trennung von Eigentum und Kontrolle und verschiedene Formen kapitalistischer Klassenorganisation durchgeführt wurden. (Vgl. dazu Zeitlin, 1974; eine grundsätzliche Ausformulierung findet sich bei Glasberg und Schwartz, 1983; eine vollständige Übersicht über den augenblicklichen Kenntnisstand bei Useem, 1985; Whitt, 1979, bringt ein interessantes Beispiel, in dem sich Kapitalisten trotz bestehender Interessenskonflikte gemeinsam organisiert haben). Und schließlich wurde das Problem der kapitalistischen Klassenorganisation vor kurzem von Bowman (1982, 1984) im Rahmen des rational-choice-Ansatzes grundlegend diskutiert.

Alles in allem erfordert die Perspektive des methodologischen Individualismus ein komplettes Neuüberdenken der marxistischen Theorie des Klassenhandelns. Wie schon Olson bemerkt hat, ist das Trittbrettfahrerproblem wohl nur eine sehr eingeschränkte Beschreibung kollektiven Handelns von Arbeitern; jedoch ist die Wirkung des neoklassischen Angriffs auf die marxistische Theorie des Klassenhandelns außerordentlich heilsam gewesen. Als Symptom dafür mag gelten, daß Texte von vor ein paar Jahren, in denen die »Arbeiterklasse« im In-

teresse der Arbeiter durch die Geschichte marschiert, heute ein Gefühl unangebrachter Navität hinterlassen. Ich bin mir nicht sicher, ob irgendetwas von der marxistischen Klassentheorie aufrechterhalten werden kann. Da sich die formale Theorie kollektiven Verhaltens rasch weiterentwickelt, bin ich davon überzeugt, daß wir heute erst am Anfang einer Betrachtung der Frage des Klassenhandelns stehen.

2. Schwächen der neoklassischen Theorie kollektiven Handelns

Gleichzeitig wirft die traditionelle marxistische Sichtweise aber auch ein Schlaglicht auf zwei Schwächen der neoklassischen Theorie kollektiven Handelns: (1) Das strategische Problem des einzelnen Arbeiters besteht nicht im Trittbrettfahren bei der Verteilung öffentlicher Güter, sondern in der Konkurrenz zu anderen Arbeitern um den Erhalt eines Arbeitsplatzes. (2) Das Problem der Organisation jeder Klasse (oder anderer Gemeinschaften) kann nicht isoliert von der Beziehung der einzelnen Mitglieder einer Klasse zu der anderen Klasse betrachtet werden.

(1) *Die strategische Situation der Arbeiter.* Erstaunlicherweise akzeptieren alle marxistischen Autoren, die auf das Trittbrettfahrer-Paradox eingehen, Olsons Darstellung der Probleme einzelner Arbeiter. Ich meine hingegen, daß Olson das strategische Problem der Arbeiter ungenau beschrieben hat. Anhand eines Beispiels will ich versuchen, die Unterschiede herauszuarbeiten, denn mir ist nicht recht klar, wie ich sie konzeptualisieren soll. Nehmen wir eine Kreuzung mit vier Tankstellen, an jeder Ecke eine. Olson und seinen Anhängern zufolge müßten sich die Eigentümer dieser Tankstellen mit dem Trittbrettfahrerproblem auseinandersetzen, wenn sie sich überlegen, eine Straßenlaterne an der Kreuzung aufzustellen, um nachts mehr Kunden anzuziehen. Alle würden von dem verstärkten Verkehr profitieren. Da aber jeder einzelne ohnehin davon profitieren würde, wenn die Laterne erst einmal dastünde, würde keiner für die Installationskosten aufkommen wollen. Bevor das Problem mit der Straßenlaterne auftaucht, gibt es keine strategischen Probleme für die Tankstellenbesitzer. Oder, wie Olson es ausdrückt: sie befinden sich in einem »vorstrategischen Kontext«. Aber stimmt das tatsächlich? Die Tankstellen konkurrieren miteinander. Jede Tankstelle senkt ihren Preis (oder verbessert den Service), um die Kunden der anderen zu sich zu ziehen. Das Resultat ist ein Preiskrieg: der Preis sinkt und alle Tankstellenbesitzer verlieren dabei. Eine Lösung für dieses Problem besteht in einer Art Preisabsprache (oder einer Differenzierung von Serviceleistungen), und man könnte sagen, daß diese Absprache ein öffentliches Gut darstellt. Ich meine jedoch, daß dieser terminologische Schachzug einen grundsätzlichen Unterschied verschleiert: Die Tankstellen befinden sich in einer strategischen Situation, genauer in einem Gefangenendilemma, und zwar aufgrund der Interdependenz ihres privaten, konkurrierenden Konsums noch vor und unabhängig von jeglicher Handlung, die zu nichtkonkurrierenden Konsumgütern (sogenannten öffentlichen Gütern) führen kann.

Meines Erachtens befinden sich die Arbeiter (und in mancher Hinsicht auch die Kapitalisten, siehe Bowman, 1982) in der letztgenannten Situation, nämlich der des Preiskriegs. Die einzelnen Arbeiter konkurrieren miteinander: auf der Suche nach Arbeit unterbieten sie gegenseitig ihre Löhne. Daraus resultiert eine Senkung des allgemeinen Lohnniveaus. Deshalb sind die Arbeiter hinsichtlich ihres privaten Konsums in der strategischen Situation eines Gefangenendilemmas. Es stimmt, daß sich Arbeiter, die eine Gewerkschaft bilden oder sich an anderen Formen kollektiven Handelns beteiligen, dem Trittbrettfahrerproblem gegenüber sehen können, d.h. dem Gefangenendilemma in Verbindung mit Handlungen, die zur

Verfügung über nichtkonkurrierende Konsumgüter führen sollen. Sie müssen sich jedoch nicht organisieren, um öffentliche Güter bereitzustellen, sondern um der gegenseitigen Konkurrenz bei dem Streben nach privaten Gütern zu entgehen. Sie können sich dem Problem der Organisation nicht entziehen, denn die Tatsache, daß sie bezüglich anderer Einzelpersonen in der strategischen Situation des Gefangenendilemmas sind, ist ein konstitutiver Aspekt ihrer Klassenlage als Arbeiter.⁸

Anzumerken wäre dabei, daß es unmöglich ist, die Partikular-Interessen von Einzelnen zu vertreten, die in einer Situation des Gefangenendilemmas stecken. Und zwar deswegen unmöglich, weil es gerade diese Partikularinteressen sind, die die Einzelnen zueinander in Konkurrenz setzt. Wenn sich Individuen in einer Situation befinden, in der ein bestimmter Zustand der Welt gleichzeitig für alle der beste ist, dann können in der Tat ihre »gemeinsamen« Interessen gleichzeitig vertreten werden. In Sartres Terminologie (1967) ausgedrückt heißt das, daß ihre Gruppeninteressen mit ihren »seriellen« Interessen übereinstimmen. Wenn Einzelpersonen jedoch miteinander konkurrieren, dann sind ihre »gemeinsamen« Gruppeninteressen nicht mehr mit ihren »seriellen«, partikularen Interessen identisch: ihr Gruppeninteresse liegt darin, die kollektive Suboptimalität, die mit der Konkurrenz verbunden ist, zu vermeiden, wohingegen die Verwirklichung dieses Gruppeninteresses für den Einzelnen durchaus nicht das beste Resultat darstellt. Das einzige Interesse aber, das gemeinsam vertreten werden kann, ist eben gerade das mit Kooperation potentieller Konkurrenten verbundene und zum Ausdruck gebrachte Interesse. Eine »Interessenvertretung« schließt also notwendigerweise Zwänge und Sanktionen mit ein, die die einzelnen Mitglieder von der Nichtkooperation abhalten sollen. Wenn Gewerkschaften und/oder Parteien nicht in der Lage sind, die Arbeiter an gegenseitiger Konkurrenz zu hindern, ist keine Klassenorganisation möglich. (Siehe Przeworski und Sprague, 1986; dort findet sich eine weiterentwickelte Diskussion dieser Rolle der Parteien.) Gleichzeitig sollte man meinen, daß die einzelnen Mitglieder in Klassenorganisationen ständig unzufrieden wären, da ihre Partikularinteressen nicht vertreten werden und jeder seine oder ihre Situation durch die Beendigung der Kooperation verbessern könnte.

(2) *Soziale Beziehungen und kollektives Handeln.* Eine der Hauptschwächen der neoklassischen Formulierung des Problems kollektiven Handelns liegt in der Betrachtung jeder organisierten Gruppe als isoliert von der restlichen Gesellschaft (diese Vorgehensweise ergibt sich aus der Ausklammerung jedes »vorstrategischen« oder anderen sozialen Kontextes im Rahmen dieser Theorie). Arbeiter organisieren »Gewerkschaften« und Kapitalisten organisieren »Lobbies«, wobei sie in dem Prozeß der Organisation mit ihren eigenen Problemen konfrontiert sind, und erst nach erfolgreicher Organisation — vielleicht — aufeinandertreffen. Tatsächlich aber sind Kapitalisten und Arbeiter bereits vor jeder Organisation aufeinander bezogen, und organisieren sich geradezu wegen der Existenz der jeweils anderen Klasse. Arbeiter konkurrieren miteinander und unterbieten sich die Löhne, indem sie ihre Arbeitskraft den Unternehmen zum Kauf anbieten müssen. Die Investitionsentscheidungen von Unternehmen, die Entscheidung über die Faktorintensität technischen Wandels und die Kapazitätsauslastung, die Erwartungen hinsichtlich des Verhaltens anderer Unternehmen sowie der Konsumenten sind nur einige wenige Aspekte des Verhaltens von Kapitalisten, die einen parametrischen Zwang auf die Konkurrenz zwischen den Arbeitern ausüben. Schmitter und Brand (1979) konnten darüber hinaus zeigen, daß der organisatorische Zusammenschluß von Kapitalisten die organisationspolitischen Probleme der Arbeiter direkt berührt. Wenn man Marx unter diesem Aspekt liest, stellt sich heraus, daß er die Klassenbeziehungen möglicher-

weise genau in dieser Weise gesehen hat. In der »Deutschen Ideologie« haben Marx und Engels festgestellt: »Die einzelnen Individuen bilden nur insofern eine Klasse, als sie einen gemeinsamen Kampf gegen eine andere Klasse zu führen haben; im übrigen stehen sie einander selbst in der Konkurrenz wieder feindlich gegenüber« (MEW 3, S. 54).

Im »Elend der Philosophie« schrieb Marx: »So hat die Koalition stets einen doppelten Zweck, den, die Konkurrenz der Arbeiter unter sich aufzuheben, um dem Kapitalisten eine allgemeine Konkurrenz machen zu können« (MEW 4, S. 180).

Ähnliche Sätze tauchen auch im »Kommunistischen Manifest« und einigen anderen Schriften auf. Die damit verbundene Ontologie von Gesellschaft besagt, daß die einzelnen Arbeiter sich gleichzeitig in einer Konkurrenzsituation zu den anderen Arbeitern und in einem kollektiven Konfliktverhältnis gegenüber den Kapitalisten befinden. Jeder einzelne Arbeiter fährt am besten, wenn er mit den anderen Arbeitern konkurriert, jedoch können alle Arbeiter ihre Situation verbessern, indem sie sich gegen die Kapitalisten organisieren (vgl. zu einigen formalen Ideen der Analyse dieser Art von Spielen: Tsebelis, 1985).

Nicht das Postulat, daß kollektive Handlungen durch individuelle Rationalität erklärbar sein müssen, ist m.E. deshalb beim methodologischen Individualismus problematisch, sondern die darin verankerte Ontologie von einer Gesellschaft als einer Ansammlung von undifferenzierten und beziehungslosen Individuen. Die passende Ontologie ist weder die von zwei handlungsbereiten Klassen noch die von abstrakten Individuen, sondern eine von Einzelnen, die innerhalb einer multidimensional beschriebenen gesellschaftlichen Struktur in unterschiedliche Beziehungsformen mit anderen Einzelnen eingebunden sind.

IV. Der Klassenkonflikt

1. Die Struktur des Klassenkonflikts im demokratischen Kapitalismus

Die traditionelle marxistische Theorie über die Struktur des Klassenkonflikts ist außerordentlich simpel und m.E. sowohl logisch ungültig wie empirisch falsch. Ich beziehe mich hier auf Marx' eigene Theorie, die er am ausführlichsten in »Lohnarbeit und Kapital« (MEW 6) dargelegt hat, und die die Behauptung enthält, die Interessen von Arbeitern und Kapitalisten stellen ein Nullsummenspiel dar, und zwar sowohl in statischer als auch in dynamischer Hinsicht. Dieses Modell vom Konflikt der Klasseninteressen wurde von den meisten marxistischen Theorien mechanisch übernommen, und zwar besonders in der Staatstheorie, in der die Interessen der Arbeiter nicht einmal weiter erläutert werden, da man sie ständig als das Nullsummenkomplement der Interessen der Kapitalisten behandelte.

Der statistische Aspekt dieser Behauptung stimmt in ganz trivialer Weise: da zu jedem Zeitpunkt das Sozialprodukt per definitionem konstant ist, verliert immer einer das, was der andere gewinnt. Wenn wir jedoch voraussetzen, daß es eine Zukunft gibt, so gestaltet sich das Bild wesentlich komplexer. Gramsci hat als erster die Abhängigkeit der gesamten Gesellschaft vom Kapital analysiert und aufgezeigt, daß sie die Hegemonie der Bourgeoisie ermöglicht. Seine zentrale These — die m.E. als empirische Hypothese von unsicherer Gültigkeit anzusehen ist — lautet, daß aufgrund des Privateigentums an gesellschaftlichem Reichtum, das heißt daß also über Produktionsmittel privat und entsprechend privater Interessen verfügt wird, der Fortschritt der materiellen Interessen jedes Einzelnen in einer Gesellschaft von der Verträglichkeit dieser Interessen mit denen der Kapitaleigentümer abhängt. Diese Hy-

pothese will ich unter die Kategorie »strukturelle Abhängigkeit vom Kapital« subsumieren (vgl. meine Interpretation von Gramsci unter diesem Aspekt: Przeworski, 1980).

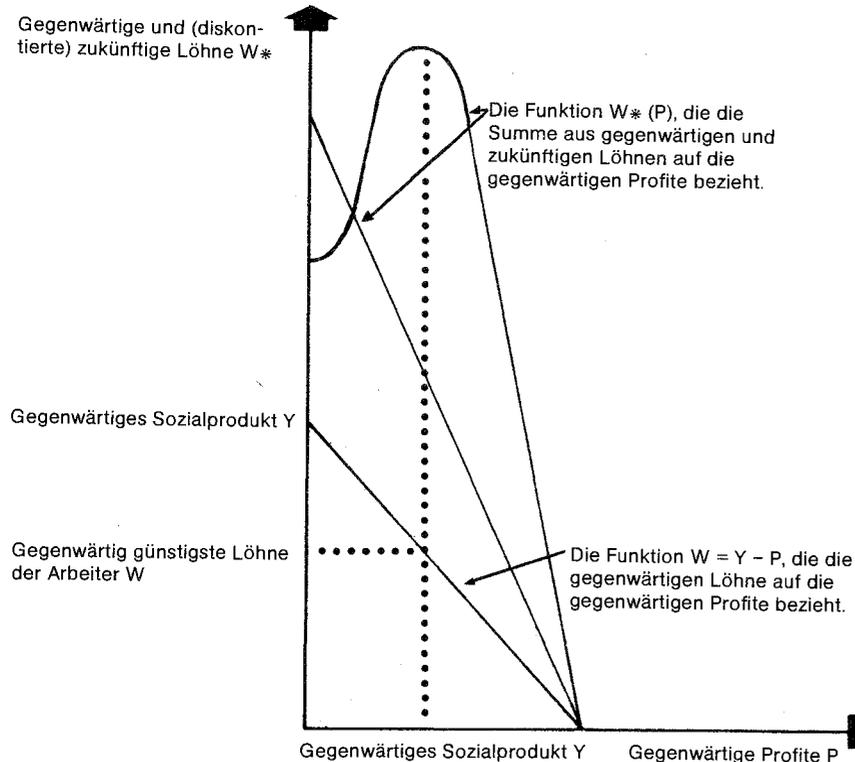
Die Hypothese von der strukturellen Abhängigkeit vom Kapital stützt sich im Einzelnen auf die folgenden Annahmen: (1) Investitionen sind eine notwendige Bedingung für die Verbesserung der zukünftigen materiellen Bedingungen eines jeden Einzelnen in einer Gesellschaft; (2) Investitionsentscheidungen sind ein an das Eigentum gebundenes privates Vorrecht und werden mit der Absicht der Profiterzielung vorgenommen; (3) alle Forderungen, die die Rentabilität von Investitionen bedrohen, führen zu einem Fall der Investitionsrate; deshalb hängt (4) die Möglichkeit der Befriedigung bestimmter Interessen von ihrer Vereinbarkeit mit dem privat angeeigneten Profit der Kapitaleigner ab. Zu betonen ist dabei, daß dieser Mechanismus auf jeden Einzelnen angewandt wird, nicht nur auf die Arbeiterklasse. In dem Maße, in dem für die Bedürfnisbefriedigung materielle Mittel notwendig sind, gilt diese Hypothese für Minderheiten auf der Suche nach ökonomischer Gleichheit, für Frauen, die die Arbeitsteilung im Haushalt verändern wollen, für Alte, die materielle Sicherheit brauchen, für Arbeiter, die bessere Arbeitsbedingungen wollen, Politiker, die wiedergewählt werden wollen und Militärs, die Bomben wollen.

Der Kapitalismus ist nicht in dem Sinn eine Klassengesellschaft, daß es immer zwei schablonenhafte Klassen gibt (wie Manley, 1984, vor kurzem behauptet hat), sondern in dem Sinne, daß die für den Kapitalismus charakteristische Eigentumsstruktur die materiellen Lebensbedingungen jedes Einzelnen von den privat gefällten Entscheidungen der Kapitaleigner abhängig macht.

Die strukturelle Abhängigkeit vom Kapital eröffnet die Möglichkeit von Kompromissen zwischen organisierten Arbeitern und Kapitalisten. In diesen Kompromissen erkennen die Arbeiter den Profit als feste Einrichtung an (und damit den Privatbesitz am gesellschaftlichen Reichtum), während die Kapitalisten investieren und in politische Arrangements und demokratische Strukturen einwilligen, die es den Arbeitern erlauben, ihren Forderungen nach einem Teil des gesellschaftlichen Produkts Ausdruck zu verleihen. Da Wallerstein und ich diese Art Kompromisse an anderer Stelle analysiert haben (Przeworski, 1985) will ich mich hier auf die spieltheoretische Struktur der Interessenverhältnisse zwischen Arbeitern und Kapitalisten beschränken.

Untersuchen wir folgendes Diagramm. Die Gerade mit einer Steigung von -1 , $W = Y - P$, stellt alle Verteilungsmöglichkeiten des Sozialprodukts zwischen Löhnen und Profit zu jedem bestimmten Zeitpunkt dar, wenn das Produkt Y festgelegt ist (der Abstand dieser Geraden vom Ursprung stellt die Größe des Sozialprodukts dar). Entlang dieser Geraden besteht ein Nullsummenverhältnis zwischen Löhnen und Profiten: sowie die Löhne steigen, fallen die Profite und umgekehrt. Dies entspricht dem traditionellen marxistischen Modell des Konflikts von Klasseninteressen. Betrachten wir nun die zweite Gerade, bei der die Löhne aus einer Summe bestehen, die sich aus den augenblicklichen Löhnen und den Löhnen zusammensetzt, die die Arbeiter in absehbarer Zukunft zu erhalten erwarten (W^*). Wenn diese Gerade immer monoton nach unten verläuft, dann stimmt Marx' Übertragung von den statischen auf die dynamischen Konstellationen und stehen sich die Klassen unweigerlich in einem materiellen Interessenkonflikt frontal gegenüber. Dann werden die Arbeiter den Kapitalstock mit Forderungen überziehen wollen — und zwar auch dann, wenn das Produkt wächst, denn der gegenwärtige Wert zukünftiger Löhne ist geringer, je höher der augenblickliche Profit ist. Wenn die zukünftigen Löhne der Arbeiter jedoch von heutigen Investitionen abhängen und diese Investitionen hinwiederum von heutigen Profiten, so kann es durchaus sein, daß die Funktion für das Ver-

hältnis zwischen gegenwärtigen und zukünftigen Löhnen einerseits und gegenwärtigen Profiten andererseits ($W^*(P)$) so aussieht wie die oberste Gerade: ein Lohnmaximum bei einem positiven Wert der gegenwärtigen Profite. Das der Höhe der gegenwärtigen Profite entsprechende Niveau der gegenwärtigen Löhne, die die Summe der heutigen und der zukünftigen Löhne maximiert, nennen wir es W , ist niedriger als das augenblickliche Sozialprodukt: Zukunftsbewusste Arbeiter werden in diesem Fall Lohnsenkungen anbieten und die Tatsache anerkennen, daß sich die Kapitalisten Profite aneignen. Ob sich die Arbeiter in dieser Lage befinden, d.h. ob die Funktion $W^*(P)$ ein internes Maximum hat, hängt (1) von der Funktion ab, die die Abhängigkeit der Investitionsrate von den Profiten beschreibt und (2) von den politischen Institutionen und den Bedingungen, die festlegen, ob die Arbeiter zu Recht erwarten können, von heutigen Investitionen in der Zukunft zu profitieren. Es ist nachgewiesen worden (Przeworski und Wallerstein, 1981), daß es tatsächlich Bedingungen gibt, unter denen sich beide Klassen für einen Kompromiß entscheiden.



Dies ist nur eines der mit den Annahmen des »rational choice«-Ansatzes entwickelten Modelle für Interessenkonflikte im Kapitalismus. Einige andere Analysen haben sich mit unterschiedlichen Aspekten dieses Konflikts befaßt. Lancaster (1973) hat die grundsätzliche For-

mulierung eines intertemporalen trade-offs zwischen Löhnen und Profiten entwickelt, die von Hoel (1978) weiter ausgearbeitet wurde. Bowles und Gintis (1982) haben sich auf die Keyneschen Aspekte des Klassenkompromisses konzentriert und ihn »Übereinkommen« (accord) genannt. Dirickx und Sertel (1975) haben den Einfluß von Steuern auf den Klassenkonflikt analysiert, während Kleiman (1983) den Druck der revolutionären (und konterrevolutionären) Bedrohungen für die Besteuerung untersuchte. Van Winden (1983), Borooah und Van der Ploeg (1983) sowie Schott (1984) haben einige Konflikte zwischen den Akteuren Gewerkschaften, Unternehmen und dem Staat analysiert.

(2) Vergleichende Wohlfahrt ökonomischer Systeme und der Übergang zum Sozialismus

Nehmen wir einmal an, daß die Arbeiter im Rahmen der Strategien, die ihnen im Kapitalismus zur Verfügung stehen, am besten fahren, wenn sie eine starke Lohnsenkung vorschlagen. Heißt das, daß der Kapitalismus für die Arbeiter besser ist als der Sozialismus? Oder nehmen wir umgekehrt an, daß die Arbeiter im Kapitalismus mit starker ökonomischer Militanz am besten fahren: Heißt das nun, daß es den Arbeitern im Sozialismus besser gehen würde? Die Frage der vergleichenden Wohlfahrt verbunden mit verschiedenen Produktionsweisen ist außerordentlich komplex, und ich glaube, daß wir zur Zeit keine Antwort darauf haben. Przeworski und Wallerstein (1981) haben diese Frage gestellt, ohne jedoch eine Antwort darauf zu finden (siehe auch Tsebelis, 1984, und unsere Antwort darauf zum gleichen Thema). Przeworski (1980b) hat sich auf die Aspekte des Übergangs konzentriert und ist zu dem Schluß gekommen, daß die Kosten für den Übergang die Arbeiter dazu bringen könnten, am Kapitalismus festzuhalten, selbst wenn der Sozialismus für die Befriedigung ihrer materiellen Bedürfnisse ein besseres System wäre.

Vom Standpunkt des methodologischen Individualismus aus lautet die allgemeine Frage der Revolutionstheorie folgendermaßen: Unter welchen Bedingungen würden (manche oder alle) Menschen, die sich durch ihre spezifische Ausstattung an veräußerlichen oder unveräußerlichen Ressourcen auszeichnen und in einem gemeinsamen ökonomischen System leben, ein bestimmtes anderes ökonomisches System, das heißt andere Eigentumsrechte und/oder Verteilungsmechanismen vorziehen. Einen Rahmen für die Analyse solcher Fragen hat Roemers grundlegendes Werk (1982) geliefert. Er hat dargelegt, unter welchen Bedingungen eine bestimmte Klasse ökonomisch Handelnder eines ökonomischen Systems sich in einem alternativen ökonomischen System besser stellen würde. Roemers neuere Veröffentlichungen verbinden diese Analyse mit der Theorie über ausgleichende Gerechtigkeit und kommen dabei zu einigen überraschenden Resultaten bezüglich des Privateigentums an gesellschaftlichem Reichtum als fester Einrichtung (1984). Leider läßt sich der konzeptionelle Apparat des allgemeinen Gleichgewichts und dessen Prämisse der unendlichen Anpassungsgeschwindigkeit nicht auf eine Untersuchung der Dynamik spezifischer ökonomischer Systeme anwenden, sondern nur auf Vergleiche von statischen Gleichgewichten (Przeworski, 1982). Infolgedessen erhellen Roemers Analysen zwar ethische Fragen, aber keine politischen.

Die Frage nach der Revolution, wie sie durch die Postulate des methodologischen Individualismus gestellt wird, zieht politische Konsequenzen nach sich. Die Frage nach dem Sozialismus lautet, ob er von Individuen, die im Kapitalismus leben, vorgezogen wird. Diese Formulierung ist natürlich zu rudimentär, um eindeutige Antworten zu liefern. Man kann sich fragen, ob die konkreten Personen, die im Kapitalismus leben, autonom und damit für ihre Präferenzen verantwortlich sind, man kann auch die Methoden der Aggregation individuel-

ler Präferenzen in Frage stellen. Die methodologische Perspektive gibt jedoch zu einer gewissen demokratischen Skepsis Anlaß: Die vorrangige Frage bezüglich bestimmter Zukunftsvorstellungen muß lauten, ob die konkreten Personen, die in spezifischen historischen Bedingungen leben, ihrer Präferenz für diese Zukunftsvorstellung mittels vernünftiger Wahlmechanismen Ausdruck verleihen und das auch weiter tun wollen.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, daß selbst die Autoren, die dem individualistischen Ausgangspunkt skeptisch gegenüberstehen, eingestehen, daß bei der Analyse von Klassenkonflikten die Stärken des rational choice-Ansatzes unübersehbar sind. Einige Theoretiker von Klassenbündnissen lehnen die Anwendung eines formalstrategischen Kalküls ab (vor allem Cardoso und Falleto, 1969), sehen sich de facto aber doch gezwungen, dieses Kalkül bei ihrer Analyse anzuwenden. Letztlich ist die Spieltheorie doch nur eine formale Theorie der Konflikte und, ob man sie gutheißt oder nicht, die einzig vorhandene Theorie.

V. »Die Ökonomie«, die Politik und die Gleichgewichtsanalyse

Während sich die meisten Diskussionen um die allgemeine Problemstellung des methodologischen Individualismus drehen, möchte ich zum Abschluß dieser Ausführungen auf eine bedeutsame Schwäche des formalen Apparats der Spieltheorie hinweisen. Gehen wir jedoch zunächst noch einmal ein paar Schritte zurück.

Sowohl die marxistische Wirtschaftstheorie als auch die neoklassische Wirtschaftslehre sehen in der Gleichgewichtsanalyse ihr hauptsächlich methodologisches Mittel. Genauer gesagt wird üblicherweise in beiden Theorien dasselbe Konzept von Gleichgewicht benutzt, nämlich das Modell der Konkurrenzökonomie. Unterstellt wird eine große Zahl von Akteuren, Haushalten oder Unternehmen, die in der Lage sind, ihre veräußerlichen Ressourcen oder Fähigkeiten von einem Wirtschaftssektor zum anderen zu transferieren und Waren und Dienstleistungen auszutauschen. Für jeden einzelnen Akteur ist der Rest des Systems ein Parameter, den er bei seinem Maximierungsproblem berücksichtigen muß. In der neuen klassischen Ökonomie antizipieren die privaten Akteure die von der Regierung gefällten Entscheidungen, obgleich sie miteinander konkurrieren; aber auch in diesem Falle ist jeder Einzelne mit einer Umwelt konfrontiert, die ihm als Parameter gilt (Sargent, 1982:382). Im anderen Extrem gibt es Monopol- und Duopolmodelle, und auch solche Modelle, in denen der einzige Akteur die Regierung ist, die das Verhalten der ökonomischen Akteure antizipiert (für den Fall von Produzenten und Konsumenten, vgl. Peltzman, 1976; für den Fall verschiedener Interessengruppen, vgl. Becker, 1983; im Falle von Einzelpersonen finden Modelle des elektoralen Konjunkturzyklus Anwendung). Jedoch gibt es keine Analysen im Feld zwischen den Extremfällen des Wettbewerbsmarkts mit vielen Akteuren und dem Fall von Systemen mit zwei strategischen Akteuren.

Dieser Sachverhalt mag verwundern, denn die meisten Beschreibungen der heutigen kapitalistischen Gesellschaften betonen, daß die Anzahl der relevanten Akteure endlich ist und ihre Handlungen außermarktmäßige Strategien einschließen. Wenn wir eine Liste all jener inländischen Akteure aufstellen wollten, deren Strategien ein typisches kapitalistisches Wirtschaftssystem kennzeichnen, so müßten dort die Regierung, das Parlament, vielleicht einige spezialisierte regulierende Organe und in manchen Ländern die Zentralbank genannt werden. Des weiteren würden wir die Arbeitgeberverbände, einige große Unternehmen und vielleicht private Banken, Gewerkschaften, oft noch einige andere Organisationen und schließ-

lich die Haushalte und die Unternehmen im allgemeinen nennen. Wenn wir die Handlungen auflisten sollten, die die privaten Akteure ausführen können, so würden wir es nicht dabei belassen, die intersektorale Bewegung von Ressourcen zu nennen, sondern würden alle Arten von Absprachen, Kooperation, Koordination, Druck etc. miteinbeziehen. Zugespißt heißt das, daß die meisten Beschreibungen behaupten, wir lebten in korporativen Gesellschaften (Schmitter, 1974, und alle darauf aufbauenden Arbeiten; eine neue Bibliographie findet sich bei Cawson und Ballard, 1984), während alle Analysen zwischen der Betrachtung kompetitiver Gleichgewichte und Duopol-Situationen schwanken.

Das ist vielleicht kein Zufall. Der technische Apparat der Spieltheorie ist für fast alle Situationen, die mehr als zwei und weniger als viele Akteure einbeziehen, nahezu unbrauchbar. In dem Maße, in dem die Anzahl der Akteure zunimmt, nähert sich die nicht-kooperative Lösung à la Nash dem kompetitiven Gleichgewicht an, d.h. die Lösung ist allein technisch. Bei zwei Akteuren ist nicht immer klar, welche Lösung angebracht ist: das Nash-Gleichgewicht, in dem zwei Akteure unabhängig voneinander entscheiden oder ein Stackelberg-Gleichgewicht, in dem ein Akteur die Reaktionen des anderen antizipiert oder einige kompliziertere Lösungen, die bindende Verpflichtungen miteinbeziehen. Aber in all diesen Fällen handelt es sich um Standard-Lösungen bei Zwei-Personen-Fällen. Die Schwierigkeit liegt darin, daß zwar die Lösungskonzepte für jede beliebige Anzahl an Spielern gleichbleiben, die technischen Schwierigkeiten jedoch fürchterlich werden, sowie mehr als zwei strategische Akteuren berücksichtigt werden. Von daher bin ich nicht besonders optimistisch, was die Möglichkeit einer zukünftigen formalen Anwendung der Spieltheorie bei der Analyse von Konflikten zwischen Gruppen und vor allem bei der Analyse von Klassenbündnissen anbelangt.

Es ist offensichtlich, daß formale spieltheoretische Analysen von Gruppenkonflikten solange ohne Überzeugungskraft bleiben, wie sie nicht auf historisch gefaßten Begriffen eines Gleichgewichts fußen. Ich vermute, daß uns der methodologische Individualismus dazu zwingen wird, bei der Analyse strategischer Situationen, im besonderen von Klassenbündnissen und den Beziehungen zwischen gesellschaftlichen Gruppen und dem Staatsapparat vorsichtiger und genauer vorzugehen, jedoch räume ich formal deduktiven Analysen dieser Art keine großen Zukunftschancen ein, zumindest solange nicht, bis die Spieltheorie ihren mathematischen Kinderschuhen entwachsen ist. Überdies ist die Spieltheorie aufgrund ihrer technischen Begrenztheit für komparative historische Analysen nur sehr eingeschränkt nützlich. Jedenfalls haben nichttechnische Analysen der durch sich verschiebende Klassenbündnisse ausgelösten Dynamik zu einigen bemerkenswerten Untersuchungen geführt, wobei an erster Stelle O'Donnells Argentinienanalyse (1978b) zu nennen wäre.

VI. Zusammenfassung und Perspektiven

Ich hoffe, daß aus diesen Überlegungen hervorgeht, daß die meisten, wenn nicht alle traditionellen Fragestellungen der marxistischen Theorie radikal neu formuliert werden müssen, sofern man die methodologische Gültigkeit der individualistischen Postulate anerkennt. Ob nun die möglichen Resultate irgendeiner der Lehrsätze der marxistischen Geschichtstheorie bestätigen wird und ob die sich daraus ergebende Theorie in irgendeiner Hinsicht »marxistisch« sein wird, kann ich nicht sagen.

Ich meine, daß die Herausforderung des methodologischen Individualismus angenommen werden muß. Die einzige Alternative bestünde darin, wie Cohen (1982: 489) zu argumentie-

ren, der formuliert, daß »... sich der Marxismus im Grunde nicht mit dem Verhalten befaßt, sondern mit den Kräften und Beziehungen, die es einengen und leiten. Wenn wir uns von dem unmittelbaren Klassenkonflikt ab- und seinen langfristigen Folgen zuwenden, so ist die Spieltheorie keine Hilfe, denn diese Folgen sind gemäß dem historischen Materialismus von einer Dialektik zwischen den Kräften und den Produktionsverhältnissen bestimmt, die den Hintergrund für das Klassenverhalten bildet und nicht durch das Klassenverhalten selbst zu erklären.« Dies ähnelt für meinen Geschmack mehr einem Drehbuch für Star Wars denn einer Anleitung für eine Gesellschaftstheorie. Eigentlich denke ich, daß für den historischen Materialismus der Klassenkampf der Motor der Geschichte ist und nicht irgendwelche »Kräfte« (eine ausgewogenere Antwort findet sich bei Roemer, 1982b).

Gleichzeitig finde ich Elsters (1982: 453) programmatisches Diktum unfruchtbar. »Unter methodologischem Individualismus«, schreibt Elster, »verstehe ich den Grundsatz, daß alle gesellschaftlichen Phänomene (ihre Struktur und ihre Veränderung) im Prinzip in Kategorien des Individuums erklärbar sind — durch ihren Besitz, ihre Ziele und ihre Überzeugungen.« Elster befindet sich in bester Gesellschaft, schließlich könnte er Marx' Formel aus der *Heiligen Familie* zitieren, wonach Geschichte nichts anderes als das zielorientierte Handeln von Menschen darstelle. Diese Formel klingt nett, jedoch erklärt sie nur sehr wenig, wie Marx selbst in einem Brief an Annenkov anmerkte. Sie mag zwar zutreffen, aber nur, wenn wir zugeben, daß individuelle Handlungen für jeden indirekte, häufig unerwartete und unerwünschte Folgen zeitigen (was Engels in unendliche Verwirrung gestürzt hat; siehe seinen Brief an Bloch in MEW 37). Die Bedingungen, die wir heute vorfinden, sind die Folgen von gestern ausgeführten Handlungen, jedoch handelten wir gestern für ganz andere Ziele, als die Bedingungen für morgen zu schaffen. Die zentrale Schwierigkeit der individualistischen Geschichtsbetrachtung ist also die Endogenisierung von Strukturen: die Erklärung, wie Handlungen Einzelner unter bestimmten Bedingungen neue Bedingungen schaffen. Die meisten Diskutanten würden dieses Postulat im Prinzip anerkennen, ich denke jedoch, daß Berger und Offe (1982) wie auch Giddens (1982) recht haben, wenn sie die Herausforderung an Elster zurückgeben. Denn das Problem ist, daß beim heutigen Stand des technischen Apparates, der methodologische Individualismus, namentlich die Spieltheorie, für diese Aufgabe gänzlich ungeeignet ist. Zur Zeit kann das Instrumentarium der Spieltheorie höchstens isolierte einzelne Ergebnisse, die unter bestimmten Bedingungen geschehen, erhellen. Zur Erklärung von Geschichte hat sie aber nichts beizutragen.

Die Kritik, die der methodologische Individualismus impliziert, ist also viel eindrucksvoller als die auf individualistischen Postulaten basierenden alternativen Erklärungen. Ich bin jedoch überzeugt, daß die Einwände und Vorurteile der Gesellschaftstheoretiker zu einer raschen Entwicklung des spieltheoretischen Apparats führen werden und heute auch bereits geführt hat. Ich sehe also Perspektiven für eine konstruktive Interaktion zwischen den Vertretern einer formalen Theorie und den Gesellschaftswissenschaftlern. Im besten Fall führt diese Interaktion zur Betrachtung von Identitätsbildung als einer endogenen, kontinuierlichen Folge von gesellschaftlichen Prozessen, zu historisch spezifischen Konzepten für die Gleichgewichtsanalyse und zu einem Verständnis der endogenen Ursprünge der Struktur, sowohl in ihren beschränkenden wie in ihren vorwärtstreibenden Aspekten, und auf diese Weise zu einer Erklärung der Geschichte aus den zielgerichteten Handlungen Einzelner heraus.

(aus dem Englischen übertragen von Antje Bauer)

Anmerkungen

- 1 Man hat mich darauf hingewiesen, daß diese Definition die Ausführungen von North (1981) und Pejovich (1977) mit einschließt. Warum auch nicht?
- 2 Die umfassendste Polemik um diese Punkte betrifft die Debatte: moralischer versus rationaler Bauer. Siehe Scott, 1976; Popkin, 1979; und eine Übersicht von Cumings, 1981. Ähnliche Streitfragen sind in Studien über gewerkschaftliche Streikentscheidungen (eine Übersicht liefert Shalev, 1980) und gewerkschaftlicher Organisation (Przeworski, 1984) sowie über die Mikroökonomie der Produktion (Reich und Devine, 1981 und die darauffolgende Diskussion) aufgetaucht.
- 3 Die gründlichste Behandlung der marxistischen Handlungstheorie findet sich bei Lockwood (1981; 1985), der anführt, daß (1) die traditionelle marxistische Handlungstheorie im wesentlichen utilitaristisch war, (2) die Konzepte ideologische Herrschaft und falsches Bewußtsein erklären sollten, wieso das Proletariat irrational handelte (vor allem nicht revolutionär) und (3) die Rolle von Normen, Werten und Traditionen — die »nichtrationalen« im Gegensatz zu den »irrationalen« Aspekten von Handlungen — unterschätzt wurden. Als Ergebnis davon sei die marxistische Handlungstheorie außerordentlich wackelig, wie man »an der Tendenz erkennen kann, zwischen positivistischen und idealistischen Erklärungen für die Radikalität und die Ergebnisheit der Arbeiterklasse hin und her zu pendeln.« (1981: 456-457). Lockwood führt diese Schwäche auf das Vertrauen in den Utilitarismus zurück und fordert stattdessen, den Akzent auf die normativen Handlungskomponenten zu legen; ich bin völlig entgegengesetzter Ansicht. Um zu erklären, warum die Arbeiter unter den meisten Umständen nicht revolutionär sind, reicht es m.E. aus, ihre Handlungen als rational zu begreifen; es ist also unnötig, auf Normen, Traditionen oder Werte zu rekurrieren. Siehe weiter unten und Przeworski (1985).
- 4 Das heißt jedoch nicht, daß es heute eine adäquate Sprache für die Beschreibung von Nutzenfunktionen gibt. Eine Reihe von Unterschieden müßte erklärt werden — leider sprengt diese Diskussion jedoch den Rahmen dieses Artikels.
Zunächst ist die Definition des »Altruismus« im Text zu weit gefaßt. So kann man sich aus rein egoistischen Motiven für den Zustand Dritter interessieren, wenn nämlich mit dem Konsens externe Effekte verbunden sind. Zum Beispiel hängt die Nützlichkeit meines Telefons davon ab, wie viele andere Leute eines haben etc. (Für ein allgemeines Gleichgewichtsmodell, das diese äußeren Faktoren miteinbezieht, s. Katz und Shapiro, 1985.) Eine enger gefaßte Definition des Altruismus könnte lauten, daß die Befriedigung Dritter als Argument in die Nutzenfunktion jedes Einzelnen einfließt. Eine solche Definition würde jedoch zu ernsteren mathematischen Problemen führen und gleichzeitig zusätzliche Unterscheidungen nötig machen (das Vergnügen eines anderen kann für mich schwerer wiegen als mein eigenes, aber nicht, wenn dieses Vergnügen aus dem Konsum von Heroin entsteht, etc.). Zweitens kann man sich Präferenzen als kontingent vorstellen, seien sie Handlungen Dritter oder von bestimmten Bedingungen abhängig. Sen (1977) vertritt die Ansicht, daß der Mensch verschiedene Präferenz-Rangfolgen hat, die er in Abhängigkeit von einer Meta-Rangfolge aktiviert. Durch kooperatives Verhalten anderer bedingter Altruismus ist ein Ausweg aus dem Gefangenendilemma.
Drittens kann »altruistisch« zu sein etwas anderes heißen als »ideologisch« im Sinne Pizzornos (1966) zu sein, für den ideologisch zu sein bedeutet, in die eigene Nutzenfunktion eher den Zustand einer Gemeinschaft miteinzubeziehen als den anderer Einzelpersonen. Und schließlich besteht eine große, bislang unbeachtete Möglichkeit darin, daß die Menschen bereit sein könnten, ihre Präferenzen zu verändern, indem sie die Folgen für die Gemeinschaft antizipieren, die die Verwirklichung ihrer ursprünglichen eigennützligen Präferenzen nach sich ziehen würden. Vor allem könnten die Menschen bereit sein, ihre Präferenzen zu verändern, wenn politische Führer sie davon überzeugen, daß ihre Präferenzen zu kollektiven Intransitivitäten führen würden.
- 5 Diese Probleme werden bei Collard (1978) diskutiert. Siehe auch Buchanan's Argument (1979), daß das »Paradox der Revolution« selbst dann existieren würde, wenn die Arbeiter ideologisch wären. Van der Veen (1981) zeigt jedoch auf, daß bei gewissen nichteigennützligen Präferenzrangfolgen gesellschaftlich wünschenswerte Ergebnisse wohl leichter erreichbar wären.

- 6 Dies geht vielleicht auch zu weit, denn es gibt bereits vernünftige Analysen von Situationen, in denen nur ein Teil der Beteiligten strategisch handelt und der andere Teil Gewohnheiten folgt. Siehe Haltiwanger und Waldmann (1985) und die dort enthaltene Bibliographie.
- 7 Die realisierbaren Gründe könnten darin liegen, mit einer tatsächlichen individuellen Unbestimmtheit zu argumentieren, wie es Boudon in Teilen seines 1984 erschienenen Buchs tut, oder mit multiplen und zahlreichen Gleichgewichten. Da ich mich ohnehin mit den Theorien möglicher Geschichten begnüge, sehe ich diese Argumente nicht als schädlich an.
- 8 Die entstandene Verwirrung läßt sich bei Aranson und Ordeshook (1985: 93) gut nachlesen. Sie schreiben: »Das Trittbrettfahren taucht in verschiedenen Zusammenhängen auf. Traditionell wurde dieser Ausdruck auf diejenigen angewandt, die von den aus Gewerkschaftsstreiks und Verhandlungen erzielten mutmaßlichen Lohnerhöhungen und verbesserten Arbeitsbedingungen profitierten, ohne selbst Gewerkschaftbeiträge zu bezahlen oder Streikkosten zu übernehmen.« Das strategische Dilemma der Arbeiter ist nicht, ob sie Gewerkschaftsbeiträge bezahlen, sondern ob sie darauf verzichten, eine Beschäftigung anzunehmen, wenn diese Annahme das allgemeine Lohnniveau senken würde.

Literatur

- Althusser, Luis et. al. (1965): *Lire le Capital*, Paris; dtsh.: Das Kapital lesen, Reinbek bei Hamburg, 1972.
- Althusser, Luis (1971): *Ideology and Ideological State Apparatuses*. In: Lenin and Philosophy and other Essays, New York, dtsh.: Marx und Ideologie, Berlin (West) 1973.
- Aranson, Peter H. and Ordeshook, Peter C. (1985): *Public Interest, Private Interest, and the Democratic Polity*, in Roger Benjamin and Stephen L. Elkin (eds.), *The Democratic State*, Lawrence.
- Becker, Gary S. (1985): A Theory of Competition among Pressure Groups for Political Influence. *The Quarterly Journal of Economics*, 68: 371-400.
- Berger, Johannes and Offe, Claus (1982): Functionalism versus Rational Choice? Some Questions Concerning the Rationality of Choosing One or the Other. *Theory and Society*, 11: 521-527.
- Booth, D.E. (1978): Collective Action, Marx's Class Theory, and the Union Movement. *Journal of Economic Issues*, 12: 263-285.
- Boroah, V.K. and Van der Ploeg, Frederick (1983): *Political Aspects of the Economy*, Cambridge
- Bowles, Sam and Gintis, Herbert (1982): The Crisis of Liberal Democratic Capitalism: The Case of the United States. *Politics and Society*, 11: 51-93.
- Bowman, John (1982): The Logic of Capitalist Collective Action. *Social Science Information*, 21: 571-604.
- Bowman, John (1984): *The Politics of the Market: Economic Competition and the Organization of Capitalists*. In: Maurice Zeitlin (ed.), *Political Power and Social Theory*. Volume 5.
- Boudon, Raymond (1977): *Effets pervers et ordre social*, Paris.
- Boudon, Raymond (1984): *La place du desordre*, Paris.
- Bourdieu, Pierre (1976): *Marriage Strategies as Strategies of Social Reproduction*. In: Robert Forster and Orest Ranum (eds.), *Family and Society*, Baltimore.
- Buchanan, Alan (1979): Revolutionary Motivation and Rationality. *Philosophy and Public Affairs*, 9: 59 bis 82.
- Cardoso, Fernando H. (1971): *Ideologias de la burguesia industrial en sociedades dependientes*.
- Cardoso, Fernando H. and Faletto, Enzo (1969): *Dependencia y desarrollo en America latina*, Mexico.
- Cawson, Alan and Ballard, John (1984): *A Bibliography of Corporatism*. Florence: European University Institute Working Paper No. 84/115.
- Cohen, Jon S. and Weitzman, Martin L. (1975): A Marxian Model of Enclosures. *Journal of Development Economics*, 1: 287-336.
- Cohen, G.A. (1978): *Karl Marx's Theory of History. A Defense*, Princeton.
- Cohen, G.A. (1982): Reply to Elster on »Marxism, Functionalism, and Game Theory«. *Theory and Society*, 11: 483-497.
- Collard, David (1978): *Altruism and the Economy: A Study in Non-Selfish Economics*, Oxford.
- Cummings, Bruce (1981): Interest and Ideology in the Study of Agrarian Politics. *Politics and Society*, 10: 467-495.
- Deleuze, Gilles and Guattari, Félix (1973): *Anti-Cedipe. Capitalisme et Schizophrenie*, Paris; dtsh.: Anti-Ödipus, Frankfurt 1974.
- Dirickx, Yvo M.I. and Sertel, Murat (1979): Class Conflict and Fairness in »Democratic Capitalism«. *Public Choice*, 34: 99-116.
- Edel, Matthew (1979): A Note on Collective Action, Marxism, and the Prisoner's Dilemma. *Journal of Economic Issues*, 13: 751-761.
- Elster, Jon (1978): *Logic and Society*, London; dtsh.: Logik und Gesellschaft, Frankfurt 1981.
- Elster, Jon (1982): Marxism, Functionalism, and Game Theory: The Case for Methodological Individualism. *Theory and Society*, 11: 453-483.
- Elster, Jon (1983): *Explaining Technical Change*, Cambridge.
- Elster, Jon (1984): *Ulysses and the Sirens*, Cambridge.
- Engels, Friedrich, *Brief an Joseph Bloch*, London: September 21, 1890. In: MEW 37.
- Evans, Peter (1982): *Reinventing the Bourgeoisie: State Entrepreneurship and Class Formation in the Context of Dependent Capitalist Development*. In: Michael Burawoy and Theda Skocpol (eds.), *Marxist Inquiries*. Supplement to the American Journal of Sociology. 88: 210-248.
- Giddens, Anthony (1982): Commentary on the Debate. *Theory and Society*, 11: 527-540.
- Glasberg, Davita S. and Schwartz, Michael (1983): Ownership and Control of Corporations. *Annual Review of Sociology*, 9: 311-332.
- Granovetter, Mark (1978): Threshold Models of Collective Behavior. *American Journal of Sociology*, 83: 1420-1443.
- Haltiwanger, John and Waldman, Michael (1985): Rational Expectations and the Limits of Rationality: An Analysis of Heterogeneity. *American Economic Review*, 75: 326-341.
- Hindess, Barry (1984): Rational Choice Theory and the Analysis of Political Action. *Economy and Society*, 13: 255-277.
- Hoel, Michael (1978): Distribution and Growth as a Differential Game Between Workers and Capitalists. *International Economic Review*, 19: 335-350.
- Holmstrom, Nancy (1983): Rationality and Revolution. *Canadian Journal of Philosophy*, 13: 305-325.
- Homans, George C. (1973): *Bringing Men Back*, in: Alan Ryan (ed.), *The Philosophy of Social Explanation*. London University Press.
- Katz, Michael L. and Shapiro, Carl (1985): Network Externalities, Competition, and Compatibility. *American Economic Review*, 75: 424-441.
- Kavka, Gregory S. (1982): *Two Solutions to the Paradox of Revolution*. In: Peter A. French, Theodore E. Uehling, Jr., and Howard K. Wettstein (eds.), *Midwest Studies in Philosophy*. Vol. 7, Minneapolis.
- Kleinman, Ephraim (1983): *Fear of Confiscation and Redistribution. Notes Towards a Theory of Revolution and Repression*. Seminar Paper No. 247. Stockholm: Institute for International Economic Studies.
- Kolm, Serge-Christophe (1984): *La bonne economie. La reciprocité générale*, Paris.
- Korsch, Karl (1975): What is Socialization. *New German Critique*, 6: 60-82, dtsh.: Was ist Sozialismus, Hannover 1919.
- Kula, Witold (1963): *Teoria ekonomiczna ustroju feudalnego*, Warszawa.
- Lancaster, Kevin (1973): The Dynamic Inefficiency of Capitalism. *Journal of Political Economy*, 81: 1092-1109.
- Lash, Scott and Urry, John (1984): The New Marxism of Collective Action: A Critical Analysis. *Sociology*, 18: 33-50.
- Levi, Margaret (1981): The Predatory Theory of Rule. *Politics and Society*, 10.
- Lockwood, David (1981): The Weakest Link in the Chain? Some Comments on the Marxist Theory of

Action. *Research in the Sociology of Work*, 1: 435-481; eine gekürzte deutsche Fassung findet sich in PROKLA 58, Berlin 1985.

Manley, John (1983): Neopluralism: A Class Analysis of Pluralism I and Pluralism II. *American Political Science Review*, 77: 368-384, with Replies by Charles E. Lindblom and Robert Dahl.

Marcuse, Herbert (1969): *Eros and Civilization*. London; dtsh.: Triebstruktur und Gesellschaft, Frankfurt 1957.

Margolis, Howard (1982): *Selfishness, Altruism, and Rationality*, Chicago.

Marwell, Gerald (1982): *Altruism and the Problem of Collective Action*. In: Cooperation and Helping Behavior. New York.

Marx, Karl (1952): *Lohnarbeit und Kapital*, MEW 6, Berlin (Ost).

Marx, Karl (1972): *Das Kapital*. 3 Bände, MEW 23-25, Berlin (Ost).

Marx, Karl (1972): *Elend der Philosophie*, MEW 4, Berlin (Ost).

Marx, Karl and Engels, Friedrich (1972): *Die heilige Familie*, MEW 2, Berlin (Ost).

North, Douglass C. (1981): *Structure and Change in Economic History*, New York.

O'Donnell, Guillermo (1978): Notas para el estudio de la burguesia local, con especial referencia a sus vinculaciones con el capital transnacional y el aparato estatal. *Estudios sociales*, 12, Buenos Aires: Cedes.

O'Donnell, Guillermo (1978b): State and Alliances in Argentina, 1956-1976. *Journal of Development Studies*, 15: 3-33.

Offe, Claus and Wiesenthal, Helmuth (1980): Two Logics of Collective Action: Theoretical Notes on Social Class and Organizational Forms. In: Maurice Zeitlin (ed.), *Political Power and Social Theory*, Greenwich.

Olson, Mancur (1965): *The Logic of Collective Action*, Cambridge (MA); dtsh.: Die Logik kollektiven Handelns, Tübingen 1968.

Pejovich, Svetozar (1977): The Relevance of Marx and the Irrelevance of Marxian Revivals. *Modern Age*, Winter: 30-38.

Peltzman, Sam (1976): Toward a More General Theory of Regulation. With Comments by Jack Hirshleifer and Gary Becker. *Journal of Law and Economics*, 19: 211-240.

Pizzorno, Alessandro (1966): Introduzione allo studio della partecipazione politica. *Quaderni di sociologia*, 15: 235-286.

Pizzorno, Alessandro (1984): Sulla razionalità della scelta democratica. *Stato e mercato*, 7: 3-47.

Pizzorno, Alessandro (1985): *Some Other Kind of Otherness. A Critique of »rational choices« theories*. Manuscript.

Popkin, Samuel L. (1979): *The Rational Peasant*, Berkeley.

Poulantzas, Nicos (1973): *Political Power and Social Classes*, London; dtsh.: Politische Macht und gesellschaftliche Klassen, Frankfurt 1975.

Przeworski, Adam (1980): Material Bases of Consent: Politics and Economics in a Hegemonic System. *Political Power and Social Theory*, 1: 23-68.

Przeworski, Adam (1980b): Material Interests, Class Compromise, and the Transition to Socialism. *Politics and Society*, 10: 125-153.

Przeworski, Adam (1982): The Ethical Materialism of John Roemer. *Politics and Society*, 11: 289-313.

Przeworski, Adam (1984): *Union Growth: A Literature Review*. Unpublished paper. University of Chicago.

Przeworski, Adam (1985): *Capitalism and Social Democracy*, Cambridge.

Przeworski, Adam and Wallerstein, Michael (1981): The Structure of Class Conflict in Democratic Capitalist Societies. *American Political Science Review*, 76: 215-236.

Przeworski, Adam and Sprague, John (1986): *Paper Stones. A History of Electoral Socialism*, Chicago.

Reich, M. and Devine, J. (1981): The Micro-economics of Conflict and Hierarchy in Capitalist Production. *Review of Radical Political Economics*, 12.

Roemer, John E. (1978): Neoclassicism, Marxism, and Collective Action. *Journal of Economic Issues*, 12: 147-161.

Roemer, John E. (1982): *A General Theory of Exploitation and Class*, Cambridge (MA).

Roemer, John E. (1982b): Methodological Individualism and Deductive Marxism. *Theory and Society*, 11: 513-521.

Roemer, John E. (1984): *Public Ownership and the Private Property Externalities*. Working Paper No. 252. Davis (CA): Department of Economics, University of California at Davis.

Sargent, Thomas J. (1982): Beyond Demand and Supply Curves in Macroeconomics. *American Economic Review*, 72: 382-389.

Sartre, Jean-Paul (1960): *Critique de la raison dialectique*. Paris; dtsh.: Kritik der dialektischen Vernunft, Reinbek bei Hamburg 1967.

Schmitter, Philippe C. (1974): *Still the Century of Corporatism*. In: Frederick Pike and Thomas Stritch (eds.), *The New Corporatism*, Notre Dame.

Schmitter, Philippe C. and Brandt, Donald (1979): *Organizing Capitalists in the United States: The Advantages and Disadvantages of Exceptionalism*. Paper presented at the Annual Meeting of the American Political Science Association, Chicago.

Schott, Kerry (1984): *Policy, Power and Order. The Persistence of Economic Problems in Capitalist States*, New Haven.

Schott, James (1976): *The Moral Economy of the Peasant*, New Haven.

Sen, A.K. (1977): Rational Fools. A Critique of the Behavioral Foundations of Economics. *Philosophy and Public Affairs*, 6: 317-344.

Shalev, Michael (1980): Trade Unionism and Economic Analysis: The Case of Industrial Conflict. *Journal of Labour Research*, 1: 133-173.

Shaw, William H. (1984): *Marxism, Revolution, Rationality*. In: Terence Ball and James Farr (eds.), *After Marx*, Cambridge.

Shubik, Martin (1970): Game Theory, Behavior and the Paradox of the Prisoner's Dilemma. *Journal of Conflict Resolution*, 14: 181-202.

Taylor, Michael (1976): *Anarchy and Cooperation*, New York.

Tsebelis, George (1984): Comment on Przeworski and Wallerstein. *American Political Science Review*, 78: 785-787; with a Reply: 787-790.

Tsebelis, George (1985): *When Will The Prisoners Cooperate?* Unpublished paper. Washington University, St. Louis.

Van der Veen, Robert J. (1981): Meta-rankings and collective optimality. *Social Science Information*, 20: 345-374.

Wallerstein, Michael (1984): *The Micro-Foundations of Corporatism: Formal Theory and Comparative Analysis*. Paper presented at the Annual Meetings of the American Political Science Association, Washington (D.C.).

Wallerstein, Michael (1985): *Working Class Solidarity and Rational Behavior*, Ph. D. Dissertation, University of Chicago.

Windens, Frans van (1983): *On the Interaction between State and Private Sector. A Study in Political Economics*, Gravenhage.

Whitt, J.A. (1979): Can Capitalists Organize Themselves? *Insurgent Sociologist*, 9: 51-59.

Zeitlin, Maurice (1974): Corporate Ownership and Control: The Large Corporation and the Capitalist Class. *American Journal of Sociology*, 79: 1073-1119.

Zeitlin, Maurice and Ratcliff, Richard (1975): Research Methods for the Analysis of the Internal Structure of Dominant Classes: The Case of Landlords and Capitalists in Chile. *Latin American Research Review*, 10: 5-61.

Kurt Hübner/Michael Stanger* Funktionalismus, methodologischer Individualismus und marxistische Theorie — Kommentierende Bemerkungen zu dem Beitrag von Adam Przeworski

Was Adam Przeworski in seinem Artikel als »Herausforderung des methodologischen Individualismus für die marxistische Analyse« bezeichnet, muß dem »traditionellen« Prokla-Leser wie eine Provokation vorkommen. Denn Przeworskis Beitrag scheint eine Reihe fortzusetzen, die offenbar in den letzten Heften der Prokla eröffnet wurde: die Reihe »Zur Demontage vermeintlich gesicherter Wissensbestände marxistischer Theorie«. In Prokla 57 (Krisentheorie) konnte der Leser anhand des Artikels von Rohwer/Künzel/Ipsen erfahren, daß unter Berücksichtigung eines Kostenkriteriums für die Einführung neuer Produktionstechniken bei gegebenen (Produktions-) Preis- und Lohnverhältnissen — also bei konstantem Reallohn — die Profitrate im Verlauf technischen Fortschritts nicht sinkt, sondern steigt. Die traditionelle, auf Marx rekurrierende Begründung des Gesetzes vom tendenziellen Fall der Profitrate scheint durch dieses von N. Okishio (1961) begründete Theorem, wenn vielleicht auch nicht unwiderruflich widerlegt, so doch in ihrer Tragfähigkeit erheblich in Frage gestellt. In Heft 58 (Klassentheorie) konnte der Leser sich des weiteren am Beispiel der Beiträge von E.O. Wright und J. Elster mit einer spieltheoretischen Reformulierung des Ausbeutungsbegriffs vertraut machen, die nur allzusehr dem auf den zentralen Gegensatz von Lohnarbeit und Kapital fixierten Denken widerstreben dürfte. Und nun noch eine Provokation: mit dem Beitrag von Przeworski wird im methodologischen Nachvollzug dessen, was die Spieltheoretiker der Ausbeutung inhaltlich bereits vorexerziert haben, erneut ein, möglicherweise *das* Heiligtum marxistischer Theorie geopfert: nicht mehr die vertrauten Kategorien des Historischen Materialismus, Produktivkräfte und Produktionsverhältnisse, Basis und Überbau etc., sondern — entsprechend der Erkenntnisstrategie des methodologischen Individualismus — rationale Wahlhandlungen von Individuen sollen Ausgangspunkt und Fundament einer marxistischen Analyse bilden.

Auf solche Häresien mit dem Einwand zu reagieren: nicht alles, was neu ist, muß auch gut und richtig sein, ist sicherlich berechtigt. Ebenso richtig aber ist, daß die Ablehnung einer Kritik deren gründliche und möglichst vorurteilsfreie Aneignung voraussetzt. Wenn häretisch erscheinende Marx-Kritiken, wie immer man zu ihrer Erkenntnisleistung stehen mag, häufig auf den ersten Blick befremdlich anmuten, so verweist diese Reaktion auch auf eine gewisse Ignoranz gegenüber bereits seit längerem, vor allem im Ausland geführter grundlagentheoretischer Marx-Debatten, deren Ergebnisse hierzulande bisher nur von wenigen Spezialisten rezipiert wurden.

Der Beitrag von Przeworski scheint uns in besonderer Weise dazu geeignet, eine solche »Herausforderung« unseren Lesern vorzustellen und überprüfbar zu machen. Trotz seines unterschiedlichen Plädoyers für eine individualistische Neufundierung der marxistischen Theorie

* Diese kommentierenden Bemerkungen verdanken sich einer Diskussion über das Verhältnis von methodologischem Individualismus und marxistischer Theorie, an der neben den Verfassern Heiner Ganßmann, Otto Kallscheuer und Klaus Müller teilgenommen haben. Die im Text gezogenen Schlußfolgerungen verantworten selbstverständlich allein die Verfasser.

räumt Przeworski nämlich auch viele der heute noch bestehenden Schwächen dieses methodologischen Zugriffs ein und verhilft auf diese Weise zu einer vorurteilsfreieren Diskussion. Przeworski demonstriert seine »Herausforderung« vor allem am Beispiel der marxistischen Klassentheorie. Seine Ausführungen lesen sich nahezu gerade kontrapunktisch zu dem in Prokla 58 abgedruckten Beitrag von David Lockwood, der gerade den unverhüllten Utilitarismus der Marxschen und marxistischen Klassentheorie für deren unüberwindbare Probleme verantwortlich macht. Seit Eintreten für eine Differenzierung in rationale, irrationale und nicht-rationale Entscheidungen öffnet ein bis heute weithin brachliegendes kulturtheoretisches Feld, von dem Przeworski wiederum meint, es völlig ausschließen zu können. Diese grundsätzliche Diskussion soll hier nicht entschieden werden. Die folgenden Bemerkungen beabsichtigen, den theoretischen Diskussionskontext, in dem Przeworskis Argumentation zu verorten ist, transparenter und nachvollziehbarer zu gestalten. Dies kann an dieser Stelle allerdings nur in Form eines kurzen Abrisses geschehen, der sich zudem auf zwei Problemkomplexe beschränkt. Im Zentrum der Erörterungen steht (1) die Frage nach der Logik funktionaler Erklärung und (2) die Konfrontation des entscheidungstheoretischen Paradigmas der reinen Ökonomie der Neoklassik mit dem System-Handlungs-Paradigma der politischen Ökonomie von Marx.

1. Zur Logik funktionaler Erklärung

Der von Przeworski geforderte Rekurs auf rationale Wahlhandlungen von Individuen als methodischem Ausgangspunkt marxistischer — wie überhaupt sozialwissenschaftlicher — Analyse stützt sich zentral auf das Argument, daß sich durch die traditionelle marxistische Theorie eine fundamentale Schwäche ziehe. J. Elster (1982) hat diesen Mangel kurz und knapp auf den Begriff zu bringen versucht. Seine Kritik mündet in dem Vorwurf, daß marxistische Argumentationen — auf den verschiedensten Feldern sozialwissenschaftlicher Analyse — an einem »objektivistischen Funktionalismus« kranken, der sich, in seine Bestandteile zerlegt, folgendermaßen beschreiben läßt (ebd., S. 454 ff.):

(1) Funktionalistische Hypothesen versuchen eine Antwort auf die Frage nach der »bestandsnotwendigen« Bedeutung oder Leistung (Funktion) bestimmter sozialer Verhaltensmuster oder Strukturen für einen übergreifenden Handlungs- oder Systemzusammenhang zu geben. In marxistischen Versionen — wenngleich nicht nur in diesen — wird allerdings häufig die Funktionalität sozialer Handlungen oder Strukturen gleichzeitig als wesentlicher Grund ihrer Entstehung und Existenz betrachtet. Bestimmte soziale Verhaltensmuster oder Institutionen (Strukturen) sind vorhanden, *um* die Integration, Anpassung oder Stabilität eines übergreifenden Systems zu gewährleisten. Die Strukturen (Ursachen) werden also durch ihre — zeitlich vorausgehenden — Wirkungen (Funktionen) erklärt. Eine solche *telekausale* Argumentation, die mit *finalen* Ursachen operiert, liegt z.B. vor, wenn aus der Analyse der Funktion des Sozialstaates, das politische System von Konflikten zu entlasten (Legitimationsfunktion) und die Reproduktion der Arbeitskraft und damit des gesellschaftlichen Gesamtkapitals zu sichern (Akkumulationsfunktion), zugleich auf den Existenzgrund des Sozialstaates geschlossen wird. Eine solche Schlußfolgerung stellt jedoch einen offensichtlichen Verstoß gegen die Logik kausaler Erklärung dar.

(2) Diese Teleologie des marxistischen Funktionalismus tritt darüber hinaus häufig in Verbindung mit einem *Objektivismus* auf, der gleichsam »subjektlose« Strukturen postuliert. Schlagende Beispiele für einen solchen Objektivismus sieht Elster sowohl in der strukturali-

stischen Marx-Schule in Frankreich als auch in der »German capital logic school« (Elster 1982, S. 458). Im Bereich historischer Analyse zeigt er sich nach Przeworski in einer marxistischen Theorie der Geschichte ohne eine Theorie historischer Handlungssubjekte.

Beide Einwände sind keineswegs neu. Was den Vorwurf der Teleologie betrifft, so wurde er bereits in den 50er und 60er Jahren von namhaften Kritikern des soziologischen Funktionalismus erhoben, die sich weitgehend den Strömungen der modernen analytischen Wissenschaftstheorie zurechnen lassen (z.B. Nagel 1961). Es ist hier nicht möglich, diese Kritik und ihre Antikritik ausführlich darzustellen. Eine fundierte Erörterung der Kontroverse über die Logik funktionaler Erklärung müßte sicherlich die unterschiedlichen Richtungen des soziologischen Funktionalismus — den traditionellen Funktionalismus (Merton), die strukturfunktionale Systemtheorie (Parson, Levy) und die funktional-strukturelle Systemtheorie (Luhmann) — mit in die Betrachtung einbeziehen. So hat z.B. G. Schmid (1974, S. 78 ff.) zeigen können, daß der Struktur-Funktionalismus von Levy wissenschaftstheoretisch stärker angreifbar ist als der traditionelle Funktionalismus von Merton.

Es genügt an dieser Stelle, kurz auf einen Gegeneinwand gegen den Teleologievorwurf hinzuweisen, der in der neueren, marxistischen Debatte von G.A. Cohen (1982) formuliert wurde. Nach Cohen ist der telekausale Charakter funktionalistischer Argumentationen nicht zwingend und daher auch kein hinreichender Grund, funktionale Erklärungsweisen von vornherein abzulehnen. Wie bereits erwähnt, fragt der Funktionalismus in seiner Standardversion nach der Wirkung B, die eine gegebene Struktur A in bezug auf ein existierendes System s besitzt. Daß eine solche »holistische« Fragestellung vor allem auf marxistische Theoretiker einen Reiz ausübt, ergibt sich aus dem Totalitätsanspruch marxistischer Analyse. Unter der gesellschaftlichen Totalität versteht Marx nicht die Summe der Individuen »sondern ... die Summe der Beziehungen, Verhältnisse ..., worin die Individuen zueinander steh(e)n« (Marx 1957/58, S. 176). Das Ganze ist also durchaus die Summe seiner Teile, nur sind die Teile nicht die Elemente (Individuen) des Ganzen, vielmehr die *Relationen* (Strukturen), die zwischen den Elementen existieren. Mit dem Funktionsbegriff des Funktionalismus wird nach den Ursache-Wirkungs-Beziehungen zwischen den Teilen (Strukturen) und dem Ganzen (System) gefragt. Nehmen wir an, die Antwort auf die gestellte (Standard-) Frage laute: A gewährleistet die Reproduktion des Systems s. Reproduktion ist also die Wirkung B, die A hervorbringt. Da es sich um eine bestandsnotwendige Bedingung handelt, kann man von einem *funktionalen Erfordernis* sprechen, das in bezug auf das System s durch die Struktur A erfüllt wird. Eine solche funktionalistische Hypothese, die die Funktionalität von A behauptet, läßt sich nun ohne Schwierigkeiten in die für kausale Erklärungsmodelle typische Form einer Wenn-dann-Aussage transformieren. Sie nimmt in diesem Fall die Form an: weist das Untersuchungsobjekt, das System s, das Prädikat A auf, so kommt ihm auch das Merkmal B zu:

$$sA \rightarrow sB$$

Eine solche Transformation, die keinesfalls eine bloß formale Spielerei ist, besitzt den Vorzug, daß funktionalistische Hypothesen sich eher der empirischen Untersuchung unterziehen lassen. Auch tritt das aus der soziologischen Funktionalismus- und Systemtheoriediskussion bekannte Problem der Identifikation bestandsnotwendiger (funktionaler) Strukturen deutlicher hervor. Vor allem aber wird erkennbar, daß funktionalistische Hypothesen nicht zwingend eine telekausale Erklärungslogik implizieren: Die Funktionalität von A *kann*, muß jedoch kein Grund für die Existenz von A sein (vgl. auch Cohen 1982, S. 488).

Eine Klärung der Frage nach der Genesis funktionaler Strukturen erfordert, abgesehen von der Berücksichtigung der Möglichkeit funktionaler Äquivalente, einen im doppelten Sinne

handlungs- und strukturtheoretischen Ansatz, der die Konstitution von Funktionen und der sie bewirkenden Institutionen aus strukturell determinierten Konfliktlagen interagierender Akteure (Individuen und/oder Kollektive) zu begründen sucht. Als Beispiel mag man sich die Marxsche Analyse des gesetzlichen Normalarbeitstages vergegenwärtigen. Die gesetzliche Normierung des Arbeitstages verdankt sich nach Marx einem Klassenkampf, dessen Basis eine aus dem Austausch zwischen Lohnarbeit und Kapital auf dem Arbeitsmarkt resultierende Rechtsantinomie ist (vgl. Marx 1867, bes. S. 247 ff.). Die Analyse der funktionalen Leistung des garantierten Normalarbeitstages, die allgemein in der Begrenzung der mit dem einzelwirtschaftlichen Profitstreben verbundenen Gefahr der Zerstörung der Arbeitskraft als Quelle der Mehrwertproduktion liegt, darf indes weder über den *konfliktuellen* Entstehungsgrund dieser Institution noch über die *Ambivalenz* ihrer Systemfunktionalität hinwegtäuschen. Die über den Staat vermittelte Durchsetzung und öffentlich-rechtliche Garantie des Normalarbeitstages bedeuten, daß der Staat auch als rechtliche und materielle *Verwertungsschranke* des Kapitals fungiert, welche selbst Ergebnis von Klassenauseinandersetzungen ist. Daß gerade darüber die Stabilität und Kontinuität des Reproduktionsprozesses des Gesamtkapitals gesichert werden, ist eine nicht-intendierte Folge, m.a.W. eine *latente* Funktion der staatlichen Aktivität bzw. der sie tragenden Prozesse der Interessenartikulation.

Die Protagonisten des methodologischen Individualismus machen es sich demnach zu einfach, wenn sie den bereits von Merton kritisierten naiven Funktionalismus vieler marxistischer, aber auch anderer sozialwissenschaftlicher Analysen zum Anlaß für eine Absage an jeden Funktionalismus nehmen. Jedenfalls scheint uns ein unabdingbarer Zusammenhang von Funktionalismus und Telekausalität wenig überzeugend. Auch der von Elster für das gleiche Beispiel formulierte Vorwurf, die marxistische Theorie habe in Gestalt der Einführung einer besonderen Zeitperspektive einen Trick entwickelt, um dem Funktionalismus-Vorwurf zu entgehen, scheint uns wenig begründet. Zwar ist es richtig, daß durch die Differenzierung in kurzfristige und langfristige Interessen des Kapitals latente Funktionen staatlicher Aktivität thematisiert werden. Doch geschieht dies nicht, um Probleme eines funktionalistischen Zugangs mehr oder weniger elegant zu umgehen; in dieser Differenzierung kommt vielmehr selbst eine spezifische Sichtweise des Verhältnisses von Ökonomie und Politik zum Ausdruck, nämlich eine besondere Bestimmung des Staates als Akteur. Elster zufolge erfordert die Analyse dieses Fallbeispiels unbedingt eine spieltheoretische Zugangsweise (Elster 1983, S. 34), also einen auf die Intentionen der Akteure abzielenden Theoriezugriff, und zwar allein deshalb, weil es sich hier um den Fall einer *indirekten* Strategie handle: Einen Schritt zurück (Verletzung kurzfristiger Interessen) und zwei Schritte nach vorne (Sicherung langfristiger Interessen). Aber läßt sich der Ausgang dieses *Drei*-Personen-Spiels wirklich mit dem Fall einer indirekten Strategie gleichsetzen, und setzt dies nicht eine — außerhalb aller spieltheoretischen Überlegungen stehende — theoretische Vorentscheidung über die Bestimmung des Staates als Agent des Kapitals voraus? Und zeigt sich nicht gerade an diesem von Elster als Paradebeispiel angeführten Beispiel das auch von Przeworski thematisierte Problem einer vorgegebenen »Erstaussattung« der Spieler, in diesem Falle einer unterstellten Ausrichtung staatlicher Aktivitäten?

Mit dieser kurzen Problematisierung der Spieltheorie im Rahmen des methodologischen Individualismus wollen wir nicht über die Schwächen des Funktionalismus hinwegtäuschen. Und es soll auch nicht bestritten werden, daß namentlich in der bundesdeutschen Staatsableitungsdiskussion die prinzipielle Ambivalenz der Funktionalität politischer und staatlicher Strukturen der kapitalistischen Gesellschaft häufig zugunsten der Annahme eines harmo-

nisch-funktionalen Entsprechungsverhältnisses zwischen Ökonomie und Politik unterlagener wurde, — eine Annahme, die zugleich die Vorstellung einschloß, daß die Generalfunktion der 'Systemstabilisierung' dem Wesen des bürgerlichen Staates a priori inhärent sei.

2. Zum Fundament marxistischer Theorie — oder die Frage nach dem Verhältnis von Mikro- und Makroanalyse

Nach Elster stellt der methodologische Individualismus eine Erklärungsstrategie dar, die den Fehler der Telekausalität zu vermeiden vermag. Indem sie rationales Wahlverhalten der Individuen zum zentralen Ausgangspunkt der Analyse nimmt, sei es möglich, soziale Beziehungskomplexe, die aus den Interaktionen der Individuen resultieren, ebenso *kausal* wie *intentional* — aus den Handlungsmotiven der Akteure — zu begründen (Elster 1982, S. 463). Daß soziale Strukturen stets auf intentionalen (und rationalen) Aktionen von Individuen gründen, bildet auch das Schlüsselargument von Przeworski Plädoyer, sozialwissenschaftliche Theorie auf eine mikrotheoretische Basis zu fundieren. Um dieses Argument kritisch beurteilen zu können, mag es hilfreich sein, sich kurz seiner 'Abstammung' aus der ökonomischen Theorie zu erinnern.

Die Erklärung sozialer Strukturen mittels handlungstheoretischer Begriffe, die primär oder ausschließlich auf Eigenschaften, Ziele und Motive von Individuen Bezug nehmen, ist kennzeichnend für das *entscheidungstheoretische Paradigma der neoklassischen Ökonomie*. Es entspricht ihrer allokationstheoretischen Grundfragestellung nach der alternativen Verwendung gegebener knapper Ressourcen auf konkurrierende Ziele im Hinblick auf die optimale Befriedigung von Bedürfnissen als dem übergreifenden Zweck wirtschaftlichen Handelns. In der Beantwortung dieser Frage geht die neoklassische Theorie davon aus, daß sich die Wirtschaftssubjekte als Nutzenmaximierer verhalten. Unter 'Nutzen' wird allgemein eine Beziehung zwischen 'Gütern' und Subjekten verstanden, die in individuellen Präferenzen und Wertschätzungen gründet und sich durch Nutzenfunktionen quantitativ messen läßt. Darüber hinaus ist angenommen, daß die Wirtschaftssubjekte über eine gegebene Anfangsausstattung an Ressourcen verfügen. Durch Tauschprozesse versuchen sie, diese Anfangsbestände in eine nutzenmaximale Güterkollektion zu transformieren. (Dies setzt voraus, daß die gegebene Anfangsausstattung noch keine nutzenmaximale Bedürfnisbefriedigung ermöglicht.) Auf Basis dieser Annahmen kann man für eine einfache (bilaterale) Tauschsituation ein Gleichgewichtstheorem ableiten (Walras 1926, S. 115 ff.). Werden zwei Güter, A und B, gegeneinander getauscht ($x_A = y_B$), so ist ein Gleichgewicht dann erreicht, wenn die durch die relativen Preise $p_A = x/y$ bzw. $p_B = y/x$ ($p_A = 1/p_B$) ausdrückbare Tauschrate gleich dem Verhältnis der Grenznutzen r_A und r_B beider Güter ist (also: $p_A = r_A : r_B$ oder $p_B = r_B : r_A$). In dieser Situation realisieren alle Marktteilnehmer ein Nutzenmaximum. Eine wesentliche Bedingung für die Ableitung eines solchen Gleichgewichts ist, daß die den Tauschplänen zugrundeliegenden Nutzenfunktionen einen konkaven Verlauf aufweisen. Die österreichische Schule (Böhm-Bawerk, Menger, v. Wieser) versuchte, diese Eigenschaft der Nutzenfunktionen noch substantiell-ökonomisch aus dem Gesetz des sinkenden Grenznutzens abzuleiten. Dies entsprach dem Erklärungsprogramm der subjektiven Wertlehre, die Austauschverhältnisse kausal aus den — über dem Markt artikulierten — subjektiven Wertschätzungen der Individuen zu begründen. In der funktionellen Preistheorie der modernen neo-walrasianischen Theorie, kurz: der Allgemeinen Gleichgewichtstheorie erscheint dagegen die subjektive Wertlehre als überflüssiges und — wegen ihrer naiven

Tatsachenaussagen über die Psyche der Wirtschaftssubjekte — schädliches Beiwerk. Die für den Beweis der Existenz (Möglichkeit) eines walrasianischen Gleichgewichts erforderlichen formalen Eigenschaften der zugrundegelegten Nutzenfunktionen (und Produktionsfunktionen) werden in der Allgemeinen Gleichgewichtstheorie statt dessen per definitorischer Setzung eingeführt (Kornai 1976, S. 18 ff.). Um darüber hinaus die Stabilität des Gleichgewichts zu beweisen, geht die neo-walrasianische Theorie von der Voraussetzung vollkommener Konkurrenz aus. In der strikten Version impliziert dieses Modell allerdings die Fiktion zeitloser Anpassungsprozesse (*tâtonnement*), so daß im Grunde immer schon gegebene Gleichgewichtszustände betrachtet werden. Transaktionen im Ungleichgewicht und ihre Konsequenzen auf das Verhalten der Wirtschaftssubjekte bleiben aus der Analyse ausgeschlossen (Clower 1963, S. 41). Dies bedeutet aber, daß die neo-walrasianische Theorie über keine (gehaltvolle) Theorie der Preisbildung, m.a.W. von Marktprozessen verfügt, — ein bemerkenswertes Ergebnis, wenn man bedenkt, daß sie beansprucht, Theorie der Marktwirtschaft par excellence zu sein.

In der modernen Neoklassik als »reiner Ökonomie« (Walras) besitzt die Annahme individueller Nutzenmaximierung des Status eines bloß methodologischen Hilfsmittels. Daß das individuelle Verhalten durch ein komplexes Geflecht vorausgesetzter sozialer Beziehungen (prä)determiniert ist, wird zwar nicht bestritten, doch für die 'reine' ökonomische Theorie als irrelevant angesehen. J.A. Schumpeter hat diesen 'modernen' Standpunkt bereits frühzeitig unmißverständlich dargelegt:

»Nicht darauf kommt es an, wie sich diese Dinge wirklich verhalten, sondern wie wir sie schematisieren und stilisieren müssen, um unsere Zwecke möglichst zu fördern« (Schumpeter 1908, S. 93 f.).

Im Hinblick auf die allokationstheoretische Fragestellung, deren Beantwortung den 'Zweck' neoklassischer Theorie bezeichnet, erweist sich der Rekurs auf individuelle Optimierungskalküle in der Tat als 'zweckfördernd'. Daß sich deshalb die Frage nach der Tragfähigkeit der individualistischen Verhaltensannahmen der modernen neoklassischen Theorie einer inhaltlichen Diskussion entziehen soll, wie Schumpeter glaubt, kann allerdings bestritten werden. Wissenschaftstheoretisch ist im Gegenteil davon auszugehen, daß die Definition der Grundfragestellung einer wissenschaftlichen Disziplin und die zu ihrer Untersuchung 'zweckmäßige' Wahl des methodischen Zugriffs nicht bloß eine Angelegenheit der Methodologie sind, sondern Entscheidungen darstellen, die selbst bereits auf einem substanzwissenschaftlichen Urteil — im Sinne einer »Kernvorstellung« (Ritsert 1973, S. 36) — über das Erkenntnisobjekt beruhen. Bezogen auf die Neoklassik heißt dies, daß ihrem methodologischen Individualismus zugleich ein 'ontologischer' Individualismus entspricht, auch wenn die subjektive Wertlehre offiziell nicht mehr als Teil des Kerns der Theorie gilt.

Die »Herausforderung« des methodologischen Individualismus für die marxistische Theorie ist deshalb nur vordergründig eine scheinbar rein methodologische; damit einher geht die Neukonstitution marxistischer Theorie. Ob sich die Protagonisten dieser Offensive darüber immer im klaren sind, scheint uns fraglich. So schreibt Elster (1983, S. 246) in Anlehnung an Roemer in *Ulysses and the Sirens*: »Was die marxistische ökonomische Theorie von der Neoklassik unterscheidet, sind die aufgeworfenen Problemstellungen und die jeweiligen theoretischen Annahmen und nicht etwa die eingesetzten Techniken, um die Antworten der Probleme auf Basis der Annahmen abzuleiten«. Soweit methodologischer Individualismus von Elster als »Technik« verstanden wird oder man, wie Przeworski, methodologischen Individualismus und Spieltheorie synonym gebraucht, kann diese Aussage — wie gleich zu zeigen

ist — von uns nicht geteilt werden. Am Beispiel der Neoklassik läßt sich demonstrieren, auf welche Weise der methodologische Individualismus ein Theoriefeld konstituiert, das in striktem Gegensatz zur marxistischen Theorie steht.

Geht die Neoklassik mit ihrem Individualismus letztlich von »monologisch konstituierten Subjekten« (Ganßmann 1978, S. 6) aus, so muß sie jedoch ihren Erkenntnisgegenstand 'kapitalistische Marktwirtschaft' notwendig verfehlen. Die sozialen Rahmenbedingungen des Tauschhandelns der Wirtschaftssubjekte bleiben aus der Analyse ausgeschlossen. So ist etwa die *originäre* Verteilung gegebener Ressourcen in der kapitalistischen Gesellschaft auf ihre Mitglieder nicht Gegenstand der 'reinen' Ökonomie, da es sich angeblich um eine normative, nicht analytische Frage handle (Walras 1926, S. 77 ff.). Die Institution der doppelt freien Lohnarbeit, das Klassenverhältnis der kapitalistischen Produktionsweise, verschwindet also gleichsam in den Anfangsausstattungen der Wirtschaftssubjekte. Ebenso wenig ist die Struktur arbeitsteiliger Privatproduktion, die die Individuen als formell unabhängige Subjekte zugleich in ein System sachlicher Abhängigkeit stellt, Gegenstand der reinen Ökonomie. Die 'neoklassischen' Wirtschaftssubjekte' erscheinen vielmehr als autarke Individuen, die allein durch Nutzenschätzungen zu sozialen (Tausch-)Handlungen veranlaßt werden. Indes erweist sich das Produktionsverhältnis arbeitsteiliger Privatproduktion als zentral für die Analyse kapitalistischer Produktionsweise. Als Ausgangspunkt der Ableitung des Fetischcharakters der Ware, des Geldes und des Kapitals — im Sinne der Verselbständigung der Tauschwert- gegenüber der Gebrauchswertorientierung — liefert es den Schlüssel zur Erklärung der für die kapitalistische Ökonomie charakteristischen *Trennung von System und Handeln*. Diese 'Entkoppelung' — von Marx als Subjekt-Objekt-Verkehrung dargestellt — bedeutet, daß ein rein mikrotheoretischer Zugang, der den sozialen Zusammenhang der ökonomischen Subjekte im Kapitalismus aus individuellen Optimierungskalkülen zu rekonstruieren versucht, letztlich seinen Gegenstand verfehlen muß. Konkret läßt sich diese Ausblendung essentieller Eigenschaften des Erklärungsobjekts 'kapitalistische Ökonomie' durch die Neoklassik an dem Fehlen einer tragfähigen Theorie der Kapitalakkumulation, des technischen Fortschritts und der Konkurrenz zeigen (Stanger 1985).

Der Gegenstand 'kapitalistische Ökonomie' erfordert es, daß seine theoretische Analyse nicht mikro-, sondern *makroökonomisch* fundiert ist. Dabei bedeutet 'Makroökonomie' nicht einfach die Aggregation von Mikroeinheiten, sondern die Untersuchung der »Kernstruktur« (Marx) und 'Eigenlogik' der bestehenden Produktionsverhältnisse. Selbstredend muß auch ein solcher makroökonomischer — vielleicht besser: strukturtheoretischer — Ansatz Annahmen über das Handeln der ökonomischen Subjekte treffen. Jedoch handelt es sich um Verhaltenshypothesen im Sinne eines *funktionalen Rollenkonzepts*. So versteht die Marxsche Theorie z.B. unter Profitmaximierung die Exekution des strukturellen Primats der Tauschwert- gegenüber der Gebrauchswertpräferenz (Verwertung des Werts) durch den Sanktionsmechanismus der Konkurrenz (Androhung der Strafe des Untergangs). Im Unterschied dazu wird in der neoklassischen Theorie Profitmaximierung handlungstheoretisch letztlich in Nutzenmaximierung von Haushalten — der Unternehmer (entrepreneur) ist im Modell von Walras ein eigentumsloser Funktionär des Produktionsprozesses, der sein Einkommen als Produktionsfaktorenbesitzer (Haushalt) bezieht (Walras 1926, S. 227 ff.) — aufgelöst, die gemäß ihren Konsum- und Zeitpräferenzen Kapital — im Sinne des Verzehrs auf die konsumtive Verwendung gegebener Ressourcen — für die Produktion zur Verfügung stellen, um dafür als Entschädigung einen Zins zu erhalten. Erweist sich demgegenüber die Marxsche Theorie als im Kern 'makroökonomisch' fundiert, so bedeutet entsprechend Mikroanalyse die Untersuchung der Art und Weise, wie im Markthandeln der Subjekte (als

'Charaktermasken') die Gesetze kapitalistischer Produktionsweise bewußt-bewußtlos durchgesetzt werden. Dies ist Gegenstand der Theorie der Konkurrenz, die von der Ebene der Spezialuntersuchungen der Konkurrenz zu unterscheiden ist.

J. Roemer hat die These aufgestellt, daß der Marxismus wesentlich eine Theorie des Klassenkampfes, also handelnder Kollektive sei und deshalb ein geradezu ideales Anwendungsfeld des analytischen Instrumentariums des methodologischen Individualismus darstelle (Roemer 1982, S. 513). Man kann zu der These, der zentrale Gegenstand der Marxschen Theorie sei der Klassenkampf, stehen, wie man will. Mindestens ebenso richtig ist, daß das originäre Untersuchungsobjekt der Marxschen Theorie der Prozeß der Kapitalakkumulation ist. Seine Dynamik und Widersprüche — im Sinne von Ziel-Mittel-Konflikten der Kapitalverwertung — lassen sich aber nicht rein handlungstheoretisch erklären. Einen adäquaten Zugang liefert, jenseits ihrer preistheoretischen Problematik, die Marxsche Werttheorie, die als Theorie der 'Verkehrung' es ermöglicht, Verwertung und Akkumulation von Kapital als ein über die Konkurrenz vermitteltes *Zwangsgesetz* zu begreifen. Dieser Ansatz charakterisiert die ökonomische Theorie von Marx als *objektive* Ökonomik — im Gegensatz zur *subjektiven* Ökonomik der Neoklassik. Diese Feststellung darf nicht objektivistisch mißverstanden werden. Gegenüber objektivistischen Lesarten der Marxschen Theorie, die die Verselbständigung der sozialen Beziehungen der Individuen der kapitalistischen Gesellschaft nicht aus deren spezifischer Organisationsform, den Produktionsverhältnissen selbst erklären, sondern 'strukturellistisch' gleichsam zum Naturgesetz hypostasieren, um so den Unterschied zwischen Natur und Quasi-Natur zu verwischen, gilt es unverändert mit A. Schmidt zu argumentieren:

»Bei aller Präponderanz der objektiven Strukturen im kapitalistischen System denkt Marx gar nicht daran, deren Vermitteltheit durch die lebendigen Menschen zu ignorieren. Daß diese zu bloßen 'Trägern' und 'Vollzugsorganen' eines unabhängig von ihnen bestehenden 'objektiven Zusammenhangs' herabgesetzt werden, ist für ihn nicht etwa wissenschaftliche Norm, sondern Anlaß zu schärfster Kritik; denn 'der Mensch' kann als 'freies gesellschaftliches Individuum' zum Ausgangspunkt des Denkens erst dann werden, wenn er in der Realität kein Anhängsel entfremdeter, weil unbeherrschter Strukturen mehr ist« (Schmidt 1969, S. 207).

Diese Kritik an der Verdinglichung sozialer Beziehungen in der kapitalistischen Gesellschaft wird von Marx nicht als moralische Anklage gegen die 'Entfremdung', die 'instrumentelle Vernunft der verwalteten Welt', sondern in Form einer materialistischen Analyse der ökonomischen Produktionsverhältnisse und ihrer inneren Widersprüche geführt, die als Ursachen von *Krisen* zugleich die *Möglichkeit* der Überwindung dieser Strukturen eröffnen.

Soziale Strukturen sind unbestritten das Ergebnis sozialen Handelns (von Individuen oder Gruppen) und werden durch es zugleich reproduziert (oder verändert). Wenn Marx von der 'Objektivität' sozialer Verhältnisse gegenüber den Subjekten spricht, meint dies, daß sie ihrer bewußt-gemeinschaftlichen Kontrolle und Gestaltung entzogen sind. Systemtheoretisch läßt sich diese Subjekt-Objekt-Verkehrung als Trennung von System und Handeln ausdrücken. Sie besteht darin, daß sich der soziale Zusammenhang vergesellschafteter Subjekte durch die *nicht-intendierten Folgewirkungen* ihrer Interaktionen konstituiert, die ihrerseits in prädeteminierende Voraussetzungen des sozialen Verhaltens der Subjekte umschlagen. Die Systemebene (Makroebene) kann daher, obwohl sie auf den intentionalen Handlungen von Individuen (Mikroebene) beruht, analytisch nicht bruchlos auf individuelle (Optimierungs-) Kalküle reduziert werden: »Zwischen Mikro- und Makrorelationen besteht eine Kluft; deshalb können und müssen beide methodologisch strikt voneinander getrennt werden« (Berger/Offe 1982, S. 525).

Die Ursachen dieser 'Entkoppelung' von System- und Handlungsebene gründen in der Organisationsform der sozialen Verhältnisse selbst. So hat Marx zu zeigen versucht, daß der Markt als naturwüchsig-anarchischer Vergesellschaftungsmechanismus auf den Strukturen arbeitsteiliger Privatproduktion als seiner notwendigen und hinreichenden Bedingung beruht. Gleichzeitig tendiert eine Marktökonomie zur Verselbständigung der Tauschwert- gegenüber der Gebrauchswertorientierung, d.h. zur Verwandlung von Geld in Kapital, die die Existenz der doppelt freien Lohnarbeit voraussetzt. Dies ist nicht im Sinne eines historischen Prozesses (von der einfachen zur kapitalistischen Warenproduktion) zu verstehen. Beide Institutionen, Marktökonomie (arbeitsteilige Privatproduktion) und Lohnarbeit existieren vielmehr nur in ihrem wechselseitigen Zusammenhang, weil erst auf Basis des Kapital-Lohnarbeits-Verhältnisses die Bedingungen von Warenproduktion: gesellschaftliche Arbeitsteilung und Privatproduktion (Privateigentum), vollständig entwickelt sind (vgl. auch Marx 1963-65, S. 91 ff.). Natürlich drängt sich die Frage auf, ob eine Trennung von System und Handeln nicht auch in formationsübergreifender Perspektive möglich und sinnvoll ist. Ähnlich universell will ja auch Przeworski den Anwendungsbereich des methodologischen Individualismus verstanden wissen. Ohne hier diese Frage beantworten zu können, sollte jedoch auf das Problem hingewiesen werden, daß eine supra-historisch allgemeine Systemtheorie die Gefahr beinhaltet, die *differentia specifica* von Gesellschaftsformationen zu nivellieren.

Die Berücksichtigung sozialer Strukturen, die rationale Wahlhandlungen beeinflussen, im Rahmen des methodologischen Individualismus aber nicht erklärt werden können, fordert allerdings auch Przeworski zum Schluß seines Beitrags. Wie dies jedoch geschehen soll, bleibt unklar. Auch J. Elster sieht, daß sich das Verhalten von Individuen im Kontext vorausgesetzter Strukturen vollzieht. Doch gelte es zu berücksichtigen, daß die strukturellen Zwänge (constraints) die individuellen Aktionen nicht vollständig determinieren. Für die Analyse bestehender Wahlmöglichkeiten biete daher, unter der Annahme, daß die Akteure in ihren Entscheidungen optimale Ergebnisse anstreben, der methodologische Individualismus und namentlich die auf ihm aufbauende Spieltheorie einen geeigneten Zugang (Elster 1982, S. 463 f.). Es soll nicht bestritten werden, daß die Spieltheorie als eine spezielle Entscheidungstheorie des methodologischen Individualismus (Roemer 1982, S. 520, Anm. 1) nicht nur Gleichgewichtslösungen von 'Spielen' im Sinne der neoklassischen Theorie liefert. Mittels ihres Instrumentariums können durchaus konfliktuelle und krisenhafte Interaktionsprozesse — in der Ökonomie (Konkurrenz) ebenso wie auf politischer Ebene (Klassenkampf) — untersucht werden. Auch vermag sie Blockaden im Prozeß solidarischer und kollektiver Assoziation rational kalkulierender Individuen (free rider-Problem) aufzuzeigen. Die Mechanismen indes, die in der kapitalistischen Gesellschaft diese Spielsituationen systematisch produzieren, sind mit der Spieltheorie als einer Theorie, deren analytischer Status sich zwischen den Polen reiner Logik und Erfahrungswissenschaft bewegt, nicht erklärbar. Dazu bedarf es — als Leitfaden der empirisch-historischen Analyse — einer allgemeinen *materialen* Theorie, in deren Zentrum die Trennung von System und Handeln steht.

Hält man an der von uns getroffenen Unterscheidung zwischen Spieltheorie und *methodologischem* Individualismus fest, dann dürften keine substantiellen Einwände gegen eine Einführung spieltheoretischer Konzepte in die marxistische Theorie formuliert werden können. Die von Przeworski (1985) vorgelegte Untersuchung westeuropäischer sozialdemokratischer Parteien und Politikkonzepte scheint uns sogar gutes Beispiel für die erkenntnistheoretische Reichweite eines solchen Zugriffs. Angesichts der auch von Przeworski eingeräumten heutigen Defizite dieses Ansatzes, ist es u.E. allerdings keineswegs gesichert, ob — bspw. beim

Problemfeld der marxistischen Klassentheorie — alternative Theoriezugriffe nicht weiterreichende Fortschritte erbringen. Przeworski verbreitet in seinen abschließenden Bemerkungen viel Optimismus hinsichtlich rascher Fortschritte in der sozialwissenschaftlichen Spieltheorie. Es wird in der nächsten Zukunft interessant sein, diese Fortschritte genauer zu beobachten.

Literatur

- Berger, J./Offe, C., 1982: Functionalism vs. Rational Choice? Some Questions concerning the Rationality of Choosing One or the Other, in: *Theory and Society*, Vol. 11, S. 521-526.
- Clower, R., 1963: *Die keynesianische Gegenrevolution: eine theoretische Kritik*, in: Schweizerische Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik, Bd. 99. Hier zitiert nach dem Wiederabdruck in: H. Hagemann/H.D. Kurz/W. Schäfer (Hg.), *Die neue Makroökonomie*, Frankfurt/M - New York 1981, S. 37-59.
- Cohen, G.A., 1982: Reply To Elster On »Marxism, Functionalism, And Game Theory«, in: *Theory and Society*, Vol. 11, S. 483-495.
- Ganßmann, H., 1978: *Über den Individualismus in Ökonomie und Soziologie*, FU Berlin (unv. Manuskript)
- Elster, J., 1982: Marxism, Functionalism, And Game Theory. The Case for Methodological Individualism, in: *Theory and Society*, Vol. 11, S. 453-482.
- Elster, J., 1983: *Ulysses and The Sirens*, Cambridge.
- Kornai, J., 1975: *Anti-Äquilibrium. Über die Theorien der Wirtschaftssysteme und die damit verbundenen Forschungsaufgaben*, Berlin - Heidelberg - New York.
- Marx, K., 1857-58: *Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie*, Berlin (DDR) 1953.
- Marx, K., 1863-65: *Resultate des unmittelbaren Produktionsprozesses*, Frankfurt/M 1969.
- Marx, K., 1867: *Das Kapital Bd. I*, in: Marx-Engels-Werke, Bd. 23, Berlin (DDR) 1962.
- Nagel, E., 1961: *The Structure of Science. Problems in the Logic of Scientific Explanation*, London.
- Okishio, N., 1961: *Technical Changes and the Rate of Profit*, in: *Economic Review*, Vol. 7. Hier zitiert nach der deutschen Übersetzung: Technische Veränderungen und Profitrate, in: H.G. Nutzinger/E. Wofstetter (Hg.), *Die Marxsche Theorie und ihre Kritik II*, Frankfurt/M - New York 1974, S. 173-191.
- Przeworski, A., 1985: *Capitalism and social democracy*, Cambridge.
- Ritsert, J., 1973: *Probleme politisch-ökonomischer Theoriebildung*, Frankfurt/M.
- Roemer, J., 1982: Methodological Individualism and Deductive Marxism, in: *Theory and Society*, Vol. 11, S. 513-520.
- Schumpeter, J.A., 1908: *Das Wesen und der Hauptinhalt der theoretischen Nationalökonomie*, München.
- Schmid, G., 1974: *Funktionsanalyse und politische Theorie. Funktionalismuskritik, politisch-ökonomische Faktorenanalyse und Elemente einer genetisch-funktionalen Systemtheorie*, Düsseldorf
- Schmidt, A., 1969: *Der strukturalistische Angriff auf die Geschichte*, in: ders. (Hg.), *Beiträge zur marxistischen Erkenntnistheorie*, Frankfurt/M, S. 194-265.
- Stanger, M., 1985: *Zur Kritik der neoklassischen Gleichgewichtstheorie*, FU Berlin (unv. Manuskript).
- Walras, L., 1926: *Éléments d'économie politique pure*, Edition Définitive. Hier zitiert nach der englischen Übersetzung: *Elements of pure Economics*, London 1954.

Angaben zu den Autoren

Johannes Agnoli, arbeitet am Otto-Suhr-Institut der Freien Universität Berlin

Benjamin Coriat, arbeitet an der Universität Paris VII und am Centre de recherches en sciences sociales du travail in Sceaux, Frankreich

Knuth Dobse, arbeitet als Sozialwissenschaftler am Wissenschaftszentrum Berlin

Kurt Hübner, Redaktionsmitglied der Prokla, arbeitet am Otto-Suhr-Institut der FU Berlin

Adam Przeworski, arbeitet an der Universität von Chicago, USA

Charles Sabel, arbeitet am Massachusetts Institute of Technology (MIT) in Cambridge, USA

Michael Stanger, Redaktionsmitglied der Prokla, arbeitet am Otto-Suhr-Institut der FU Berlin

Stephen Wood, arbeitet an der London School of Economics and Political Science, University of London

Philippe Zarifian, arbeitet als Ökonom in Paris, Redaktionsmitglied von »Travail«

Bewegung in der Republik 1965 bis 1984

Eine **Kursbuch**-Chronik

Herausgegeben von Ingrid Karsunke
und Karl Markus Michel



2 Bände, je ca. 392 Seiten, zusammen DM 48.–

Jede Zeitschrift spiegelt ihre Zeit, jede spiegelt sie anders – es gibt keine objektive Spiegelung der Zeit, nur eine parteiische. Parteiisch ist auch der Rückblick auf eine solche zwanzigjährige Spiegelung, also die vorliegende Auswahl, die aus 80 Kursbüchern mit insgesamt etwa 15 000 Seiten Text ein Zwanzigstel herauszieht. Das war nur möglich durch die Einschränkung der Thematik auf die

»Bewegung in der Republik« in den vergangenen zwanzig Jahren. Die Auswahl versucht, Entwicklungen zu zeigen, ohne Vollständigkeit zu suggerieren: sie setzt Akzente. Sie versucht außerdem, etwas von der Lust an der Kontroverse und am Justament zu vermitteln, aus der viele Hefte geplant und kombiniert worden sind: sie setzt Gegenakzente.

Dabei unterdrückt sie nicht den Eindruck der Komik, des rührend Pathetischen und Utopischen, den manche Passage gewinnen mag, wenn sie aus ihrem einstigen Kontext in den eines Rückblicks tritt, der Geschichte erzählt, indem er vergangene Aktualitäten zitiert – erst kürzlich vergangene, weshalb ihnen noch keine Patina eine neue Unschuld verleiht. Sie stehen weiterhin zur Diskussion.

Rotbuch Verlag

Michael Jäger: Die Methode der wissenschaftlichen Revolution. Band 1: Die Regeln der Entdeckung

Dieses Buch bricht mit der verbreiteten Auffassung, wiss. Revolutionen könnten auf die Psychologie großer Männer, gesellschaftliche Umwälzungen oder einfach auf Zufälle reduziert werden. Der 1. Band, der mit einer Kritik der Popper-Kuhn-Kontroverse um die »logische Lücke« in wiss. Revolutionen schließt, dient als Grundlage einer umfassenden Studie zur Rolle Galileis bei der Entstehung der modernen Physik (ersch. 1986 als AS 147). Argument-Sonderband AS 137 17,60 DM/f.Stud. 14,60 DM (Abo: 14,60/12,60)

Den Zusammenhang denken

J. Hirsch: Postfordismus? Neuformierung des Kapitalismus / G. Hauck: Wallersteins Weltsystem / V.M. Bader: Kommunikatives Handeln und Legitimität bei Habermas / T. Schöfthaler: Soziologie als »interaktionsfreie Kommunikation«: Luhmann

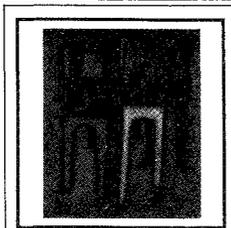
A. Aguilar: Strategien der Entwicklung in Lateinamerika / E. Holler: Soziokultur gegen Elitkultur / H. Haumann: Alltags- und Regionalgeschichte / Literarische Texte von Günther Anders und Peter Paul Zahl

Literatur der siebziger Jahre

Hrsg. v. G. Mattenklott und G. Pickerodt

Dieser Band zeigt die literarischen siebziger Jahre nicht als die subjektivistische Reaktion auf die politischen Sechziger, sondern als Epoche neuer literarischer Impulse: Das Ende der literarischen Repräsentation, durch den Anschlag auf die Berufsschriftsteller durch die neue Bewegung der Selbsterschreiber und Alltagsästhetiker, die literarische Eroberung von Arbeitswelt und Frauenleben, Knast und Kinderwelt. Beiträge u.a. über Volker Braun, Michael Ende, Janosch, Kluge, Christa Wolf, Handke, Hacks und Bernhard.

Literatur im historischen Prozeß, AS 108 17,60 DM/f.Stud. 14,60 DM (Abo: 14,60/12,60)



MICHAEL JÄGER:
DIE METHODE DER
WISSENSCHAFTLICHEN
REVOLUTION

DAS ARGUMENT 151

Editorial	317
Peter Paul Zahl: Über den Tag hinaus	326
Corine von der Hagen	334
Den Zusammenhang denken	
Joachim Hirsch	325
Postfordismus? Neuformierung des Kapitalismus	325
Gerd Hauck	343
Wallersteins Weltsystem	343
V.M. Bader	355
Kommunikatives Handeln und Legitimität bei Habermas	355
T. Schöfthaler	372
Soziologie als interaktionsfreie Kommunikation: Luhmann	372
Alicia Aguilar	384
M. Strategien der Entwicklung in Lateinamerika	384
E. Holler	398
Soziokultur gegen Elitkultur	398
H. Haumann	445
Alltags- und Regionalgeschichte	445
Dokumente	419
Vertraute in Honduras	419
Interviews	423
Zur Fragefrage (Böckler) FAZ zu Argument 149	423
Kognitiver Intellekt und Arbeitsbewegung, Kooperation	425
Handel und Gewerbetriebe, Hamburger Fremden	425
Beobachtungen, Homensack, Luther, Peter Weiss, Spitz	432
Rechtliche, literarische, ethnographische	432
Wahlen und Parteien, Verschuldungskrise und Volkswirtschaft	432
Wissenschaften, Zehnminuten, Summe	432
27. Jahrgang Nr. 151	432

LITERATUR IM HISTORISCHEN PROZESS

LITERATUR DER SIEBZIGER JAHRE

...
ERICH KLUGE · **CHRISTA WOLF**
INGEBORG BACHMANN · **VOLKER BRAUN**
HANS-JÜRGEN WELLSER · **PETER HARTIG**
SEF DEGENHARDT · **PETER OCHS**
FRIDRICH SCHLEGEL · **HEINER MÜLLER**
LAN GRISSLER · **PETER HARTIG**
WALSER · **TIMM** · **MICHAEL ENDE**
JANOSCH · **BERND ENGELMANN** ·
ANDER KLUGE · **VOLKER BRAUN**



ISBN 3-923 147-21-X, 80 S., 3.— DM



Mit Beiträgen von:
 Gerd-Uwe Boguslawski, Joke Frerichs, Hartwig Heine, Rainer W. Hoffmann, Bodo Irrek, Uwe Kantelhardt, Horst Kern, Karl Krahn, Uwe Neumann, Peter von Oertzen, Hans Preiss, Wolf Rosenbaum, Wolfgang Schäfer, Michael Schumann, Hans-J. Sperling, Jörg Wollenberg

ISBN 3-923 147-14-7, 264 S., 15.— DM

SOVEC

Henri-Dunant-Str. 3, 3400 Göttingen

ARGUMENT

Argument-Vertrieb
 Tegeler Straße 6
 1000 Berlin 65

express

Zeitung für sozialistische
Betriebs- und
Gewerkschaftsarbeit

die etwas andere
Gewerkschaftszeitung

Autoren, Interviewpartner
im „express“:

Hartmut Bäumer, Andreas Blume, Thea Bock, Ulrich Briefs, Reinhard Doleschal, Josef Esser, Wolfgang Fach, Heiner Halberstadt, Heiner Heseler, Marianne Hürten, Arno Klönne, Klaus Kowol, Klaus Lang, Ulrich Mückenberger, Walter Müller-Jentsch, Oskar Negt, Axel Rauc, Gerold Schaub, Frieder Schlupp, Eberhard Schmidt, Edgar Schmidt, Th. Steegmann, Eckhard Strahmann, Udo Tischer, Richard Ullmer, Edgar Weick, Johannes Welsch, Rudi Welzmüller, Klaus Winger, Bodo Zeuner. Und viele mehr. Wer noch bei uns schreibt: Betriebsräte, Vertrauensleute, betriebliche Gruppen, Initiativen ...

Unser Probier-„express“:

Heft 6 (u.a. Gespräch mit Oskar Negt): „Neue Orientierung gewerkschaftlicher Politik auf der Tagesordnung“) und Heft 7/8 (u.a. mit der deutschsprachigen Beilage „Stimme der GM-Arbeiter“ zur Situation und Entwicklung von General Motors weltweit). Zwei Hefte für 5 Mark (Schein, Scheck, Briefmarken im voraus).

„express“-Arbeitshefte Nr. 1

Neue Technologien
Strategien zur Kontrolle und
Beeinflussung
Materialien einer „express“-Tagung
80 Seiten, brosch. DM 6,50
Beiträge, Referate u.a. von Ulrich
Mückenberger, Klaus Ahlheim, Andreas
Blume, Ulrich Briefs



Geschichte der Farbwerke Hoechst und der chemischen Industrie in Deutschland

Ein Lesebuch aus der Arbeiterbildung
Din a 4, gediegene Aufmachung, zahl-
reiche Abbildungen, bisher in der gewerk-
schaftlichen Öffentlichkeit unbekanntes
Material, 180 Seiten, DM 27 (incl. Ver-
sand).

Q-Pong

Ich bestelle

- Probier-„express“
 Arbeitsheft Neue Technologien
 Geschichte der Farbwerke Hoechst
DM liegen bei.

Name: _____

Anschrift: _____

----- an: Verlag 2000, Pf. 591,
6050 Offenbach 4



Ingeborg Y. Wendt

Indien - Japan

Wirtschaft und Gesellschaft im
entwicklungsgeschichtlichen Vergleich

224 Seiten, DM 24,80

ISBN 3-88506-141-4

Eine vergleichende Darstellung der so unterschiedlichen Entwick-
lungswege Indiens und Japans bedeutet für die Verfasserin dieses Buches zu-
gleich, die westlichen Begriffe von Fortschritt und Entwicklung und die
entsprechenden Stereotype von »Dynamik« bzw. »Stagnation« in Frage
zu stellen.

Ingeborg Y. Wendt, die beide Länder aus vieljähriger eigener Erfah-
rung kennt, untersucht die inneren und äußeren Faktoren, die den wirt-
schaftlichen und politischen Aufstieg Japans ermöglichten. Sie stellt der
gelungenen Adaption westlicher Techniken unter Bewahrung national-
staatlicher Souveränität und kultureller Eigenständigkeit im Fall Japans
die wirtschaftliche Zerstörung und gesellschaftliche Deformation Indiens
unter britischer Kolonialherrschaft gegenüber.

Indiens Geschichte und Perspektive steht als Beispiel für die Mehrzahl
der ehemaligen Kolonien des wirtschaftspolitischen »Südens« der Erde,
die Hypothek des kolonialen Erbes für eine selbsttragende Entwicklung
in der Gegenwart lastet auf Indien ebenso wie auf den meisten anderen
sogenannten Entwicklungsländern. Die Autorin widerlegt in der Fallstu-
die Indien die westlichen Stereotype, die angeblich den Fortschritt dort
verhindern: »Analphabetismus«, »Überbevölkerung«, »sozialer Immo-
bilismus aus religiösen Gründen«...

Die Autorin leistet mit dieser Studie zugleich einen Beitrag zum bes-
seren Verständnis nicht-westlicher Kulturen.

Junius Verlag GmbH · Von-Hutten-Straße 18
Postfach 50 07 45 · 2000 Hamburg 50

Auf Anfrage versenden wir gern unser neues Verlagsverzeichnis!

JUNIUS

JUNIUS